OECD INSIGHTS

JEAN-YVES HUWART LOÏC VERDIER

DIE GLOBALISIERUNG DER WIRTSCHAFT

Ursprünge und Auswirkungen



OECD

OECD INSIGHTS

Die Globalisierung der Wirtschaft

Ursprünge und Auswirkungen

Jean-Yves Huwart und Loïc Verdier

OECD
BESSERE POLITIK FÜR
EIN BESSERES LEBEN

Das vorliegende Dokument wird unter der Verantwortung des Generalsekretärs der OECD veröffentlicht. Die darin zum Ausdruck gebrachten Meinungen und Argumente spiegeln nicht zwangsläufig die offizielle Einstellung der OECD-Mitgliedstaaten wider.

Dieses Dokument und die darin enthaltenen Karten berühren nicht den völkerrechtlichen Status und die Souveränität über Territorien, den Verlauf der internationalen Grenzen und Grenzlinien sowie den Namen von Territorien, Städten und Gebieten.

Bitte zitieren Sie diese Publikation wie folgt:
Huwart, J. and L. Verdier (2014), *Die Globalisierung der Wirtschaft: Ursprünge und Auswirkungen,* OECD Insights, OECD Publishing.
http://dx.doi.org/10.1787/9789264221765-de

ISBN 978-92-64-22175-8 (print)
ISBN 978-92-64-22176-5 (PDF)

Publikationsreihe: OECD Insights
ISSN 2076-9601 (print)
ISSN 2076-961X (online)

Die statistischen Daten für Israel wurden von den zuständigen israelischen Stellen bereitgestellt, die für sie verantwortlich zeichnen. Die Verwendung dieser Daten durch die OECD erfolgt unbeschadet des völkerrechtlichen Status der Golanhöhen, von Ost-Jerusalem und der israelischen Siedlungen im Westjordanland.

Originaltitel: Economic Globalisation: Origins and consequences
Übersetzung durch den Deutschen Übersetzungsdienst der OECD.

Foto(s): Deckblatt © Photoredaktor/Dreamstime.com
S. 10-11 © adisa/Fotolia
S. 18-19: © Slava Gerjv/Shutterstock.com.
S. 32-33: © Sergej Seemann/Fotolia
S. 48-49: © Engine Images/Fotolia
S. 68-69: © africa924/Shutterstock.com.
S. 88-89: © BartlomiejMagierowski/Shutterstock.com.
S. 108-109: © catscandotcom /iStockphoto
S. 126-127: © Ryan McVay/Getty

Korrigenda zu OECD-Veröffentlichungen sind verfügbar unter: www.oecd.org/about/publishing/corrigenda.htm.

© OECD 2014

Die OECD gestattet das Kopieren, Herunterladen und Abdrucken von OECD-Inhalten für den eigenen Gebrauch sowie das Einfügen von Auszügen aus OECD-Veröffentlichungen, -Datenbanken und -Multimediaprodukten in eigene Dokumente, Präsentationen, Blogs, Websites und Lehrmaterialien, vorausgesetzt die Quelle und der Urheberrechtsinhaber werden in geeigneter Weise genannt. Sämtliche Anfragen bezüglich Verwendung für öffentliche oder kommerzielle Zwecke bzw. Übersetzungsrechte sind zu richten an: rights@oecd.org. Die Genehmigung zur Kopie von Teilen dieser Publikation für den öffentlichen oder kommerziellen Gebrauch ist direkt einzuholen beim Copyright Clearance Center (CCC) unter info@copyright.com oder beim Centre français d'exploitation du droit de copie (CFC) unter contact@cfcopies.com.

Vorwort

Internationaler Handel, Migration und globalisierte Finanzmärkte – das sind die Zutaten für einen Cocktail namens Globalisierung, für den wir das richtige Rezept noch nicht gefunden haben und der uns schlecht bekommen könnte, wenn wir uns nicht vorsehen.

Hinzu kommt, dass die drei Zutaten sehr ungleichmäßig dosiert sind. Die meisten Länder wünschen sich eine strenge Kontrolle der internationalen Migration. Gleichzeitig unternehmen sie eher zaghafte Versuche, den Welthandel (der seit der Einführung von Containertransporten boomt) durch Verhandlungen auf internationaler Ebene zu organisieren, während die Finanzmärkte – das erfolgreichste Element der Globalisierung – noch immer sehr wenig reguliert sind.

Das Ergebnis ist eine explosive Mischung. Die einzelnen Staaten sehen sich, je nach Qualifikationen und Herkunftsländern der Zuwanderer, mit unterschiedlichsten Herausforderungen konfrontiert – das alles vor dem Hintergrund einer zunehmend globalen sozialen Frage. Eine Konfliktquelle ist die Zunahme des internationalen Handels, bei dem es bekanntlich nicht nur Gewinner, sondern auch Verlierer gibt. Die übermäßige „Finanzialisierung" der Wirtschaft ist der ideale Sündenbock für eine Krise, deren Ausmaß wir erst allmählich zu begreifen beginnen, und es steht zu befürchten, dass dadurch eine ganze Reihe von Ungleichgewichten, die in den letzten zwanzig Jahren erwachsen sind, aus dem Blickfeld gerät.

Dies birgt die Gefahr, dass wir die Globalisierung für einen Großteil der wirtschaftlichen Probleme reicher Länder – Offshoring, Deindustrialisierung, Arbeitslosigkeit, steigende Einkommensungleichheit, Verarmung abgelegener Regionen und die Vereinheitlichung von Lebensgewohnheiten – verantwortlich machen und uns vormachen, dass wir all diese Probleme lösen können, indem wir die Globalisierung zurückdrehen.

Tatsächlich aber gibt es für den Umgang mit einem so komplexen Sachverhalt keine einfache Lösung, wie etwa eine „Entglobalisierung". Das große Verdienst dieses Buchs ist, dass es die gegenwärtig verfügbaren Analysen zusammenfasst und Orientierungsmaßstäbe bietet, anhand derer wir die Angemessenheit unserer Einschätzungen sowie der Politikmaßnahmen, die der zunehmenden Schwächung von Einzelpersonen, Unternehmen, Sektoren, Ländern und bisweilen sogar ganzen Regionen entgegenwirken sollen, beurteilen können.

Untermauert wird dieser Orientierungsrahmen durch einen umfassenden historischen Überblick, der zeigt, wie das Wachstum von Staaten und Handel Hand in Hand ging. Während es früher meist ein Zentrum und die Peripherie gab, lässt sich heute die Entstehung einer

multizentrischen Weltwirtschaft und eine zunehmende Konvergenz aufstrebender Volkswirtschaften, angeführt von China, Indien und Brasilien, beobachten.

Diese Konvergenz ist symptomatisch für die Globalisierung, die seit dreißig Jahren immer schneller voranschreitet, sie macht sich jedoch auch bei der Lebenserwartung, den Geburtenziffern und – in besonders spektakulärer Weise – bei der Bildung bemerkbar. Die Alphabetisierungsrate der Weltbevölkerung, die in den frühen 1960er Jahren unter 60% gelegen hatte, stieg bis zum Jahr 2010 auf 82%. Dieser wesentliche Aspekt der „immateriellen" Globalisierung ist den Fortschritten bei der Bereitstellung universeller Schulbildung, dem Ausbau der Kommunikationsnetze und der zunehmenden Verbreitung von Medien für den Informationsaustausch zu verdanken.

Unsere Sicht der Globalisierung wird in erheblichem Maße durch den Blickwinkel geprägt, aus dem wir sie betrachten. Drei der in diesem Buch angesprochenen Sachverhalte möchte ich hier noch einmal aufgreifen. Erstens: Die Zahlen, mit denen wir die Globalisierung messen, sind mit Vorsicht zu genießen. Statistiken können irreführend sein. Nicht Länder treiben Handel, sondern Unternehmen. Bei einem Teil der internationalen Handelsströme handelt es sich lediglich um konzerninternen Handel, der aus einer auf verschiedene Länder verteilten Wertschöpfungskette resultiert, während ein Teil der inländischen Handelsströme aus Aktivitäten von Tochtergesellschaften ausländischer Konzerne besteht, die vom Export auf eine Produktion am lokalen Markt umgestellt haben. Obwohl es sich bei diesen Aktivitäten um internationale Geschäftstätigkeit der Unternehmen handelt, sind sie größtenteils nicht in den Statistiken zum internationalen Handel enthalten.

Zweitens dürfen wir im Interesse der Objektivität die wahre Dimension der globalen wirtschaftlichen Integration nicht aus den Augen verlieren. Matthieu Crozet und Lionel Fontagné wiesen 2010 in Économie et Statistiques, einer Publikation der französischen Statistikbehörde INSEE, darauf hin, dass „sowohl in Industriestaaten als auch in aufstrebenden Volkswirtschaften der Anteil der Unternehmen, die direkte internationale Beziehungen unterhalten, lediglich eine sehr kleine Minderheit darstellt, die selten mehr als 20% ausmacht. Zudem verfügen die meisten Exporteure über eine extrem begrenzte Präsenz am Weltmarkt und sind lediglich in einigen Nachbarländern ihres Heimatmarktes tätig."

Drittens befassen sich die meisten Globalisierungsstudien nur mit der legalen Wirtschaft. Was aber wissen wir über die Größenordnung der „dunklen Seite" der Globalisierung – Schattenwirtschaft, Offshore-Zentren usw.? Wie Alain Bauer und Xavier Raufer in „La face noire de la mondialisation" (Die dunkle Seite der Globalisierung) schrieben,

das 2009 vom französischen nationalen Zentrum für wissenschaftliche Forschung (Centre national de la recherche scientifique – CNRS) veröffentlicht wurde, müssen wir untersuchen, „wie diese kriminelle Globalisierung Volkswirtschaften, Finanzmärkte und Länder unterwandert“, wenn wir wirksame Maßnahmen zur Bekämpfung von Praktiken und Organisationen ergreifen wollen, die der Demokratie schaden und eine gerechte Funktionsweise unserer Volkswirtschaften behindern.

Lassen Sie uns die Globalisierung als neugierige und wachsame Beobachter begleiten, um diesem komplexen Phänomen in seiner ganzen Größenordnung gerecht zu werden.



Pascal Le Merrer

Ökonom, Professor an der École Normale Supérieure de Lyon, Autor von *Économie de la mondialisation: opportunités et fractures* (de Boeck, Brüssel, 2007).

Dank

Die Autoren danken Brian Keeley und Patrick Love für ihre redaktionellen Beiträge und Adrian Blundell-Wignall, Brendan Gillespie, Przemyslaw Kowalski, Andrew Mold, Raed Safadi und Paul Swaim für ihre wertvollen Ratschläge und Beiträge.

Unser besonderer Dank gilt Katherine Kraig-Ernandes, Clare O'Hare-d'Armagnac, Jean Mispelblom Beijer und Janine Treves.

OECD Insights Blog : *http://oecdinsights.org.*

OECD Insights ist eine von der OECD-Direktion Öffentlichkeitsarbeit und Kommunikation in Auftrag gegebene Reihe einführender Publikationen, die sich auf die Forschungsergebnisse und das Fachwissen der Organisation stützen, um interessierten Nichtfachleuten einige der dringendsten wirtschaftlichen und sozialen Fragen von heute zu erläutern.

Inhaltsverzeichnis

1. Einführung 10
2. Der Kaufmann, der Erfinder und der Herrscher 20
3. Zunehmende Wirtschaftsintegration in einer geteilten Welt 36
4. Globales oder semi-globales Dorf? 52
5. Fördert die Globalisierung die Enwicklung? 74
6. Kommt die Globalisierung der Beschäftigung zugute? 94
7. Welche Auswirkungen hat die Globalisierung auf die Umwelt? 118
8. Die Finanzkrise von 2008 – eine Krise der Globalisierung? 136

Literaturverzeichnis **159**

Anmerkung zu den Währungsangaben

Sofern nicht anders angegeben, sind die Währungsangaben in US-Dollar.

Dieser Bericht enthält ...



StatLinks

Ein Service für OECD-Veröffentlichungen, der es ermöglicht, Dateien im Excel-Format herunterzuladen.

Suchen Sie die *StatLinks* rechts unter den in diesem Bericht wiedergegebenen Tabellen oder Abbildungen. Um die entsprechende Datei im Excel-Format herunterzuladen, genügt es, den jeweiligen Link, beginnend mit ***http://dx.doi.org***, in den Internetbrowser einzugeben. Wenn Sie die elektronische PDF-Version online lesen, dann brauchen Sie nur den Link anzuklicken. Sie finden *StatLinks* in weiteren OECD-Publikationen.

1



Die Globalisierung der Wirtschaft ist ein äußerst kontroverser Prozess, und mit der jüngsten weltweiten Wirtschaftskrise ist die Kritik noch lauter geworden. Die lebhafte Debatte zwischen Globalisierungsbefürwortern und Globalisierungsgegnern (die sich inzwischen lieber als „Altermondialisten" bzw. Befürworter einer anderen Globalisierung sehen) läuft indessen schon seit mindestens zwei Jahrzehnten. Die Folgen der Globalisierung – die teilweise gewaltigen positiven Effekte ebenso wie die manchmal dramatischen negativen Konsequenzen – sind für den Großteil der Weltbevölkerung bis ins Alltagsleben hinein zu spüren. Daher ist es wichtig, dieses komplexe Phänomen in seinen historischen Kontext zu stellen und in seinen verschiedenen Formen zu beschreiben, um die großen mit ihm verbundenen Herausforderungen anzugehen.

Einführung



Zur Einleitung …

Madrid, Mai 2011 …

… irgendwo zwischen der Plaza del Sol und der Avenida de Mostoles. Der Sommer hat noch nicht begonnen, aber man spürt schon, dass es ein heißer Sommer werden wird. In einer Tapasbar in einer schattigen Seitenstraße macht sich Rodrigo, der Wirt daran, ein wenig aufzuräumen. An einem Tisch am Fenster sitzt ein Pärchen, das sich in einer slawischen Sprache unterhält.

Hinten im Raum, zwischen den Holzstühlen und einem großen Schwarzweißfoto mit einer Stierkampfszene, summt leise ein Weinkühlschrank. Auf seiner Edelstahltür prangt das Zeichen der Marke Haier. Der Wirt öffnet den Schrank und verstaut darin ein Dutzend Rotweinflaschen. Einige davon stammen aus dem Maipo-Tal in Chile. Dann bringt der Wirt dem slawisch sprechenden Paar seine Bestellung. Neben dem Kännchen mit heißem Wasser liegt ein Teebeutel der Marke Tetley. Auf dem Weg zurück zum Tresen sammelt der Wirt von einem anderen Tisch drei schmutzige Gläser auf. Er geht in die Küche und stellt sie in seine weiße Beka-Spülmaschine. Aus seiner Brieftasche, die er auf den Tresen gelegt hat, schauen mehrere Plastikkarten heraus. Auf einer davon, einer Kundenkarte einer Tankstellenkette, ist das rot-weiße Logo der Firma Lukoil zu erkennen.

An diesem heißen Maitag ist es in Madrid unruhiger als sonst. Hunderte gelb gekleideter Menschen sind auf die Straße gegangen, um sich mit Tuten und Trillerpfeifen Gehör zu verschaffen. Auf ihren Plakaten fordern sie die Wiedereröffnung ihres Haushaltsgerätewerkes. „Opfer der Krise“ ist auf einem der Spruchbänder zu lesen. Das schwedische Mutterunternehmen hat ein Investitionsvorhaben in seinem spanischen Werk in der Mancha aufgegeben. Es will die Produktion stattdessen in seine Werke in Rumänien und Marokko verlagern. Die Arbeiter fordern, dass die Geschäftsleitung ihre Versprechen einhält.

Auf dem Gehweg, etwas abseits des Demonstrationszugs, verteilen zahlreiche junge „Indignados“ – zu Deutsch „Empörte“ – Flugblätter. Sie fordern eine Steuer auf die Gewinne der großen multinationalen Konzerne, ein Ende der Finanzspekulation, eine drastische Beschneidung der Bankenboni und eine Finanzmarkttransaktionsteuer. Mit der Finanzkrise von September 2008 sind die Räder der Weltwirtschaft abrupt ins Stocken geraten, und alle Volkswirtschaften der Welt gerieten – mehr oder minder heftig – in den Sog der Krise. In Funk und Fernsehen häufen sich die Berichte über tragische Einzelschicksale von Krisenopfern.

Auch der Wirt der Tapasbar hat mit den Folgen der Krise zu kämpfen. Bis vor kurzem liefen seine Geschäfte eher gut. Seit einigen Jahren strömten zunehmend auch Touristen aus Russland, Brasilien, Chile sowie China und Indien in die spanische Hauptstadt. Vor einem Jahr hat Rodrigo „Willkommen" in kyrillischen und chinesischen Schriftzeichen auf die Tür seiner Bar schreiben lassen. Doch seit einiger Zeit interessiert das niemand mehr. Die Wirtschaftskrise, die auf die Finanzkrise von 2008 folgte, führte zu einem drastischen Rückgang des Fremdenverkehrs.

Doch das ist nicht alles. Vor einem Jahr wollte Rodrigo vergrößern und das Ladenlokal nebenan übernehmen. Die Bank schien seinem Kreditantrag zunächst positiv gesinnt. Doch dann platzte in den USA die Blase der Subprimes, jener extrem schwach abgesicherten Hypothekenkredite bzw. Verbriefungen dieser Kredite, und die Folgen waren in allen großen Banken der Welt zu spüren. In seiner Bankfiliale in der Madrider Stadtmitte, 8 000 km entfernt von den Vereinigten Staaten und den mittellosen Haushalten, deren Häuser von den Banken gepfändet wurden, wurde Rodrigo von heute auf morgen ganz anders von seinem Bankberater empfangen: „Es tut mir leid. Aber wir brauchen mehr Sicherheiten. Unsere Kreditbedingungen sind wesentlich strenger geworden".

„Was soll's, es kommen auch wieder bessere Zeiten", sagt sich der spanische Wirt mit einem resignierten Seufzer und blickt hinaus auf die Straße und die jungen Demonstranten, die inzwischen in eine heftige Diskussion untereinander verstrickt sind. Einer von ihnen nimmt sein Mobiltelefon – Marke Samsung – und fotografiert die Demonstration.

Welche Globalisierung?

Diese kleine Szene, die sich so oder ähnlich in den meisten OECD-Ländern hätte abspielen können, verdeutlicht die vielen verschiedenen Aspekte der wirtschaftlichen Globalisierung: den zunehmenden grenzüberschreitenden Personenverkehr – hier in der Form des Tourismus –, die zunehmende Nutzung im Alltag von Produkten aus aller Herren Ländern und vor allem aus Entwicklungsländern (siehe Kasten), die ständige Suche der Unternehmen nach den günstigsten Produktionsstandorten und deren Folgen für die Beschäftigung und schließlich die rapide weltweite Ausbreitung einer anfänglich örtlich begrenzten Finanzkrise. Anders ausgedrückt: die grenzüberschreitende Ausdehnung des Personenverkehrs, der Güterbewegungen, der Wirtschaftstätigkeit und des Zahlungsmittelverkehrs.

Der Ökonom Joseph Stiglitz definiert die Globalisierung der Wirtschaft in seinem Buch *Die Schatten der Globalisierung* als „die enge Verflechtung von Ländern und Völkern der Welt, die durch die enorme Senkung der Transport- und Kommunikationskosten herbeigeführt wurde, und die Beseitigung künstlicher Schranken für den ungehinderten grenzüberschreitenden Strom von Gütern, Dienstleistungen, Kapital, Wissen und (in geringerem Grad) Menschen".

Diese Definition hilft bei der Klärung eines Begriffs, in den vieles hineingepackt wird. Im allgemeinen Sprachgebrauch bezieht er sich in der Tat auf eine Vielzahl sehr unterschiedlicher Phänomene: Globalisierung der Information, kulturelle Globalisierung, politische Globalisierung usw., um nur ein paar Beispiele zu nennen. In diesem Buch geht es in erster Linie um die wirtschaftlichen Aspekte der Globalisierung, vor allem natürlich um den internationalen Handel mit Waren und Dienstleistungen, aber auch um die Entwicklung multinationaler Unternehmen, die grenzüberschreitende Organisation der Industrieproduktion und die von wirtschaftlichen Überlegungen geprägten grenzüberschreitenden Wanderungen von Arbeitskräften und Studierenden. Besonders wichtig angesichts der Finanz- und Wirtschaftskrise, die 2008 ausbrach, ist zudem die Analyse der Globalisierung der Finanzmärkte, die ein zunehmend bedeutender Aspekt der wirtschaftlichen Globalisierung ist.

Bei der Behandlung dieser Fragen kommt man nicht umhin, auch einige Aspekte der politischen Globalisierung anzusprechen. Seit mehreren Jahrzehnten wird die wirtschaftliche Globalisierung in der Tat z.T. durch Entscheidungen geprägt, die von den Staaten gemeinsam getroffen werden. Dies geschieht häufig im Rahmen internationaler Organisationen wie dem Internationalen Währungsfonds, der Weltbank, der Welthandelsorganisation oder der OECD, die die mit der Globalisierung der Wirtschaft einhergehenden Entwicklungen beobachten, analysieren und begleiten.

Die wirtschaftliche Globalisierung bestimmt mehr und mehr unseren Lebensstil, unsere Arbeitsweisen und unsere Zukunftsvorstellungen. Während einiger Monate schien die Wirtschaftskrise dem ein plötzliches Ende bereitet zu haben. Doch in etwa seit Ende 2009 sind Handel und weltweite Investitionen offenbar wieder zu dem Aufwärtstrend zurückgekehrt, der zu Beginn der 1990er Jahre mit der Öffnung der ehemaligen Ostblockländer für den internationalen Handel und die Marktwirtschaft seinen Anfang genommen hatte. Im Guten wie im Schlechten hat die Globalisierung der heutigen Gesellschaft ihren Stempel aufgedrückt, und sie prägt ihre Entwicklung.

Ein äußerst kontroverses Phänomen

Wenige Themen werden so kontrovers diskutiert wie die Globalisierung, vor allem in ihrer wirtschaftlichen sowie – heute insbesondere – finanziellen Dimension. Ihre Befürworter verweisen auf die Vielzahl neuer Produkte, die deutlich größere Auswahl, die sich den Verbrauchern dank der Globalisierung bietet, die Preissenkungen für Alltagsartikel, die der intensive internationale Wettbewerb nach sich zieht, und nicht zu vergessen den technischen Fortschritt, den gestiegenen Komfort, die Erleichterungen im Alltag, das größere Freizeitangebot und all die anderen Vorteile, die die Globalisierung mit sich bringt. Ihnen gegenüber stehen die Gegner der Globalisierung, die in ihr einen ungerechten, verzerrenden Prozess sehen, der Arbeitsplätze zerstört und bei dem bei weitem keine gleichen Spielregeln für alle herrschen – ganz zu schweigen vom übersteigerten Konsumverhalten, das er nach sich zieht, und den zahlreichen schweren Umweltschädigungen, zu denen es infolge der verstärkten Handels- und Wirtschaftstätigkeit kommt.

Noch vor der Krise – zwischen dem 31. Oktober 2007 und dem 25. Januar 2008 – hatte der Londoner Sender BBC World 34 000 Menschen in 34 Ländern dazu befragt, wie sie über die Globalisierung dachten. In den Ergebnissen kam ein diffuses Unbehagen zum Ausdruck. In 22 Ländern war die Mehrheit der Befragten der Ansicht, dass der Prozess der Globalisierung zu rasch voranschreite. „Viele wollen den Prozess verlangsamt sehen, nicht etwa gestoppt", berichtete die BBC. Nur in einem Drittel der Länder (vor allem in China, Indien, Kanada, Australien, den Vereinigten Arabischen Emiraten und Russland) fand die Mehrzahl der Befragten, dass die Globalisierung mit einer Verbesserung der Lebensbedingungen einherginge. In den übrigen zwei Dritteln der Länder herrschte hingegen das Gefühl vor, dass sich die Situation allgemein verschlechtere (so u.a. in Italien, auf den Philippinen, in den Vereinigten Staaten und in Portugal). Lediglich in sieben Ländern waren die Menschen der Ansicht, dass der Prozess der Globalisierung ausgewogen und transparent sei (Vereinigte Arabische Emirate, Australien, Vereinigte Staaten, China, Ghana, Nigeria und Kanada).

Beunruhigt sind die Menschen über vieles: die Verlagerung von Produktionsstätten in Niedriglohnländer, die berufliche Unsicherheit, die Volatilität der Rohstoffpreise, den offenbaren Kontrollverlust über eine Reihe wirtschaftlicher Steuerungsinstrumente usw. Die subjektive Wahrnehmung der Auswirkungen der Globalisierung ist teilweise jedoch sehr weit von ihren tatsächlichen Effekten entfernt. An die Globalisierung sind einige Klischeevorstellungen geknüpft, die bei den Menschen Ängste schüren, vor allem in den Industrieländern.

Worum es in diesem Buch geht

Ziel dieser Publikation ist es, ein so objektives Bild der Globalisierung wie möglich zu zeichnen, wozu Daten und Analysen der OECD sowie andere zuverlässige Quellen herangezogen werden.

Im ersten Teil wird der Prozess der Integration der Weltwirtschaft erläutert. Dabei wird nach einem Blick zurück in die Geschichte beschrieben, wie sich die Situation derzeit darstellt:

- **Kapitel 2** gibt einen Überblick über die großen geschichtlichen Etappen, die die wirtschaftlichen Kontakte zwischen den Ländern und Völkern gefördert oder intensiviert haben, bis zum II. Weltkrieg, der diesem Prozess vorübergehend ein Ende setzte. Die wirtschaftliche Globalisierung geht auf eine lange und reiche Geschichte zurück. Die großen Wendepunkte der Geschichte, die diese Entwicklung beschleunigt haben, waren die Entdeckungen des 15. Jahrhunderts und die Industrielle Revolution im 19. Jahrhundert. Der Protektionismus, der mit der Großen Depression der 1930er Jahre aufkam, bremste hingegen die Integration der Weltwirtschaft, ja machte diesen Prozess teilweise sogar wieder rückgängig.
- **Kapitel 3** zeigt, wie sich der Prozess der Integration der westlichen Welt nach dem II. Weltkrieg intensiviert hat, was sowohl der dynamischen Entwicklung der Unternehmen in der Folge des Wiederaufbaus als auch dem institutionellen Prozess der Handelsliberalisierung zu verdanken war. Dennoch blieb die Welt in wirtschaftlicher Hinsicht bis Anfang der 1990er Jahre gespalten, da die Handelskontakte zwischen dem Westen und den Ostblockländern äußerst begrenzt waren.
- **Kapitel 4** beschreibt den Prozess der Globalisierung, wie wir ihn seit Anfang der 1990er Jahre kennen, wo er durch zwei große Entwicklungen neuen Auftrieb erhielt: zum einen die Öffnung der ehemals kommunistischen Länder für den internationalen Handel und zum anderen die Revolution der Informations- und Kommunikationstechnologien. Die erhebliche Beschleunigung der Globalisierung, die wir seit ungefähr zwanzig Jahren erleben, wird dabei zunächst am Beispiel der bereits weit vorangeschrittenen Globalisierung des Waren- und Kapitalverkehrs und anschließend anhand der Globalisierung des Dienstleistungs- und Personenverkehrs, die sich teilweise noch in ihren Anfängen befindet, beschrieben. Dieses Kapitel ist zugleich der Versuch einer Beschreibung des Stands der Globalisierung heute.

Im zweiten Teil werden die Auswirkungen der Globalisierung auf die heutige Gesellschaft beschrieben. Dabei wird der Blick auf vier entscheidende Bereiche gerichtet: Entwicklung, Beschäftigung, Umwelt und Finanzmarktstabilität.

- **Kapitel 5** befasst sich mit den Auswirkungen, die die Globalisierung auf die Entwicklung hat. Einige Länder haben eindeutig von der Globalisierung profitiert, so die aufstrebenden Volkswirtschaften; für andere waren die Auswirkungen hingegen weniger eindeutig. Dabei geht es nicht nur um das Niveau der Entwicklung der betreffenden Länder insgesamt, sondern um die Auswirkungen der Globalisierung auf die Lebensbedingungen der Menschen, d.h. konkret auf Armut und soziale Ungleichheit.
- **Kapitel 6** analysiert im Wesentlichen, ob und inwieweit die Globalisierung in den fortgeschrittenen Volkswirtschaften Arbeitsplätze zerstört oder schafft und welche Auswirkungen sie auf die Qualität der Arbeit hat.
- **Kapitel 7** untersucht die Auswirkungen der Globalisierung auf die Umwelt. Die Intensivierung des Handels und der grenzüberschreitenden Wirtschaftstätigkeit sowie die zunehmende Internationalisierung von Produktion und Verbrauch können erhebliche Umweltschädigungen verursachen. Die Globalisierung kann aber zugleich Lösungen für diese Probleme bringen.
- **Kapitel 8** befasst sich schließlich mit der Finanzmarktstabilität und der Schockwelle, die die Finanzkrise der Jahre 2007/2008 ausgelöst hat – die erste große Finanzkrise der globalisierten Wirtschaft, wie es heißt. Die Zweifel, die diese Krise an der Zukunft der Globalisierung hat aufkommen lassen, sind zum gegenwärtigen Zeitpunkt angesichts der nach wie vor unsicheren Erholung noch immer nicht ausgeräumt.

Newcomer der globalisierten Wirtschaft

Fast keine der Marken, die im einleitenden Abschnitt dieses Kapitels erwähnt wurden, war noch vor zehn Jahren außerhalb ihres Herkunftslandes bekannt. Alle haben sie gemein, dass sie heute Unternehmen gehören, die aus einer sogenannten aufstrebenden Volkswirtschaft stammen. In den 1980er Jahren gelang es nur einem großen Kaufhaus wie Harrod's in London, das dafür berühmt war, Artikel aus aller Welt aufzutreiben, Produkte aus so verschiedenen Ländern wie Chile, Indien, China, der Türkei, Russland, Südafrika oder Korea an einem Ort zusammenzubringen. 2009 schaffte das bereits eine kleine spanische Bar. Inzwischen bestimmen solche Produkte unseren Alltag und illustrieren die beeindruckende wirtschaftliche Expansion der aufstrebenden Volkswirtschaften.

Haier

Der chinesische Konzern Haier ist der viertgrößte Haushaltsgerätehersteller weltweit. Bei einigen Artikeln ist er Marktführer, so z.B. bei Weinkühlschränken, Tiefkühltruhen, Klimaanlagen, Waschmaschinen und Staubsaugern. Vor kurzem hat er seine Produktion diversifiziert, so dass er jetzt auch Fernsehgeräte, Computer und Mobiltelefone herstellt. Außerdem hat er eine Pharma-Sparte aufgebaut und entwickelt Dienstleistungsaktivitäten. Der 1984 gegründete Konzern verfolgt eine klar konzipierte Innovationspolitik, die sich mit denen der großen europäischen oder japanischen Hersteller messen kann. 2011 hat Haier einen Umsatz von 23 Mrd. US-$ erwirtschaftet. Der Konzern exportiert in 165 Länder und verfügt weltweit über insgesamt 30 Produktionsstätten.

Arcelik

Die Geschichte des türkischen Konzerns Beko ähnelt der von Haier. 2009 verkaufte Beko ungefähr 8 Millionen Geräte (Kühlschränke, Spülmaschinen usw.). Sein Mutterhaus Arcelik gilt heute als drittgrößter Haushaltsgerätehersteller in Europa.

Tata

Seit dem Jahr 2000 befindet sich Tetley Tea im Eigentum des indischen Mischkonzerns Tata. Tata ist ein im 19. Jahrhundert gegründetes Familienunternehmen, dem mit der Globalisierung Flügel gewachsen sind. Die Automobilsparte Tata Motors ist ein relativ neuer Unternehmensbereich, der aus der Lokomotivherstellung hervorging, auf die das Unternehmen seit langem spezialisiert war. Heute ist Tata in fast allen Wirtschafts- und Industriebereichen tätig. Die wichtigsten Unternehmensteile sind Tata Steel, Tata Consulting Services und Tata Communications (Nummer 1 auf dem Gebiet der internationalen Telekommunikation). Tata macht regelmäßig Schlagzeilen, so z.B. 2007 mit dem Aufkauf des englisch-niederländischen Stahlkonzerns Corus, 2008 mit der Übernahme des Automobilherstellers Jaguar und letztlich mit dem Billigauto Nano, das nur um die 2 000 US-$ kostet. Die Umsatzzahlen des Nano blieben allerdings hinter den Erwartungen zurück. Derzeit arbeitet Tata Motors daran, den Nano besser an die Anforderungen aufstrebender Volkswirtschaften anzupassen – einen Markt, mit dem die Mehrzahl der Automobilhersteller nicht hinreichend vertraut sind.

Newcomer der globalisierten Wirtschaft *(Forts.)*

Samsung

1960 lag das BIP von Südkorea unter dem eines Landes in Subsahara-Afrika. Keine fünfzig Jahre später ist die koreanische Vorzeigefirma Samsung eines der dynamischsten Unternehmen der Welt, zweitgrößter Hersteller weltweit von Mobiltelefonen, noch vor dem US-Unternehmen Motorola.

Lukoil

Kaum mehr als zehn Jahre nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion begann das größte russische Mineralölunternehmen seine Tätigkeiten auf allen Kontinenten auszudehnen. Autofahrer in den USA, Belgien oder Rumänien können heute bei Lukoil tanken. Bald dürfte das internationale Vertriebsnetz von Lukoil den Vergleich mit anderen besser bekannten Ölgesellschaften wie Shell, Total oder Exxon nicht mehr scheuen müssen.

Chilenischer Wein

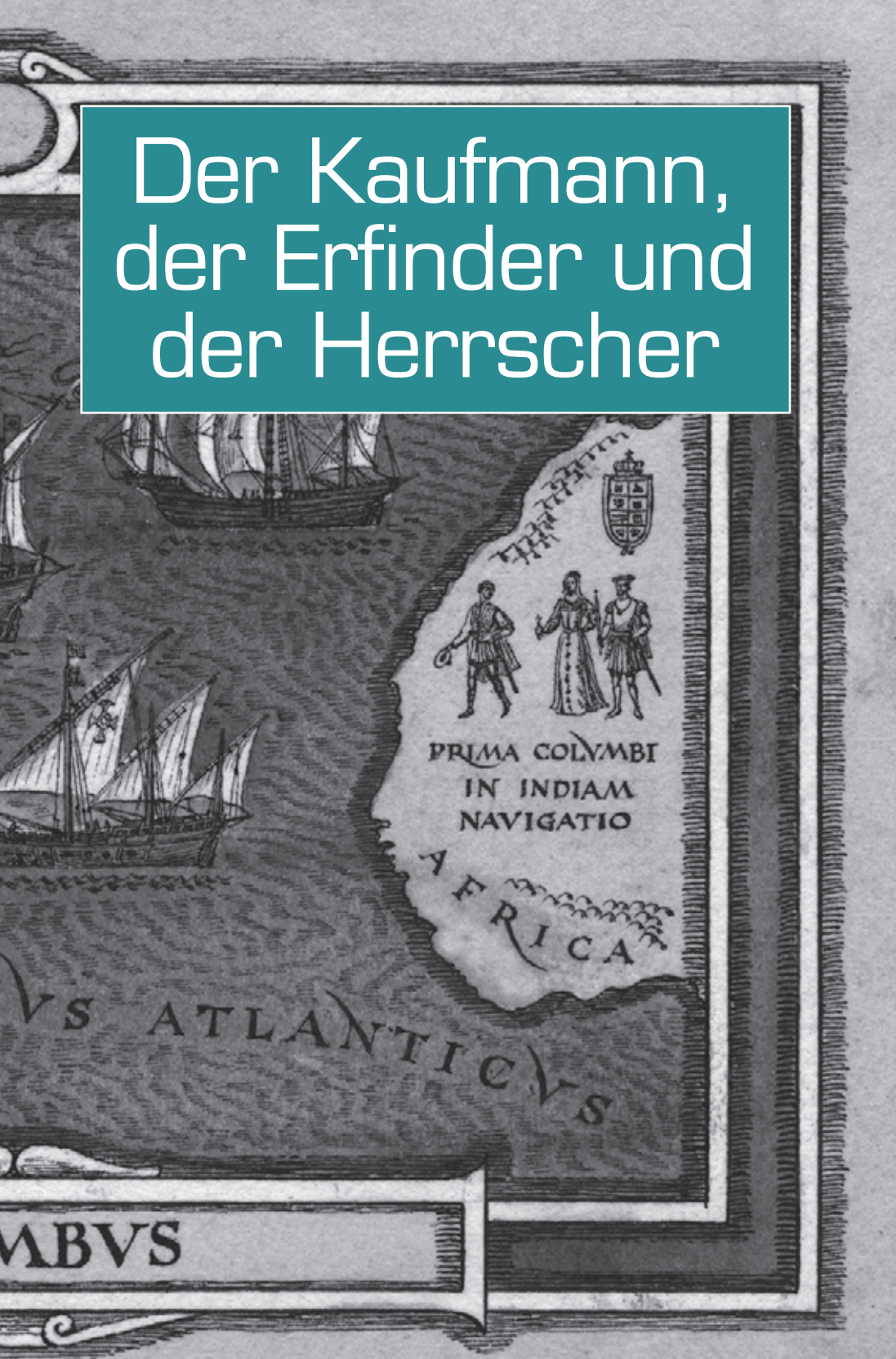
Wein wird in Chile schon seit langem angebaut, aber heute ist chilenischer Wein auf allen Tafeln der Welt zu finden. Santiago steht mittlerweile weltweit auf Platz fünf der Weinexporteure. Chile hat inzwischen traditionelle Weinbauländer wie Deutschland und Portugal überholt. In nur zehn Jahren haben sich die Weinbauflächen nahezu verdoppelt. Und dank einer internationalen Werbekampagne konnten die chilenischen Winzer ihr Image in aller Welt verbessern, nicht nur zur Freude der Weintrinker in Spanien, sondern in ganz Europa und in den Vereinigten Staaten.

2



Die wirtschaftliche Globalisierung im weiteren Sinne kann auf eine nahezu genauso lange Geschichte zurückblicken wie der internationale Handel selbst. Sie entwickelte sich aus dem Zusammentreffen des Unternehmergeists von Kaufleuten, die jenseits der Grenzen ihrer Herkunftsländer nach neuen Absatzmärkten suchten, mit dem Fortschritt der Verkehrs- und Kommunikationstechnik sowie dem zu bestimmten Zeitpunkten der Geschichte zu beobachtenden Bestreben der Regierenden, den Handel mit dem Ausland auszuweiten. Diese verschiedenen Faktoren kamen im Lauf der Jahrhunderte unterschiedlich stark zum Ausdruck.

Der Kaufmann, der Erfinder und der Herrscher



Zur Einleitung …

„Früher war, was sich in der Welt ereignete, nicht miteinander verbunden. Heute hängen alle Ereignisse miteinander zusammen".

Polybios, griechischer Geschichtsschreiber, 2. Jh. v. Chr.

Diese überraschende Feststellung des Polybios macht deutlich, dass die Globalisierung als solche beileibe kein neues Phänomen ist. Schon lange vor den alten Griechen bestand eine Art wirtschaftlicher Abhängigkeit zwischen geografisch weit entfernt lebenden Völkern. Die Jungsteinzeit, in der die Landwirtschaft ihren Anfang nahm, war auch die Zeit der ersten Handelsbeziehungen zwischen teilweise weit voneinander entfernt lebenden Völkern. Çatalhöyük in der heutigen Türkei, eine der ältesten Städte der Welt, bezeugt dies bereits im Jahre 7000 v. Chr. Die Stadt, die über reiche Vorkommen an Obsidian verfügte – einem vulkanischen Gesteinsglas, mit dem Werkzeuge hergestellt wurden –, lieferte dieses Gut in großen Mengen im Austausch gegen Töpferwaren und Getreide in verschiedene andere Regionen des Mittelmeerraumes.

Die Wege von Handelsvölkern unterschiedlichster Herkunft kreuzten sich in diesen frühen Zeiten auch im sogenannten fruchtbaren Halbmond. Im 4. und 3. Jahrtausend v. Chr. unterhielt Mesopotamien intensive Handelsbeziehungen (Metalle, Holz, Stein usw.) mit seinen Nachbarn in Syrien und Anatolien sowie später auch mit Indien und dem Persischen Golf. Auch die ägyptischen Pharaonen sandten ihre Karawanen, Schiffe und Schriftgelehrten in weit entlegene Regionen, nach Phönizien, Nubien und ins Goldland Punt, das vermutlich auf dem Gebiet des heutigen Eritrea lag.

Reicht die Globalisierung der Wirtschaft also ebenso weit in die Geschichte zurück wie die Wirtschaft selbst? Ja, wenn man unter diesem Begriff die wechselseitige wirtschaftliche Abhängigkeit in verschiedenen Regionen lebender Völker versteht. Von einer wirtschaftlichen Integration der fünf Kontinente kann jedoch erst seit den großen Entdeckungen des 15. und 16. Jahrhunderts gesprochen werden. Und die Globalisierung im Sinne der Einbeziehung nahezu aller Länder der Erde in die Marktwirtschaft und den freien Handel existiert effektiv erst seit den frühen 1990er Jahren.

Doch selbst im weiteren Sinne war die Globalisierung der Wirtschaft kein linearer geschichtlicher Prozess. Es gab Phasen, in denen sich dieser Prozess beschleunigte, und wieder andere, in denen er sich verlangsamte. Manchmal kam er auch ganz zum Erliegen. Wie

dieses Kapitel und die zwei folgenden zeigen, folgten die Phasen der Beschleunigung der wirtschaftlichen Integration immer dichter aufeinander. Ausschlaggebend für sie waren im Wesentlichen drei Faktoren: die Dynamik der Kaufleute, die Fortschritte bei den Verkehrs- und Kommunikationstechniken und der Wille der Regierenden, den Handel mit dem Ausland zu fördern.

Die Anfänge der wirtschaftlichen Globalisierung (von der Antike bis ins 14. Jahrhundert)

Die Dynamik des „internationalen" Handels in der Antike und im Mittelalter stützte sich auf Verkehrs- und Kommunikationstechniken, die uns zwar wohl bekannt sind, deren Tragweite wir aber nicht immer völlig ermessen. Die zwei großen Erfindungen, die den Handel in diesen Zeiten vorangetrieben haben, waren die Schifffahrt und die Schrift. Gewiss reicht die Domestizierung von Tieren, die lange Strecken hinter sich legen können, wie das Pferd und das Kamel, wesentlich weiter in die Geschichte zurück. Auch die Erfindung des Rades in Mesopotamien, im 4. Jahrtausend v. Chr., war ein Wendepunkt der Geschichte, durch den sich die Warenmengen, die über weite Strecken transportiert werden konnten, gewaltig erhöhten. Doch es war die Schifffahrt, die den internationalen Handel am meisten förderte. Noch heute ist sie es, die den Transport der größten Mengen an Waren in alle Welt ermöglicht.

Auch die Schrift steht in einem engen Zusammenhang mit Wirtschaft und Handel. Die älteste Form der Schrift, die ebenfalls aus Mesopotamien stammt und im 4. Jahrtausend v. Chr. erfunden wurde, diente zur Verbuchung von Viehbeständen und Ernteerträgen. Später wurde sie auch ein juristisches Instrument: Ein schriftlicher Vertrag ist eine wichtige Voraussetzung, um die Ausführung von Geschäften zu garantieren, bei denen Waren über weite Strecken transportiert werden müssen. Die damit geschaffene Rechtssicherheit erleichterte den Handel zwischen geografisch entfernten Gegenden. Wichtiger noch als diese rechtliche Sicherheit war für den Handel indessen die physische Sicherheit der Kaufleute. Und hier kam die Politik ins Spiel.

Weltreiche und Wirtschaftswelten

Die ersten Formen der Globalisierung hingen z.T. mit dem Entstehen der großen Weltreiche zusammen. Indem sie riesige und sehr vielfältige Regionen politisch vereinten, begünstigten die Weltreiche den Waren- und Personenverkehr zwischen den Kontinenten. Zwischen dem 6. und 4. Jh. v. Chr. durchquerten unzählige Kaufleute das Perserreich,

das sich vom Mittelmeer bis zu den Ufern des Ganges erstreckte und ein buntes Mosaik von Völkern und Kulturen bildete. Auch das mazedonische Reich von Alexander dem Großen, das auf das Perserreich folgte, schlug eine Brücke zwischen Okzident und Orient. In dieser Zeit der kulturellen Integration sehr verschiedener Völker, von der die Bibliothek von Alexandria Zeugnis ablegt, setzten sich verschiedene neue Handelsmethoden durch, wie z.B. der Gebrauch von Münzen. Die griechischen Stadtstaaten, die auf das Mazedonierreich folgten, nutzten die von Alexander erwirkte Ausweitung der Grenzen, um ebenfalls intensive Handelsbeziehungen zu pflegen, hauptsächlich auf dem Seeweg.

Auch das Römische Reich (5. Jh. v. Chr. bis 5. Jh. n. Chr.), das die Griechen beerbte, erstreckte sich über ein weites Gebiet, von Schottland bis nach Ägypten und von der iberischen Halbinsel bis nach Kleinasien. Einige Historiker betrachten das Römische Reich als den ersten wirklich „globalisierten" geografischen Raum. Der lebhafte Handel zwischen äußerst verschiedenen Regionen wurde damals sowohl durch eine äußerst effiziente Verwaltung als auch durch große technische Neuerungen begünstigt. Straßen und Brücken, eine immer stärkere Nutzung von Münzen und die ersten wirklich organisierten Postdienste – all dies trug erheblich zur Ausdehnung des Handels und der Bevölkerungsbewegungen bei.

Die wirtschaftliche Integration der verschiedenen Provinzen des Römischen Reiches fand auch im Alltagsleben ihren Ausdruck. Wie der amerikanische Historiker Lionel Casson beschreibt, aß der römische Bürger Brot, das aus in Nordafrika oder Ägypten angebautem Weizen gebacken wurde, und verspeiste Fisch, der in der Nähe von Gibraltar gefangen und getrocknet wurde. Er kochte mit Olivenöl aus Nordafrika in Kesseln aus spanischem Kupfer, aß von Tellern, die in gallischen Öfen gebrannt wurden, und trank spanischen oder gallischen Wein. Der reiche Römer kleidete sich in feiner Wolle aus Milet oder ägyptischem Leinen; seine Frau trug chinesische Seide, schmückte sich mit Perlen und Diamanten aus Indien und schminkte sich mit Kosmetika aus Südarabien. Sein Haus war aus buntem Marmor, der aus Steinbrüchen in Kleinasien stammte. Seine Möbel waren aus indischem Ebenholz oder mit afrikanischem Elfenbein verziertem Teakholz. Die Ähnlichkeiten mit der vielfältigen Herkunft der Produkte, mit denen wir uns heute umgeben, sind frappierend. Der Mittelmeerraum des Römischen Reiches war damit eine echte „Economie-Monde" – eine „Welt-Wirtschaft" bzw. „Wirtschaftswelt" –, um den von dem französischen Historiker Fernand Braudel geprägten Begriff zu verwenden.

Doch auch die wirtschaftliche Integration des Mittelmeerraums war kein kontinuierlicher Prozess. Immer wieder kam es zu Phasen des wirtschaftlichen Rückzugs, häufig als Folge politischer, diplomatischer

oder militärischer Krisen, wie z.B. der Punischen Kriege zwischen Rom und Karthago im 3. und 2. Jh. v. Chr. Mehrere Phasen der Intensivierung und des Rückgangs des Handels wechselten einander ab, bis es schließlich zum Zusammenbruch des Römischen Reiches im Jahre 476 n. Chr. kam, der den Handel in Europa schwer und dauerhaft beeinträchtigte.

Mittelalter: Europa auf dem Rückzug – Aufschwung in Asien

Anders als häufig angenommen, nahm die Globalisierung nicht unbedingt in Europa ihren Anfang. Asien, der Nahe Osten und Afrika haben einen großen Teil ihrer Geschichte mitgeschrieben. Nach der Teilung des Römischen Reiches brach der Handel in Westrom drastisch ein, und auch die politische Einigung, zu der es mit dem Karolingischen Reich im 9. Jahrhundert kam, reichte nicht aus, um ihn wieder zu beleben. Die Zeit des Feudalismus war in Europa keine Zeit der Kaufleute. Die zahlreichen Konflikte, die territoriale Zersplitterung, die rigiden gesellschaftlichen Strukturen und Regeln wie das kirchliche Zinsverbot behinderten den Handel.

Auf der oströmischen Seite hingegen setzte das Byzantinische Reich den lebhaften Handel zwischen Asien und dem Mittelmeerraum fort. Konstantinopel nahm in diesem gewaltigen Handelsnetz, das sich fast über ganz Eurasien und Nordafrika erstreckte, eine zentrale Stellung ein. Die Hauptstadt dieses Reichs war die erste Etappe auf der berühmten Seidenstraße – die in Wirklichkeit eher ein Straßennetz war, auf dem neben den edlen Stoffen, nach denen sie benannt ist, auch Edelsteine und Edelmetalle, Gewürze, Elfenbein und viele andere kostbare Güter mehr transportiert wurden und die bis nach Xi'an im fernen China reichte.

Eine weitere wichtige Entwicklung, die die gegenseitige wirtschaftliche Abhängigkeit weit entfernt lebender Völker förderte, war die Expansion der islamischen Kultur, die ausgehend von der arabischen Halbinsel ab dem 7. Jahrhundert den Handel zwischen dem Nahen Osten und Subsahara-Afrika beflügelte. Während mehrerer Jahrhunderte ging die Expansion des Islam mit einer Expansion des Handels einher, von Nordspanien bis auf die Philippinen.

Im 13. Jahrhundert entstanden auch mit dem Mongolischen Reich neue „internationale" Wirtschaftsbeziehungen. Mit ihren Pferden gelangten die Mongolen bis an die Ufer des Pazifiks, des indischen Ozeans, des Mittelmeers und der Adria. Eine der Begleiterscheinungen dieser geografischen Ausdehnung war auch hier die Vermischung von Bevölkerungsgruppen und die Entstehung von Beziehungen zwischen Völkern, die eigentlich kaum etwas gemein hatten.

Marco Polo, der namhafteste Handlungsreisende des Okzidents der damaligen Zeit, berichtet davon in seinem *Buch der Wunder*, in dem er das sagenumwobene Reich des Kublai Khan beschreibt.

Im 12. Jahrhundert begann das Europa des Handels aus seinem Dornröschenschlaf zu erwachen. Die Champagnemessen zeugen davon: Von der Mitte des 12. Jahrhunderts bis zum Ende des13. Jahrhunderts war die Champagne ein ständiger Begegnungsort zwischen Geschäftsleuten aus Flandern, Italien und einem guten Teil des übrigen Europas. Im 13. Jahrhundert begann zugleich der Aufstieg der Hansestädte und der norditalienischen Handelsimperien – allen voran die Republik Venedig –, die die Vorhut des wiedererstarkten internationalen Handels in Europa bildeten. In ihnen kündigte sich bereits die Dynamik der Renaissance an, mit der sich neue Perspektiven eröffneten.

Die neuen Horizonte der Renaissance (15. bis 18. Jahrhundert)

Als Zeit großer technischer Fortschritte war die Renaissance auch die Zeit, in der die wirtschaftlichen Beziehungen auf alle Kontinente ausgedehnt wurden. Die Globalisierung erreichte damit eine neue Etappe.

Die intellektuelle Aufgeschlossenheit, die kennzeichnend war für die Renaissance, förderte den technischen Fortschritt und mit ihm die Entwicklung neuer Produkte und Verfahren, so z.B. die Nutzung der Baumwolle zur Herstellung von Kleidung. Dies wiederum ließ neue Bedürfnisse entstehen und neue Handelsaktivitäten aufkommen. Auch die Kommunikationsmittel wurden moderner. Die Erfindung des Buchdrucks begünstigte die Wissensverbreitung, die wiederum den wissenschaftlichen, kulturellen und wirtschaftlichen Austausch förderte. Auch im Bereich der Nachrichtenübermittlung wurden Fortschritte erzielt. Anfang des 16. Jahrhunderts richtete Franz von Taxis eine echte Post in Stafettenform ein, über die Nachrichten in nur fünf Tagen von Innsbruck nach Brüssel überbracht werden konnten. Die Druckerpresse und die Post hatten auf die Wirtschaft damals einen Einfluss, der mit dem des Internet heute vergleichbar ist: Die Entfernungen wurden kürzer, die Wirtschaftsräume größer.

Entwicklungen im Verkehrswesen spielten dabei ebenfalls eine Rolle. Schiffe und Flotten wurden größer. Die europäischen Schiffe waren nicht mehr alleine auf den Ozeanen. Immer häufiger kreuzten sich ihre Wege mit denen der Schiffe einer neuen Handelsmacht: China. Die chinesischen Dschunken, deren Tonnage häufig wesentlich größer war als die der europäischen Schiffe, segelten über die

Meere Asiens und den Indischen Ozean bis nach Ostafrika. Doch es waren vor allem die Fortschritte in der Navigationstechnik (Erfindung des Kompasses, Kartografie usw.), die einen neuen Wendepunkt herbeiführen: die „großen Entdeckungen" der Europäer. Die Reisen des Christoph Kolumbus und des Vasco da Gama – um nur zwei Namen zu nennen – sprengten die Horizonte und eröffneten neue Meeresrouten. Dies war der Beginn der Globalisierung im wahrsten geografischen Sinne.

Die Entstehung der europäischen Kolonien – die das Resultat von Eroberungen und kriegerischen Auseinandersetzungen war – ging zugleich mit einer verstärkten Handelsaktivität einher. Die Errichtung der Kolonialreiche, zuerst des portugiesischen und des spanischen im 15. und 16. Jahrhundert, dann des englischen, französischen und – in geringerem Maße – niederländischen, schwedischen und deutschen ab dem 17. Jahrhundert, war mit einer Ausdehnung des Waren- und Personenverkehrs zwischen den Kontinenten verbunden. In nur wenigen Jahrzehnten eroberten neue Erzeugnisse wie Tabak, Kartoffeln und Tomaten die ganze Welt. Um die Massenproduktion von Mineralien, Baumwolle usw. zu ermöglichen, wurde über Jahrhunderte zudem massiv von Sklavenarbeit Gebrauch gemacht. Mit ihren teilweise grausamen Folgen für die Menschen gelang es der Kolonialzeit dennoch, die Kontinente miteinander zu verbinden, auch wenn der unerbittliche Wettbewerb zwischen den großen Kolonialmächten verhinderte, dass sich die Grenzen wirklich öffneten.

Der Handel als Machtinstrument

Mit dem Handel zwischen den Mutterländern und den Kolonien wuchs auch der Handel zwischen den Kontinenten beträchtlich; die großen Kolonialmächte verteidigten ihre Handelssphären jedoch eifersüchtig, wozu sie – der damals vorherrschenden wirtschaftspolitischen Doktrin, dem Merkantilismus, folgend – auf protektionistische Maßnahmen zurückgriffen. Der Merkantilismus beruht auf dem Gedanken, dass die Macht eines Staates von seinen Edelmetallreserven abhängig ist. Um sich zu bereichern, muss der Staat, der im Zentrum der Wirtschaft steht, den Außenhandel entwickeln, seine Exporte steigern und dazu die Rohstoffe seiner Kolonien ausbeuten. Die Zollregeln zwangen die Kolonien vielfach, nur mit ihrem Mutterland Handel zu treiben. Die auf den verschiedenen Kontinenten eingerichteten Handelskontore blieben somit an ihr jeweiliges Herrscherhaus gebunden (Spanien, Portugal, Niederlande, Frankreich, England usw.). Im 18. Jahrhundert war England daher das einzige Land, mit dem Jamaika Handel treiben durfte. Das Gleiche galt für Guadeloupe: Als französische Kolonie durfte die Insel nur von französischen Kaufleuten kaufen und an französische Kaufleute verkaufen.

In ihrem *Reisebericht eines T-Shirts* (2005) erinnert die US-amerikanische Wirtschaftsprofessorin Pietra Rivoli daran, wie die britische Obrigkeit ihre Untertanen im 17. Jahrhundert zwang, auch im Sommer nur Wollkleidung zu tragen, um die heimische Wollindustrie vor der Konkurrenz durch Baumwollstoffe zu schützen. Mit der Eröffnung ihrer ersten Handelskontore in Indien hatten die Briten die indische Baumwolle entdeckt, die viel geschmeidiger und leichter war als das schwere englische Wolltuch. Die aus Indien importierten Baumwollstoffe eroberten bald die entlegensten Landesteile Großbritanniens und wurden zu einer Bedrohung für die heimische Wollindustrie. Durch die protektionistischen Maßnahmen konnte diese noch ein paar Jahrzehnte überleben, bevor sie dann durch den technischen Fortschritt der Industriellen Revolution wieder aus eigener Kraft wachsen konnte.

Die Industrielle Revolution und die Explosion des Welthandels (Ende 18. Jh. bis 1914)

Die Industrielle Revolution war ein weiterer Meilenstein in der Geschichte der Integration der Weltwirtschaft. Das 19. Jahrhundert wird von vielen als erste echte geschichtliche Phase der Globalisierung betrachtet. In der Tat erreichte die Integration der Weltwirtschaft in dieser Zeit ein bislang ungekanntes Ausmaß. Die erste Industrielle Revolution, die im 18. Jahrhundert in Großbritannien ihren Anfang nahm, brachte, wie ihr Name besagt, eine Vielzahl neuer Techniken und Verfahrensweisen mit sich. Mit ihr begann der Aufschwung der Mechanisierung (vor allem in der Textilindustrie), des Bergbaus (vor allem des Kohlebergbaus) und der Metallurgie. Die anderen europäischen Länder und die Vereinigten Staaten folgten Großbritannien schon bald auf diesem Weg. Die Produktion nahm zu und beschleunigte sich erheblich. Neue Bedürfnisse entstanden, und weltweit entwickelten sich neue Wirtschaftszweige.

Mit der Industriellen Revolution kamen auch neue Verkehrsmittel auf. Es ist die Zeit der Dampfmaschine. Der Schienenverkehr entwickelte sich, die Schiffe wurden schneller. Die Seetransportkosten gingen während des gesamten 19. Jahrhunderts drastisch zurück (vgl. Kasten), während die Dauer der Überfahrt zwischen den Kontinenten sank, nicht zuletzt dank des Baus des Suezkanals sowie später des Panamakanals. Menschen und Waren gelangten leichter und schneller von einem Ort zum anderen. Auf die erste Industrielle Revolution folgte Ende des 19. Jahrhunderts die zweite mit dem Aufkommen der Mineralölnutzung sowie den Fortschritten der Chemie und der Mechanik (Erfindung des Verbrennungsmotors).

Bis zum Anfang des 19. Jahrhunderts stieg das weltweite Pro-Kopf-BIP nur langsam. Asien und Europa lagen lange Zeit gleich auf

Zwischen dem Jahr 1000 und dem Jahr 2000 ist die Weltbevölkerung um ein Zweiundzwanzigfaches gestiegen. Das weltweite Bruttoinlandsprodukt (BIP) hat sich im gleichen Zeitraum verdreizehnfacht, und das Pro-Kopf-BIP hat um ein Dreihundertfaches expandiert. Ganz anders im 1. Jahrtausend nach Christi Geburt: In diesem Zeitraum hat sich die Weltbevölkerung nur versechsfacht, während das Pro-Kopf-BIP stagnierte.

Zwischen dem Jahr 1000 und 1820 sind die Pro-Kopf-Einkommen nur langsam gestiegen – um kaum 50%, während sich die Weltbevölkerung zugleich vervierfachte. In zwei Ländern jedoch hat sich das Pro-Kopf-BIP zwischen 1500 und 1820 verdoppelt: in England und den Niederlanden, zwei Ländern, in deren Wirtschaft der Außenhandel eine große Rolle spielte. Ab 1820 beschleunigte sich die Entwicklung der Weltwirtschaft deutlich: Das Pro-Kopf-BIP verachtfachte sich, die Weltbevölkerung stieg um ein Fünffaches.

Das Pro-Kopf-BIP ist jedoch nicht der einzige Indikator der Wohlstandsentwicklung. Auch die Lebenserwartung ist z.B. erheblich gestiegen.

Im Jahr 1000 betrug die durchschnittliche Lebenserwartung 24 Jahre. Ein Drittel der Neugeborenen starb noch im ersten Jahr nach der Geburt. Hungersnöte und Seuchen forderten unzählige Menschenleben. Heute beträgt die Lebenserwartung im weltweiten Durchschnitt 66 Jahre. Hinter diesem Durchschnittswert verbergen sich jedoch erhebliche Unterschiede. In Westeuropa, Nordamerika, Australien und Japan stieg die Lebenserwartung deutlich stärker.

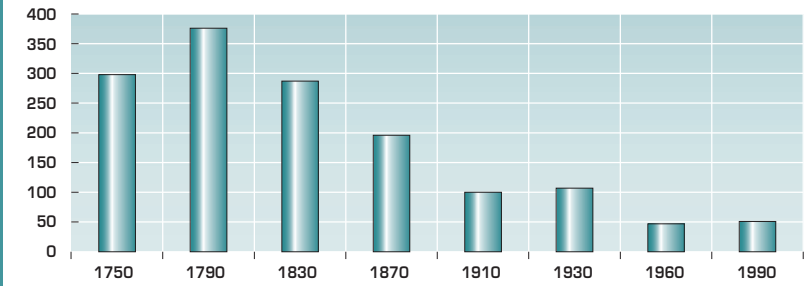
Diese Regionen waren bereits 1820 zweimal so reich wie der Rest der Welt, und dieser Abstand hat sich seitdem stets weiter vergrößert. 1998 betrug das Verhältnis 1 zu 7. Zwischen den Vereinigten Staaten und Afrika belief es sich sogar auf 1 zu 20. Diese Unterschiede sind jedoch nicht in Stein gemeißelt. In der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts haben einige asiatische Länder gezeigt, dass ein rascher Aufholprozess möglich ist. Dem wachsenden Wohlstand in Asien stand jedoch eine wirtschaftliche Stagnation oder sogar Regression in anderen Teilen der Welt gegenüber.

Große Innovationen revolutionierten unterdessen das Kommunikationswesen. 1865 brach Paul Julius Reuter, Begründer der gleichnamigen Presseagentur, einen Geschwindigkeitsrekord, indem er die Nachricht von der Ermordung des amerikanischen Präsidenten Abraham Lincoln in nur elf Seetagen nach London brachte. Ein Jahr später wurde das erste transatlantische Kabel in Betrieb genommen. Damit wurde eine praktisch unmittelbare Informationsübermittlung möglich. Die Entfernung verlor ihre Bedeutung. Dies hatte auch gewaltige Auswirkungen auf die Wirtschaftstätigkeit. Ab dieser Zeit begannen die Preise auf den Weltmärkten festgesetzt zu werden. Geschäftsleute kauften und verkauften Agrar- und Industriegüter nahezu in Echtzeit je nach dem Bedarf ihrer Kunden, die sich am anderen Ende der Welt befinden konnten. Ende des 19. Jahrhunderts folgten die Weizenkurse in den Vereinigten Staaten denen in England.



DIE SCHIFFFAHRT WIRD KOSTENGÜNSTIGER

Seetransportkosten, 1750 -1990 (1910 = 100)



Mit der Erfindung der Dampfschifffahrt und dem Bau des Suezkanals und des Panamakanals gegen Ende des 19. Jahrhunderts sanken die Seetransportkosten auf ein Drittel.

Quelle: Crafts, N. und A. Venables (2003), *Globalization in History: A Geographical Perspective*, University of Chicago Press, Chicago.

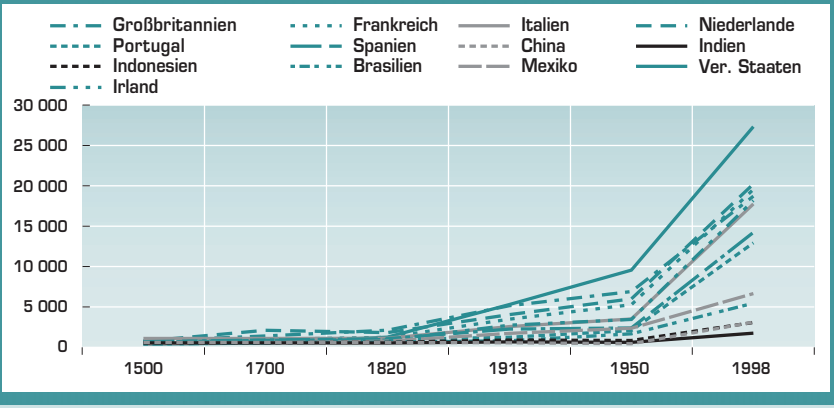
StatLink http://dx.doi.org/10.1787/888932780019

Doch so gewaltig die technischen Fortschritte auch waren, spielten die Staaten bei dieser Entwicklung ebenfalls eine wichtige Rolle. Neue Gesetze erleichterten den Kapitalverkehr zwischen den Kontinenten. Vermögensübertragungen zwischen verschiedenen Ländern wurden möglich. Dem Finanzsektor boten sich damit ganz neue Möglichkeiten der Entwicklung. Ab 1870 nahmen die Kapitalabflüsse aus Großbritannien erheblich zu. Die Hälfte der britischen Ersparnis war im Ausland angelegt. Auch Kapital aus Frankreich, Deutschland und den Niederlanden überquerte die Ozeane, vor allem zur Finanzierung des Ausbaus der Kolonialreiche. Durch die Schaffung bestimmter Rechtstitel, insbesondere im Bereich des Eigentumsrechts, wurden die Investitionen in den Kolonien geschützt.

Zugleich war das 19. Jahrhundert die Zeit, in der der Freihandel aufkam. 1846 hob das britische Parlament die „Corn Laws“ auf, die die britischen Großgrundbesitzer seit 1815 vor Konkurrenz durch ausländische Getreideproduzenten geschützt hatten. Großbritannien unterstützte den internationalen Handel. Die Zolltarife auf nach Frankreich exportierte Industrieprodukte wurden schrittweise auf

WIRTSCHAFTLICHER AUFSCHWUNG DER EUROPÄISCHEN LÄNDER, 16.-20. JAHRHUNDERT

Pro-Kopf-BIP der europäischen Kolonialmächte und ihrer ehemaligen Kolonien, 1500-1998



Bis zum 19. Jahrhundert waren die europäischen Kolonialmächte nicht wesentlich wohlhabender als ihre Kolonien. Ab 1820 nahm das Wohlstandsgefälle zu, und im 20. Jahrhundert hat sich diese Entwicklung beschleunigt.

Quelle: Maddison, A. (2003), *Die Weltwirtschaft: Eine Millenniumsperspektive.* Studien des Entwicklungszentrums, OECD Publishing, Paris.

StatLink http://dx.doi.org/10.1787/888932780038

24% gesenkt. Der Warenhandel zwischen den europäischen Ländern nahm spektakulär zu. Frankreich unterzeichnete eine Reihe von Zollverträgen mit seinen Nachbarländern (Belgien, Italien, Spanien, Schweiz). In den Vereinigten Staaten lagen die Zölle 1883 hingegen immer noch über 45%. Wie heute spielten nationale Gesetze und internationale Übereinkommen eine entscheidende Rolle für die Integration der Weltwirtschaft. Doch trotz der starken Zunahme des Welthandels kann zu dieser Zeit nicht von Multilateralismus die Rede sein. Die Zollpolitik wurde in bilateralen Verträgen geregelt, und manche Verträge wurden gewissermaßen mit gezogener Waffe ausgehandelt. Vor allem das Vereinigte Königreich, die wichtigste militärische und wirtschaftliche Macht der damaligen Zeit, zwang ihren Handelspartnern ihre Vorstellungen vom Freihandel auf. In China, im ottomanischen Reich oder auch in Persien setzte sie sehr niedrige Zolltarife durch.

Doch ganz gleich, ob sie erzwungen oder aus freien Stücken vorangetrieben wurde, war die zunehmende Verflechtung der Volkswirtschaften – trotz vereinzelter protektionistischer Bestrebungen – ein entscheidendes Merkmal der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts. Zwischen 1840 und 1913 versiebenfachte sich das Volumen des Welthandels. Zwischen 1800 und 1913 erhöhte sich der Anteil des internationalen Handels am weltweiten BIP von 1% auf 8%. Parallel zu den Warenströmen zwischen den Ländern nahmen auch die Migrationsbewegungen spektakulär zu. Im Verlauf des 19. Jahrhunderts siedelten 60 Millionen Europäer auf andere Kontinente über, eine Völkerbewegung, wie es sie in dieser Form noch nie zuvor gegeben hatte.

Die zwei Weltkriege und das vorübergehende Ende der Globalisierungstendenzen (1914-1945)

Die zwei großen Konflikte des 20. Jahrhunderts forderten nicht nur einen sehr hohen Tribut an Menschenleben, sie versetzten auch dem Welthandel einen schweren Schlag. Der Erste Weltkrieg brachte die Handelsaktivitäten der Mehrzahl der westlichen Länder mit Ausnahme der Vereinigten Staaten zum Erlahmen. Im Jahr 1913 machten die Exporte weniger als 3,7% des amerikanischen BIP aus; im Vereinigten Königreich belief sich dieser Anteil demgegenüber auf 17,5%, in Deutschland auf 16,1% und in Frankreich auf 7,8%. Mit dem Ersten Weltkrieg kehrte sich die Situation um: Die Exporte der europäischen Länder brachen drastisch ein, während die Vereinigten Staaten als Ersatzlieferant einsprangen und so zu einem der größten Exporteure von Agrarerzeugnissen weltweit wurden.

Die Zeit zwischen den beiden Weltkriegen war vor allem durch eine Art Rückwendung der europäischen Länder nach innen gekennzeichnet. Einigen Historikern zufolge war diese Rückzugstendenz nicht unschuldig an den Spannungen, die letztlich zum Zweiten Weltkrieg führten. Nach dem Waffenstillstand des Jahres 1918 verbarrikadierten sich die Länder hinter einem neuen Arsenal an Zolltarifen. Die nationale Wirtschaft war noch schwach und sollte vor ausländischer Konkurrenz geschützt werden. In Belgien beispielsweise kletterten die Zolltarife, die 1913 noch bei 9% gelegen hatten, bis 1925 auf 15%. In Italien erhöhten sich die Einfuhrsteuern von 18% auf 22%. Die Vereinigten Staaten gingen mit ihrem zollpolitischen Instrumentarium sogar noch weiter: Die Zolltarife für Industrieprodukte betrugen 1925 im Schnitt 37%. Im Verlauf der 1920er Jahre kam der internationale Handel langsam wieder in Fahrt, jedoch nur für kurze Zeit. Der Börsenkrach des Jahres 1929 setzte dem Aufschwung ein abruptes Ende. Da die Kapitalmärkte bereits damals stark vernetzt waren, wurde auch Europa von der Krise erfasst. Der Prozess der Globalisierung

kam noch stärker zum Erlahmen. Die Regierung in Washington zog in der Handelspolitik die Schrauben an, insbesondere mit dem Smoot-Hawley-Gesetz, mit dem die Zolltarife auf zahlreiche Produkte, darunter auch Agrarprodukte, erhöht wurden (vgl. Kasten). Dieses Gesetz hatte schwere Auswirkungen auf den Welthandel, da die Handelspartner der Vereinigten Staaten mit eigenen protektionistischen Gesetzen zurückschlugen. Zwischen 1929 und 1932 ging der Welthandel – in US-Dollar gerechnet – um 60% zurück. 1932 beliefen sich die weltweiten Exporte nur noch auf 12,7 Mrd. US-$ im Vergleich zu 33 Mrd. US-$ drei Jahre zuvor.

Auch für die Menschen schlossen sich die Grenzen. In der Zeit zwischen den Kriegen schrumpften die Migrationsströme. Zwischen 1870 und 1913 hatten die Vereinigten Staaten 15,8 Millionen Einwanderer aufgenommen, weitere 861 000 ließen sich in diesem Zeitraum in Kanada nieder. Zwischen 1914 und 1949 waren die entsprechenden Zahlen um zwei Drittel geringer. Für viele hatten sich dank des gestiegenen Lebensstandards in Europa allerdings auch die Auswanderungsanreize verringert.

Mitte der 1930er Jahre sprang der internationale Handel wieder an, aber es war ein schwieriger Start. Bis zum Jahr 1938, am Vorabend des Zweiten Weltkriegs, konnte nur die Hälfte der erlittenen Einbußen wieder hereingeholt werden. Der Krieg machte auch diesen kleinen Aufschwung wieder zunichte. Der Sturzflug der internationalen Investitionen verdeutlicht, wie sehr die Zeit der zwei Weltkriege

Das Smoot-Hawley-Gesetz, eine protektionistische Überreaktion

Das 1930 in den Vereinigten Staaten verabschiedete Smoot-Hawley-Zollgesetz nimmt in den Annalen des Wirtschaftsprotektionismus eine besondere Stellung ein. Die Zeitschrift *The Economist* bezeichnete die Verabschiedung dieses Gesetzes als das „tragikomische Finale eines des unglaublichsten Kapitels in der Geschichte der internationalen Zolltarife". Eine Ansicht, die damals übrigens von über tausend Wirtschaftswissenschaftlern geteilt wurde, die sich in einem gemeinsamen Brief an Präsident Herbert Hoover wandten, um ihn dazu zu bewegen, von seinem Vetorecht Gebrauch zu machen. „Ich habe Herbert Hoover fast auf Knien angefleht, die Verabschiedung des Gesetzes zu verhindern", erzählte später Thomas Lamont, der damals Partner bei J.P. Morgan war „Dieses Gesetz hat den Nationalismus weltweit verstärkt". Das nach seinen beiden Initiatoren benannte Smoot-Hawley-Gesetz erhöhte die Zolltarife auf ungefähr 900 verschiedene Importwaren. Nicht wenige sehen in diesem Gesetz die Hauptursache für den katastrophalen Einbruch des Welthandels in den 1930er Jahren; letzter verringerte sich von 5,3 Mrd. US-$ im Jahr 1930 auf 1,8 Mrd. US-$ vier Jahre später. Diese Behauptung mag übertrieben sein, doch trug dieses Gesetz zweifellos entscheidend dazu bei, dass sich die Große Depression stärker in die Länge zog.

die wirtschaftliche Integration bremste. Vor dem Ersten Weltkrieg machten die Vermögenswerte in ausländischem Besitz insgesamt 17,5% des weltweiten BIP aus – 1945 waren es nur noch 4,5%.

In der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts haben die Länder die Globalisierung – gewollt oder ungewollt – vor allem behindert. Doch die protektionistischen Maßnahmen der Zeit zwischen den Kriegen brachten nur das Gegenteil der erhofften Effekte. Die zweite Hälfte des 20. Jahrhunderts war hingegen durch eine Wiederbelebung des Multilateralismus gekennzeichnet, die mit einer Expansion der multinationalen Unternehmen einherging.

Weitere Informationen

OECD

Die Weltwirtschaft: Eine Millenniums-perspektive (2001): Mit diesem Panorama des Wirtschaftswachstums und der Bevölkerungsentwicklung seit dem Jahr 1000 verfolgt der Autor, Angus Maddison, mehrere Ziele: Bewertung der Wirtschaftsleistung der Nationen über einen sehr langen Zeithorizont, Identifizierung der ausschlaggebenden Faktoren für den wirtschaftlichen Erfolg eines Landes und Untersuchung der Wohlstandshindernisse. Sein Buch ist zugleich eine kompromisslose Analyse der Beziehungen zwischen reichen und armen Ländern.

The World Economy: Historical Statistics (2003): Dieses ebenfalls von Angus Maddison verfasste Werk ist die bis dato umfassendste Datensammlung für die vergleichende und quantitative Analyse der Wirtschaftsleistung der Gesamtheit der Länder im 19. und 20. Jahrhundert. Der Autor bietet darin eine Analyse der Bestimmungsfaktoren der verschiedenen Phasen der wirtschaftlichen Entwicklung und erläutert im Einzelnen das Instrumentarium der wirtschaftlichen Analyse, mit dem sich Unterschiede bei den Wachstumsraten und beim Wohlstandsniveau erklären lassen.

ANDERE QUELLEN

Im Internet

Yale Global Online Magazine: Dieses Online-Magazin ist die wichtigste Publikation des Yale Center for the Study of Globalization. Gestützt auf zahlreiche Arbeiten der Universität Yale und anderer Hochschulen sowie von Fachleuten des öffentlichen und privaten Sektors aus aller Welt, untersucht es die verschiedenen – auch historischen – Aspekte der zunehmenden Verflechtungen zwischen den Ländern weltweit. *www.yaleglobal.yale.edu.*

Veröffentlichungen

Bound together: How Traders, Preachers, Adventurers and Warriors Shaped Globalization (2007): In diesem sehr anschaulich geschriebenen Werk erzählt Nayan Chanda, der Publikationsleiter des Yale Center for the Study of Globalization, die Geschichte der Globalisierung, wie sie von Kaufleuten, Missionaren, Abenteurern und Kriegsleuten geschrieben wurde. Chanda erläutert dabei auch die wirtschaftlichen und technologischen Kräfte, die gegenwärtig die Globalisierung prägen, und stößt eine anregende Diskussion über die optimale Herangehensweise an unsere zunehmend integrierte Weltwirtschaft an.

Globalization in Historical Perspective (2003): Diese von Michael D. Bordo, Alan M. Taylor und Jeffrey G. Williamson herausgegebene Essayreihe analysiert die Globalisierung im Zeitverlauf sowie in verschiedenen Bereichen. Die erste Serie von Analysen zeigt, wie die Globalisierung anhand der langfristigen Integration verschiedener Märkte – Waren- und Rohstoff-, Arbeits- und Kapitalmärkte – gemessen werden kann (16. Jahrhundert bis heute). Die zweite Reihe von Analysen untersucht u.a. den Einfluss von Technologie und Geografie, die Auswirkungen der Globalisierung auf soziale Ungleichheiten und soziale Gerechtigkeit sowie die Rolle der politischen Institutionen. Die dritte Serie von Analysen befasst sich mit der Bedeutung, die den internationalen Finanzsystemen in der Globalisierung zukommt, insbesondere seit der Entstehung eines weltweiten Finanzsystems im 19. Jahrhundert.

Sozialgeschichte des 15.-18. Jahrhunderts (auf Französisch 1979 erschienen): Die drei Bände des berühmten Werks des französischen Historikers Fernand Braudel schildern die wirtschaftliche, soziale und kulturelle Geschichte des Kapitalismus vor der Industriellen Revolution. In dieser langfristigen Analyse entwickelt Braudel u.a. das Konzept der „économie-monde", der „Wirtschaftswelt" – nicht zu verwechseln mit der „économie mondiale", der „weltweiten Wirtschaft" –, d.h. eines Teiles der Welt, der ein geschlossenes wirtschaftliches Ganzes bildet, das um ein dominierendes städtisches Zentrum herum organisiert ist.

3



Trotz der Rivalitäten zwischen den ideologischen Blöcken erlebte der internationale Handel in der Nachkriegszeit einen spektakulären Aufschwung. Die westliche Handelsliberalisierung erfolgte in einem multilateralen Kontext, der zusammen mit Fortschritten bei den Verkehrs- und Kommunikationsmitteln ein günstiges Ökosystem für immer enger miteinander verflochtene Volkswirtschaften schuf. Dieses Ökosystem ermöglichte es den Unternehmen, ihre Geschäftstätigkeit über die Landesgrenzen hinweg auszuweiten. Die multinationalen Unternehmen spielten bei der Gestaltung der Globalisierung eine sehr wichtige Rolle.

Zunehmende Wirtschafts-integration in einer geteilten Welt



Zur Einleitung …

Im Juli 1944 – normalerweise dort eine ruhige Zeit – platzt der noble Skiort Bretton Woods in New Hampshire (Vereinigte Staaten) aus allen Nähten. Alle Hotels sind ausgebucht. Drei volle Wochen lang wird ihre elegante Kundschaft die Welt grundlegend verändern. Der Zweite Weltkrieg ist noch nicht einmal vorbei, und 730 Delegierte aus 44 alliierten Nationen konzipieren die Architektur, die die internationalen Wirtschaftsbeziehungen in den nächsten Jahrzehnten prägen wird.

Am 22. Juli unterzeichneten die Regierungen der „freien Welt" eine Reihe von Abkommen, die ein neues Währungssystem einführten, Institutionen für den wirtschaftlichen Wiederaufbau und die Regulierung errichteten und die Basis eines Regelwerks für den internationalen Handel schufen. 1945 fasste Henry Morgenthau, der Finanzminister von Präsident Franklin D. Roosevelt, den Geist des Abkommens von Bretton Woods folgendermaßen zusammen: „Kollektive Maßnahmen zum Schutz der Völker der Welt vor den Kräften, die den Frieden bedrohen [...] benötigen als Basis nicht nur ein internationales System, das Streitigkeiten beilegt und Aggressionen verhindert, sondern auch wirtschaftliche Kooperation zwischen den Nationen mit dem Ziel, soziale und wirtschaftliche Ungleichgewichte zu verhindern und abzubauen". Dieses Streben nach wachsender wirtschaftlicher Zusammenarbeit läutete eine Periode verstärkter Globalisierung ein.

Von der Nachkriegszeit bis zu den 1990er Jahren verstärkte die Logik des Kalten Krieges und der Entkolonialisierung – und insbesondere die Bewegung der blockfreien Staaten – die Fragmentierung der Welt. Die Regierungen experimentierten innerhalb ihrer eigenen Grenzen oder Einflusszonen mit verschiedenen politischen und ökonomischen Modellen. Die Globalisierung verlief zwar uneinheitlich, die wirtschaftlichen Verbindungen innerhalb dieser Zonen wurden jedoch enger.

Der Wiederaufbau leitete eine beispiellose Ära des Wohlstands ein, insbesondere in den westlichen Ländern und in Japan. Von 1950 bis 1973 wuchs die Weltwirtschaft um durchschnittlich 3,9% pro Jahr. Die Geburtenrate stieg dramatisch an. Die sanitären Bedingungen verbesserten sich erheblich. Die Weltbevölkerung wuchs in 25 Jahren um fast 1,5 Milliarden Menschen. Auf Grund des starken Wirtschaftswachstums war es weitgehend möglich, diese neue Nachfrage zu befriedigen.

Durch den gemeinsamen Effekt des Bretton-Woods-Regelwerks und des technischen Fortschritts entstand ein Ökosystem, das den Handel förderte. Dieses Umfeld erleichterte die globale wirtschaftliche Integration, in der die multinationalen Unternehmen ein entscheidender Antriebsfaktor waren.

Ein neues globales Ökosystem, das dem Handel förderlich ist

Wie in jeder anderen Phase verstärkter Globalisierung spielte der technologische Fortschritt auch gegen Ende des Krieges eine wichtige Rolle. Verbesserte Verkehrs- und Kommunikationstechnologien eröffneten zahlreiche Chancen für neue Wirtschaftsmodelle.

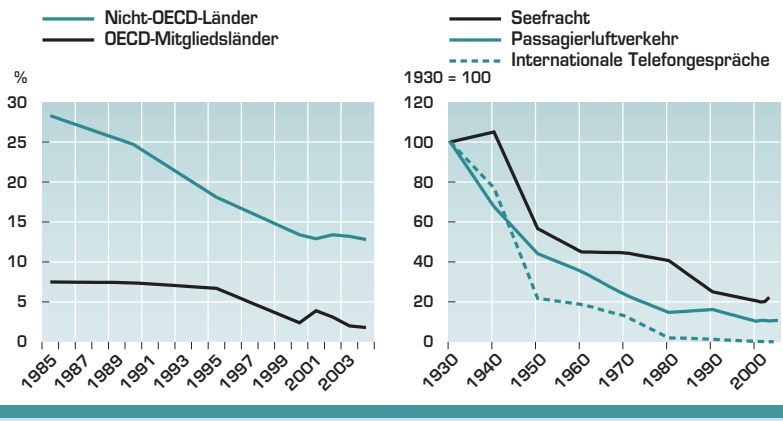
Die Entwicklung der kommerziellen zivilen Luftfahrt führte die Akteure enger zusammen. Die ersten Luftfrachtunternehmen wurden 1948 gegründet. Das Düsenflugzeug beschleunigte den Reiseverkehr erheblich. Der Fremdenverkehr nahm sowohl bei Geschäfts- als auch bei Privatreisen deutlich zu. 1945 waren 9 Millionen Passagiere in kommerziellen Flügen unterwegs. 1948 waren es 24 Millionen, und die Zahl ist seitdem kontinuierlich angestiegen.

In der Handelsschifffahrt ist die Produktivität ebenfalls gestiegen. Die mit dem Umstieg auf den Containertransport Anfang der 1960er Jahre verbundenen niedrigeren Transportkosten eröffneten den Reedereien eine größere organisatorische Flexibilität (vgl. Jan Blommes persönliche Auffassung in Kapitel 4). Die Container schützten die Waren besser – wodurch die Versicherungskosten sanken – und ermöglichten eine schnellere Verladung sowie große Einsparungen bei Abfertigung, Lagerung und Verpackung.

Die Nachkriegsjahrzehnte verzeichneten außerdem eine Demokratisierung des Telefons als wichtigstes Kommunikationsmittel. In der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts sank der Preis internationaler Telefongespräche deutlich (vgl. Abbildung). 1930 kostete ein dreiminütiges Telefongespräch zwischen New York und London 250 US-$. In den 2000er Jahren waren es weniger als 23 Cent. Das Telefon nahm in den meisten Haushalten und Unternehmen des OECD-Raums einen bevorzugten Platz ein. Geschäftsleute führten Verhandlungen in nur wenigen Stunden und wurden die Hauptantriebskraft der Globalisierung.

Die politischen Entwicklungen hatten ebenfalls erhebliche Auswirkungen auf die Globalisierung. Das Bretton-Woods-Abkommen führte zur Schaffung der Weltbank, deren ursprüngliche Aufgabe darin bestand, den Wiederaufbau und die Entwicklung zu fördern, und des Internationalen Währungsfonds (IWF), dessen Mission darin besteht, ein stabiles internationales Währungssystem zu sichern – eine Grundvoraussetzung für dynamischen internationalen Handel. Die in Bretton Woods anwesenden Diplomaten sahen außerdem die Schaffung einer internationalen Organisation vor, die speziell für den internationalen Handel zuständig ist. Da dafür jedoch kein ausreichender politischer Konsens erreicht wurde, einigte sich eine begrenzte Anzahl von Ländern auf ein multilaterales Abkommen – das GATT (Allgemeines Zoll- und

DIE HANDELS- UND TRANSAKTIONSKOSTEN SIND ZURÜCKGEGANGEN



Die Zölle sind zwischen dem OECD-Raum und der übrigen Welt in fast 20 Jahren um 50% zurückgegangen. Die Transaktionskosten sind dank niedrigerer Kommunikationstarife stark gesunken.

Quelle: OECD (2007), *OECD-Wirtschaftsausblick,* Ausgabe 2007/1, OECD Publishing.
StatLink http://dx.doi.org/10.1787/888932780057

Handelsabkommen – General Agreement on Tariffs and Trade). Die politischen Innovationen von Bretton Woods schufen die Basis für die heutigen internationalen Wirtschaftsbeziehungen und leisteten einen Beitrag zur Gestaltung der heutigen Globalisierung.

Öffnung der Grenzen für den Handel: Vom GATT zur WTO

Die Nachkriegszeit markierte in den westlichen Ländern eine Abkehr vom Protektionismus. Das Ziel von Bretton Woods bestand darin, Handelshemmnisse, die in den 1930er Jahren katastrophale Auswirkungen auf den Wohlstand und die Stabilität der Welt hatten, so weit wie möglich abzubauen. Das GATT, das 1947 von 23 Staaten unterzeichnet wurde, zielte im Wesentlichen darauf ab, den Warenverkehr zu liberalisieren. Die im Rahmen von mehrjährigen Verhandlungsrunden verabschiedeten Maßnahmen beseitigten eine Reihe von Zöllen und staatlichen Handelshemmnissen.

Die GATT-Dynamik hatte ihre Höhen und Tiefen. Während nach und nach viele Staaten das Abkommen einhielten, gab es auch einige protektionistische Phasen, insbesondere in der Textil- und Automobilindustrie: Die langfristigen Baumwollabkommen von 1963 und das Multifaserabkommen von 1974, die darauf zielten, die Textilindustrie der Industrieländer zu schützen, wichen von den Nichtdiskriminierungsregeln des GATT ab. Das Multifaserabkommen wurde erst 2005 (teilweise) aufgehoben.

In den 1970er Jahren drohte die Regierung der Vereinigten Staaten, restriktive Wirtschaftsmaßnahmen gegen japanische Automobile zu ergreifen. Die Regierung in Tokio, die die Importe bis dahin streng begrenzt hatte, erklärte sich dazu bereit, ihre Automobilexporte zu reduzieren. 1977 unterzeichneten die beiden Länder ein bilaterales Abkommen, in dem sich Japan verpflichtete, seine Farbfernsehexporte drei Jahre lang zu begrenzen. Die Europäische Gemeinschaft verabschiedete 1983 ihrerseits restriktive Maßnahmen gegen eine Reihe japanischer Produkte, von Videorekordern bis zu Lieferwagen. Daraufhin beschlossen die japanischen Automobilhersteller Toyota, Honda und Nissan, sowohl in den Vereinigten Staaten als auch in Europa Montagewerke zu errichten, wodurch zahlreiche Arbeitsplätze geschaffen wurden. Dies reichte jedoch nicht aus, um die Spannungen vollständig auszuräumen. 1987 zerstörten Mitglieder des US-Kongresses auf den Stufen des Kapitols symbolisch Radiokassettenrekorder von Toshiba.

Trotz dieser protektionistischen Phasen dominierte die Marktöffnungsdynamik des GATT, und von 1947 bis 1994 fiel der durchschnittliche Zollsatz weltweit um 80%. Die Gründung der Welthandelsorganisation (WTO) im Jahr 1995 durch das Abkommen von Marrakesch festigte diese Entwicklung. Die neue Organisation erlaubte es den Regierungen ihrer Mitgliedsländer, handelspolitische Gegenmaßnahmen gegen andere Mitglieder zu ergreifen, die ihre Verpflichtungen nicht einhalten, und richtete ein Streitschlichtungsgremium (Dispute Settlement Body – DSB) ein, das es den Regierungen ermöglicht, ihre Rechte durchzusetzen. Das Hauptziel der WTO besteht jedoch weiterhin darin, die Verhandlungen über den Warenverkehr fortzusetzen und sie auf andere Sektoren, wie z.B. Dienstleistungen und geistiges Eigentum, auszuweiten. Die WTO hat heute 159 Mitgliedsländer, auf die mehr als 90% des Welthandels entfallen. 2008 waren die durchschnittlichen Zölle, die auf die weltweit in Verkehr gebrachten Waren erhoben werden, auf nur noch 5% gesunken.

Der freie Kapitalverkehr

Nach dem Zweiten Weltkrieg folgten zwei Ereignisse aufeinander, die das internationale Währungssystem und die internationalen

Kapitalströme veränderten. Das erste Ereignis kam nach dem Abschluss der Bretton-Woods-Verhandlungen. Die 44 Unterzeichnerstaaten verpflichteten sich zum ersten Mal zu einem System fester Wechselkurse mit fester Parität zum Dollar und zu Gold (der „Gold-Devisen-Standard") unter der Aufsicht des IWF. Dieses neue System harmonisierte zwar die monetären Beziehungen, es machte jedoch nicht alle Währungen untereinander konvertierbar und war deshalb nur ein begrenzter Schritt in der globalen Währungsintegration. Die Länder hielten nach wie vor strenge Kapitalverkehrskontrollen aufrecht, die die internationalen Investitionen massiv behinderten.

Die Lage änderte sich Anfang der 1970er Jahre mit der Einführung eines neuen internationalen Währungssystems, das heute noch in Kraft ist. Als die monetären Ungleichgewichte 1971 die Wirtschaft der Vereinigten Staaten stark unter Druck setzten, hob Präsident Nixon die direkte Dollar-Konvertierbarkeit in Gold auf. Durch die Unterzeichnung der Jamaika-Abkommen von 1976 wurden die Wechselkurse freigegeben. Alle Währungen waren untereinander zu einem auf Angebot und Nachfrage basierenden variablen Kurs konvertierbar. Diese Veränderung ist an sich nicht gleichbedeutend mit einer verstärkten Globalisierung, da die Unternehmen in ihrer Geschäftstätigkeit jetzt mit einem Wechselkursrisiko konfrontiert waren und die nationale Geldpolitik negative Auswirkungen auf die Partnerländer haben konnte. Da das neue System jedoch die Möglichkeiten erweiterte, internationalen Handel zu treiben, ohne ausschließlich auf Gold oder Dollar angewiesen zu sein, hatte es einen stärkeren Globalisierungseffekt als das frühere System.

Dabei ist allerdings zu berücksichtigen, dass die eigentliche Neuerung, die die wirtschaftliche Globalisierung in den 1970er Jahren beschleunigte, in der schrittweisen Öffnung der Grenzen für den Kapitalverkehr bestand. 1974 schafften die Vereinigten Staaten die Kontrollen für Kapitalzuflüsse und -abflüsse ab. 1979 folgte das Vereinigte Königreich diesem Beispiel, und Ende der 1980er Jahre folgten Westeuropa, Skandinavien und Japan. Das Ende der 1970er Jahre eingeführte Europäische Währungssystem (EWS) führte schließlich zur vollständigen Aufhebung der Kapitalverkehrskontrollen in den Mitgliedsländern. Diese weitreichende Liberalisierung des Kapitalverkehrs begünstigte zwei wichtige Komponenten der Globalisierung: ausländische Direktinvestitionen und die Internationalisierung der Finanzmärkte. Beide Elemente wuchsen in den folgenden Jahrzehnten beständig an und wurden für die Finanzierung der Weltwirtschaft immer wichtiger (vgl. Kapitel 4 und 8).

Ende der 1980er Jahre griff diese Bewegung auf die Entwicklungsländer über. Der IWF und die Weltbank drängten diese Länder, im Rahmen des „Konsenses von Washington" als Gegenleistung für die Gewährung von Krediten Strukturanpassungsprogramme durch-

zuführen, wozu auch die Öffnung der Grenzen für Auslandskapital gehörte. Der Konsens von Washington, der ursprünglich auf die lateinamerikanischen Regierungen abzielte, die mit ernsten Staatsschuldenkrisen und Haushaltsdefiziten zu kämpfen hatten, tritt für eine strenge Haushaltspolitik und Privatisierungen sowie freien Kapitalverkehr ein. Seine Grundsätze wurden anschließend auf andere Entwicklungsländer angewandt. Dieser wegen seiner wirtschaftlichen und sozialen Auswirkungen umstrittene Prozess trug zu einem Anstieg des Kapitalverkehrs zwischen den Kontinenten bei.

Die aus dem Abkommen von Bretton Woods resultierenden Entwicklungen haben die Globalisierung also maßgeblich verändert, indem sie Regelwerke geschaffen haben, die die Marktwirtschaft und den Freihandel sichern und den Unternehmen eine grenzüberschreitende Geschäftstätigkeit ermöglichen. Diese institutionelle Dynamik war auch auf regionaler Ebene zu beobachten, wo sie allerdings nur einen begrenzten Einfluss auf die weltweite wirtschaftliche Integration hatte.

Wird die Globalisierung durch regionale Wirtschaftsorganisationen angetrieben oder behindert?

Seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs bis in die 1990er Jahre wurden mehrere regionale Wirtschaftsorganisationen gegründet: die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) 1957, die Vereinigung südostasiatischer Staaten (ASEAN) 1967, die Wirtschaftsgemeinschaft westafrikanischer Staaten (ECOWAS) 1975, der Gemeinsame Südamerikanische Markt (MERCOSUR) in Lateinamerika 1991 und die Nordamerikanische Freihandelszone (NAFTA) 1994. Alle verfolgen das Ziel, den Handel zwischen ihren Mitgliedsländern zu erleichtern sowie die Wirtschafts- und Handelskooperation zu stärken.

Diese Interessengruppen, die darauf abzielen, ein Gegengewicht zur Macht der gemeinsamen Konkurrenten ihrer Mitgliedstaaten zu schaffen, können als Hindernis für eine wirkliche globale Integration angesehen werden. In den 1950er Jahren waren die Regionalorganisationen zudem der Logik des Kalten Krieges unterworfen. So wurde die Organisation für europäische wirtschaftliche Zusammenarbeit (OEWZ) – die Vorläuferorganisation der OECD – 1948 gegründet, um den Marshallplan umzusetzen und den Freihandel zwischen den europäischen Volkswirtschaften zu erleichtern. Als Reaktion darauf wurde 1949 der Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) – eine Wirtschaftsgemeinschaft mit privilegierten Handelsbeziehungen zwischen den Ländern des kommunistischen Blocks unter Führung der Sowjetunion – gegründet. Die ASEAN hatte in ihrer Anfangszeit ebenfalls das Ziel, die nichtkommunistischen Länder in Südostasien zusammenzuführen. Diese Regionalorganisationen spiegelten also die ideologischen Teilungen der Welt wider.

Sie verursachten darüber hinaus Verzerrungen in den internationalen Wirtschaftsbeziehungen, indem sie privilegierte Beziehungen zwischen bestimmten Ländern einführten, von denen alle anderen ausgeschlossen waren. Die Tatsache, dass eine Regionalorganisation (wie die Europäische Union oder ASEAN im Rahmen der WTO) die Interessen ihrer Mitglieder bei internationalen Handelsgesprächen vertritt, kann dem Grundsatz der Nichtdiskriminierung widersprechen, dem zufolge die Länder ihre Handelsgrenzen ohne Unterschied für alle anderen Länder öffnen müssen.

Regionalorganisationen können jedoch auch als Embryonen – oder besser Vorläufer – der Globalisierung betrachtet werden. Auf Grund der geografischen und kulturellen Nähe ihrer Mitgliedsländer können sie leichter umgesetzt werden und die wirtschaftliche Integration effektiver fördern als universelle institutionelle Projekte. Dieser Grundsatz erscheint im Wesentlichen in der Satzung der WTO.

Regionale Wirtschaftsorganisationen können sich allerdings in Bezug auf das Ausmaß der wirtschaftlichen Integration erheblich voneinander unterscheiden und fallen in drei große Kategorien:

- Freihandelszonen sind eine relativ begrenzte Form der wirtschaftlichen Integration. Sie reduzieren oder beseitigen bestimmte Zollbarrieren zwischen den Mitgliedsländern, erlauben ihnen jedoch, ihre eigene Handelspolitik gegenüber Drittstaaten zu verfolgen. Beispiele sind die ASEAN (eine Gruppe aus 10 asiatischen Ländern), die NAFTA (ein Verbund aus den Vereinigten Staaten, Kanada und Mexiko) und die ECOWAS (eine regionale Gruppe aus 16 westafrikanischen Ländern), wobei allerdings bisher gemischte Ergebnisse festzustellen sind.
- Zollunionen gehen einen Schritt weiter. Sie vergemeinschaften die Außenhandelspolitik ihrer Mitgliedsländer in einem gemeinsamen Zollregime. Die EWG, die 1957 gegründet wurde, ist eine solche Union, ebenso wie der 1991 gegründete MERCOSUR (bestehend aus Brasilien, Argentinien, Paraguay, Uruguay und Venezuela).
- Wirtschaftsunionen oder gemeinsame Märkte schließlich bringen Länder zusammen, die ihre Wirtschafts- und Fiskalpolitik harmonisieren. Der freie Waren-, Kapital- und Personenverkehr ist innerhalb des gesamten Gebiets gewährleistet und unterliegt den gleichen Rechtsvorschriften. 1992 wurde durch den Vertrag von Maastricht eine Europäische Wirtschafts- und Währungsunion geschaffen, die den Weg für die Einführung des Euro im Jahr 1999 ebnete. Heute ist die Europäische Union eine der am stärksten fortgeschrittenen Formen der regionalen wirtschaftlichen Integration.

Nach dem Zweiten Weltkrieg entstand also eine Fülle von institutionellen Strukturen, die darauf abzielen, den internationalen

Handel und die wirtschaftliche Integration zu erleichtern. Darüber hinaus wurde der unternehmerische Kapitalismus zumindest in der westlichen Welt gefördert. Die multinationalen Unternehmen (MNU) nutzten diese Entwicklung – und den technischen Fortschritt – um sich an die Spitze der Globalisierung zu stellen.

Die wichtige Rolle der multinationalen Unternehmen

Die MNU haben manchmal ein schlechtes Image. Ihnen wird vorgeworfen, dass sie Ressourcen auf Kosten der lokalen Bevölkerung und der Umwelt ausbeuten und eine finanzielle Macht besitzen, die die Autorität und Zuständigkeit der politischen Entscheidungsträger übersteigt. Das Verhalten einiger Unternehmen kann dieses negative Image zwar erklären, es spiegelt jedoch nur einen Teil der Realität wider. MNU sind auch wichtige Vektoren für Wachstum und wirtschaftliche Aktivität, sie schaffen Beschäftigung und stimulieren Innovation und Technologietransfer. Das Ziel dieses Kapitels besteht jedoch nicht darin, die Auswirkungen der MNU auf die Wirtschaft und die Gesellschaft zu evaluieren – dies wird (zusammen mit anderen Auswirkungen der Globalisierung) in den folgenden Kapiteln behandelt –, sondern zu beschreiben, wie sie die Globalisierung gestaltet haben.

MNU sind per definitionem besonders repräsentativ für die globalisierte Wirtschaftstätigkeit, weil sie in mehreren Ländern tätig sind. Auf Grund ihres wirtschaftlichen Gewichts, aber auch wegen ihrer grenzüberschreitenden Produktions-, Vertriebs- und Managementmethoden sind sie die Nervenzentren der Globalisierung. Seit den 1960er Jahren haben sie ihre Geschäftstätigkeit immer stärker optimiert, indem sie die komparativen Vorteile der einzelnen Länder für jede einzelne Produktions- und Marketingstufe identifiziert haben. Dies hat zu einer beispiellosen wirtschaftlichen Integration geführt.

Suche nach Rohstoffen und Konvergenz der Vertriebsmärkte

Die Niederländische Ostindien-Kompanie wird häufig als das erste multinationale Unternehmen der Geschichte betrachtet. Sie wurde 1602 gegründet und beherrschte mehrere Jahrzehnte lang den Seehandel, verwaltete Kolonien und Handelsposten in Indonesien, Indien, China, Japan und Arabien und erwarb eine solche finanzielle Macht, dass sie ihre eigenen Münzen prägte. Die transnationalen Unternehmen erlebten ihren eigentlichen Aufschwung jedoch Ende des 19. Jahrhunderts – dank der technologischen Fortschritte und der neuen Bedürfnisse, die sich aus der ersten und zweiten Industriellen

Revolution und der gleichzeitigen Entwicklung der kapitalistischen Produktionsmethoden ergaben. 1890 begann der von John D. Rockefeller gegründete Öl-Gigant Standard Oil, in andere Länder zu expandieren, um ihre wertvollen Erdölvorkommen auszubeuten. Die ersten europäischen MNU wurden ebenfalls zu dieser Zeit gegründet. 1913 kontrollierte der britisch-niederländische Konzern Royal Dutch Shell ein Öl-Imperium, das von Indonesien bis nach Mexiko reichte.

Der Hauptgrund für die Gründung einer Niederlassung in anderen Ländern bestand für die MNU zwar darin, Rohstoffe und strategische natürliche Ressourcen auszubeuten (wie dies bei der Niederländischen Ostindien-Kompanie bei Gewürzen der Fall war), es ging jedoch auch darum, näher an die Vertriebsmärkte der Produkte zu gelangen. Importquoten sowie hohe Zölle und Transportkosten veranlassten die Unternehmen, lokale Produktionsstätten zu errichten und ihren Bedarf vor Ort zu decken. Der französische Reifenhersteller Michelin gründete bereits 1907 ein Werk in Turin in Italien. Der US-amerikanische Hautpflegeartikelhersteller Colgate eröffnete 1914 sein erstes ausländisches Tochterunternehmen in Kanada. 1926 war Coca-Cola bereits in 26 (überwiegend europäischen) Ländern vertreten. Umgekehrt errichteten mehrere europäische Unternehmen seit den 1920er Jahren Werke in den Vereinigten Staaten.

Fragmentierung der Produktion und Suche nach Niedriglohnländern

Selbst wenn ihre Organisations- und Managementmodelle erheblich variierten, trugen die MNU im Industriezeitalter zu allen wichtigen Entwicklungen bei und leiteten diese manchmal sogar ein. In der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts war die Produktstandardisierung in der Industrie das Gebot der Stunde. 1908 sagte Henry Ford in einem berühmten Zitat über sein neues Modell T: „Jeder Kunde kann sein Auto in der Farbe seiner Wahl bekommen, solange diese Farbe schwarz ist". Das produktivistische Organisationssystem des Nachkriegsbooms (1945-1975) basierte weiterhin auf einer standardisierten Massenproduktion. Dieses Modell, das davon ausgeht, dass die Nachfrage der Produktion folgt, blieb mehr als sechzig Jahre bestehen. Es wandelte sich dann zu einem konsumgestützten Modell, das sich mehr auf die Wünsche der Kunden konzentrierte. Dank ihrer gestiegenen Kaufkraft verlangten die Kunden vielfältigere und maßgeschneiderte Produkte anstelle von Einheitsmodellen. Die Unternehmen mussten sich anpassen. Das vorherrschende, als Taylorismus bekannte Managementmodell – eine von Frederick Winslow Taylor entwickelte wissenschaftliche Form des Managements – wurde durch mehr Flexibilität abgelöst.

Im Zuge der Öffnung der Handelsgrenzen in den Nachkriegsjahrzehnten waren die Unternehmen mit einer Verschärfung der

Konkurrenz konfrontiert. Der steigende Druck, sich an die Kundenbedürfnisse anzupassen und wettbewerbsfähig zu bleiben, führte zu neuen Managementgrundsätzen: Überkapazitäten abbauen und Lagerhaltung begrenzen, da diese Kapital binden und die Kosten erhöhen. Die Unternehmen unterteilten den Produktionsprozess in Module. Das Konzept der Wertschöpfungskette gewann an Bedeutung. Es erfolgte eine Trennung zwischen Produktion und unternehmensnahen Dienstleistungen sowie zwischen Montagearbeit und Herstellung der Einzelteile. Dadurch wurde jede Stufe des Produktionsprozesses optimiert, um neue Wettbewerbsvorteile zu gewinnen. Netzwerke externer Subunternehmen (Montage, Einzelteilherstellung, Sicherheitsdienste usw.) wurden um große Marken herum organisiert, während sich die Mutterunternehmen wieder auf ihr Kerngeschäft konzentrierten. In den 1970er Jahren gehörten der Computerkonzern IBM und der Automobilhersteller Toyota zu den ersten Unternehmen, die das Modell der Wertschöpfungskette annahmen, das in den folgenden Jahrzehnten weite Verbreitung fand.

Dieses neue Organisationsmodell war zwar nicht auf MNU begrenzt, es war jedoch ein wichtiger Wendepunkt, der die Unternehmen antrieb, Betriebe im Ausland zu errichten. Suzanne Berger, Professorin am Massachusetts Institute of Technology (MIT), formuliert es in ihrer Publikation *How We Compete: What Companies Around the World Are Doing to Make it in Today's Global Economy* folgendermaßen: „Die Unternehmen, insbesondere MNU, hatten ein solches Maß an Effizienz und Komplexität erreicht, dass sie neue Möglichkeiten erforschen mussten, um die Produktivität zu steigern und sich von der Konkurrenz abzusetzen. Der Transfer bestimmter Produktionseinheiten in Niedriglohnländer ist auf dieses Bestreben zurückzuführen. Die Wirtschaft wurde in Module aufgeteilt." (Vgl. „Weitere Informationen" am Ende des Kapitels sowie das Literaturverzeichnis.) Im Zuge der Fragmentierung der Produktion wurde die Reduzierung der Arbeitskosten ebenfalls ein wichtiger Parameter. Seit den 1960er Jahren suchten westliche Unternehmen billige Arbeitskräfte in Ländern, die manchmal sehr weit von ihren Vertriebsgebieten entfernt waren. Die Herstellung von Möbeln, Textilien, Lebensmitteln, Autos, Elektronikgeräten und Werkzeugmaschinen wurde vollständig oder teilweise in Niedriglohnländer verlagert, überwiegend im Osten und im Süden. So entstand eine neue Form der internationalen Arbeitsteilung.

Hunderte von Unternehmen haben China als Produktionsstandort gewählt, seit sich das Land Ende der 1970er Jahre für die Marktwirtschaft geöffnet hat. Die geografische und kulturelle Nähe der Unternehmen zu ihrer Kundenbasis spielt in ihrem Entscheidungsprozess jedoch ebenfalls eine große Rolle. In den 1990er Jahren führte die Unterzeichnung der EU-Beitrittsabkommen Polen, Ungarn

und die Slowakei näher an ihre westlichen Nachbarn heran. Die Umsetzung der europäischen Rechtsvorschriften in nationales Recht senkte die Verlagerungskosten und gab den Investoren mehr Rechtssicherheit. Diese Länder wurden die Hauptzielgruppe europäischer Unternehmen, die anschließend die kostenoptimiert hergestellten Produkte in Westeuropa vertreiben konnten. Auf der anderen Seite des Atlantiks zielte die Unterzeichnung des NAFTA-Abkommens 1994 darauf, Mexiko eine ähnliche Rolle gegenüber den Vereinigten Staaten und Kanada einzuräumen. Die niedrigen mexikanischen Löhne ermöglichten es den Unternehmen, Produkte mit niedriger oder mittlerer Wertschöpfung zu möglichst geringen Kosten herzustellen und anschließend im Norden zu vertreiben.

Trotz des massiven Rückgriffs der MNU auf fragmentierte Produktions- und Geschäftsabläufe in Niedriglohnländern gab es kein homogenes Modell. Jedes Unternehmen verfolgte seinen eigenen Weg. Einige MNU setzten in verschiedenen Weltregionen auf die gleichen integrierten Produktionscluster. Der amerikanische Halbleiterhersteller Intel hat heute Produktionsstätten in Irland, China, Malaysia, Costa Rica, Israel und Vietnam. In den 1990er Jahren errichtete der Automobilhersteller Volkswagen im mexikanischen Puebla ein integriertes Werk, wobei die europäischen Betriebsabläufe übernommen und gleichzeitig die Zusammenarbeit mit den traditionellen Zulieferern fortgesetzt wurde. Andere Unternehmen verteilten Produktion, Forschung und Vertriebszentren je nach Wettbewerbsvorteil auf verschiedene Länder. 1973 hatte der Lebensmittel- und Konsumgüterkonzern Unilever in jedem europäischen Land eine Seifenfabrik. Nach und nach konzentrierte der Konzern die Produktion auf einige Länder und den Vertrieb auf andere. Heute hat Unilever in Europa nur noch zwei Produktionsstätten und transportiert seine Seifenerzeugnisse über komplexe Vertriebskanäle zu den lokalen Märkten.

Die Ära vernetzter MNU

Nachdem die MNU viele ihrer Aktivitäten ausgelagert hatten, entwickelten sie sich zu komplexen Systemen, die aus zahlreichen mehr oder weniger spezialisierten und mehr oder weniger stark an das Mutterunternehmen gebundenen Unternehmen bestehen. Einige interne Abteilungen wurden durch Zulieferer ersetzt. IBM war 1996 das Zentrum einer Konstellation aus fast 1 000 börsennotierten Unternehmen. Die amerikanische Bekleidungskette Gap arbeitet weltweit mit rd. 3 000 Fabriken zusammen, um ihre Regale zu füllen.

Es ist nicht selten, dass die Zulieferer von MNU selbst MNU sind, die wiederum ihr eigenes Netzwerk von Zulieferern haben. Dies gilt insbesondere für Erstausrüster. Diese spezialisierten Unternehmen, die

Gesamtintegrationslösungen anbieten, sind viel mehr als Zulieferer. Sie bieten MNU, die bestimmte Geschäftsbereiche auslagern wollen, integrierte oder sogar vollständige Lösungen. So montieren HP und Fujitsu-Siemens beispielsweise ihre Computer nicht mehr direkt. Die meisten europäischen und amerikanischen Verbraucher sind sich nicht bewusst, dass die weltweit führenden Computerhersteller aus Taiwan kommen und Namen wie Compal, Foxconn und Quanta haben. Foxconn, ein Unternehmen mit weltweit 200 000 Beschäftigten, stellt nicht nur Produkte für Dritte her, sondern entwickelt sie auch – 2005 war das Unternehmen im Besitz von 15 000 Patenten. In den extremsten Fällen bringt der stille Gesellschafter nur seine Marke am Kunststoffgehäuse an. Die Erstausrüster sind unersetzliche Partner der heutigen Industrieunternehmen geworden und sind wichtige Partner der Globalisierung. Sie sind in den Sektoren Unterhaltungselektronik, Automobilindustrie und Luftfahrt tätig. Der Flugzeughersteller Boeing hat die Zahl seiner Zulieferer weltweit durch die Zusammenarbeit mit integrierten Erstausrüstern halbiert.

In Kombination mit Just-in-time-Fertigungs- und -Liefersystemen hat dieses operative Netzwerk – bestehend aus einem komplexen System verbundener und koordinierter Akteure – bei den Unternehmen zu enormen Produktivitätssteigerungen geführt (vgl. Kasten). Diese Entwicklungen hatten jedoch auch negative Auswirkungen in den Industrieländern: Die Produktionsanlagen in Sektoren mit geringer Wertschöpfung, die sich nicht schnell genug an diese Veränderungen anpassten, fielen zurück und mussten schließen oder

Dank der optimierten globalen Lieferkette sank die Montagezeit für die Boeing 737 von 45 Tagen auf 8 Tage

1992 dauerte es 45 Tage, eine Boeing 737 zu montieren. Der Flugzeughersteller hat sein Produktionssystem umstrukturiert, indem er seine Zulieferer nach dem Vorbild der japanischen Automobilhersteller ganze Module vormontieren lässt.

Das Unternehmen reduzierte den Transportbedarf, indem die Bauteile über ein komplexes Liefersystem direkt zu den Arbeitskräften gebracht werden. Die Zulieferer mit Sitz in Japan, Italien oder dem Vereinigten Königreich begannen, vormontierte Module zu liefern, die nur noch zusammengebaut werden müssen.

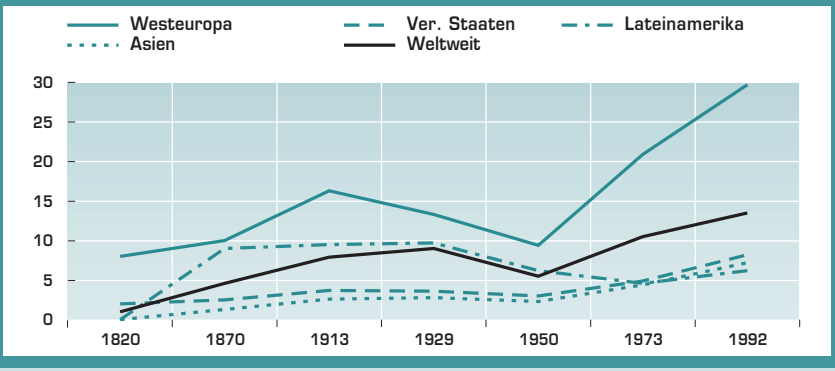
Die Systemintegration mit den Zulieferern ermöglichte eine effizientere Auftragsabwicklung. Da sie in Echtzeit über den Bedarf in der Zulieferkette informiert werden, können sie zukünftige Aufträge antizipieren und sich an den Rhythmus des Kunden anpassen und dadurch die Lieferzeiten noch weiter verkürzen. 2005 dauerte die Montage einer Boeing 737 nur noch acht Tage.

Bei dem Boeing 787 Dreamliner ging der Flugzeughersteller sogar noch weiter und entwickelte einen Produktionsplan mit mehreren Dutzend Zulieferern weltweit (in Australien, Indien, Spanien usw.). In diesem Fall verkürzte die globale Lieferkette nicht nur die Vorlaufzeiten der Produktion, sondern auch die für Forschung und Entwicklung erforderliche Zeit.



DIE GESCHICHTE DER GLOBALISIERUNG VERLÄUFT NICHT LINEAR

Entwicklung des Anteils der Exportgüter am Bruttosozialprodukt (BSP) insgesamt, 1820-1992



Der Welthandel schrumpfte nach dem Ersten Weltkrieg und erholte sich erst in den 1950er Jahren wieder. Der BSP-Anteil der exportierten Güter spiegelt die Bedeutung des internationalen Handels für die Volkswirtschaft wider.

Quelle: O'Rourke, K. (2002), *200 ans de mondialisation* (200 Jahre Globalisierung), Courrier de la planete, Nr. 69.

StatLink http://dx.doi.org/10.1787/888932780076

die Produktion reduzieren. Produktivitätssteigerungen in anderen Sektoren glichen dieses Phänomen jedoch aus (vgl. Kapitel 5 und 6).

Durch die kombinierten Effekte technologischer Innovationen, eines dem Handel förderlichen politischen Umfelds und dynamischer MNU verzeichnete der Welthandel in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts ein außergewöhnliches Wachstum. Die Warenexporte stiegen um durchschnittlich 6% pro Jahr. 1970 hatte der Anteil des Außenhandels am globalen BIP wieder den Anfang des 20. Jahrhunderts verzeichneten Höchststand von 8% erreicht. Von 1955-1975 verneunfachte sich der Wert der weltweiten Exporte, während sich die weltweite Produktion „nur" vervierfachte. Trotz einer leichten Abschwächung in der späten Nachkriegszeit wuchs der Beitrag des internationalen Handels zum globalen BIP – ein sicheres Zeichen für die steigende weltweite Integration der Volkswirtschaften, die in den 1990er Jahren sogar noch weiter zunahm.

Weitere Informationen

OECD

Staying competitive in the world economy: Moving up the value chain (2007): Dieser Bericht präsentiert einen breiten Fächer von OECD-Daten über die Globalisierung von Wertschöpfungsketten und den Anstieg von Auslagerungen im In- und Ausland. Er untersucht das Ausmaß der Globalisierung der Produktion in den OECD-Ländern auf der makroökonomischen und Sektorebene sowie die Auswirkungen der Globalisierung auf die Wettbewerbsfähigkeit der OECD-Länder. Er befasst sich mit dem Aufstieg in der Wertschöpfungskette in den OECD-Ländern und in China, da Forschung und Entwicklung auch in den aufstrebenden Volkswirtschaften immer stärker an Boden gewinnt.

The Internationalisation of Production, International Outsourcing and Employment in the OECD (2007): Dieses Arbeitsdokument der Hauptabteilung Wirtschaft der OECD beschreibt und analysiert die massenhafte Auslagerung sowie die Internationalisierung der Industrieproduktion und der Beschäftigung im OECD-Raum.

Andere Quellen

How We Compete: What Companies Around the World Are Doing to Make it in Today's Global Economy (2006): Suzanne Berger, Professorin am Massachusetts Institute of Technology, koordinierte eine umfangreiche weltweite Studie über die Funktionsweise der heutigen Globalisierung. Modularisierung, Containerisierung, geografisch verteilte Lieferketten … Diese Studie bietet zahlreiche Schlüssel zum besseren Verständnis der MNU-Strategien, die die Globalisierung heute antreiben.

Le grand bazar mondial (Der große Weltbasar) (2005): Diese Studie von Laurence Benhamou prüft im Detail, wie und weshalb Konsumgüter weltweit produziert und immer billiger werden. In dem Buch werden „Käufer" befragt, die unbeachtet von der Öffentlichkeit weltweit Produkte zu möglichst niedrigen Preisen suchen. Da sie zu den wichtigsten Akteuren der Globalisierung gehören, ermöglichen ihre Aussagen den Lesern, die Funktionsweise der Globalisierung besser zu verstehen.

Smartsourcing: Driving Innovation and Growth Through Outsourcing (2006): Thomas M. Koulopoulos ist Gründer der Delphi Group, einem der weltweit führenden Zulieferer von Bauteilen für die Automobilindustrie. Er erläutert in diesem Buch die Funktionsweise der Lieferketten und des weltweiten Outsourcing und bietet eine sehr pragmatische Vision der Globalisierung.

4



Mit der Öffnung der ehemals kommunistischen Ostblockstaaten für die Marktwirtschaft und der Revolution der Informations- und Kommunikationstechnologie setzte in den 1990er Jahren weltweit eine beispiellose Integration vieler Volkswirtschaften ein. Im Waren- und Kapitalverkehr erreichte die Globalisierung, von wenigen Ausnahmen abgesehen, ein enormes Ausmaß. Bei Dienstleistungen und Arbeitskräften nahm der Grad der Globalisierung zwar in einigen Bereichen zu, blieb aber insgesamt eher begrenzt.

Globales oder semi-globales Dorf?



Zur Einleitung …

Genf, im Juli 2008. Nach langen Tagen intensiver Verhandlungen werden die Gespräche im Rahmen der Doha-Runde für gescheitert erklärt. Die Mitglieder der Welthandelsorganisation (WTO) haben es nicht geschafft, sich auf einen Kompromiss zur Verringerung der Agrarsubventionen und der Zölle auf Industrie- und Agrargüter zu verständigen. Die Aussicht auf eine Einigung, die den meisten Ländern gleiche Bedingungen im internationalen Handel sichern würde und nach Ansicht von OECD-Generalsekretär Angel Gurría ein vergleichsweise leicht erreichbares Ziel darstellt, rückt in weite Ferne. Die Integration des Welthandels bleibt weiter unvollendet und unausgewogen.

Dennoch hat die Globalisierung seit den frühen 1990er Jahren merklich zugenommen. Der Fall der Berliner Mauer 1989 und der Sturz vieler kommunistischer Regime ließen die Welt zusammenrücken. Die westlichen Staaten öffneten sich weiter für den Welthandel und setzten die in der Nachkriegszeit begonnene Deregulierung fort. Ehemals kommunistische Ostblockstaaten mit Hunderten Millionen Arbeitskräften und Konsumenten führten die Marktwirtschaft ein, gefolgt von Indien, einem Land mit über einer Milliarde Einwohnern, das ebenfalls lange Zeit wirtschaftlich isoliert gewesen war.

Gleichzeitig fand im Informations- und Telekommunikationssektor eine veritable Revolution statt. Die zunehmende Verbreitung der Computertechnologie seit den 1980er Jahren ermöglichte bedeutende Fortschritte bei der Unternehmensführung und den Produktionsmethoden. Das Internet, insbesondere Breitband-Internet in den frühen 2000er Jahren, verlieh dem Welthandel neuen Schub. Die Produktivität der Unternehmen wurde durch das Internet und die damit einhergehenden Möglichkeiten der verzögerungslosen Kommunikation, Ausschaltung von Zwischenhändlern und Kostensenkungen enorm gesteigert. Die Bestellung von Bauteilen kann nun ebenso wie die Fertigung und Lieferung kundenspezifisch angepasst erfolgen. Die Unternehmen haben den Direktvertrieb als Geschäftsmodell entdeckt, die Lagerbestände verringert, auf Just-in-time-Produktion umgestellt und die Kosten minimiert. Mittlerweile können die Datenbanken von Auftraggebern und Zulieferern in Echtzeit kommunizieren, und die Systeme nutzen dieselbe Computersprache, unbehindert von geografischen Einschränkungen.

Einige Beobachter sind der Ansicht, dass diese neuen politischen und technologischen Gegebenheiten die Welt tatsächlich zu dem „globalen Dorf" gemacht haben, das der Philosoph Marshall McLuhan in den späten 1960er Jahren vorhersagte: eine „flache Welt", in der dem Informationsfluss und dem wirtschaftlichen Austausch keine

Grenzen gesetzt sind. Andere hingegen sind der Auffassung, dass trotz der Fortschritte in der Telekommunikationstechnik immer noch zahlreiche Handelshemmnisse bestehen. Einige Fachleute sprechen sogar von einer „Semi-Globalisierung". Was also kommt der Wahrheit am nächsten? Dieses Kapitel beschreibt die Beschleunigung der Globalisierung in den letzten zwanzig Jahren und führt dabei sowohl die Intensität als auch die Grenzen der Globalisierung vor Augen, bis hin zur aktuellen Wirtschaftskrise (vgl. Interview mit Raed Safadi am Ende dieses Kapitels). In den darauffolgenden Kapiteln werden die Auswirkungen der Globalisierung analysiert.

Die (beinahe) flache Welt der Güter und des Kapitals

In den 1990er Jahren bezog sich „Globalisierung" in erster Linie auf den Waren- und Kapitalverkehr. Der internationale Handel erlebte ein exponentielles Wachstum, was nicht nur dem Entstehen neuer Absatzmärkte, sondern auch dem überraschend kräftigen Anstieg des Handels zwischen Unternehmen zu verdanken ist. Auch die Finanzmärkte sind stärker globalisiert und integriert als je zuvor.

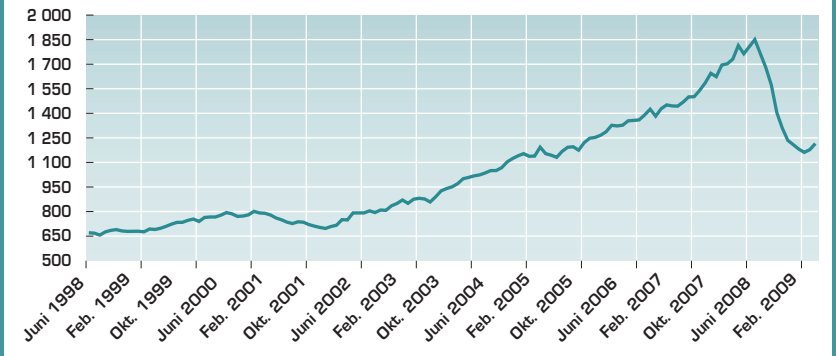
Ein globales Einkaufszentrum?

Kleidung und Hardwarekomponenten aus China, Autos aus Indien, Handys und Möbel aus Skandinavien, Starbucks in Paris, Wal-Mart-Supermärkte in aller Welt, Aldi in Australien, Media Markt in Istanbul ... So stellt sich die Globalisierung in unserem Alltag dar. Diese bekannten Marken und Produkte stehen für einen Trend, der in den letzten zwanzig Jahren – trotz eines herben Rückschlags durch die Finanzkrise der Jahre 2007-2008 – an Dynamik gewonnen hat.

Die Entwicklung des globalen Warenverkehrs spricht für sich selbst. Nach Angaben der WTO ist das Warenhandelsvolumen weltweit zwischen 2000 und 2006 um 3% gewachsen, und danach allein im Jahr 2007 um 6,5%. Nach einem krisenbedingten Einbruch um 12% im Jahr 2009 erholte sich der Welthandel schnell wieder und legte 2010 um 14% zu. Der Wohlstand, der durch den internationalen Handel geschaffen wird, macht einen immer größeren Anteil des gesamten globalen Wohlstands aus. 2005 entfielen auf den internationalen Handel 50% des globalen BIP, verglichen mit 38% im Jahr 1985. Seit 2002 wächst der internationale Handel deutlich schneller als das Welt-BIP. 2010 stiegen die globalen Warenexporte viermal schneller als das BIP. Daran zeigt sich sehr deutlich die zunehmende gegenseitige Abhängigkeit der Volkswirtschaften im Welthandel.

EXPONENTIELLES WACHSTUM DES WARENHANDELS BIS ZUM EINTRITT DER KRISE …

Warenhandel im OECD-Raum insgesamt, Mrd. US-$, saisonbereinigt



In den vergangenen zehn Jahren wurde in den OECD-Ländern ein starker Anstieg des internationalen Handels verzeichnet. Die globale Wirtschaftskrise von 2008 verursachte einen plötzlichen Einbruch der Handelsvolumen, die jedoch seit 2009 wieder stark anziehen. Im vierten Quartal 2009 stiegen die Exporte der OECD-Länder um 8%, die Importe um nahezu 7%.

Quelle: OECD (2010), *Die OECD in Zahlen und Fakten 2010*, OECD Publishing.

StatLink http://dx.doi.org/10.1787/888932780095

Einige aufstrebende Volkswirtschaften öffneten sich besonders schnell für den Handel. Zwischen 1985 und 2005 erhöhte sich der Anteil des Außenhandels an der chinesischen Volkswirtschaft von 24% auf 69%. China – seit 2008 die drittgrößte Handelsmacht der Welt – ist mittlerweile ein bedeutender Handelspartner der OECD-Länder. Dennoch spielt – sowohl dem Volumen als auch dem Wert nach – der Warenhandel innerhalb des OECD-Raums nach wie vor eine viel größere Rolle als der Warenverkehr zwischen dem OECD-Raum und dem Rest der Welt. Dies ist zum Teil auf Zölle zurückzuführen, die zwar zwischen den Industriestaaten gesenkt wurden, zwischen Industriestaaten und Entwicklungsländern jedoch nach wie vor hoch sind.

In der Europäischen Union erleichterte die Erweiterung von 15 auf 27 Mitglieder die wirtschaftliche Integration. Der Anteil der 12 neuen Mitgliedstaaten an den Gesamtimporten der EU erhöhte sich von 5% im Jahr 1993 auf 13% im Jahr 2005. Einige der im vorherigen Kapitel beschriebenen politischen Maßnahmen zur Förderung des Handels scheinen sich ausgezahlt zu haben.

Zwischenprodukte als wichtigster Handelsmotor

Auf Grund der Fragmentierung der Produktionsprozesse wird die wirtschaftliche Globalisierung heute vom Handel und Import von Bauteilen dominiert. Um ein fertiges Produkt – z.B. einen Computer – herzustellen, liefern Tochterfirmen oder Zulieferer multinationaler Unternehmen dafür die jeweils erforderlichen Einzelteile, wie z.B. Mikroprozessoren. Heute handelt es sich bei nahezu 56% der Industriegüter und ungefähr 73% der Dienstleistungen, die international gehandelt werden, um Vorleistungen, die in die Produktion eines Fertigfabrikats bzw. in eine komplexere Dienstleistung einfließen. Der Anteil importierter Bauteile an der Erzeugung von Industriegütern hat sich innerhalb von dreißig Jahren verdreifacht – von weniger als 10% im Jahr 1970 auf fast 30% im Jahr 2003.

Niedriglohnländer haben sich im Zeitverlauf ein immer größeres Stück dieses Kuchens gesichert. Zwischen 1992 und 2004 stieg der aus Nicht-OECD-Ländern stammende Anteil am Gesamtimport von Zwischenprodukten im OECD-Raum von 15% auf 32%. Heute sind China und die ASEAN-Länder die größten Lieferanten für Bauteile aller Art (Automobil-, Elektronik- oder Kunststoffteile) in die OECD-Länder.

„Die Fragmentierung der Produktion stellt ein wichtiges Phänomen im Globalisierungsprozess dar. Diese Fragmentierung hat in den letzten 10 bis maximal 15 Jahren erheblich zugenommen. Heute haben zahlreiche Länder irgendwo in der globalen Lieferkette ihren Platz gefunden."

Thomas Hatzichronoglou, Direktion Wissenschaft, Technologie und Industrie, OECD

Als Folge dieser globalisierten Teileproduktion hat der konzerninterne Handel explosionsartig zugenommen, da Muttergesellschaften und ausländische Tochtergesellschaften immer mehr Halbfabrikate von anderen Konzerngesellschaften importieren. In einer Reihe von OECD-Ländern, die für die neuesten OECD-Indikatoren der wirtschaftlichen Globalisierung analysiert wurden, machten konzerninterne Exporte im Zeitraum von 2000-2007 zwischen 15% und 50% der Exporte von Tochtergesellschaften ausländischer Konzerne aus.

Unvollendete Globalisierung des Warenverkehrs

Trotz des enormen Anstiegs des Warenverkehrs rund um die Welt ist die Globalisierung der Güter durchaus nicht vollkommen. Erstens bestehen nach wie vor zahlreiche Hemmnisse für den internationalen Handel. Dank der Welthandelsorganisation WTO sind zwar die Zölle gesunken (auf einen weltweiten Durchschnitt von

Aus der Sicht eines Praktikers

Jan Blomme, Direktor für Strategie der Hafenbehörde Antwerpen (zweitgrößter Hafen Europas)

Jan Blomme arbeitet seit über zwanzig Jahren für die Hafenbehörde Antwerpen. „Wir mussten das linke Ufer ausbauen und neue Hafenbecken anlegen, um das Aufkommen an Containerschiffen zu bewältigen", erklärt der Direktor für Strategie, der erst am Vortag aus Indien zurückgekommen ist. „Häfen sind die Gradmesser der Globalisierung."

Explosionsartiger Anstieg des Warenverkehrs in den letzten zehn Jahren: „Unsere Expansion in den 1950er und 1960er Jahren war in erster Linie der Entwicklung der Schwerindustrie sowie Energie- und Rohstoffimporten zu verdanken. Dann setzte in Europa die Deindustrialisierung ein, die einen Rückgang der Kohleimporte mit sich brachte. Die Automobilhersteller beispielsweise haben ihre Bezugsquellen diversifiziert und ihre Abhängigkeit von Stahl verringert."

Dennoch ist der Hafen Antwerpen so erfolgreich wie nie zuvor. Das Verkehrsaufkommen ist in den letzten 15 Jahren geradezu explodiert. 1990 fertigte der Hafen 102 Millionen Tonnen an Waren ab, 2007 waren es 187 Millionen Tonnen – eine Steigerung um 80%. All das ist der Globalisierung zu verdanken. „Die ersten Anzeichen eines beschleunigten Globalisierungsprozesses machten sich bei uns 1988-1990 im Zuge der Öffnung Chinas für den Welthandel bemerkbar. Der Wendepunkt war aber 1994, als wir unsere Prognosen bei Weitem übertrafen.

„Durch den Einsatz von Containern sind die Transportkosten auf ein Drittel gesunken": Für Blomme ist die Globalisierung untrennbar mit der Container-Revolution verbunden. 1993 machten Container nur ein Viertel des Warenumschlags im Antwerpener Hafen aus. Heute erreicht oder verlässt die Hälfte der in Antwerpen abgefertigten Güter den Hafen in Containern. „Früher wurden Säcke oder Kisten von Hafenarbeitern ver- und entladen. Container haben den Warenumschlag erheblich beschleunigt und Engpässe beseitigt. Die Logistik ist deutlich effizienter geworden. Außerdem sind die Waren besser vor Diebstahl und Beschädigungen geschützt, was viel Geld spart."

Immer mehr Komponenten und Halbfabrikate: „Durch Containertransporte und die neuen Computer- und Kommunikationsinfrastrukturen können die Unternehmen zunehmend komplexe Lieferprozesse nutzen", erklärt Blomme. „Die multinationalen Konzerne konnten ihre Produktionsprozesse umgestalten, so dass ein bestimmtes Bauteil an einem bestimmten Standort produziert wird, der entweder billiger oder besser dafür geeignet ist als die anderen. Indonesien und Thailand beispielsweise haben von dieser Entwicklung profitiert. Auch die kundenspezifische Gestaltung von Produkten hat zugenommen. Die Unternehmen warten nun bis zur letzten Minute auf die exakte Bestellung des Kunden, bevor sie die Einzelteile montieren und das fertige Produkt ausliefern. Der Abstand zwischen Herstellern und Kunden hat sich bedeutend verringert.

5% im Jahr 2008), doch einige Sektoren sind nach wie vor stark abgeschottet. Insbesondere Agrarprodukte sind das Thema der Verhandlungen der 2001 begonnenen Doha-Runde unter der Ägide der WTO. Doch Anfang 2010 war bei den Gesprächen noch immer kein Durchbruch zwischen den Vereinigten Staaten und Europa auf der einen Seite und einigen aufstrebenden Volkswirtschaften wie Indien und Brasilien auf der anderen Seite erreicht. Es bestehen nach wie vor Differenzen, insbesondere im Hinblick auf die Kürzung der Agrarsubventionen für europäische und nordamerikanische Landwirte. Zudem existiert neben Zöllen weiterhin eine Reihe anderer Handelshemmnisse in Form von Quoten und Subventionen.

In *Reisebericht eines T-Shirts: Ein Alltagsprodukt erklärt die Weltwirtschaft* (2006) folgt die US-amerikanische Wirtschaftswissenschaftlerin Pietra Rivoli dem Weg eines T-Shirts von den Baumwollfeldern in den Laden und stellt fest: „Unabhängig davon, was die positiven oder negativen Effekte wettbewerbsoffener Märkte sein mögen – wirklich freie Märkte habe ich auf meiner Reise nur sehr wenige angetroffen." Der Markt wird dominiert von subventionierten Landwirten sowie Herstellern und Importeuren, die sich Steueranreize zunutze machen. Dadurch sind Entwicklungsländer bisweilen gezwungen, zum Erhalt ihrer Wettbewerbsfähigkeit ihre Preise so weit zu senken, dass sie nicht mehr ausreichen, um das Existenzminimum zu decken. Oft handelt es sich bei den geschützten Gütern um jene, bei denen unter normalen Umständen die Entwicklungsländer einen komparativen Vorteil hätten. Dieser Trend schwächt sich jedoch allmählich ab, vielleicht weil die Wirtschaftskrise von 2008 die Angst vor einer Rückkehr zum Protektionismus – die letztlich ausblieb – schürte. Ein gemeinsamer Bericht der Welthandelsorganisation, der Handels- und Entwicklungskonferenz der Vereinten Nationen (UNCTAD) und der OECD vom März 2010 kam zu dem Schluss, dass sich die Mehrheit der G20-Staaten gegen Protektionismus entschieden hatte, der als Hindernis für die Konjunkturerholung betrachtet wurde.

Die goldene Ära der finanziellen Globalisierung

Die Weltwirtschaft wird nicht nur durch die Geschäftstätigkeit der Unternehmen und den internationalen Handel bestimmt, sondern auch zu einem großen Teil von den Finanzmärkten, die bei der wirtschaftlichen Globalisierung – insbesondere in den letzten zehn Jahren – eine wichtige Rolle gespielt haben. Wie bereits angesprochen, erreichte die in den 1970er Jahren begonnene Öffnung der Grenzen für ausländisches Kapital gegen Ende der 1980er Jahre eine neue Dimension und erfasste ein breites Spektrum von Finanzgeschäften – Bankkredite und Handelskredite, Aktien und Anleihen (d.h. Portfoliowert-

papiere), ausländische Direktinvestitionen, aber auch Devisengeschäfte, Überweisungen von Migranten in ihre Herkunftsländer usw.

Die Auswirkungen dieser Entwicklung waren enorm: Innerhalb von dreißig Jahren stieg der Wert der internationalen Finanzströme ungleich stärker an als der Wert der internationalen Handelsströme. So erhöhte sich z.B. der Wert der internationalen Bankgeschäfte (Konsumentenkredite, Geschäftskredite usw.) exponentiell von 6% des Welt-BIP im Jahr 1972 auf fast 40% Ende der 1990er Jahre. Die internationalen Transaktionen am Devisenmarkt haben ebenfalls schwindelnde Höhen erreicht. Den Angaben der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ) zufolge sind sie in der Zeit von 1986-2007 von 200 Mrd. US-$ pro Tag auf fast 3 000 Mrd. US-$ pro Tag gestiegen. Insgesamt erhöhten sich die Auslandsvermögen sowie die internationalen Direkt- und Portfolioinvestitionen von 1970 bis zur Mitte der 2000er Jahre von 20% auf 140% des BIP und verzeichneten somit eine wesentlich stärkere und schnellere Entwicklung als der internationale Handel, der im gleichen Zeitraum von rd. 30% auf 50% des Welt-BIP stieg. Insgesamt war also in den letzten zwanzig Jahren ein starker Trend zur globalen Finanzintegration zu beobachten.

Die globale Finanzwelt umfasst jedoch viele Bereiche. Wir werden uns hier zunächst mit den ausländischen Direktinvestitionen und danach mit den Finanzmärkten befassen. Diese beiden entscheidenden Elemente der finanziellen Globalisierung wurden durch die Wirtschaftskrise von 2008 schlagartig in ihrer Entwicklung gebremst – zumindest zeitweise. Die daraus resultierenden Fragestellungen werden in Kapitel 8 erörtert.

Grenzüberschreitende Investitionen auf dem Vormarsch

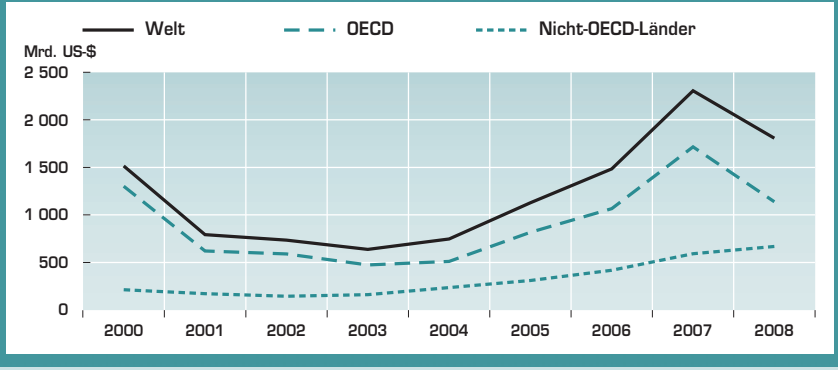
Ausländische Direktinvestitionen (ADI) sind ein besonders guter Indikator für die globale wirtschaftliche Integration. Wenn ein multinationaler Konzern einen Standort im Ausland eröffnet, kann er dazu entweder eine neue Tochtergesellschaft gründen oder ein existierendes lokales Unternehmen komplett oder teilweise übernehmen. Dies umfasst auch die Reinvestition von Gewinnen einer ausländischen Tochtergesellschaft oder die Vergabe von Krediten an eine Auslandstochter. Ein Anstieg der ausländischen Direktinvestitionen geht oft mit einem Zuwachs beim internationalen Handel mit Waren und Dienstleistungen einher. Wie die Strategien der multinationalen Konzerne in jüngster Zeit gezeigt haben, fließt ein zunehmender Anteil der ausländischen Direktinvestitionen in den Ausbau der Produktion im Ausland, die dann exportiert wird. ADI befinden sich somit an der Schnittstelle zwischen finanzieller Globalisierung und Handelsglobalisierung.

Die Entwicklung der globalen ADI ist Ausdruck der starken Auslandsexpansion multinationaler Konzerne seit den 1970er Jahren und der Beschleunigung dieses Trends in den 1990er bis 2000er Jahren. In den OECD-Ländern sind die globalen ADI im vergangenen Jahrzehnt deutlich gestiegen, trotz eines plötzlichen Einbruchs in den Jahren 2000-2001 nach dem Platzen der Internetblase und den Terroranschlägen vom 11. September 2001. 2007 erreichte das Gesamtvolumen der ADI-Zuflüsse und -Abflüsse der OECD-Länder mit annähernd 3 500 Mrd. US-$ einen Rekordwert (vgl. Abbildung). Zwar brachen die ADI im darauffolgenden Jahr auf Grund der Krise stark ein, in jüngerer Zeit zeichnet sich jedoch wieder eine Erholung ab.

Ein noch deutlicheres Anzeichen der weltweiten wirtschaftlichen Integration ist die Tatsache, dass der Anteil der ausländischen

SEHR DYNAMISCHE ENTWICKLUNG DER AUSLÄNDISCHEN DIREKTINVESTITIONEN BIS ZUM EINTRITT DER KRISE

ADI-Zuflüsse nach Entwicklungsstand, Mrd. US-$



Nach einem Jahrzehnt raschen Anstiegs brachen die ADI-Zuflüsse infolge der Finanzkrise in mehreren Industriestaaten plötzlich ein. 2008 schrumpften die ADI-Zuflüsse im OECD-Raum um 35%. Hingegen verzeichneten Nicht-OECD-Länder – insbesondere in Asien – weiterhin bedeutende ADI-Zuflüsse (+13% im selben Zeitraum).

Quelle: OECD (2010), *Economic Globalisation Indicators*.

StatLink http://dx.doi.org/10.1787/888932780114

Direktinvestitionen an der Kapitalbildung der Unternehmen gestiegen ist. In den frühen 2000er Jahren gaben die OECD-Länder mehr als 10% ihres Kapitals für ADI aus, nachdem der Anteil jahrzehntelang bei durchschnittlich 4% gelegen hatte. Von 1995 bis 2008 nahm der relative Anteil ausländischer Tochtergesellschaften an den Umsätzen im Industriesektor in fast allen OECD-Ländern zu. Allerdings ist diese zunehmende Globalisierung der Unternehmensfinanzierung je nach Entwicklungsstand in den großen Weltregionen unterschiedlich ausgeprägt.

Hohe ADI-Dynamik der Entwicklungsländer

Bis vor kurzem floss der Großteil der globalen ADI in die Industriestaaten. UNCTAD-Angaben zufolge erhielten die Industriestaaten 2007 ausländische Direktinvestitionen im Umfang von 1 250 Mrd. US-$ – 68% des globalen Volumens von 1 830 Mrd. US-$. Aus dem UNCTAD-Bericht von 2011 geht jedoch hervor, dass 2010 erstmals Entwicklungs- und Transformationsländer über 50% der globalen ADI erhielten und 50% der 20 führenden ADI-Empfängerländer stellten.

Eine noch bedeutendere Entwicklung ist, dass Entwicklungs- und Transformationsländer auch selbst im Ausland investieren. Ihre Direktinvestitionen im Ausland haben sich stark erhöht und machen mittlerweile 29% der globalen Direktinvestitionsabflüsse aus. 2010 befanden sich sechs Entwicklungs- oder Transformationsländer unter den zwanzig größten globalen Investoren. Daraus lässt sich die „Vermögensverlagerung" der letzten Jahre ersehen, die durch die Wirtschaftskrise von 2008 noch beschleunigt wurde (vgl. Kapitel 5).

Zunehmend integrierte Finanzmärkte

Auch die Finanzmärkte stehen sinnbildlich für die jüngere Phase der wirtschaftlichen Globalisierung. Betrachten wir beispielsweise die Aktien- und Rentenmärkte, die am unmittelbarsten mit den Aktivitäten der Unternehmen verbunden sind. Sie haben sich seit den 1970er Jahren zu einer wichtigen Quelle der Unternehmensfinanzierung entwickelt, nachdem verschiedene Regelungen eingeführt wurden, die die Nutzung und den Handel von Aktien und Anleihen erleichterten. Das Aktionärswesen ist für die Unternehmensfinanzierung zunehmend wichtiger geworden, während Bankkredite an Bedeutung eingebüßt haben. Wertpapiere – entweder in Form einer Beteiligung am Eigenkapital von Unternehmen (Aktien) oder eines Anteils der Schulden des Unternehmens (Anleihen) – finanzieren die Unternehmensaktivitäten und können, genau wie andere Produkte auch, gehandelt werden. Gleichzeitig haben viele Länder, wie im vorherigen Kapitel erläutert, Beschränkungen im internationalen Kapitalverkehr abgebaut. Dadurch wurde es den

Wirtschaftsakteuren (private Haushalte, Unternehmen und Staaten) ermöglicht, Wertpapiere an allen führenden Finanzplätzen weltweit zu handeln. Diese Kombination aus der wachsenden Bedeutung der Börsen für die Wirtschaftstätigkeit und der Deregulierung des Kapitalverkehrs ist der Grund für die mittlerweile sehr weit fortgeschrittene Globalisierung der Finanzmärkte.

Einige Zahlen und Fakten

Der jährliche Umfang des internationalen Wertpapierhandels in den Industriestaaten ist mittlerweile höher als deren kumuliertes BIP, nachdem er in den 1970er Jahren lediglich einen winzigen Anteil am BIP ausmachte. Diese Entwicklung ist Ausdruck der zunehmenden Internationalisierung der Wertpapiermärkte.

Ein weiteres Symptom dieses Phänomens ist, dass sich die an den weltweit führenden Finanzplätzen gehandelten Wertpapiere zunehmend in Händen ausländischer Marktteilnehmer befinden. Laut Angaben von Christian Noyer, dem Gouverneur der französischen Zentralbank, wurden im Jahr 2007 46% der Marktkapitalisierung der französischen Unternehmen und etwas mehr als 50% der französischen Staatsanleihen von gebietsfremden Investoren gehalten.

Die Marktindizes der führenden globalen Finanzzentren (Frankfurt, London, New York, Paris und Tokyo) entwickeln sich seit den späten 1990er Jahren nahezu synchron, während sie sich früher zum Teil sehr unterschiedlich verhalten hatten. Zwischen 1930 und 1950 bestand zwischen der Wall Street und der Pariser Börse sogar eine negative Korrelation: wenn die Erträge auf der einen Seite des Atlantiks stiegen, fielen sie auf der anderen. Die Tatsache, dass sich die Indizes der führenden Finanzplätze heutzutage nahezu synchron entwickeln, ist darauf zurückzuführen, dass die Marktteilnehmer praktisch zeitgleich an allen Börsen weltweit handeln können.

Mit der Internationalisierung der Finanzmärkte hat zugleich auch ihre Bedeutung für die Wirtschaftstätigkeit erheblich zugenommen. Wie lässt sich dieser große Einfluss erklären?

Hauptgründe

Ende der 1970er Jahre zeichneten sich drei bedeutende Trends ab: Deregulierung, Disintermediation und Desegmentierung. Die Deregulierung im weiteren Sinn – d.h. die Abschaffung oder Lockerung staatlicher Beschränkungen des Kapitalverkehrs – wurde bereits angesprochen. Disintermediation bedeutet, dass es Unternehmen und Haushalten ermöglicht wurde, sich direkt über die Märkte anstatt über Banken zu finanzieren. (Dieses Phänomen, das überwiegend durch die Entwicklung des Aktionärskapitalismus

bedingt ist, ist jedoch unter dem Vorbehalt zu betrachten, dass bei zahlreichen Finanzmarkttransaktionen nach wie vor Banken als Intermediäre gebraucht werden.) Darüber hinaus hat die Desegmentierung der Finanzmärkte dazu beigetragen, den Wertpapierhandel weiter zu erleichtern: Die Marktteilnehmer können nun problemlos verschiedene Marktsegmente (Geldmarkt, Rentenmarkt, Devisenmarkt, Futures-Markt usw.) nutzen, um Kapital aufzunehmen oder anzulegen, Hedging zu betreiben und Wertpapiere aller Art grenzüberschreitend zu handeln.

Dabei ist festzustellen, dass Finanzprodukte mit der Einführung von Derivaten noch vielfältiger und international mobiler geworden sind. Diese komplexen Produkte wurden entwickelt, um die Risiken konventioneller Wertpapiere, wie z.B. Aktien oder Anleihen, zu streuen und zu minimieren. Seit ihrer Entstehung in den 1990er Jahren wurden diese Produkte immer ausgereifter und bilden mittlerweile einen eigenen Markt. Der Gesamtwert der gehandelten Derivate übersteigt das Marktvolumen von Aktien und Anleihen bei Weitem. Die Ausbreitung der Finanzkrise von 2008 war zum Teil auf diese Produkte und ihre Internationalisierung zurückzuführen (vgl. Kapitel 8).

Ein weiterer wichtiger Faktor für die Globalisierung der Finanzmärkte seit den 1990er Jahren ist die zunehmende Computerisierung, die es ermöglicht, an allen führenden Börsenplätzen Wertpapiere ohne zeitliche Verzögerung zu kaufen und zu verkaufen. Einige Marktteilnehmer bewegen in Sekundenschnelle teils riesige Summen. Bestimmte Wertpapiertransaktionen werden mittlerweile komplett von Computern getätigt und erfordern keinerlei menschliche Intervention mehr. Diese Entwicklungen treiben die Kapitalbewegungen rund um die Welt weiter in die Höhe und verstärken die internationale Integration der Finanzmärkte.

Die finanzielle Globalisierung ist jedoch nach wie vor unvollkommen

Das alles heißt jedoch nicht, dass das Finanzwesen heutzutage vollständig globalisiert ist. Erstens war die Finanzwelt in einigen (hauptsächlich monetären) Aspekten im späten 19. Jahrhundert stärker integriert als heute. Vor dem Bretton-Woods-Abkommen erfolgten bei der überwiegenden Mehrheit der internationalen Transaktionen die Zahlungen nach dem Goldstandard, wodurch diese erheblich erleichtert wurden, wenngleich der internationale Kapitalverkehr ansonsten sehr begrenzt war.

Auch das in Bretton Woods beschlossene System fester Wechselkurse entsprach eher einem echten globalen Währungssystem als

das gegenwärtige internationale Währungssystem. Heute können die geldpolitischen Instanzen einzelner Staaten – bzw. Währungsgebiete wie der Euroraum – souverän an den Märkten intervenieren, um den Kurs ihrer Währung zu beeinflussen.

Zudem ist bei den Marktteilnehmern trotz des starken Anstiegs grenzüberschreitender Investitionen immer noch eine Präferenz für inländische Kapitalanlagen festzustellen: Sowohl Beteiligungen an Unternehmen als auch Markttransaktionen werden eher national als international getätigt. Kulturelle Nähe ist demnach immer noch ein wichtiger Faktor bei finanziellen Entscheidungen.

Außerdem sollte man nicht vergessen, dass trotz der zunehmenden Verbreitung des freien Kapitalverkehrs seit den 1970er Jahren nach wie vor in einigen Staaten (wie z.B. Indien, Pakistan und bis zu einem gewissen Grad auch China) bedeutende Restriktionen für den Kapitalverkehr bestehen.

Dienstleistungen und Arbeitskräfte: Ein Fall von „Semi-Globalisierung“?

Die Dienstleistungs- und Arbeitsmärkte sind auch heute noch überwiegend national geprägt, was in erster Linie auf die große Bedeutung kultureller Faktoren in diesen Sektoren zurückzuführen ist. In vielen Bereichen steht die Globalisierung noch ganz am Anfang, wie der frühere OECD-Generalsekretär Donald Johnston 2005 im *OECD Observer* feststellte. Die Dienstleistungs- und Arbeitsmärkte umfassen jedoch ein breites Spektrum unterschiedlichster Aktivitäten, von denen einige stark globalisiert sind.

Extreme Internationalisierung einer kleinen Zahl von Dienstleistungen

Der Anteil des Warenhandels am Welthandel beläuft sich auf 80%, der Anteil des Dienstleistungshandels auf 20% – dieses Verhältnis ist in den letzten dreißig Jahren weitgehend konstant geblieben. Im OECD-Raum machte der internationale Dienstleistungshandel im Zeitraum 2005-2008 im Durchschnitt weniger als 6% des gesamten BIP aus, während der Anteil des internationalen Warenhandels bei 22% des BIP lag. Der Dienstleistungssektor ist jedoch mit einem Anteil von 70% an der gesamten Wertschöpfung der OECD-Volkswirtschaften – bei steigender Tendenz – der wichtigste Sektor in den Industriestaaten.

Der geringere Globalisierungsgrad der Dienstleistungen hat verschiedene Gründe. Da es sich bei Dienstleistungen um immaterielle Güter handelt, können sie nicht so leicht exportiert werden wie Waren – ein Computer lässt sich (im Prinzip) einfacher exportieren als der Kundendienst. Zahlreiche Dienstleistungen (z.B. im Hotelgewerbe, bei persönlichen Dienstleistungen oder gewerblichen Reinigungsdiensten) erfordern räumliche Nähe sowie sprachliche und kulturelle Gemeinsamkeiten zwischen Anbietern und Kunden, was beim Verkauf eines Produkts nicht der Fall ist.

Darüber hinaus sind einige Dienstleistungen „geschützt", weil sie als strategisch wichtig für das Wohl der Allgemeinheit gelten. Das Bildungswesen, das Gesundheitswesen, der Energiesektor und das öffentliche Verkehrswesen sind je nach Land mehr oder weniger vor internationaler Konkurrenz geschützt. Allerdings findet in einigen öffentlichen Sektoren (Telekommunikation, Verkehr, Energie usw.) seit Anfang der 1990er Jahre eine Öffnung für den Wettbewerb statt, insbesondere innerhalb der Europäischen Union.

Dennoch hat die Globalisierung der Dienstleistungen seit den 1990er Jahren insgesamt zugenommen. Dank der Fortschritte in der Informations- und Kommunikationstechnologie können neue „Vorleistungen" aus den Bereichen Unternehmensdienstleistungen, Computertechnik, Datenverwaltung, Programmierung, wissenschaftliche Forschung und Ingenieurleistungen ausgelagert werden. Die verstärkte Internationalisierung dieser Leistungen ist unter anderem auf die Verfügbarkeit qualifizierter Arbeitskräfte in Billiglohnländern zurückzuführen.

Indien beispielsweise hat einen Großteil des Marktes für diese Art von Dienstleistungen erobert. Indische Unternehmen verfügen über eine derart kritische Masse – mitunter beschäftigt ein einziges Unternehmen beispielsweise 60 000 Informatiker aller Kompetenzstufen –, dass sie unterschiedlichste Aufträge aus Industriestaaten übernehmen können. Länder wie die Philippinen, Vietnam und China sind in diesem Bereich ebenfalls sehr aktiv. Daher lagert eine New Yorker Krankenhauskette nun die Abwicklung der Patientenabrechnungen nach Xi'an in Zentralchina aus, wo die Miet- und Betriebskosten 40% niedriger sind als in Peking. Dieser Hochtechnologie-Entwicklungscluster exportiert mittlerweile alle Arten von Dienstleistungen und steht beispielhaft für die Globalisierung eines Dienstleistungssektors mit besonderer strategischer Bedeutung: Forschung und Entwicklung (FuE).

Seit 1996 sind dank der Investitionen ausländischer multinationaler Konzerne die FuE-Investitionen in China am schnellsten gestiegen. Im Innovationscluster von Xi'an, der letztlich eine Fläche von 90 km^2

„Die Internationalisierung von Forschung und Entwicklung stellt zwar kein ganz neues Phänomen dar, in der gegenwärtigen Phase wird sie jedoch durch drei besondere Merkmale geprägt: sie nimmt an Schwung zu, sie breitet sich auf mehr Länder – einschließlich Entwicklungsländer – aus, und sie besteht nicht nur in einer bloßen Anpassung von Technologie an lokale Gegebenheiten. In den 1980er Jahren handelte es sich bei FuE-Investitionen vor allem um Transaktionen zwischen Industriestaaten in Form von Fusionen und Übernahmen (M&A), doch seit den 1990er Jahren stellen Entwicklungsländer zunehmend attraktive Ziele für FuE-Investitionen dar."

OECD (2008), *Internationalisation of Business R&D: Evidence, Impacts and Implications*

umfassen soll, befindet sich ein Technologiepark mit Tausenden Unternehmen. Das chinesische Raumfahrtprogramm wurde hier entwickelt. Mehrere große FuE-abhängige multinationale Unternehmen, darunter NEC aus Japan sowie Siemens, entwickeln einige ihrer Produkte hier. Unterdessen haben der Telekommunikationsausrüster Motorola und der Datenbanksoftwarespezialist Oracle aus den Vereinigten Staaten FuE-Zentren in Peking eröffnet, während der französisch-amerikanische Alcatel-Lucent-Konzern ein großes Forschungszentrum in Shanghai betreibt.

Mehrere multinationale Konzerne investieren auch in Indien und betreiben dort ein oder mehrere FuE-Zentren. Seit den frühen 2000er Jahren unterhält das US-amerikanische Industriekonglomerat General Electric (GE) im südindischen Bangalore sein – gemessen an der Zahl der Forscher und den Entwicklungsleistungen – größtes FuE-Zentrum. Ein ausschlaggebender Faktor bei den Standortentscheidungen der multinationalen Konzerne ist das große Angebot an qualifizierten Arbeitskräften, auf die sie bei steigender Nachfrage zurückgreifen können.

Sehr begrenzte Arbeitsmigration

Von allen Bereichen, in denen die Globalisierung eine Rolle spielt, ist der Arbeitsmarkt der Bereich mit dem geringsten Globalisierungsgrad. Migranten stellen aktuell lediglich 3% der Weltbevölkerung dar. Dafür gibt es verschiedene Gründe, wie z.B. die vielen Unwägbarkeiten (vor allem auf Grund sprachlicher und kultureller

Unterschiede), die mit einem Umzug in ein anderes Land verbunden sind. Zudem wird die Zuwanderung in vielen Ländern streng reguliert – je nach Wirtschaftslage und Arbeitsmarktnachfrage, manchmal auch auf Grund nationaler Identitätskrisen.

Trotz der psychologischen, kulturellen und politischen Hindernisse nimmt die Globalisierung der Arbeitsmärkte dennoch zu, wie die Zunahme der Migrationsströme in den letzten zwanzig Jahren verdeutlicht. Anders als gemeinhin angenommen und bisweilen in aufgebauschten Medienberichten zu diesem Thema unterstellt wird, findet Migration nicht nur von armen Ländern in reiche Länder statt. Betrachtet man die Migration nach großen Entwicklungszonen, so ergibt sich aktuell folgendes Bild: Bei einem Drittel der Migranten handelt es sich um eine „Süd-Nord-Migration", bei einem weiteren Drittel um eine „Süd-Süd-" und beim letzten Drittel um eine „Nord-Nord-Migration" („Nord-Süd-Migration" ist eher die Ausnahme). Zutreffend ist indessen, dass die Migration aus Entwicklungsländern in Industriestaaten seit den 1960er Jahren zugenommen hat und dass sich die Zuwachsrate seit Mitte der 1990er Jahre beschleunigt hat. Daher ist in den meisten OECD-Ländern der Anteil ausländischer Arbeitskräfte an der Erwerbsbevölkerung gestiegen. Angaben der Weltbank zufolge machen Zuwanderer mehr als 10% der Bevölkerung in Hocheinkommensländern aus.

Durch die Wirtschaftskrise von 2008 scheint sich die Zuwanderung etwas verlangsamt zu haben. Arbeitskräfte aus Entwicklungsländern schrecken eher davor zurück, in Industriestaaten auszuwandern, die gerade in einer schweren Krise stecken – insbesondere in Sektoren, in denen früher ausländische Arbeitskräfte begehrt waren, wie z.B. in der Bauindustrie in Spanien und Irland. Es deutet jedoch alles darauf hin, dass die Migration aus Entwicklungsländern in Industriestaaten in den kommenden Jahren weiter steigen wird. Dieser Trend ist auch bei hochqualifizierten Arbeitskräften festzustellen.

Globaler Wettstreit um die besten Köpfe

Viele hochqualifizierte Arbeitskräfte sind mobiler als andere und arbeiten häufig im Ausland bzw. für ausländische Unternehmen. Während die Migration einer hochqualifizierten Minderheit zwischen verschiedenen Industriestaaten ein altbekanntes Phänomen ist, handelt es sich bei der Süd-Nord-Migration hochqualifizierter Arbeitskräfte um eine neuere Erscheinung. In den Entwicklungsländern, vor allem in aufstrebenden Volkswirtschaften, nimmt die Zahl an hochqualifizierten Arbeitskräften kontinuierlich zu. Viele wandern daher in Industriestaaten aus, die höhere Verdienste und attraktivere Karrierechancen bieten. Dies heizt die Debatte über die Gefahr eines Braindrains an, da die reichen Länder ausgerechnet jene Arbeitskräfte

anlocken, die am ehesten die Entwicklung in ihrem Herkunftsland vorantreiben könnten.

Aber im Gegenzug siedeln sich auch Unternehmen aus Industriestaaten in den aufstrebenden Volkswirtschaften an, in denen die hochqualifizierten Arbeitskräfte leben, wie das Beispiel der multinationalen Konzerne mit FuE-Standorten in China und Indien zeigt. Im Zeitalter der wissensbasierten Wirtschaft – in der Wissen und Innovationen die wichtigsten Wertschöpfungsquellen sind – sind hochqualifizierte Arbeitskräfte besonders gefragt; folglich werben die Arbeitgeber mittlerweile bereits an den Universitäten nun sogenannte High Potentials.

Die Universitäten stehen ihrerseits in einem globalen Wettbewerb um Doktoranden, die das Potenzial haben, künftig zu den besten Wissenschaftlern in ihrer Disziplin zu zählen. Die Staaten, die den Wettstreit um die besten Köpfe gewinnen, werden in der wissensbasierten Wirtschaft einen immensen Wettbewerbsvorteil haben. Einige Hochschulen haben sich daher für eine Dezentralisierungsstrategie entschieden. So eröffnete beispielsweise die britische Universität Nottingham bereits 2004 zwei asiatische Dependancen in China und Malaysia. Immer mehr Universitäten beschreiten mittlerweile diesen Weg, der zudem den Austausch von Professoren, wissenschaftlichen Mitarbeitern und Studierenden erleichtert. 2007 waren 2,5 Millionen Studierende an einer Universität außerhalb ihres Heimatlandes eingeschrieben. Dies entspricht einer Steigerung um 59,3% seit dem Jahr 2000 (ein durchschnittlicher jährlicher Anstieg von 6,9%). Die Zahl dieser Studierenden ist damit deutlich schneller gewachsen als die Gesamtzahl der Studierenden. Die Globalisierung der Hochschulbildung schreitet mit hohem Tempo voran.

Schlussbetrachtungen …

Die Globalisierung des Waren- und Kapitalverkehrs hat seit den frühen 1990er Jahren stark zugenommen, doch die Welt ist noch immer nicht „flach“. Die Metapher vom „globalen Dorf“ ist selbst in Bezug auf den Warenverkehr völlig übertrieben. Es bestehen nach wie vor zahlreiche Handelshemmnisse, und in einigen Sektoren hat die Globalisierung noch kaum begonnen. Die Wirtschaftskrise von 2008 scheint die Globalisierung vorübergehend gebremst (vgl. nachstehendes Gespräch) und den Blick auf gewisse Ungleichgewichte gelenkt zu haben. Nachdem wir das Ausmaß der Globalisierung in ihren verschiedenen Erscheinungsformen betrachtet haben, können wir nun ihre Auswirkungen analysieren.

Globalisierung ist für sich allein genommen nicht zwangsläufig erstrebenswert. Ihre Auswirkungen können vielfältig und manchmal schwer zu ermessen sein. Einige ihrer Effekte sind zwar offensichtlich, indirekte Auswirkungen können aber eine größere Rolle spielen. Das folgende Kapitel beschäftigt sich mit den besonders kontroversen Aspekten der Globalisierung.

Im Gespräch mit …

Raed Safadi, stellvertretender Leiter der Direktion Handel und Landwirtschaft der OECD

„Wir müssen unsere komparativen Vorteile bestmöglich nutzen."

Nach der Finanz- und Wirtschaftskrise von 2008 kam der internationale Handel plötzlich zum Erliegen. Hat die Krise eine „Entglobalisierung" bewirkt, wie einige Kommentatoren behaupten?

Ganz und gar nicht. Zwar brach der internationale Handel 2009 tatsächlich um 12,5% ein, dies war jedoch auf Faktoren wie den Nachfragerückgang, die Zusammensetzung des internationalen Handels nach Produktarten und die fehlenden Finanzierungsmöglichkeiten für den Handel nach der Finanzkrise im späteren Jahresverlauf 2008 zurückzuführen. Die Banken verschärften auf Grund der schwierigen Lage, in der sie sich befanden, die Kreditbedingungen. Darunter litten alle Sektoren der Volkswirtschaft, besonders aber die Exportwirtschaft. Das hatte folgende Gründe: Einerseits halten Banken Auslandsgeschäfte von Natur aus für riskanter als Inlandsgeschäfte. In Krisenzeiten verhalten sich Banken bei internationalen Handelsgeschäften noch risikoscheuer als sonst. Hinzu kam, dass die Finanz- und Wirtschaftskrise einen allgemeinen Nachfragerückgang, auch im internationalen Handel, auslöste. Von einer „Entglobalisierung" könnte man sprechen, wenn Länder mit protektionistischen Maßnahmen auf die Krise reagiert hätten; dies war jedoch nicht der Fall. Die OECD, die ständig an die Regierungen appellierte, sich protektionistischen Bestrebungen zu widersetzen, übte dabei einen positiven Einfluss aus. Tatsächlich erholte sich der internationale Handel schon ab 2009 sehr schnell wieder. Im vierten Quartal 2009 stiegen die Exporte und Importe des OECD-Raums um 8% bzw. 7%.

Es ist aber unbestritten, dass die Globalisierung zur Ausbreitung der Krise beitrug. Ist das nicht ein Beweis dafür, dass die globale wirtschaftliche Integration auch eine Gefahr darstellen kann?

Mit den internationalen Wirtschaftsbeziehungen verhält es sich wie mit zwischenmenschlichen Beziehungen: Größere Nähe kann vorteilhaft sein, das Zusammenleben ist aber auch mit Anstrengungen verbunden. Man muss Kompromisse und Risiken in Kauf nehmen. Wenn ein Ehepartner krank wird, erhöht sich das Risiko des anderen Partners, ebenfalls krank zu werden – das bedeutet jedoch nicht, dass die Partnerschaft nicht erstrebenswert wäre. Man könnte versucht sein, die Beziehung zu beenden und autark zu leben; das würde jedoch den Verlust aller positiven Aspekte der Beziehung mit sich bringen.

Gibt es keine Länder, die dauerhaften Fortschritt erzielt haben, ohne sich für den Welthandel zu öffnen?

Nein. Diejenigen Länder, die sich vom Rest der Welt abgeschottet haben, im Glauben, dass sie Wachstum und Entwicklung allein auf Basis ihrer eigenen Wirtschaft erzielen könnten, sind gescheitert. Dazu muss man sich nur die UdSSR oder aktuell Nordkorea ansehen, das keinerlei wettbewerbsfähige Industrien hat. Die letzten zwanzig Jahre haben gezeigt, dass Länder – insbesondere Entwicklungsländer –, die sich für den Handel und die wirtschaftliche Integration öffnen, von einer höheren Wachstums- und Entwicklungsdynamik profitieren. In den 1970er Jahren waren ungefähr zwei Drittel der südostasiatischen Länder arm. Heute verzeichnen die meisten dank ihrer Integration in die Weltmärkte ein spektakuläres Wachstum. Auch China verdankt seinen wirtschaftlichen Erfolg der Tatsache, dass es sich in den späten 1970er Jahren für die Weltwirtschaft öffnete.

Die von Ihnen erwähnten erfolgreichen Länder haben sich allerdings erst nach und nach für die Globalisierung geöffnet und einige Regelungen beibehalten.

Wir sagen nicht, dass sich die Länder ohne jegliche Absicherung in einen globalisierten Markt stürzen sollten. Unter Umständen sind gewisse Vorsichtsmaßnahmen geboten, um eine sichere Umstellung auf eine offene Volkswirtschaft zu gewährleisten. Die Regeln der WTO sind ja gerade dafür gedacht, bestimmte Ungleichgewichte durch Präferenzsysteme und Ausnahmeregelungen in Abhängigkeit von den jeweiligen Stärken und Schwächen einzelner Länder zu korrigieren.

Im Gespräch mit … *(Forts.)*

Mehr als je zuvor ist nun ein Konsens innerhalb der multilateralen Strukturen (unter anderem) der WTO, des IWF und der OECD erforderlich.

Das wahre Problem sind unilaterale Restriktionen und Regelungen, die zu bedeutenden Verzerrungen im internationalen Handel und zu gravierenden finanziellen Ungleichgewichten führen. Wir müssen alle darauf hinarbeiten, ein gewisses Gleichgewicht zu wahren.

Ist ein gewisses Maß an Protektionismus nicht in einigen Fällen legitim?

Ein Land, das in der heutigen Zeit auf Protektionismus setzt, schadet sich damit selbst. Wenn ein Land die Einfuhr von bestimmten Produkten begrenzt, sieht es sich doch sofort protektionistischen Gegenreaktionen von Seiten anderer Länder ausgesetzt, die seine Produkte importieren. Da der internationale Handel heutzutage zu einem großen Teil aus Handel mit Halbfabrikaten besteht, würde jedes Land, das zu protektionistischen Maßnahmen greift, damit auch den Interessen seiner eigenen Unternehmen schaden, da sich dadurch ihre Beschaffungskosten für Halbfabrikate aus dem Rest der Welt erhöhen würden.

Die Globalisierung bietet Unternehmen, Verbrauchern und Arbeitskräften eine große Auswahl an potenziellen Lieferanten, Konsumprodukten, Arbeitgebern usw. Die Regierungen sollten diese Wahlfreiheit nur dann einschränken, wenn es unbedingt erforderlich ist, z.B. um die Gesundheit oder Sicherheit der Bevölkerung zu schützen.

Die Globalisierung ist aber nicht immer für jeden von Vorteil. Einige afrikanische Landwirte beispielsweise leiden unter der Öffnung ihrer Heimatmärkte für Konkurrenz aus dem Ausland und werden dadurch zum Teil in ihrer Existenz bedroht.

Es ist wahr, dass einige Anpassungsprozesse sehr schmerzlich sein können. Es ist Aufgabe der Regierungen, der Nichtregierungsorganisationen und der internationalen Organisationen, den Übergang so reibungslos wie möglich zu gestalten. Auf lange Sicht aber ist ein offener Markt immer vorzuziehen. Es ist nicht sinnvoll, eine Selbstversorgung mit Nahrungsmitteln anzustreben, wenn es auf Grund des Klimas, des Bodens oder der Topografie eines Landes schwierig ist, Landwirtschaft zu betreiben. Ähnlich verhält es sich, wenn der Agrarsektor eines Landes nicht sehr profitabel ist. In diesem Fall sollte das Land versuchen, seine Produzenten zu einer Umorientierung auf andere Sektoren zu bewegen. Für das Land wäre es am besten, seine Grenzen für Agrarprodukte aus anderen Ländern zu öffnen und seine eigenen komparativen Vorteile bestmöglich zu nutzen.

Lassen Sie mich hinzufügen, dass nicht alle afrikanischen Landwirte unter der Globalisierung gelitten haben – wie das Beispiel der kenianischen Landwirte zeigt, die sich auf Schnittblumen spezialisiert haben und diese seit Jahren erfolgreich in alle Welt importieren.

Der internationale Handel war einer der ersten Sektoren, der sich ab Mitte 2009 allmählich wieder erholte. Rechnen Sie mit einer weiteren Stärkung des internationalen Handels?

Das wird davon abhängen, wie entschlossen die Regierungen sind, den Welthandel wirksam zu fördern. Ich gehe davon aus, dass sich der Handel stabilisiert haben wird, bis endlich ein Abkommen in der Doha-Runde geschlossen wird. Erst dann wird der Welthandel wirklich aufblühen. Wenn die Länder diese Gelegenheit nutzen und zugleich Maßnahmen ergreifen, um benachteiligte Bevölkerungsgruppen bei der Anpassung zu unterstützen, wird dies zwangsläufig dem Wachstum, Fortschritt und Wohlergehen zugute kommen.

Weitere Informationen

OECD

Im Internet

International Trade Statistics: Diese Website misst die Intensität des internationalen Handels. Sie enthält Datenbanken mit Informationen zum Handel mit Waren (aufgeschlüsselt nach Produkt und Partnerland) und Dienstleistungen (aufgeschlüsselt nach Art der Dienstleistung und Partnerland) sowie zur Zahlungsbilanz vieler Länder. Sie enthält außerdem zahlreiche Analysen internationaler Handelsdaten sowie methodische Empfehlungen. *www.oecd.org/std/its*.

Veröffentlichungen

Internationaler Handel: Frei, fair und offen? (2009): Dieser Titel aus der Reihe OECD Insights vertritt die These, dass es ohne Handel nur selten – wenn überhaupt – gelungen ist, Wohlstand zu erreichen oder zu sichern. Handel allein ist jedoch nicht genug. Es bedarf darüber hinaus Maßnahmen in Bereichen wie Beschäftigung, Bildung oder Gesundheit, um das Wohlergehen der Menschen zu fördern und die Herausforderungen der globalisierten Wirtschaft zu bewältigen.

Measuring Globalisation: OECD Economic Globalisation Indicators 2010 (2010): Diese zweite Ausgabe umfasst zahlreiche Indikatoren zu folgenden Themen: Kapitalverkehr, ausländische Direktinvestitionen, internationaler Handel, wirtschaftliche Aktivität multinationaler Unternehmen und technologische Globalisierung. Diese Ausgabe enthält darüber hinaus Indikatoren zur Finanzkrise, zu Investitionen in Finanzprodukte, zur Umwelt und zu globalen Wertschöpfungsketten.

ANDERE QUELLEN

Im Internet

WTO Statistics Database: Diese interaktive Datenbank bietet den Nutzern Zugang zu den Profilen vieler einzelner Länder sowie Ländergruppen für verschiedene analysierte Bereiche – Handelsstruktur und -maßnahmen, Zölle und Zollpolitik sowie die wichtigsten „Infrastrukturdienste" (Verkehrswesen, Telekommunikation, Finanz- und Versicherungswesen). *www.stat.wto.org*.

Veröffentlichungen

Redefining Global Strategy: Crossing Borders in a World Where Differences Still Matter: Pankaj Ghemawat, Professor an der IESE Business School in Barcelona, entwickelt in diesem Buch eine differenzierte Sicht der Globalisierung. Er unterstreicht dabei den unvollendeten Charakter des Globalisierungsprozesses und spricht von „Semi-Globalisierung". Seiner Ansicht nach stößt die Globalisierung auf Grund kultureller, regulatorischer und administrativer Unterschiede nach wie vor an Grenzen.

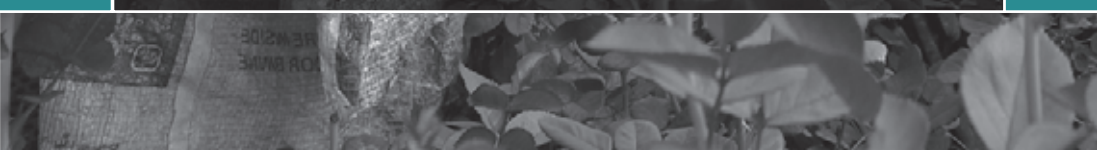
Global Monitoring with the BIS International Banking Statistics (2008): Die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ) mit Sitz in Basel sammelt und analysiert große Mengen an statistischen Daten zu globalen Finanzströmen. Diese Daten bieten einen besonders aufschlussreichen Überblick über die globalen Finanzaktivitäten.

Reaping the Benefits of Financial Globalization: Diese vom IWF vor der Finanzkrise von 2008 veröffentlichte Analyse bietet einen umfassenden Überblick über die finanzielle Globalisierung.

5



Die Globalisierung begünstigte zunächst die Entwicklung der Industrieländer und dann, in den letzten zwanzig Jahren, die der aufstrebenden Volkswirtschaften. Während einige Entwicklungsländer in die Fußstapfen der aufstrebenden Volkwirtschaften treten, sind andere an den Rand gedrängt oder durch die Öffnung gegenüber den Weltmärkten geschwächt worden. Die weltweite extreme Armut ist zwar zurückgegangen, sie ist aber in bestimmten Regionen nach wie vor tief verwurzelt. In vielen Ländern haben die Ungleichheiten zugenommen. Die Globalisierung kann die Entwicklung nur fördern, wenn bestimmte politische Voraussetzungen gegeben sind.



Fördert die Globalisierung die Entwicklung?



Zur Einleitung …

Vor zwölf Jahren sind Edmila Silva, von Beruf Maniküristin, und ihr Partner Neno aus ihrer ländlichen Provinz im Nordosten Brasiliens fortgezogen, um sich in einem Vorort von São Paulo niederzulassen. Dank der wirtschaftlichen Stabilität und des kontinuierlichen Wachstums des Landes während der vergangenen zwanzig Jahre verzeichnete die Region in den letzten zehn Jahren einen spektakulären Rückgang der Arbeitslosigkeit. Dieser Erfolg ist z.T. auf die Integration der brasilianischen Wirtschaft in die Weltmärkte zurückzuführen: Innerhalb von zwanzig Jahren hat sich der Anteil des Welthandels an Brasiliens Wachstum verdoppelt. Dadurch sind viele neue Arbeitsplätze entstanden, die dazu führten, dass zahlreiche Familien ihre Kaufkraft erhöhen konnten. „Wir haben sehr viel mehr Möglichkeiten als zuvor", bestätigt die junge Maniküristin. Heute fährt sie einen neuen Kleinwagen, besitzt ein Mobiltelefon und verfügt über eine Krankenversicherung. Vor zwei Jahren hat sie ein Bankkonto eröffnet und einen Konsumkredit aufgenommen. Sie erwägt, eine Ausbildung zur Krankenschwester oder zur Podologin zu machen. „Ich bin jetzt sehr unabhängig", sagt sie. „Ich habe auch mehr Selbstvertrauen. Die Zukunft lacht uns entgegen."

Zum selben Zeitpunkt, in Sikasso, 250 km von Malis Hauptstadt Bamako entfernt, schimpft Bauer Yacouba Traoré auf die malische Gesellschaft für Textilentwicklung – den unumgänglichen Zwischenhändler zwischen den malischen Baumwollproduzenten und den internationalen Märkten. „Letztes Jahr bekam ich 210 CFA-Franc pro Kilo Baumwolle", informiert der Vater von sechs Kindern. „Dieses Jahr sind es nur noch 150 CFA-Franc." Trotz der hochwertigen Qualität kann die malische Baumwolle nicht mit den Produzenten aus dem Norden konkurrieren, die große Mengen liefern und dank Subventionen einen hohen Lebensstandard genießen. Erschwerend kommt hinzu, dass dieses Jahr die Nahrungsmittelpreise in die Höhe geschnellt sind: Der Preis für importierten Reis, der billiger ist als der malische Reis, ist in nur wenigen Monaten von 250 auf 350 CFA-Franc gestiegen. „Ich verdiene immer weniger, obwohl die Lebenshaltungskosten immer weiter steigen! Wenn kein Wunder geschieht, werde ich meine beiden jüngsten Kinder nächstes Jahr nicht zur Schule schicken können."

Dies sind die zwei Seiten der Globalisierung. Auf der einen Seite eine Öffnung für den Handel, die Fortschritte und Entwicklung bringt. Auf der anderen Seite geschwächte Bevölkerungsgruppen, die in der Spirale der Armut gefangen sind. Die Auswirkungen der Globalisierung auf die Entwicklung können aus zweierlei Perspektiven betrachtet werden: der der Gesamtlage eines Landes und der der Entwicklung verschiedener Bevölkerungsgruppen innerhalb eines Landes. Der

Entwicklungsstand eines Landes spielt zwar sicherlich eine Rolle bei der Weiterentwicklung seiner Bevölkerung, dieser Zusammenhang ist aber nicht automatisch gegeben. Dank der Globalisierung befinden sich die Entwicklungsländer tatsächlich in einer Aufholphase gegenüber den wohlhabenden Ländern – die Kluft zwischen den reichsten und den ärmsten Teilen der Weltbevölkerung scheint sich allerdings vergrößert zu haben.

Die Globalisierung hat die Entwicklung der aufstrebenden Volkswirtschaften begünstigt

In den letzten zwanzig Jahren haben Indien, China und Brasilien wahrhaftig wirtschaftliche Erfolgsgeschichte geschrieben und sich sehr schnell vom Status eines Entwicklungslandes zu dem eines aufstrebenden Landes weiterentwickelt. Auch wenn ihre Produktionsschwerpunkte noch immer typisch für Entwicklungsländer sind, ist ihr Erfolg großenteils ihrer zunehmenden Integration in die Weltmärkte zuzuschreiben.

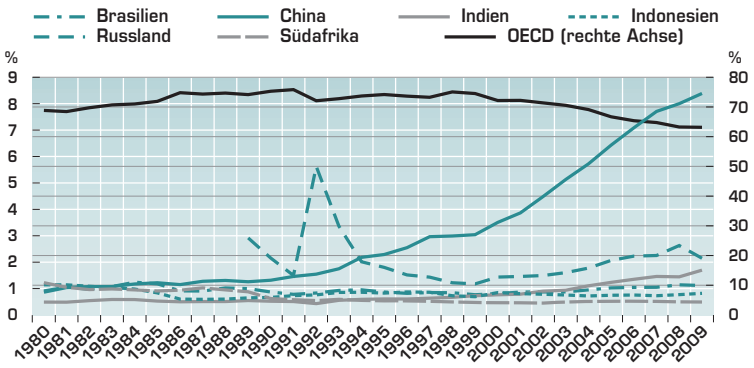
Asiens wirtschaftliche Entwicklung reicht bis in die 1960er Jahre zurück, als der rasche Aufstieg der asiatischen „Tiger" begann. Von da an positionierten sich Hongkong (China), Korea, Chinesisch Taipeh und Singapur als Marktführer im Bereich der Konsumgüter – Spielzeug, Textilien, Unterhaltungselektronik, usw. Die vier kleinen Territorien nutzten ihre billigen Arbeitskräfte optimal. Sie öffneten ihre Grenzen, da sie europäische, amerikanische und japanische Investoren anzogen. Die Integration in die Weltmärkte ermöglichte es ihnen, einen Boom zu erleben. Die großen aufstrebenden Volkswirtschaften folgten diesem Beispiel. Durch die politische Öffnung Ende der 1980er Jahre wurde es den Investoren aus den Industrieländern möglich, auf eine nahezu unerschöpfliche Quelle von Verbrauchern und Arbeitskräften zuzugreifen.

Die „BRIC"-Staaten (Brasilien, Russland, Indien und China) sind zu einem richtigen Eldorado für viele ausländische Investoren und Industrieunternehmen geworden, die zunächst von der Verfügbarkeit von Rohstoffen und dann von den kostengünstigen Arbeitskräften angezogen wurden. Wie wir bereits im vorigen Kapitel gesehen haben, wurden die Produktion und der Vertrieb zwischen den Muttergesellschaften in den Industrieländern und den Tochterunternehmen in den aufstrebenden Volkswirtschaften – hauptsächlich Indien und China – aufgeteilt. Die Fragmentierung der Wertschöpfungskette und die Umverteilung auf verschiedene Länder entsprechend ihren komparativen Vorteilen hat eine echte Vernetzung zwischen den Industriestaaten und den aufstrebenden



HANDELSWACHSTUM IN AUFSTREBENDEN VOLKSWIRTSCHAFTEN

In % des Welthandels mit Waren und Dienstleistungen



Die OECD-Länder (rechte Achse) stellen zwar noch immer den Großteil des Welthandels, der Anteil der aufstrebenden Volkswirtschaften/BRIIC-Staaten (linke Achse) ist aber gestiegen – und zwar besonders rasch in China.

Quelle: „Globalisation and Emerging Economies", Policy Brief, März 2009, OECD, Paris, aktualisiert anhand der jüngsten verfügbaren globalen Entwicklungsindikatoren.

StatLink http://dx.doi.org/10.1787/888932780133

Volkswirtschaften geschaffen. Dabei hat sich der Schwerpunkt der weltweiten Produktion verlagert. Zwischen 1980 und 2000 ist Chinas Anteil an der weltweit produzierten industriellen Gesamtwertschöpfung von 1,5% auf über 7% gestiegen. Dieser Trend hat sich in den letzten Jahren beschleunigt. Zwischen 2000 und 2008 hat sich Chinas prozentualer Anteil mehr als verdoppelt und erreichte 15%. Im Jahr 2011 wurde China zur „Fabrik der Welt", ein Titel, der bis zu diesem Zeitpunkt den Vereinigten Staaten vorbehalten war.

Seither kommt den asiatischen Giganten zunehmende Bedeutung im Welthandel zu. Zwischen 1995 und 2005 ist der Anteil der chinesischen Erzeugnisse an den Gesamteinfuhren in den OECD-Raum von 4% auf 10% gestiegen. Diese Entwicklung betrifft allerdings nicht nur die Handelsbeziehungen Chinas mit den Industrieländern. Auch der Handel zwischen aufstrebenden Volkswirtschaften ist

beträchtlich: Seit 2009 ist China der wichtigste Handelspartner Brasiliens, Indiens und Südafrikas.

Diese sehr rasche und intensive Integration der aufstrebenden Volkswirtschaften in die globalen Märkte hatte in kürzester Zeit positive Effekte auf ihre Wirtschaftswachstumsraten, die deutlich über dem Durchschnitt der OECD-Länder lagen. China verzeichnete Raten von über 10%, während Vietnam, das 2007 eine Rekordrate von 8,7% registrierte, heute Wachstumsraten von durchschnittlich 6% verbucht. In Indien, Russland sowie in mehreren anderen asiatischen und manchen mitteleuropäischen Ländern betragen die Wachstumsraten ebenfalls mehr als 6%, was zur Folge hat, dass diese Länder reicher geworden sind und umfangreiche finanzielle Reserven gebildet haben.

Ein anderes deutliches Zeichen der Entwicklung ist, dass die aufstrebenden Volkswirtschaften inzwischen selbst internationale Investoren sind, während sie weiterhin Investitionen aus dem Westen begrüßen. Die Zahl der lokalen Unternehmer hat in Indien, China und Brasilien zugenommen. Diese nationalen Unternehmen haben sich entwickelt – einige haben sich der Exporttätigkeit zugewandt und sind sogar zu wichtigen globalen Wettbewerbern geworden. So kam es, dass in den aufstrebenden Volkswirtschaften seit Ende der 1990er Jahre multinationale Unternehmen gegründet werden. Der Rangliste *Fortune Global 500* zufolge wächst ihre Zahl von Jahr zu Jahr. 2010 waren in dieser Rangliste 46 chinesische Unternehmen (einschließlich aus Hongkong-China) vertreten – d.h. neun mehr als im Vorjahr. Aus Indien waren es acht – zwei mehr als 2005 – und aus Russland und Brasilien waren es sechs bzw. sieben Unternehmen.

Seit 2006 ist China der größte Exporteur von Hochtechnologieprodukten. Die chinesischen Exporte bestehen jedoch großenteils nach wie vor aus Produkten mit niedrigem Technologiegehalt, während hauptsächlich Waren mit hohem Wertschöpfungsanteil importiert werden. Vergleicht man Chinas Handelsbilanz für Industriegüter mit denen der Industriestaaten, so ist festzustellen, dass dort der Beitrag der technologieintensiven Produkte zu den Ausfuhren und den Einfuhren umgekehrt ist. Hinzu kommt, dass die anderen aufstrebenden Volkswirtschaften trotz ihres Erfolgs in erster Linie noch immer in Wirtschaftszweigen mit geringerem Wertschöpfungsanteil oder im Primärsektor, vor allem im Bergbau und Energiesektor, tätig sind.

Die aufstrebenden Volkswirtschaften haben in jüngster Zeit allerdings begonnen, Wirtschaftszweige zu entwickeln, die bislang von den Industriestaaten beherrscht wurden. Die Standortverlagerung von europäischen und amerikanischen Unternehmen nach Asien betreffen zunehmend Dienstleistungen, Hochtechnologie sowie Forschung und Entwicklung.

Die großen Bergbau- und Energieunternehmen, wie CVRD in Brasilien oder Sinopec in China, verfügen derzeit kaum über Niederlassungen außerhalb ihres nationalen Markts. Aber auch diese Situation wird sich verändern. Die Unternehmen aus den aufstrebenden Volkswirtschaften haben angefangen, ihre Investitionen zu diversifizieren. Heute erkundet der chinesische Ölkonzern CNOOC z.B. Vorkommen in Afrika. Im Jahr 2008 umfasste das internationale Vertriebsnetz der russischen Lukoil-Gruppe mehr als 6 000 Tankstellen, die sich auf 24 Länder in Europa, Russland und den Vereinigten Staaten verteilten.

Die Globalisierung fördert die „Konvergenz" neuer Länder

Wenngleich dem Wachstum der beiden asiatischen Giganten, und in jüngster Zeit Brasiliens, in den letzten zwanzig Jahren besondere Aufmerksamkeit galt, haben auch manche andere Entwicklungsländer ein spektakuläres Wachstum verzeichnet. Laut IWF registrierten Peru, Nigeria und Thailand 2010 Wachstumsraten in Höhe von 8,8%, 8,4% bzw. 7,8%. In der OECD-Veröffentlichung *Perspectives on Global Development 2010* wurden einige „konvergierende" Länder identifiziert. Es handelt sich dabei um arme oder nur langsam aufsteigende Länder, deren Pro-Kopf-BIP-Wachstum doppelt so hoch ist wie in den OECD-Ländern (d.h. es betrug in den 1990er Jahren über 3,75% und in den 2000er Jahren mehr als 3%). Die Zahl der konvergierenden Länder hat sich zwischen 2000 und 2010 mehr als verfünffacht (von 12 auf 65), während sich die Zahl der armen Länder von 55 auf 25 mehr als halbiert hat (siehe nachstehende Karten).

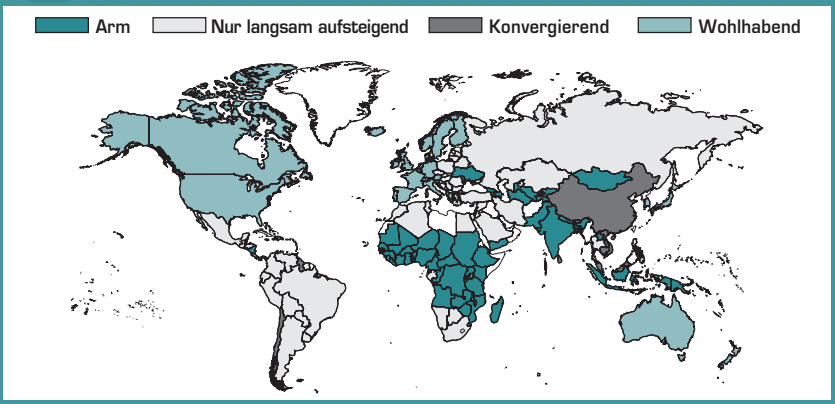
Es ist nicht immer einfach, in dieser neuen Wachstumsdynamik eine Unterscheidung zwischen der Rolle der Globalisierung und nationalen Faktoren vorzunehmen. Doch die Auswirkungen der Globalisierung auf die jüngste Konvergenz mehrerer Länder zeigen sich in mindestens zweierlei Weise: Erstens konkurrieren diese Länder seit mehreren Jahren mit den aufstrebenden Volkswirtschaften um Wirtschaftsbeziehungen mit den Industriestaaten, zweitens erhalten sie Auftrieb durch ihre wachsenden Handelsbeziehungen mit den aufstrebenden Volkswirtschaften.

Neue attraktive Länder für die Staaten „des Nordens"

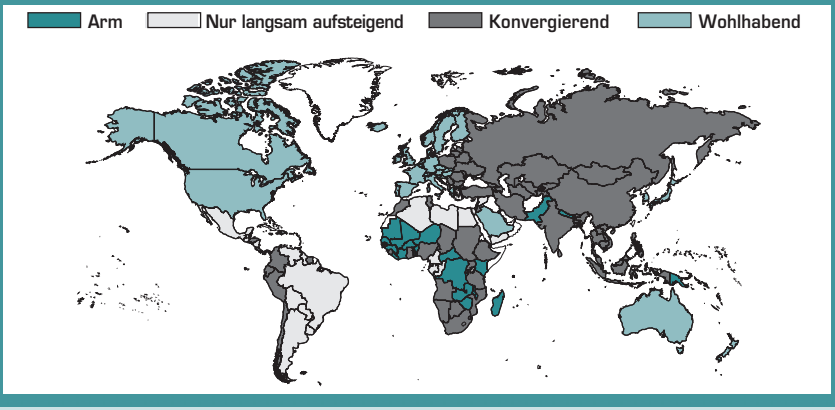
Einige Länder – namentlich Bangladesch, Ägypten, Indonesien, der Iran, Nigeria, Vietnam, Pakistan oder die Philippinen – erleben eine dynamische Entwicklung, die mit der der BRIC-Staaten vergleichbar

DIE VERSCHIEBUNG DES GLOBALEN WOHLSTANDS

Die „Welt der vier Geschwindigkeiten" in den 1990er Jahren



Die „Welt der vier Geschwindigkeiten" in den 2000er Jahren



Diese Karte dient lediglich der Veranschaulichung und berührt nicht den völkerrechtlichen Status oder die Souveränität über hier abgebildete Territorien.

Im Zuge der verstärkten Globalisierung fallen viele Länder nun nicht mehr in die Kategorie der „armen" oder „nur langsam aufsteigenden" Länder, sondern in die der „konvergierenden" Länder.

Quelle: OECD (2010), *Perspectives on Global Development*, OECD Publishing, Paris.

StatLink http://dx.doi.org/10.1787/888932780152

ist, und könnten in Zukunft beim Weltwirtschaftswachstum führend sein. Sie zeichnen sich durch eine dynamische demografische Entwicklung und niedrige Lohnniveaus aus. Sie haben in den letzten Jahren ein starkes Wachstum verzeichnet, was z.T. darauf zurückzuführen ist, dass sie jüngst eine große Anziehungskraft auf die Unternehmen aus dem Norden ausgeübt haben. Tatsächlich ging die Entwicklung der aufstrebenden Volkswirtschaften mit einem gewissen Anstieg der Arbeitskosten einher. Zudem steigen in China, Indien und Osteuropa die Produktionskosten.

Wie nachstehende Fallstudie veranschaulicht, müssen diese Länder mit kostengünstigeren und stabileren Volkswirtschaften in Wettbewerb treten, die bereit sind, ihrem Beispiel zu folgen und „auf den Entwicklungszug aufzuspringen".

Herstellung von Gepäck oder Spielzeug: Die Slowakei und China sind inzwischen zu teuer

„1997 haben wir in der Slowakei eine Niederlassung eröffnet", erläutert Vladimir Osvalda, früherer Geschäftsführer des slowakischen Standorts des US-amerikanischen Gepäckherstellers Samsonite, den die Zeitschrift *The Economist* zitierte. „In unserer anderen europäischen Produktionseinheit wurden 100 Stellen gestrichen, deshalb schufen wir hier in Samorin, am Ufer der Donau, 100 neue Arbeitsplätze. Die slowakische Fabrik war wettbewerbsfähiger. Dies hielt neun Jahre an […]. 2006 hat Samsonite seine Fabrik mit 350 Angestellten geschlossen und seine Produktion nach China verlagert. Alles geht schneller, viel schneller."

Das Wirtschaftswachstum hat die Löhne in der Slowakei in die Höhe getrieben, wodurch das Land in bestimmten Sektoren mit geringem Wertschöpfungspotenzial weniger attraktiv geworden ist. Jetzt sind mitteleuropäische Länder dem Risiko von Produktionsverlagerungen ausgesetzt, da in den Balkanländern, den Ländern der ehemaligen Sowjetunion sowie in Afrika und Asien günstigere Arbeitskräfte verfügbar sind.

Auch in Chinas industrialisierten Küstenregionen haben die Löhne erheblich zugelegt. In der Region Dongguan hat sich der Durchschnittsverdienst zwischen 2000 und 2005 um 25% erhöht. Manche Sektoren, wie die Spielzeughersteller, müssen sich anpassen. Im Jahr 2005 wurden über 80% der von der Europäischen Union importierten Spielwaren in China hergestellt. Allerdings sind die Produktionskosten vor Ort in nur 12 Monaten um 20-30% gestiegen. In der Provinz Guangdong, wo der Großteil der Spielwarenindustrie angesiedelt ist, sank die Zahl der Hersteller innerhalb von drei Jahren von 10 000 auf 2 000. Zurückzuführen ist das z.T. auf den Anstieg der Rohstoffpreise, der auf die Ölpreishausse folgte, aber auch auf die wachsenden Arbeitskosten: Innerhalb von zwei Jahren sind die Löhne um 20% gestiegen.

Die Nutzeffekte des „Süd-Süd-Handels"

Die „konvergierenden Länder" verdanken wahrscheinlich zumindest einen Teil ihres Wachstums der Anziehungskraft, die sie jüngst auf die Länder des Nordens ausgeübt haben. Aber die Entwicklungsländer wachsen auch dank ihrer zunehmend an Bedeutung gewinnenden Handelsbeziehungen mit anderen Entwicklungsländern, sei es gemessen an den Exporten oder den Investitionen.

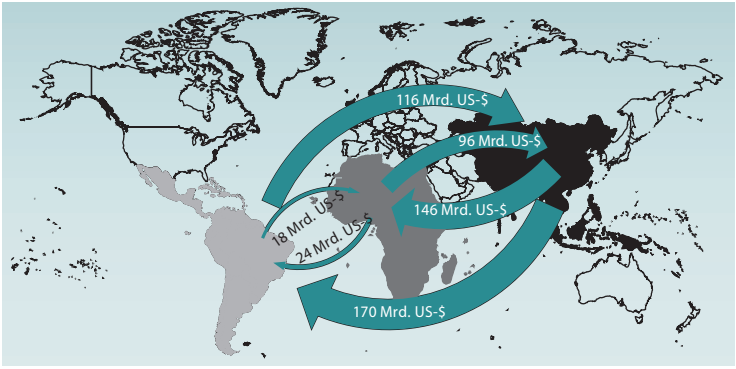
Die Exporte zwischen Entwicklungsländern sind im Zeitraum 1990-2008 von 0,5 Mrd. US-$ auf nahezu 3 Mrd. US-$ gestiegen. Sie machen heutzutage fast 20% des Welthandels aus (gegenüber 7,8% im Jahr 1990) und werden von Indien und China angeführt. Wenngleich China noch immer die Fabrik der Welt ist, sind mehrere südostasiatische Länder inzwischen deren Zulieferer von Komponenten und Einzelteilen. So produziert beispielsweise Vietnam, das in den letzten Jahren Wachstumsraten von nahezu 8% verbuchte, immer mehr Industriegüter für China.

Afrikanische Länder wie Angola, Äquatorialguinea, Nigeria, die Republik Kongo und der Sudan profitieren von Chinas steigendem Energiebedarf. Diese Länder stellen über 80% der Öl- und Rohstoffexporte nach China. Auf Südafrika hingegen entfallen 86% aller afrikanischen Exporte nach Indien.

Was die internationalen Investitionen anbelangt, so befinden sich die jungen multinationalen Unternehmen aus den BRIC-Staaten

SÜD-SÜD-HANDELSSTRÖME

Regionale Süd-Süd-Handelsströme, 2008, in Mrd. US-$



Der Handel zwischen asiatischen Ländern, der durch die Entwicklung Chinas und Indiens stimuliert wird, macht rund drei Viertel des Süd-Süd-Handels aus. Aber auch die Handelsströme zwischen Asien und Lateinamerika sind umfangreich.

Quelle: OECD (2010), *Perspectives on Global Development,* OECD Publishing, Paris.

nicht im Rückstand, sie haben in den letzten Jahren viel in Entwicklungsländer investiert. Heute stammen z.B. die wichtigsten Telekommunikationsbetreiber in den Entwicklungsländern aus Entwicklungsländern. Auch hier tut sich China hervor: Es positioniert sich zunehmend in Afrika, im Maghreb und in Äthiopien als Konstrukteur von Infrastrukturen und Gebäuden. Es spielt zudem eine immer wichtigere Rolle im Bergbausektor und erwirbt Anbauflächen in mehreren afrikanischen Ländern. Man denke aber auch an den indischen Automobilhersteller Tata Motors, der im Jahr 2008 das „Volksauto" Nano für die Verbraucher in den Entwicklungsländern auf den Markt brachte. Es war allerdings nur mäßig erfolgreich.

Der häufig indirekte Zusammenhang zwischen Globalisierung und Entwicklung lässt sich u.U. nur schwer erklären. Es besteht jedoch kein Zweifel daran, dass die Öffnung der Entwicklungsländer für den Welthandel, vor allem mit China und Indien, ihre Wirtschaft stimuliert hat. Schätzungen zufolge generiert ein zusätzlicher Prozentpunkt an Wachstum in China rd. 0,2 Prozentpunkte an Wachstum in armen Ländern und 0,3 Prozentpunkte in Ländern mit mittlerem Einkommen.

Die zunehmende Integration der Entwicklungsländer in die Wirtschaft des Nordens wie auch des Südens scheint allerdings nicht allen Ländern in gleichem Maße zugute zu kommen.

Die einzelnen Länder weisen eine sehr unterschiedliche Dynamik auf

In den letzten zwanzig Jahren ging die zunehmend rasche Globalisierung mit einem weltweiten Rückgang der extremen Armut einher. Seit 1990 ist die Zahl der Menschen, die mit weniger als 1 US-$ pro Tag auskommen müssen, um 25% bzw. 500 Millionen Menschen gesunken. Zwischen 1990 und heute hat sich der Anteil der Weltbevölkerung, der in extremer Armut lebt, von 31% auf 19% verringert.

Diese Zahlen sind zu einem großen Teil auf die guten Ergebnisse Chinas zurückzuführen. In den vergangenen 15 Jahren ist Chinas Pro-Kopf-Einkommen schneller gewachsen als in den meisten Entwicklungsländern. 1981 lebten 835 Millionen Chinesen von weniger als 1,25 US-$ pro Tag, wogegen es heute „nur noch" 208 Millionen sind. Die Kapazitäten der „Fabrik der Welt" sind somit voll ausgelastet, worüber die Nachbarländer aber nicht unbedingt sehr glücklich sind. In den anderen Ländern und Regionen der Welt geht die Armut nicht nur nicht zurück, in manchen Fällen nimmt sie sogar zu.

In Südasien ist die Zahl der in Armut lebenden Menschen gestiegen, trotz der hohen Wachstumsraten in vielen Ländern dieser

Region. In Indien ist die Armenbevölkerung in den letzten 15 Jahren um 36 Millionen Menschen gewachsen. Im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung hat sich die Armut jedoch tatsächlich von 58% auf 42% verringert. Wenngleich Millionen Inder inzwischen von mehr als 1,25 US-$ pro Tag leben, müssen 75% von ihnen noch immer mit weniger als 2 US-$ pro Tag auskommen.

Was Subsahara-Afrika anbelangt, so weist die Region noch immer einen großen Entwicklungsrückstand auf. Seit dreißig Jahren betrifft die Armut ganze 50% der Bevölkerung. Zwei Drittel der ärmsten Menschen der Welt leben in Afrika. Das war nicht immer so. 1970 lebten 11% der weltweit Ärmsten in Afrika, gegenüber 76% in Asien. Das Verhältnis hat sich in weniger als dreißig Jahren komplett umgekehrt.

Manche Regionen der Welt verarmen. 2011 war das ärmste Land vergleichsweise ärmer als das ärmste Land 1980. Ein Großteil der Menschheit muss auch heute noch mit weniger als 1 US-$ pro Tag auskommen.

Die Globalisierung kann ein Faktor der Instabilität sein

Nicht alle Entwicklungsländer haben von der Globalisierung profitiert. In vielen Ländern hat die Entwicklung während der letzten zwanzig Jahre stagniert. 2006 lag das Pro-Kopf-BIP in 42 Ländern der Welt unter 875 US-$. Von diesen befanden sich 34 in Subsahara-Afrika (so z.B. Madagaskar, die Republik Guinea, die Demokratische Republik Kongo), vier in Lateinamerika (Bolivien, Guyana, Honduras, Nicaragua) und drei in Asien (Myanmar, Laos, Vietnam – wobei das letztgenannte Land allerdings seit 2010 zur Gruppe der Länder mit mittlerem Einkommen zählt). Zu den 49 am wenigsten entwickelten Ländern gehören laut Definition der Vereinten Nationen u.a. Bangladesch, der Jemen und Haiti.

Warum ist es diesen Ländern nicht gelungen, den Anschluss an die internationale Wirtschaft zu finden? Mehrere Faktoren kommen ins Spiel. Die geografischen und klimatischen Bedingungen ebenso wie Konfliktsituationen ersticken manchmal jede Möglichkeit der Entwicklung im Keim. Das politische Umfeld spielt auch eine wichtige Rolle. Sicherlich ist Isolationismus – im Gegensatz zur Öffnung für den Handel – häufig für die Unterentwicklung verantwortlich, wie sich am Konzept der Autarkie Nordkoreas zeigt. Die Öffnung für den Handel zieht aber auch Schwächen nach sich. Einer der größten Nachteile der Globalisierung ist die Instabilität, die sie verursacht. Diese Instabilität macht sich auf unterschiedliche Weise bemerkbar:

Abhängigkeit von Rohstoffen

Die Präsenz an den internationalen Märkten verdanken manche Länder hauptsächlich ihren Rohstoffen aus der Landwirtschaft sowie dem Bergbau und der Erdölförderung. Allerdings sind die Preise dieser Rohstoffe starken Schwankungen ausgesetzt, da sie von Angebot und Nachfrage auf den Weltmärkten abhängen. Für Länder, die nur einen einzigen Rohstoff exportieren, wie es in mehreren afrikanischen Ländern oder Venezuela beispielsweise mit Erdöl der Fall ist, bilden Preisstürze eine latente Gefahr. Dasselbe gilt im Fall von Erzen und Agrarprodukten, wie Baumwolle aus Mali. Diese Länder müssen versuchen, ihre Wirtschaft zu diversifizieren, um sich vor Schocks zu schützen, und sicherstellen, dass sie stabilere Einnahmequellen erschließen.

Gefahr von Spekulationsblasen

Der freie Kapitalverkehr über die Grenzen hinweg sorgt zwar sicherlich für ein reibungsloseres Funktionieren der Wirtschaft, kann aber auch der Instabilität Vorschub leisten. Obgleich er auf kurze Sicht Vorteile bietet, kann er auf lange Sicht verheerende Folgen haben, wenn es sich um rein spekulatives Kapital handelt, das der Wirtschaft eines Landes zugeführt wird. Investoren kaufen mitunter große Stückzahlen an Aktien börsennotierter Unternehmen in Entwicklungsländern zu Preisen, die in überhaupt keinem Verhältnis zur tatsächlichen Wertschöpfung in diesen Unternehmen stehen. So entstandene Spekulationsblasen können beim kleinsten wirtschaftlichen Schock platzen. Die Freizügigkeit von Kapital bedeutet, dass das Geld, das der Wirtschaft eines Landes zugeführt wird, auch genauso schnell wieder abgezogen werden kann. Die Finanz- und Wirtschaftskrisen der 1990er Jahre, insbesondere in Südostasien und Argentinien, sind z.T. auf diesen Sachverhalt zurückzuführen.

Die Schwäche der lokalen Unternehmen angesichts der internationalen Konkurrenz

Häufig verfügen Entwicklungsländer, die sich für den Welthandel öffnen, nicht über große nationale Marktteilnehmer, die mit den ausländischen multinationalen Konzernen konkurrieren könnten. Wenn letztere sich in einem Land niederlassen, erobern sie wesentliche Marktanteile auf Kosten der lokalen Marktteilnehmer und gelegentlich ganze Wirtschaftszweige. Die ausländischen Unternehmen aus dem Westen oder den asiatischen Wirtschaftsgiganten sichern sich so manchmal Quasi-Monopolpositionen, wodurch die Preise auf hohem Niveau gehalten werden und die Entwicklung einheimischer Unternehmen verhindert wird. Die nationalen Marktteilnehmer

hingegen beschränken sich auf rein binnenwirtschaftliche Sektoren. Daher kann sich eine zu plötzliche Öffnung für den Welthandel und Investitionen für Länder, denen ausreichend entwickelte wirtschaftliche Strukturen fehlen, als riskant erweisen. Diese Risiken lasten sowohl auf der wirtschaftlichen als auch auf der sozialen Kohäsion der Entwicklungsländer.

Die Globalisierung hat zur Zunahme der Ungleichheiten zwischen verschiedenen sozialen Gruppen beigetragen

Aus einer 2008 von der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) durchgeführten Studie geht hervor, dass die Einkommensungleichheit in der Mehrheit der Länder zwischen 1990 und 2005 gestiegen ist. Dies trifft auf Grund der zunehmenden Deindustrialisierung auf die meisten Industriestaaten zu. Geringqualifizierte Arbeitskräfte, deren Zahl größer ist als die der anderen Arbeitskräfte, sahen dabei ihren Durchschnittsverdienst sinken. Das wachsende Lohngefälle in den Industriestaaten wird im nächsten Kapitel eingehender untersucht.

In den aufstrebenden Volkswirtschaften hat die Globalisierung manchmal nur dem Anschein nach zu Wachstum geführt, da die Ungleichheiten in den 1980er und 1990er Jahren ständig zugenommen haben. In diesem Zeitraum ist z.B. Mexiko gemessen am Welthandel zu den zehn dynamischsten Ländern aufgestiegen. Dennoch scheint die soziale Ungleichheit dort heute stärker zu sein als vor zehn Jahren: Nahezu 50% der 109 Millionen Mexikaner müssen mit weniger als 400 Pesos (rd. 30 US-$) pro Tag auskommen, wohingegen 10% der Bevölkerung den Gegenwert von 50% des BIP besitzen.

Auch in China haben sich die Ungleichheiten parallel zu seinem ungebremsten Wachstum zwischen 1990 und 2005 vergrößert. Seit 2005 haben die Einkommensdisparitäten aber offenbar etwas nachgelassen und in einigen Regionen sogar abgenommen (vgl. Abbildung). In Indien ist ein krasser Gegensatz zwischen dem Vorzeige-Indien in Bangalore und dem Rest des Landes festzustellen. In der Hochtechnologiebranche sind nur 0,2% der Arbeitskräfte beschäftigt, und lediglich 2% der Arbeitskräfte haben über die Exporte von Gütern mit hohem Wertschöpfungsanteil Anteil an der Globalisierung. Laut dem Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (UNDP) sind 92% der Wirtschaftstätigkeit in Indien vom informellen Sektor abhängig. Der ländliche Raum leidet nach wie vor unter Korruption und schlechter Regierungsführung. So kommt es, dass innerhalb ein und desselben Landes Gewinner und Verlierer der Globalisierung Seite an Seite leben. In den anderen aufstrebenden Volkswirtschaften wie

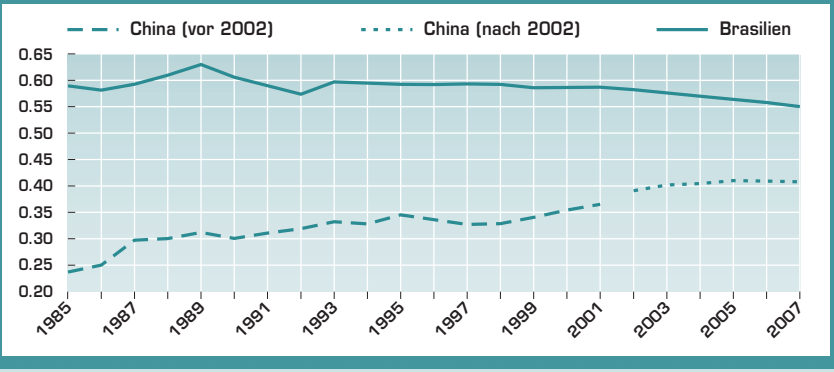
Brasilien und Südafrika sind die Ungleichheiten in den vergangenen zwanzig Jahren indessen gesunken (vgl. Abbildung).

Die Früchte der Globalisierung sind somit sehr ungleichmäßig verteilt. Die Integration der Volkswirtschaften in die Weltmärkte hat starke Auswirkungen auf die Arbeitsverdienste, da bestimmte Sektoren im großen weltweiten Wettbewerb begünstigt sind. So betreffen z.B. Lohnerhöhungen vor allem mobile Arbeitskräfte und technische Fachkräfte. Das Wirtschaftswachstum kommt geringqualifizierten Arbeitskräften weniger schnell zugute ebenso wie Arbeitskräften, die in einem geografischen Gebiet oder in einem Sektor verhaftet sind (wenn



ENTWICKLUNG DER UNGLEICHHEIT IN CHINA UND BRASILIEN

Gini-Koeffizient, 1985-2007



Der Gini-Koeffizient ist eine Zahl zwischen 0 und 1, wobei 0 für die vollkommene Gleichverteilung (alle verfügen über das gleiche Einkommen) und 1 für die vollkommene Ungleichverteilung steht (eine Person vereint das gesamte Einkommen auf sich, und die anderen gehen leer aus). In Brasilien scheint sich die Ungleichheit zu verringern, das Ausgangsniveau ist allerdings wesentlich höher als in China. China hat eine deutliche Zunahme der Ungleichheit verzeichnet, wobei der Anstieg zwischen 1990 und 2005 besonders stark war. Der Gini-Koeffizient erhöhte sich in diesem Zeitraum von 0,30 auf 0,40, womit die Ungleichheit in China von einem Niveau, das dem durchschnittlichen Niveau der Ungleichverteilung im OECD-Raum (0,30) entsprach, auf das durchschnittliche Niveau der OECD-Länder gestiegen ist, in denen die Ungleichverteilung am größten ist. Seit 2005 hat sich das Niveau der Ungleichverteilung aber offenbar stabilisiert.

Quelle: OECD (2010), *Perspectives on Global Development*, OECD Publishing, Paris, *www.oecd-ilibrary.org/development/perspectives-on-global-development- 2010/inequality-in-selected-countries-1985-2007_9789264084728-graph46-en*.

StatLink *http://dx.doi.org/10.1787/888932780171*

sie von einem im Niedergang begriffenen Wirtschaftszweig nicht in einen Wachstumssektor überwechseln). In den großen aufstrebenden Volkswirtschaften ist die Armut in den Städten weniger verbreitet. Das Einkommen chinesischer Bauern, die sich dafür entschieden haben, auf dem Land zu bleiben, ist in den letzten Jahren nicht so stark gestiegen wie das derjenigen, die in die Städte gezogen sind.

Gewisse Verbesserungen beim Lebensstandard

Auch wenn die Globalisierung mitunter die Ungleichheiten erhöht, geht die Öffnung der Grenzen für den Handel weltweit Hand in Hand mit dem Wachstum der Mittelschicht. Zahlreiche Menschen haben von der Wirtschaftsdynamik und den neuen Arbeitsplätzen profitiert, die durch den internationalen Handel entstanden sind. Ihnen ist zudem die rasche Verbreitung von Technologien, Kompetenzen und Wissen zugute gekommen, die zuweilen auch sehr positive Effekte auf die Gesundheit hatten. Die Säuglingssterblichkeit ist weltweit erheblich zurückgegangen, und die Lebenserwartung liegt in den Entwicklungsländern heutzutage bei 65 Jahren, was allerdings noch immer zehn Jahre weniger sind als in den Industriestaaten. Die Alphabetisierungsraten sind seit den 1970er Jahren um über 10% gestiegen, wodurch sich wiederum der Grad der Vernetzung der Entwicklungsländer mit der übrigen Weltwirtschaft erhöht hat.

Aus politischer Sicht haben das Wirtschaftswachstum und die Öffnung für den Handel auch die Forderung nach Demokratie und Vertretung unterstützt. Heutzutage lebt ein Großteil der Weltbevölkerung in Ländern, die von gewählten Regierungen geführt werden. Die Zahl der Länder ist gestiegen, die sich die Freiheit der bürgerlichen und politischen Rechte zu eigen gemacht haben.

Schlussbetrachtungen …

Das Gesamtbild ist uneinheitlich. Wie in den Industriestaaten bringt die Globalisierung in den Entwicklungsländern Fortschritte, indem sie eine bessere Ressourcenallokation dank größerer komparativer Vorteile, niedrigere Kosten durch Skalenvorteile und eine höhere Dynamik auf Grund von Technologietransfers begünstigt.

Einer im Jahr 2007 vom Pew Research Center unter „Normalbürgern“ in 47 Ländern durchgeführten Umfrage zufolge glaubten die meisten Teilnehmer, dass die Zunahme des Welthandels einen positiven Effekt auf ihr Land hat – eine Ansicht, die besonders in den ärmsten Ländern, vor allem in Subsahara-Afrika, vertreten wurde. In den zehn afrikanischen Ländern, die an der Umfrage teilnahmen, sahen über 80% der Befragten den Welthandel als vorteilhaft an.

Aber die durch die Globalisierung verursachten Veränderungen verstärken auch die Schwächen einzelner Länder und Bevölkerungsgruppen. Die Globalisierung ist ein Faktor von Instabilität, da die schwächsten Marktteilnehmer mit den besser gerüsteten Marktteilnehmern in Wettbewerb treten müssen, manche Bevölkerungsgruppen den Weltmarktpreisen ausgeliefert sind und bestimmte Wirtschaftszweige marginalisiert werden. Der Entwicklungsstand eines Landes ist indessen nur z.T. von der Globalisierung abhängig (vgl. nachstehendes Gespräch mit Andrew Mold).

Zusammenfassend bedeutet dies, dass die Globalisierung für die Entwicklung zwar notwendig ist, aber nicht zwangsläufig eine Garantie dafür bietet und sogar mit Risiken behaftet sein kann. Nur eine Reihe wohl durchdachter Politikmaßnahmen – sowohl wirtschaftlicher als auch sozialer Art – kann den Ländern dabei helfen, das positive Potenzial der Globalisierung voll auszuschöpfen. Dazu einige Beispiele:

Zunächst müssen sich die Entwicklungsländer von ihrer Rohstoffabhängigkeit befreien und ihre Wirtschaft diversifizieren, wie weiter oben dargelegt. Der Rohstoffsektor unterliegt nicht nur Preisschwankungen, er hat im Allgemeinen auch keinen besonderen Nutzen für andere Wirtschaftszweige. Aus diesem Grund müssen die Staaten Phasen hoher Rohstoffpreise nutzen, um Armut und Ungleichheit zu bekämpfen, aber auch um sich zu diversifizieren, indem sie die Industrie und den Dienstleistungssektor ausbauen.

Des Weiteren müssen die Länder ihren Binnenmarkt optimal nutzen. Eine nachhaltige Entwicklung durch die Öffnung für den Welthandel erfolgt nicht von heute auf morgen. Länder, die sich ohne solides binnenwirtschaftliches Fundament für den Handel öffnen, erzielen in der Regel langfristig keine guten Ergebnisse.

Desgleichen müssen die Entwicklungsländer enger mit ihren Nachbarländern zusammenarbeiten. Selbst wenn manche Ökonomen die regionale Integration als Verzerrungsfaktor für den Welthandel betrachten, scheint sie doch ein Sprungbrett in die Weltwirtschaft zu sein. Sie bietet insbesondere kleineren Ländern die Möglichkeit, Vertrauen zu gewinnen und ihre Wettbewerbsvorteile optimal zu nutzen.

Letztlich sind Innovation, Bildung und Ausbildung von entscheidender Bedeutung, um den größtmöglichen Nutzen aus der Globalisierung zu ziehen. Obwohl dies offensichtlich zu sein scheint, befinden sich viele Länder diesbezüglich noch immer im Rückstand. Der einzige Weg zur Weiterentwicklung ist der Erwerb von Technologie und Wissen im Hinblick auf die leistungsfähigsten Produktionsmethoden. In diesem Bereich könnte die Süd-Süd-Zusammenarbeit noch erheblich wachsen.

Im Gespräch mit …

Andrew Mold, ehemaliger Leiter des Referats Wettbewerbsfähigkeit und Strukturanalysen, OECD-Entwicklungszentrum

„Die Öffnung für den Welthandel ist für sich genommen keine gute Sache. Viel wichtiger ist es, die Wertschöpfung zu erhöhen und vor allem die Technologiekapazität des Landes zu steigern."

Sind Sie der Ansicht, dass die Globalisierung die Entwicklung fördert?

Das ist keine einfache Frage! Insgesamt würde ich sagen, dass eine langsame und schrittweise Öffnung für die Weltwirtschaft den Entwicklungsländern zugute kommt. Wirtschaftlich gesehen sind die Marktwirtschaft und die Technologienverbreitung Vektoren des Fortschritts. Einige Phänomene der jüngsten Zeit, wie z.B. die Tatsache, dass manche multinationale Unternehmen ihre Produkte an die ärmsten Verbraucher – den „bottom of the pyramid", um einen von C.K. Prahalad geprägten Begriff zu verwenden – anpassen, wirken sich ebenfalls positiv auf die Entwicklung aus.

Allerdings geben andere Aspekte der Globalisierung Anlass zur Sorge, wie der in manchen Industriestaaten vorherrschende Druck auf die Löhne geringqualifizierter Arbeitskräfte oder Fragen im Zusammenhang mit der Umwelt bzw. der Nachhaltigkeit des Wachstums. Die Erschöpfung der Ressourcen und der Umweltschutz können das Wirtschaftswachstum stark bremsen. Die Tatsache, dass mehrere Länder an der Herstellung eines einzigen Produkts beteiligt sind, kann einerseits zu einer höheren Kosteneffizienz führen und sich andererseits negativ auf die Umwelt auswirken. Dass z.B. sambische Bauern grüne Erbsen für britische Supermärkte produzieren oder dass Äthiopien und Kolumbien Blumen in die Niederlande exportieren, ist vermutlich eine gute Sache für die Arbeitskräfte in diesen Sektoren, doch der erforderliche Transport auf dem Luftweg stellt eine wichtige Quelle von Umweltverschmutzung und CO_2-Emissionen dar.

Ich teile auch die Meinung von Autoren wie Peter Gibbon und Stefano Ponte, die in ihrem Buch *Trading Down: Africa, Value Chains and the Global Economy* darauf aufmerksam machen, dass die meisten afrikanischen Länder sich auf einen kleinen Teil der globalisierten Märkte und eine bestimmte Art der Produktion beschränken, da eine geringe Zahl von Akteuren die Wertschöpfungsketten kontrolliert. Einige Käufer agieren in ihren Beziehungen mit den landwirtschaftlichen Zulieferern in den Entwicklungsländern de facto wie Monopole, so dass es ein oder zwei Käufer und tausende Verkäufer gibt, wodurch das reibungslose Funktionieren des Markts nicht begünstigt wird.

Kurzum, die Globalisierung ist insgesamt eher positiv zu werten, sie bringt aber auch einige große Probleme mit sich, die globaler Lösungen bedürfen.

Gibt es denn keine Beispiele für Länder, die sich entwickelt haben, ohne dass sie sich für den Welthandel öffneten?

Das frühere kommunistische Albanien und das heutige Nordkorea sind Beispiele für quasi-autarke Volkswirtschaften. Man kann aber nicht sagen, diese Länder hätten eine wirtschaftliche Erfolgsgeschichte geschrieben. Nein, ein von der Außenwelt abgeschottetes Land kann sich nicht nachhaltig entwickeln. Es gibt aber verschiedene Möglichkeiten, um sich für den Handel zu öffnen. Einige Länder haben ihre Exporttätigkeit entwickelt und gleichzeitig ihren Binnenmarkt z.T. geschützt. Dies war in Korea in den 1960er und 1970er Jahren der Fall. Mexiko hingegen weist noch immer ein niedriges – wenn nicht sogar stagnierendes – Pro-Kopf-BIP auf, obgleich es dem Land gelungen ist, das Volumen und die Vielfalt seiner Exporte erheblich zu erhöhen. Wie lassen sich diese Unterschiede zwischen den beiden Ländern erklären? Was zählt, ist nicht das Handelsvolumen oder der Umfang der ADI, sondern die Art des Handels und der ADI ebenso wie das Niveau und die Wirksamkeit der Gesetzgebung. Selbst wenn das Handelsvolumen und die ADI-Ströme beträchtlich zugenommen haben, bleibt die Wertschöpfung der mexikanischen Exporte durch die Maquiladoras (Fabriken, die auf der Grundlage von importierten Komponenten Erzeugnisse für den Export produzieren) sehr gering, was teilweise dadurch bedingt ist, dass sie für die Baugruppen mehr bezahlen müssen als ihre asiatischen Mitbewerber.

Die Öffnung für den Welthandel ist für sich genommen keine gute Sache. Viel wichtiger ist es, die Wertschöpfung zu erhöhen und vor allem die Technologiekapazität des Landes zu steigern. Die Entwicklungsländer müssen in

Im Gespräch mit … *(Forts.)*

der Wertschöpfungskette nach oben klettern anstatt sich auf die Herstellung von Waren mit geringem Wertschöpfungsanteil zu beschränken. Selbst China sieht sich dieser Herausforderung gegenüber. Die chinesische Regierung drängt darauf, dass multinationale Unternehmen Transfers von Technologie, Kompetenzen usw. vornehmen. Bei diesen Bemühungen handelt es sich teilweise aber um illusionäre Vorstellungen, denn die Wirksamkeit von Technologietransfers liegt letzten Endes vor allem in der Hand der multinationalen Unternehmen, die diese nicht immer befürworten.

Die Öffnung der Grenzen für den Handel wurde lange Zeit als Bedingung für die Entwicklung angeführt. Trotzdem haben die Länder, die sich am meisten entwickelt haben, wie z.B. China, eine gewisse Kontrolle über den Welthandel, insbesondere den Kapitalverkehr, behalten. Sollten sich die Entwicklungsländer für den Handel öffnen oder nicht?

Das ist eine zentrale Frage. Manche neuere Studien verweisen auf „Schwellenwerte": Ein Land kann nicht von Handels- und Kapitalströmen profitieren, wenn es nicht bereits über ein Mindestniveau an institutionellen Kapazitäten und Humankapital verfügt. Andernfalls hat die Öffnung für den Handel eine größere Instabilität zur Folge, die durch besonders liberale Politikmaßnahmen entsteht. Viele arme Länder mussten diese Erfahrung machen.

Insbesondere wegen der Finanz- und Wirtschaftskrise wird wohl ein Übergang zu pragmatischeren Politikmaßnahmen erfolgen. Der IWF wies beispielsweise vor kurzem darauf hin, dass bestimmte Formen der Kontrolle der Wirtschaftsströme mitunter nützlich sein könnten. Die Entwicklungsländer müssen danach streben, ihren eigenen Policy Mix zu entwickeln.

Was die Gesamtheit der Entwicklungsländer anbelangt, so wurde in* Perspectives on Global Development 2010 *[aktualisiert im Jahr 2012] neue Zuversicht zum Ausdruck gebracht. Aus dem Bericht geht hervor, dass die 1990er Jahre für viele von ihnen zwar ein „verlorenes Jahrzehnt" waren, das vergangene Jahrzehnt jedoch deutlich positiver ausfiel. Ist die Globalisierung für diese Länder somit verheißungsvoll?

Ja, Hoffnungen sind berechtigt. Mehrere Faktoren erklären den wirtschaftlichen Fortschritt der Entwicklungsländer: Im ersten Jahrzehnt der 2000er Jahre hat sich der internationale wirtschaftliche Kontext für die Entwicklungsländer dank niedriger Zinssätze und weltweit reichlich vorhandener Liquidität erheblich verbessert. Zudem verfolgen die Entwicklungsländer heute allgemein umsichtigere makroökonomische und haushaltspolitische Maßnahmen. Darüber hinaus sind die Süd-Süd-Handelsströme und die Süd-Süd-Investitionen seit den 1990er Jahren viel dynamischer als zuvor. Und nicht zuletzt sind die Bedingungen im internationalen Handel für die Entwicklungsländer im ersten Jahrzehnt der 2000er Jahre wesentlich interessanter geworden, was insbesondere den steigenden Preisen für Rohstoffe – vor allem für Mineralien – zu verdanken ist, die von der Nachfrage der beiden asiatischen Giganten beflügelt wurden. Als Rohstoffproduzenten haben die Entwicklungsländer schon seit Jahren auf diesen Preisauftrieb gewartet.

Diese neue Situation gleicht jedoch einem zweischneidigen Schwert. Einem gemeinsam von der OECD und der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (FAO) erstellten Bericht zufolge dürften die Getreidepreise in den kommenden zehn Jahren um weitere 40% zulegen. Einige Entwicklungsländer sind allerdings Nettonahrungsmittelimporteure, und durch diese Entwicklung würden sich ihre Importe verteuern. Folglich entstehen aus diesem neuen Kontext zwar Chancen, aus ihm erwachsen aber auch große Herausforderungen. Der Anstieg der Grundnahrungsmittelpreise hat in manchen Ländern bereits verheerende Folgen.

Insgesamt scheint die Globalisierung die Ungleichheiten zu vergrößern …

Das trifft u.U. zu, die Regierungen sollten aber nicht die Globalisierung als Grund für die Zunahme der Ungleichheiten anführen. Dieses Phänomen betrifft auch die Industriestaaten, wie aus dem OECD-Bericht von 2011 *Divided We Stand: Why Inequality Keeps Rising* hervorgeht. So kam beispielsweise das in den Vereinigten Staaten vor der Krise verzeichnete Wachstum hauptsächlich der wohlhabendsten Schicht – d.h. 1-5% – der Bevölkerung zugute. Gleichzeitig stagnierten die Löhne der geringqualifizierten Arbeitskräfte (vgl. Kapitel 6). Die Regierungen können diese Situation insbesondere durch die Steuerpolitik und die soziale Sicherung ändern: Die übermäßige Zunahme der Ungleichheiten ist keine „natürliche" Folge des Wachstums und der Entwicklung.

Weitere Informationen

OECD

Im Internet

OECD-Entwicklungszentrum: Diese Website bietet Zugriff auf die meisten Berichte, Datenbanken, Studien und Konferenzen des OECD-Entwicklungszentrums, in denen u.a. der Effekt der Globalisierung auf die Entwicklung behandelt wird. www.oecd.org/dev.

Veröffentlichungen

Perspectives on Global Development (2010): Im ersten Band dieser neuen jährlich erscheinenden Publikationsreihe des OECD-Entwicklungszentrums, *Shifting Wealth*, der im Juni 2010 veröffentlicht wurde, wird der Effekt des Aufstiegs der großen aufstrebenden Volkswirtschaften auf Entwicklung, Armut und Ungleichheit untersucht.

The Social Impact of Foreign Direct Investment (2008): Dieser OECD Policy Brief beschäftigt sich mit den tatsächlichen sozialen Auswirkungen von ADI in den Entwicklungsländern, u.a. mit den Auswirkungen von ADI auf die Arbeitskräfte, den Arbeitsbedingungen in multinationalen Konzernen im Vergleich zu lokalen Unternehmen, den Auswirkungen von ADI auf die Gesamtwirtschaft sowie den Maßnahmen, mit denen die Regierungen sicherstellen können, dass ADI die Entwicklung begünstigen.

Andere Quellen

Im Internet

Website „Data and Research" der Weltbank: Diese Website enthält zahlreiche Daten, Informationen und Analysen, einschließlich Schätzungen der globalen Armutsquote sowie der Armutsquoten nach Region. *http://econ.worldbank.org*.

Bericht über die Millenniumsentwicklungsziele der Vereinten Nationen von 2010: Dieser Bericht bewertet in regelmäßigen Abständen die Fortschritte im Hinblick auf die Verwirklichung der Millenniumsentwicklungsziele. Der Bericht von 2010 zeigt, dass die extreme Armut (der Anteil der Weltbevölkerung, der von weniger als 1,25 US-$ pro Tag lebt) in den meisten Weltregionen während der 1990er Jahre zurückgegangen ist. Die Krise von 2008 hatte jedoch einen erneuten Anstieg der extremen Armut zur Folge (vgl. *www.un.org*).

Veröffentlichungen

Global Economic Prospects der Weltbank: Diese Berichtsreihe ist eines der umfassendsten Analyseinstrumente, das Politikverantwortlichen zur Verfügung steht. Darin wird der wirtschaftliche Entwicklungsstand in den Entwicklungsländern beschrieben.

The Fortune at the Bottom of the Pyramid (1. Ausgabe, 2004): Der Ökonom C.K. Prahalad erklärt, dass die wirtschaftliche Entwicklung die Entwicklungsländer erreichen könnte, wenn die multinationalen Konzerne die Verbraucher aus den ärmeren Ländern des Südens als echte Verbraucher betrachteten und sie sich eine Geschäftsstrategie zu eigen machten, die an die Bedürfnisse und die Kaufkraft dieser Gruppe angepasst wäre. Dies würde einen Markt mit 4 Milliarden potenziellen Verbrauchern öffnen.

In Defense of Globalization (1. Ausgabe, 2004): Professor Jagdish Bhagwati von der Columbia University trug in den letzten zwanzig Jahren zahlreiche Kritikpunkte im Hinblick auf die Globalisierung zusammen und beantwortete jeden einzelnen, insbesondere im Hinblick auf Aspekte der wirtschaftlichen Entwicklung.

6



Selbst wenn die Konkurrenz aus Niedriglohnländern einige negative Auswirkungen auf die Beschäftigung in den OECD-Ländern hat, ist der Zusammenhang zwischen Globalisierung und Arbeitsplatzverlusten weniger offensichtlich als es auf den ersten Blick scheint. In Zeiten wirtschaftlicher Schocks, wie der jüngsten Rezession, scheint die Globalisierung insgesamt mehr Arbeitsplätze zu schaffen, als zu zerstören. Auch der in den vergangenen zwanzig Jahren beobachtete Gesamtanstieg der Lohnungleichheit scheint stärker auf neue Technologien und die Gesetzgebung zurückzuführen zu sein als auf die Globalisierung – wenngleich kein Zweifel daran besteht, dass beides in einigen Fällen zu der zunehmenden Beschäftigungsunsicherheit beigetragen hat. Die Herausforderung besteht darin, den „Verlierern" der Globalisierung dabei zu helfen, im Rennen zu bleiben und die von der Öffnung für den internationalen Handel gebotenen Chancen auszuschöpfen.

Kommt die Globalisierung der Beschäftigung zugute?



Zur Einleitung …

Im Januar 2008 gab der Mobilfunkhersteller Nokia bekannt, er werde sein Werk in Bochum (Deutschland) schließen, die Produktion nach Cluj-Napoca (Rumänien) verlagern und 2 300 Stellen streichen. Ein Jahr zuvor hatten Ben-Q/Siemens und Motorola bereits ihre Produktionsstätten in Deutschland geschlossen. Dabei ist der erst vor 15 Jahren entstandene Mobilfunkmarkt noch jung. In Anbetracht der emotionalen Reaktionen, die diese Ankündigung ausgelöst hat, fordert der Bund von Nokia die dem Unternehmen gewährten Fördermittel in Höhe von 17 Millionen Euro zurück.

Der internationale Wettbewerb hat in den meisten Branchen zugenommen. Die Unternehmen möchten ihre Kosten reduzieren. Seit vielen Jahren lagern sie zu diesem Zweck die Produktion aus. Die allmähliche Diversifizierung und Internationalisierung der Aktionäre hat die lokale Verankerung vieler Unternehmen im Lauf der Zeit gelockert, was in den Industriestaaten zu einem Gefühl der Unsicherheit und zu Besorgnis unter der Arbeitnehmerschaft geführt hat, die in der ständigen Angst lebt, dass ihre Arbeitsplätze auf die andere Seite des Globus verlagert werden.

Diese Unsicherheit besteht nun seit mehreren Jahrzehnten und wurde durch die Krise von 2008 mit ihren verheerenden Folgen noch erhöht. In vielen Ländern hat sich die Beschäftigungslage erheblich verschlechtert. Volkswirtschaften, die sich zuvor durch verhältnismäßig niedrige Arbeitslosenquoten auszeichneten, sahen diese in die Höhe schnellen. Zwischen Dezember 2007 und März 2010 stiegen die Arbeitslosenquoten im Vereinigten Königreich von etwa 4,5% auf knapp über 8%. Noch drastischer war die Zunahme der Arbeitslosigkeit in den Vereinigten Staaten, wo die Quote von 4,5% der Erwerbsbevölkerung auf nahezu 10% kletterte.

In diesem Kapitel werden die Auswirkungen der Globalisierung auf die Beschäftigung in den vergangenen zwanzig Jahren näher beleuchtet. Das ist kein leichtes Unterfangen. Wie wir gesehen haben, umschließt die Globalisierung unterschiedliche Phänomene, vom internationalen Handel über Migrationsbewegungen bis hin zu ausländischen Direktinvestitionen. Einige Indizien ermöglichen es uns zwar, die Auswirkungen der Globalisierung auf die Beschäftigung zu evaluieren, doch können sich dahinter zugleich auch die weniger sichtbaren strukturellen Trendentwicklungen in Bezug auf das *Volumen* der Beschäftigung sowie die *Qualität* der Arbeitsplätze verbergen.

Die Globalisierung zerstört manche Arbeitsplätze, schafft aber viele neue

Das Offshoring, d.h. die Auslagerung von Unternehmensfunktionen und -prozessen, ist sicherlich schmerzhaft, bildet aber nur einen Aspekt der Globalisierung. Eine Analyse der globalen Effekte der verstärkten wirtschaftlichen Integration unterschiedlicher Regionen der Welt lässt eine komplexe Realität zu Tage treten. Wir konzentrieren uns an dieser Stelle schwerpunktmäßig auf die Beschäftigungstendenzen in den OECD-Ländern, da die Arbeitslosigkeit hier seit der späten Nachkriegszeit weit verbreitet ist und die Globalisierung hier stärker als andernorts beschuldigt wird, sie sei für zahlreiche Arbeitsplatzverluste verantwortlich. Gleichzeitig scheinen manche Beschäftigungstrends in den Entwicklungsländern und aufstrebenden Volkswirtschaften darauf hinzudeuten, dass die Arbeitsplatzverluste in einigen Sektoren der OECD-Länder in anderen Regionen oft als Arbeitsplatzgewinn verbucht werden.

Arbeitsplatzverluste auf Grund der Produktkonkurrenz aus aufstrebenden Volkswirtschaften

Die Konkurrenz, die im Inland hergestellte Güter durch Importgüter erfahren, hat in den OECD-Ländern zu Arbeitsplatzverlusten geführt. Die in Kapitel 4 erörterte neue Konfiguration des internationalen Handels ist durch eine geringere Wettbewerbsfähigkeit mancher in den Industriestaaten hergestellter Güter im Vergleich zu Gütern aus aufstrebenden Volkswirtschaften charakterisiert.

Wie viele Arbeitsplätze insgesamt der internationalen Konkurrenz zum Opfer fallen, lässt sich nur schwer ermitteln, da der Zusammenhang zwischen beiden Aspekten oft indirekt und nicht eindeutig ist. Dennoch spricht die Entwicklung der Beschäftigungsdaten in einigen Industriezweigen Bände. Seit den 1990er Jahren ist die Industriebeschäftigung in den meisten OECD-Ländern zurückgegangen – ein Symptom der Deindustrialisierung der Industriestaaten. In den 1990er Jahren wurden die Märkte von Billigtextilien aus China überschwemmt, die zu unschlagbaren Preisen verkauft wurden, was einem Großteil der Textilindustrie in mehreren OECD-Ländern zum Verhängnis wurde. Viele Unternehmen wurden gezwungen, sich zu verkleinern oder ganz zu schließen. Von 1970 bis 2003 ging die Beschäftigung in der Textilbranche in den G7-Ländern um 60% zurück. Dieses Massaker hat die Unternehmen in den OECD-Ländern dazu veranlasst, sich wieder auf Branchen mit einer höheren Wertschöpfung zu konzentrieren, wie Textiltechnologie, Design, Haute Couture

usw. Eine ähnliche Entwicklung fand auch in den Bereichen Unterhaltungselektronik, Spielwaren, Haushaltswaren sowie in anderen Sektoren statt, deren Erzeugnisse kein spezielles Know-how oder Spitzentechnologien voraussetzten.

Gleichzeitig bleiben einige Industriezweige, wie die Agrar- und Ernährungswirtschaft, die Chemieindustrie (einschl. Arzneimittel) und die Automobilindustrie in den OECD-Ländern weiterhin eine Beschäftigungsquelle. Diesen Sektoren ist es in den vergangenen 25 Jahren gelungen, eine mehr oder minder stabile Erwerbsbevölkerung aufrechtzuerhalten, zumindest bis zur letzten Wirtschaftskrise. Im Fall der Agrar- und Ernährungswirtschaft muss die industrielle Verarbeitung häufig in der Nähe der Vertriebsmärkte angesiedelt sein, was bedeutet, dass der internationale Wettbewerb einen geringeren Einfluss auf die Tätigkeit und ihre Organisationsstruktur hat, so dass die Branche vor dem starken Druck des internationalen Wettbewerbs vergleichsweise gut geschützt ist.

Der Wettbewerb kann aber den Arbeitskräften in den Industriestaaten auch zugute kommen. Die Automobil-, Pharma- und Chemieindustrie sind sehr stark dem internationalen Wettbewerb ausgesetzt, was sich nicht negativ auf ihr Beschäftigungsniveau ausgewirkt hat. Zurückzuführen ist dies darauf, dass anders als in der Textilindustrie und der Unterhaltungselektronik die Aus- und Einfuhren in diesen Sektoren im Wesentlichen unter OECD-Ländern erfolgen, die, wie sich gezeigt hat, mehr oder minder dieselbe Art von Produkten herstellen. Beispielsweise stellen die deutschen Automobilexporte nach Frankreich keine Bedrohung für die französische Automobilproduktion dar, da auch Frankreich Kfz nach Deutschland und in andere OECD-Länder exportiert. Mit anderen Worten ist es hauptsächlich der Wettbewerb unter bestimmten Importgütern – in den Entwicklungsländern und aufstrebenden Volkswirtschaften hergestellte Produkte mit geringerer Wertschöpfung –, der in den OECD-Ländern Arbeitsplatzverluste verursacht.

Die Entwicklung nahm nicht in allen OECD-Ländern denselben Verlauf. In Korea, Mexiko oder Irland ist die Zahl der Industriearbeitsplätze gestiegen. Durch die späte Entwicklung der industriellen Strukturen in diesen Ländern befinden sie sich derzeit quasi in einer Aufholphase, was z.T. überdies ausländischen Investitionen zu verdanken ist. Der US-amerikanische Computerkonzern Dell richtete in den 1990er Jahren einen Stützpunkt in Irland ein und schuf dort über 4 500 Arbeitsplätze. In den letzten Jahren wurden die meisten in Europa verkauften Dell-Computer in Limerick zusammengebaut. Dank der enorm hohen Zahl an Computern, die Dell von seinem Stützpunkt in Irland aus exportierte, trug das Unternehmen nahezu 5% zum irischen BIP bei. Von der weltweiten Krise heimgesucht,

schloss Dell 2009 seine Niederlassung in Limerick und verlagerte seine Produktion nach Polen.

Der Prozess der Deindustrialisierung im Norden und seine negativen Auswirkungen auf die Beschäftigung sind auch auf eine andere Form des Wettbewerbs zurückzuführen – den Lohnwettbewerb, der viele Unternehmen in den OECD-Ländern zur Auslagerung ihrer Produktion veranlasst.

Arbeitsplatzverluste durch Offshoring

Der Effekt des Offshoring in den OECD-Ländern kann gar nicht überbetont werden. Die Ergebnisse einiger Forschungsarbeiten sind recht besorgniserregend. Im Jahr 2005 ergab eine Studie, dass 40% der Geschäftsführer der größten Unternehmen der Welt eine oder mehrere Unternehmenseinheiten ins Ausland verlagert hatten oder beabsichtigten, dies zu tun. Während viele Arbeitsplätze zunächst nach Asien abwanderten, werden sie mittlerweile auch nach Nordafrika, Mitteleuropa oder sogar in den Kaukasus verlagert. 2005 verlagerte der Internetanbieter Lycos France, eine Filiale der spanischen Telefonica Gruppe, einen Teil seiner Aktivitäten nach Eriwan in Armenien.

Dieser Trend beschränkt sich nicht auf den Industriesektor. 2004 fasste jedes zweite Unternehmen die Auslagerung einer Dienstleistung ins Auge. Heute arbeitet jeder fünfte abhängig Beschäftigte in den OECD-Ländern in einem Bereich, der ausgelagert werden könnte.

Das Offshoring ist eine direkte Folge des sich seit den 1990er Jahren beschleunigenden Globalisierungsprozesses. Von dem Moment an, wo die meisten Hindernisse für den internationalen Handel aus dem Weg geräumt waren und die Kommunikation praktisch ohne Verzögerung erfolgen konnte, die Unternehmen in der Lage waren, sich leicht selbst im Ausland niederzulassen, und die Produktionsketten globalisiert waren, verloren die Unternehmen keine Zeit, um Arbeitskräfte in Ländern zu suchen, in denen die Arbeitskosten am niedrigsten sind.

Der Effekt des Offshoring auf die Beschäftigung ist nicht einheitlich. Viele Unternehmen lagern nur einen Teil ihrer Produktion in die aufstrebenden Volkswirtschaften aus. Die auf diese Weise verloren gegangenen Arbeitsplätze betreffen arbeitsintensive Tätigkeiten, die geringe Qualifikationen voraussetzen, wie Fließbandarbeit. Das Unternehmen gewinnt dafür an Produktivität und Wettbewerbsfähigkeit, so dass es neue Investitionen tätigen kann. Der höhere Gesamtumsatz ermöglicht es dem Unternehmen, Neueinstellungen vorzunehmen.

Die Arbeitsplatzverluste sind nicht einzig und allein der Globalisierung zuzuschreiben

Auch wenn das Offshoring ein deutlich sichtbares Symptom der Globalisierungsfolgen für einige Beschäftigungskategorien darstellt, ist es bei weitem nicht die einzige Ursache für Arbeitsplatzverluste in den Industriestaaten. In Europa lassen sich weniger als 5% der Arbeitsplatzverluste im Industrie- und Dienstleistungssektor durch die Entscheidung zur Verlagerung einer Tätigkeit in ein Niedriglohnland erklären. In Frankreich hatte das Offshoring im Zeitraum 1995-2001 den Verlust von 13 500 Industriearbeitsplätzen zur Folge, was im Vergleich zu den Gesamtarbeitsplatzverlusten eine relativ niedrige Zahl ist. Eine Studie über den Zeitraum 2002-2004 ergab, dass die Arbeitsplatzverluste in Europa zu 75% das Ergebnis interner Umstrukturierungen infolge technischer und verfahrensmäßiger Verbesserungen oder strategischer Neuorientierungen der Unternehmen und zu 15% die Folge von Insolvenzen waren.

In den Vereinigten Staaten ist der Anteil der durch Produktionsverlagerungen bedingten Arbeitsplatzverluste ebenfalls niedrig – wenngleich er in den vergangenen Jahren gestiegen ist. 2003 waren 13 000 Arbeitsplatzverluste – bzw. weniger als 1% der gesamten Arbeitsplatzverluste – auf das Offshoring zurückzuführen. Allein im ersten Quartal 2004 hatte die Zahl der durch Offshoring vernichteten Arbeitsplätze 2% der gesamten Arbeitsplatzverluste erreicht. Wie in Europa waren die Arbeitsplatzverluste auch in den Vereinigten Staaten größtenteils das Ergebnis von Produktivitätssteigerungen infolge des Einsatzes neuer Technologien und strategischer Neuorientierungen der Unternehmen.

Die Globalisierung hat durchaus einen Einfluss auf diese Faktoren. Wie wir bereits gesehen haben, hat die verstärkte wirtschaftliche Integration der Länder das Wachstum durch Produktivitätssteigerungen und den breiteren Einsatz neuer Technologien beflügelt, die es den Unternehmen ermöglichen, beachtliche Produktivitätssteigerungen zu erzielen. Arbeitsplatzverluste infolge von Effizienzsteigerungen, Umstrukturierungen und Insolvenzen können als *indirekte* Folgen der Globalisierung betrachtet werden. Gleichzeitig werden durch diese Effizienz- und Produktivitätssteigerungen aber auch neue Arbeitsplätze geschaffen. Sicher ist, dass die Arbeitsplatzverluste nicht einzig und allein der Öffnung der Grenzen für Handel und Investitionen zuzuschreiben sind.

Schaffung neuer Arbeitsplätze in Hochtechnologie- und Dienstleistungsbranchen

Die jüngste Wirtschaftskrise hat in den meisten OECD-Ländern zu einem drastischen Anstieg der Arbeitslosigkeit geführt. Obwohl die wachsende Interdependenz die Ausbreitung des Schocks erleichtert hat, war sie nicht das auslösende Moment. Die Ursache des Schocks waren die Funktionsstörungen an den Finanzmärkten und makroökonomische Ungleichgewichte (vgl. Kapitel 8). Im Zehnjahreszeitraum vor der Krise war die Gesamtzahl der Arbeitsplätze im OECD-Raum nicht rückläufig, ganz im Gegenteil – die in einigen Sektoren verzeichneten Arbeitsplatzverluste wurden durch die Schaffung von Millionen von Arbeitsplätzen ausgeglichen.

Es entstanden neue Berufe, insbesondere im Dienstleistungssektor, der im Zeitraum 1995-2003 in Deutschland 3 Millionen Arbeitsplätze entstehen ließ. Allein auf B2B-Aktivitäten (Buchführung, Personalmanagement, Callcenter, Webdesign, Logistik usw.), das Hotel- und Gaststättengewerbe, die Gesundheitsversorgung und sonstige personenbezogene Dienstleistungen entfielen über 2,5 Millionen neue Arbeitsplätze. In diesen neuen Dienstleistungsberufen wird häufig eine größere Wertschöpfung erzielt als bei arbeitsintensiven Tätigkeiten. Das auf diese Weise geschaffene Vermögen kann in neue Aktivitäten reinvestiert werden, die ihrerseits wiederum neue Arbeitsplätze schaffen.

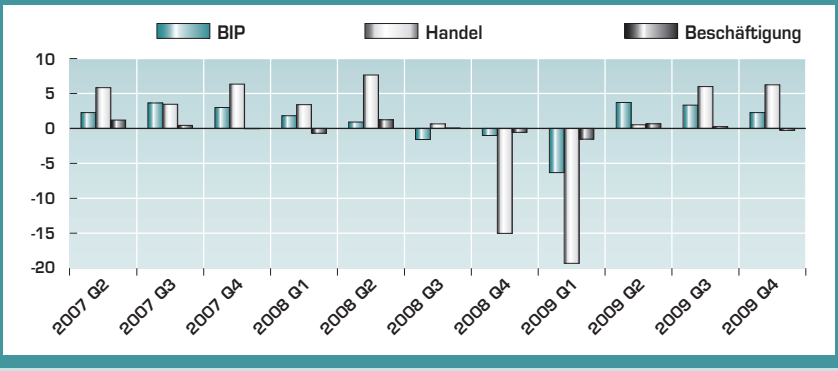
Im Durchschnitt überstieg die Zahl der auf diese Weise geschaffenen Dienstleistungsarbeitsplätze die Zahl der in den Industriestaaten in den vergangenen zehn Jahren verloren gegangenen Arbeitsplätze in der Industrie. Zwischen 1995 und 2005 stieg die Beschäftigungsquote in den OECD-Ländern jährlich um 1,1%. Diese Zunahme ist höher als die Zuwachsrate der Bevölkerung, die bei durchschnittlich 1% pro Jahr liegt. Demzufolge haben die Globalisierung und die Konkurrenz aus Niedriglohnländern die Arbeitsplatzschaffung in den Industriestaaten nicht zum Stillstand gebracht. Ganz im Gegenteil, die aus dieser Entwicklung resultierenden Produktivitätssteigerungen haben sogar noch zur Schaffung neuer Arbeitsplätze in Sektoren mit höherer Wertschöpfung geführt. 2007, d.h. kurz vor dem Ausbruch der Weltwirtschaftskrise, lag die durchschnittliche Arbeitslosenquote in den OECD-Ländern bei 5%, ihrem niedrigsten Niveau seit 1990.

In den Entwicklungsländern, insbesondere den aufstrebenden Volkswirtschaften, hat die Globalisierung die Schaffung von Arbeitsplätzen begünstigt, sei es durch Unternehmensneugründungen oder die Niederlassung ausgelagerter Unternehmen aus Industriestaaten. Obwohl sich diese Trendentwicklungen nur schwer exakt beziffern lassen, kann insgesamt gesagt werden, dass die Globalisierung mehr Arbeitsplätze geschaffen als zerstört hat.



DIE KRISE: EIN STARKER, ABER KURZFRISTIGER EFFEKT AUF DEN HANDEL, DAUERHAFTERE AUSWIRKUNGEN AUF DIE BESCHÄFTIGUNG

Vierteljährliche Veränderung von BIP, Handel und Beschäftigung in den G20-Ländern, in Prozent



Anmerkung: Bei den Beschäftigungsdaten sind Indien, Indonesien und Saudi-Arabien ausgenommen. Das BIP ist saisonbereinigt, die Handels- und Beschäftigungsdaten nicht.

Während der dynamischere internationale Handel der Beschäftigung insgesamt zugute kommt, erleichtert die starke Integration der internationalen Waren- und Dienstleistungsmärkte die Verbreitung von Schocks, die sich negativ auf die Beschäftigung auswirken können.

Quelle: „Seizing the Benefits of Trade for Employment and Growth", Gemeinsamer Bericht von OECD, ILO, Weltbank und WTO, verfügbar unter www.oecd.org/dataoecd/61/57/46353240.pdf.

StatLink http://dx.doi.org/10.1787/888932780190

Allerdings sind die Arbeitsplätze nur eine Anpassungsvariable unter vielen. Die Länder können die „Verlierer" der Globalisierung nicht einfach ignorieren. Sie müssen Anpassungs- und Umschulungsmaßnahmen ergreifen und umsetzen, um den Herausforderungen der Globalisierung zu begegnen (vgl. das Gespräch mit Paul Swaim am Ende des Kapitels). Hinzu kommt, dass die positive Bilanz, von der hier die Rede ist, nur das *Beschäftigungsvolumen* betrifft. Wie steht es um die *Beschäftigungsqualität*? Das ist eben genau der Punkt, der im Zusammenhang mit der Globalisierung am häufigsten kritisiert wird.

Aus der Sicht eines Betroffenen

Albert Lebleu, 62 Jahre, ehemaliger Ingenieur bei Metaleurop, Courcelles-les-Lens, Frankreich

„Am schlimmsten war für uns, dass die Entscheidungen nicht mehr vor Ort getroffen wurden."

Die Straße, die in den Ort Courcelles-les-Lens in der französischen Region Nord-Pas-de-Calais führt, erinnert auf jedem Meter an die historischen Meilensteine der Region: die glorreichen Tage mit den Tuchfabriken und dann den Reichtum durch die Kohleförderung. Die vulkanähnliche Silhouette der höchsten Berghalde Europas (186 Meter) bringt Leben in die ansonsten flache und monotone Landschaft dieses kleinen Stückchens Erde im Nordwesten Frankreichs. Zu Beginn des Ersten Weltkriegs im Jahr 1914 war die Frontlinie 15 km weit entfernt. Die Gegend wurde vom Kanonenfeuer nicht verschont. In dieser Zeit des weltweiten Konflikts töteten einander in dieser Gegend Männer aus zwölf Ländern und drei Kontinenten. Ein Soldatenfriedhof gleich am Eingang der Stadt ruft uns die Ereignisse stets in Erinnerung.

Heute heben die niedrigen Häuser den friedlichen Charakter dieses einige wenige tausend Seelen zählenden Dorfs hervor. In einem Saal im 1. Stock des kleinen Rathauses macht sich Albert Lebleu inmitten eines Durcheinanders aus Kisten, aufgestapelten Stühlen und ausrangierten Computern zu schaffen.

Mit 62 Jahren ist der gelernte Chemie-Ingenieur, dessen Haare langsam ergrauen, noch immer voller Energie. Die verschiedenen Vereine, denen er vorsitzt, darunter auch der Verein der ehemaligen Mitarbeiter von Metaleurop, halten ihn das ganze Jahr über nicht weniger beschäftigt als zu Zeiten seiner Erwerbstätigkeit, nunmehr aber auf ehrenamtlicher Basis. Seine Firma schloss 2003 plötzlich die Tore. Nach 33 treuen Dienstjahren in der Gießerei Metaleurop Nord nahm Albert Lebleu ein Angebot zur Frühverrentung an. In all den Jahren hat er den Effekt der Globalisierung auf sein Unternehmen hautnah miterlebt. Seit seiner Einstellung im Jahr 1970 bekleidete er viele Posten. 1975 hatte seine Teilnahme an einem internationalen Forschungsprogramm zur Folge, dass das Unternehmen ein bis dahin einzigartiges Verfahren im Bereich der Germanium-Produktion einführte. Das Patent trägt noch immer seinen Namen, zusammen mit den Namen zweier Kollegen, die das Verfahren mit ihm verfeinert haben.

Noch heute steht der Stolz in seinen Augen, wenn er über die Vergangenheit seiner Fabrik spricht. In den 1960er Jahren war die Gießerei Metaleurop die erste, die das Pyrolyse-Verfahren für die Verarbeitung von Metallen wie Blei und Zink einsetzte. Später wurde dieses Verfahren auch andernorts angewandt, in Australien, Nordamerika … Das boomende Unternehmen änderte dann seine Marktpositionierung und erzeugte seltenere Metalle. Metaleurop Nord war weltweit der größte Exporteur von Germanium, einem Metall, das bei der Herstellung von Nachtsichtbrillen verwendet wird. Die Fabrik stellte eine Komponente her, die in Flüssigkristallbildschirmen (LCD-Bildschirmen) verwendet wird. „Wir waren eine stark auf neue Technologien ausgerichtete Produktionseinheit," erinnert sich Lebleu.

Vor 35 Jahren begannen aber auch andere Unternehmen in diese Marktnische einzutreten, manchmal mit moderneren Einrichtungen und Techniken – dies waren die ersten Anzeichen der Globalisierung. „Unsere Wettbewerbsfähigkeit begann zu bröckeln", berichtet er. „Zuerst trat Japan in den 1970er Jahren in den Wettbewerb ein." „In den 1980er Jahren kamen dann die Chinesen auf unsere Märkte, gefolgt von Indien in den 1990er Jahren." „Um unsere Wettbewerbsposition zu wahren, mussten wir die Automatisierung unserer Produktionsanlagen beschleunigen." „1986 schrumpfte mein Team von 19 auf 16 Mitarbeiter." Innerhalb von dreißig Jahren hatte sich die Belegschaft halbiert, von 1 600 auf 830 Mitarbeiter. Das Tempo erhöhte sich und damit auch der Stress. „Früher kamen die Arbeiter gerne zur Arbeit", fügt er hinzu. „Sie genossen es, in der Frühstückspause miteinander zu plaudern." „Jedoch beschleunigte sich das Tempo immer mehr." „Die Momente der Entspannung wurden immer seltener."„Zum gleichen Zeitpunkt stieg das Durchschnittsalter im Unternehmen weiter, da keine neuen Mitarbeiter eingestellt wurden",fährt er fort. „Anfang der 2000er

Aus der Sicht eines Betroffenen *(Forts.)*

Jahre betrug das Durchschnittsalter fünfzig Jahre." „Wir mussten unsere Marktanteile halten, um den Weiterbetrieb der Fabrik zu sichern." Die Globalisierung machte sich aber immer stärker bemerkbar, und die Entscheidungen wurden auf immer entfernteren Ebenen getroffen. „Die Fabriken begannen, den Besitzer je nach Stimmungslage an den Finanzmärkten zu wechseln."

Mitte der 1990er Jahre übernahm eine Schweizer Gruppe einen Teil des Kapitals von Metaleurop. „Die Gießerei war für den früheren Aktionär, einen deutschen Konzern, nicht mehr interessant, als dieser eine 180-Grad-Wende vollzog, um sich auf den Tourismus zu konzentrieren. Die Schweizer Gruppe wurde mit einem Anteil von 33% des Kapitals zum Hauptaktionär. Sehr rasch fror sie die Investitionen ein. Wir hatten das Gefühl, die Kontrolle über unser Schicksal zu verlieren. Finanzholdings mit ihrer Armee von Anwälten wurden die wahren Chefs des Werks", kritisiert er. „Diesen einflussreichen Strukturen gegenüber – von denen einige in Steueroasen geschützt waren – waren wir einfach machtlos." „Das Problem besteht darin, dass die Globalisierung so rasch voranschreitet und die Gesetzgebung, Verhaltensweisen und Kodizes mit dem Tempo nicht Schritt halten können."

Zugleich hatte die steigende Zahl preisgünstigerer Gießereien in den aufstrebenden Volkswirtschaften zur Folge, dass Metaleurop nicht länger kostendeckend arbeiten konnte und in die roten Zahlen geriet. Das Unternehmen häufte Verluste an. „Anfang 2003 drehte die Muttergesellschaft den Geldhahn zu", erzählt Lebleu, als der Hauptaktionär von Metaleurop seine Filiale ohne Ressourcen und ohne die Belegschaft zu informieren einfach fallen ließ. Zu jener Zeit existierte keine transnationale Gesetzgebung, die die Muttergesellschaft zwingen konnte, die von einer Filiale eingegangenen Verpflichtungen zu erfüllen, von der sie kein Hauptaktionär ist. „Von einem Tag auf den anderen fanden wir uns ohne Arbeit und Entschädigung wieder. Die Geschäftsleitung hatte einfach beschlossen, die Produktionseinheit aufzulösen, mit der Begründung, die Kassen auf Betriebsebene seien leer."

Dann wurde bekannt, dass Metaleurop Nord einer der umweltschädlichsten Produktionsstandorte in Europa sei. Gefährliche Chemikalien wurden unter freiem Himmel gelagert, und für die Dekontaminierung wurde nicht ein Euro ausgegeben. „Wir erlebten wilden Kapitalismus in seiner unwürdigsten Form", urteilt Lebleu heute. „Mit der Globalisierung wurde das Kapital ständig hin und her über die Grenzen bewegt. „ "So war es möglich, ein Werk zu vernichten und ein ökologisches und soziales Desaster zu hinterlassen." Schließlich übernahm der französische Staat einen Teil der Kosten für die Dekontaminierung. Fünf Jahre später waren neue Aktivitäten entstanden. Von den 830 Beschäftigten von Metaleurop Nord sind nur etwa 60 noch immer arbeitslos. „Die sozialen Folgen sind in Grenzen gehalten worden," räumt Lebleu ein.

Vier Jahre später hat der Ingenieur im Ruhestand neue Beschäftigungen gefunden, stellt sich heute aber Fragen in Bezug auf die Zukunft seiner 35-jährigen Tochter, ebenfalls Ingenieurin. „Anfang der 1970er Jahre hatten weniger als 10% meiner Altersgruppe Abitur, heutzutage hat es fast jeder. Ein Ingenieurstudium garantiert keinesfalls eine gute Karriere – man muss seine Fähigkeiten ständig aufs Neue unter Beweis stellen. Hinzu kommt, dass unsere Kaufkraft nicht Schritt hält. Immer mehr Menschen arbeiten zum Mindestlohn. Diesbezüglich schafft die Globalisierung natürlich keinesfalls Abhilfe", sagt er abschließend.

Die Globalisierung scheint die Disparitäten bei der Beschäftigungsqualität zu erhöhen.

„In den OECD-Ländern wirkt sich die Globalisierung auf bestimmte Kategorien von Arbeitskräften offenbar unverhältnismäßig stark aus, insbesondere auf gering-qualifizierte Kräfte, die zudem häufig in bestimmten Regionen konzentriert sind".

OECD, *Staying Competitive in the Global Economy – Compendium of Studies on Global Value Chains*, 2008

Einige befürchten, dass die Globalisierung eine Senkung der Beschäftigungsstandards – einen „Wettlauf nach unten" – zur Folge haben wird, da die Arbeitskräfte in den Industriestaaten eine Angleichung ihrer Löhne und Arbeitsbedingungen an die der Niedriglohnländer erleben. Ist diese Angst berechtigt?

Niedrigere Löhne in Sektoren mit geringer Wertschöpfung

Das Lohn- und Gehaltsniveau in den OECD-Ländern zeichnet ein uneinheitliches Bild. Angesichts der internationalen Konkurrenz wurden bei den Reallöhnen z.T. Konzessionen gemacht. Auch unter diesem Gesichtspunkt hat das Offshoring schmerzhafte Folgen. 2008 stimmte die Gewerkschaft der Beschäftigten der US-amerikanischen Automobilindustrie, United Auto Workers (UAW), einer Halbierung der Löhne für junge Arbeitskräfte zu, um die Beschäftigung in einer Ford-Produktionsstätte zu retten, der eine Verlagerung nach Mexiko drohte. Auf der anderen Seite des Rio Grande haben mexikanische Arbeitnehmervertreter sogar noch größere Zugeständnisse gemacht, hier haben sich neu eingestellte Arbeitskräfte in manchen Fällen bereiterklärt, mit einem Stundenlohn von 1,50 US-$ zu beginnen. Bei diesem Stundenlohn ist eine mexikanische Arbeitskraft selbst im Vergleich zu einem chinesischen Arbeiter wettbewerbsfähig.

Allein die *Androhung* der Auslagerung reicht manchmal schon aus, um die Qualität der Beschäftigung in den Industriestaaten zu senken, weil sie insbesondere den Aktivismus der Gewerkschaften drosselt. Im Zuge der Internationalisierung der Unternehmen und Externalisierung einiger Funktionen haben sich die Verbindungen zwischen der Spitze und der Basis der Pyramide gelockert – was einen langsameren Lohnanstieg zur Folge hatte (vgl. das Interview mit Albert Lebleu weiter oben). Zwischen 2001 und 2006 gingen die wöchentlichen Reallöhne des Durchschnittsarbeiters in den

Vereinigten Staaten – also jene, die in der Mitte der Lohnverteilungsskala angesiedelt sind – trotz Produktivitätssteigerungen in einer Größenordnung von 15% um 4% zurück. In Deutschland und Japan stagnierten die Reallöhne. Global betrachtet ist der Anteil der Arbeitseinkommen am Gesamteinkommen in den OECD-Ländern seit den 1980er Jahren zurückgegangen. Im Jahr 2006 übertraf der Anteil der Unternehmensgewinne dagegen 15% des BIP der sieben am stärksten industrialisierten Länder, Anfang der 1980er Jahre waren es 13%.

„Ein Argument zu Gunsten der Verabschiedung des Nordamerikanischen Freihandelsabkommens (NAFTA) war der erwartete schrittweise Anstieg der mexikanischen Löhne auf das in den Vereinigten Staaten bestehende Niveau." „Statt eines Aufwärtsdrucks auf die mexikanischen Löhne kam es zu einem Abwärtsdruck auf die US-amerikanischen Löhne."

Ben Davis, Leiter des Solidaritätsbüros der US-amerikanischen Gewerkschaft AFL-CI in Mexico City

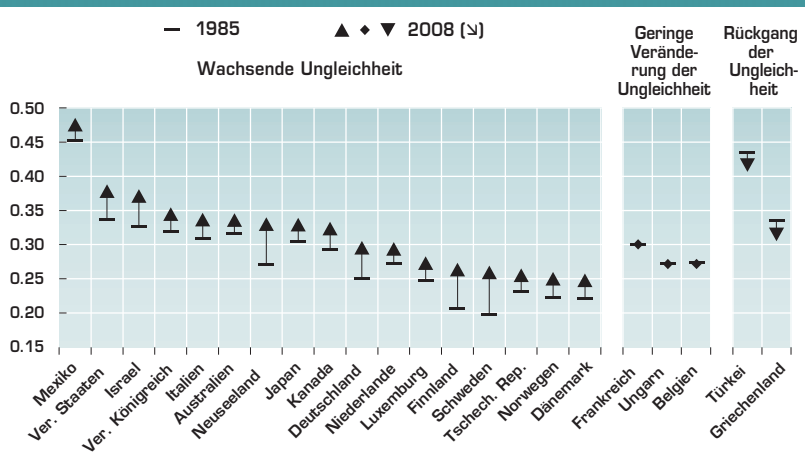
Auch hier ist die Lage natürlich von Branche zu Branche unterschiedlich. Die Arbeitskräfte, deren Löhne und Arbeitsbedingungen unter Druck geraten sind, befinden sich in Sektoren, die der Konkurrenz durch Niedrigkostenländer ausgesetzt sind. Dauerhaft von einer Standortverlagerung bedroht sind die standardisierten, monotonen Tätigkeiten im Industrie- und Dienstleistungssektor. Die Bereiche Informatik, Chemie oder Finanzen sind nicht demselben internationalen Druck ausgesetzt wie eher traditionelle Sektoren, z.B. die Textil-, Automobil- oder Elektronikbranche. Ganz im Gegenteil, in diesen Sektoren stiegen die Löhne und Gehälter im Zuge der Intensivierung der Globalisierung.

So ist der Effekt der Globalisierung auf die Löhne und Gehälter in den OECD-Ländern uneinheitlich: Während sich die Beschäftigungsqualität in den Sektoren verschlechtert hat, die an Wettbewerbsfähigkeit verloren haben, wurden in Branchen, in denen diese Länder an internationalen Märkten über einen erheblichen Wettbewerbsvorteil verfügen, viele qualitativ hochwertige Arbeitsplätze geschaffen. Auf der Nachfrageseite hat die wirtschaftliche Entwicklung aufstrebender Volkswirtschaften den Unternehmen aus dem OECD-Raum neue Absatzmärkte beschert. Auf der Angebotsseite hat der internationale Wettbewerb dafür gesorgt, dass die Produkte und Dienstleistungen wettbewerbsfähiger werden, und dazu geführt, dass besser ausgebildete und produktivere Arbeitskräfte eingestellt wurden. Heute benötigen die Unternehmen ein immer breiteres Spektrum an qualifizierten Arbeitskräften. In den Vereinigten Staaten waren 2006

über 40% der freien Stellen in den Unternehmen und insgesamt 70% aller seit 1998 geschaffenen Arbeitsplätze Tätigkeiten, die ein hohes Urteilsvermögen voraussetzen. Diese Beschäftigungen sind besser angesehen und werden generell auch besser bezahlt.

WACHSENDE UNGLEICHHEIT

Ungleichheit in ausgewählten Ländern, 1985-2008



Anmerkung: Für die Tschechische Republik und Ungarn begann der Untersuchungszeitraum Anfang der 1990er Jahre und nicht 1985.

NB: Es handelt sich um vorübergehende Daten aus der *OECD Database on the Distribution of Income and Poverty*.

In den meisten OECD-Ländern nahm die Ungleichheit zwischen Mitte der 1980er Jahre (als der durchschnittliche Gini-Koeffizient 0,28 betrug) und Ende der 2000er Jahre zu (bei einem durchschnittlichen Gini-Koeffizienten von 0,31). Wegen einer Definition des Gini-Koeffizienten vgl. die Abbildung zur Entwicklung der Ungleichheit in China und Indien in Kapitel 5.

Quelle: OECD (2011), *Divided We Stand: Why Inequality Keeps Rising*.

StatLink http://dx.doi.org/10.1787/888932780209

Das Ergebnis ist die Entstehung eines Arbeitsmarkts mit zwei Geschwindigkeiten in den OECD-Ländern. Auf der einen Seite sind die Löhne der geringqualifizierten Arbeitskräfte geschrumpft. Auf der anderen Seite sind die Gehälter der gut ausgebildeten und erfahrenen Arbeitskräfte in den gefragten Marktnischen in die Höhe geschnellt. Die Lohnungleichheiten haben in den vergangenen Jahrzehnten zugenommen. 2006 verdienten die reichsten Amerikaner umgerechnet 16% des in den Vereinigten Staaten in einem Jahr erwirtschafteten Einkommens, gegenüber nur 8% im Jahr 1980. Die Einkommenslücke zwischen den reichsten und ärmsten 10% der Bürger hat sich in den Industriestaaten mit einigen wenigen Ausnahmen ausgeweitet; diese waren Irland und Spanien, wo sich die Lücke zwischen 1994 und 2005, dem Zeitraum ihres wirtschaftlichen Aufholprozesses, verringert hat.

Ist diese wachsende Ungleichheit aber ausschließlich der Globalisierung zuzuschreiben? Der ausführlichen OECD-Studie *Divided We Stand: Why Inequality Keeps Rising* zufolge ist der Zusammenhang zwischen Ungleichheit und Globalisierung auf der Ebene der Gesamtbeschäftigung gar nicht so offensichtlich. Die Studie ergibt, dass die Lohnungleichheiten auf globaler Ebene in den vergangenen Jahrzehnten in erster Linie institutionellen und politischen Veränderungen (insbesondere bei den Arbeitsmarktbestimmungen) sowie dem technologischen Fortschritt zuzuschreiben waren.

Beschäftigungsunsicherheit

Neben der Frage des Arbeitsverdiensts sind viele Arbeitskräfte und Gewerkschaftsvertreter besorgt über die zunehmende Unsicherheit der Arbeitsplätze. In diesem Zusammenhang ist ebenfalls davon auszugehen, dass die Verhandlungsposition der Gewerkschaften durch die den Unternehmen des OECD-Raums gebotene Möglichkeit des Offshoring in Niedriglohnländer mit einer weniger strengen Sozialgesetzgebung geschwächt wird und hierdurch ein Abwärtsdruck auf die Beschäftigungsqualität ausgeübt wird.

Die Unternehmen aus dem OECD-Raum greifen zunehmend auf Teilzeitarbeit und zeitlich befristete Arbeitsverträge zurück. Angaben des Europäischen Gewerkschaftsbunds (EGB) zufolge wurden 2006 in der Europäischen Union insgesamt 4 Millionen Arbeitsplätze geschaffen, davon ein wachsender Anteil Teilzeitarbeitsplätze. 2008 gingen 40 Millionen Arbeitskräfte in der Europäischen Union einer Teilzeitbeschäftigung nach, zehn Jahre zuvor waren es noch 32 Millionen. Etwa 14,5% der Arbeitskräfte in der EU haben einen zeitlich befristeten Vertrag, gegenüber 11,5% im Jahr 1997. Dem Europäischen Gewerkschaftsbund (EGB) zufolge sind überall in Europa vor allem die jungen Menschen von dieser Vertragsform betroffen, unter den

16- bis 25-Jährigen sind es bis zu 50%. In Schweden haben 68% der jungen Menschen einen befristeten Arbeitsvertrag.

Das Gesamtbild lässt also eine Beschäftigungsunsicherheit bei geringqualifizierten Kräften in den OECD-Ländern erkennen, die z.T. auf die stärkere Konkurrenz aus Niedriglohnländern zurückzuführen ist, in denen der Beschäftigungsschutz weniger stark ausgeprägt ist.

Verbesserung der Arbeitsplatzqualität in Schwellenländern

Eine der Schattenseiten der Globalisierung sind die sog. *Sweatshops* – Manufakturen, die von Auftragnehmern großer Markenkonzerne betrieben werden, in denen Menschen mit langen Arbeitszeiten zu Niedriglöhnen ausgebeutet werden. Desgleichen sind Kinderarbeit und moderne Sklaverei in vielen Ländern ebenfalls Realität. Einige skrupellose Unternehmer lassen sich in Ländern nieder, in denen die Armut so groß ist, dass die Menschen zu vielen Opfern bereit sind. In manchen Fällen führt der globale Wettlauf um die niedrigsten Löhne und die am wenigsten restriktive Sozialgesetzgebung zu Situationen, in denen die Arbeitsbeziehungen dem Gesetz des Dschungels gleichen. Die Länder verfügen nicht immer über die notwendige administrative und rechtliche Infrastruktur, um auch nur die grundlegenden Beschäftigungsschutzbestimmungen durchzusetzen.

Jedoch kann die Globalisierung auch zu einer Verbesserung der Beschäftigungsbedingungen in den Entwicklungs- und insbesondere den Schwellenländern führen. Viele multinationale Unternehmen, die sich in diesen Ländern niedergelassen haben, um dort Waren und Dienstleistungen herzustellen und zu verkaufen, haben die Qualitätsstandards und guten Verfahrensweisen aus ihrem Herkunftsland importiert. Vor Ort ansässige Unternehmen, die Partnerschaften mit multinationalen Unternehmen eingegangen sind, stellen fest, dass sie eine höhere Produktivität aufweisen als ihre Konkurrenten ohne diese Erfahrung. Insgesamt zahlen multinationale Unternehmen ihren Beschäftigten höhere Löhne und Gehälter als die Unternehmen vor Ort. Entsprechend ist auch der gewerkschaftliche Organisationsgrad unter ihnen generell etwas höher, mit Ausnahme der Länder des Nahen Ostens.

Diese positiven Auswirkungen dürften aber hauptsächlich qualifizierten Arbeitskräften zugute kommen, und weniger den Arbeitskräften, die manuelle, insbesondere einfache oder Routinearbeiten ausführen. Aus jüngsten Studien aus Brasilien und Indonesien geht hervor, dass bei einem Aufkauf eines lokalen Unternehmens durch ein ausländisches Unternehmen die Löhne und Gehälter im Schnitt rasch um 10-20% steigen. Allerdings stehen nicht hinreichend

zuverlässige Daten zur Verfügung, um beurteilen zu können, wie diese Gehaltserhöhungen genau verteilt sind.

Die durch die multinationalen Unternehmen bedingten Verbesserungen erfolgen nicht immer automatisch oder spontan. Der von Nichtregierungsorganisationen, Gewerkschaften und Zivilgesellschaft ausgeübte moralische Druck kann Lohnerhöhungen und eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen in den Filialen großer multinationaler Unternehmen oder lokaler Zuliefererfirmen begünstigen. In den vergangenen Jahren haben große multinationale Konzerne interne Programme zur Förderung der sozialen Verantwortung der Unternehmen (CSR) eingerichtet. Auch wenn es gut ist, dass sie existieren, kommen sie vor Ort nicht immer optimal zur Geltung, wie das Beispiel von Nike veranschaulicht (vgl. Kasten).

Soziale Verantwortung der Unternehmen (CSR): Eine durchwachsene Bilanz für den Nike-Konzern

Heutzutage scheint sich der Effekt von Programmen zur Förderung der sozialen Verantwortung von Unternehmen in Grenzen zu halten. Die Hauptschwierigkeit besteht in der Einführung von Beschäftigungsstandards in einem sehr angespannten wettbewerbsorientierten Umfeld. Der US-amerikanische Sportwaren-hersteller Nike ist ein typisches Beispiel. Die Marke hat nur 24 000 direkte Mitarbeiter. Nahezu die gesamte Produktion wird nach außen vergeben, d.h. an etwa 800 Hersteller in 51 Ländern. Anfang der 1990er Jahre war Nike Zielscheibe einer sehr negativen Medienkampagne, als bekannt wurde, dass die Subunternehmer Kinderarbeit zuließen. Nike reagierte mit der Einrichtung eines sehr strengen Zuliefererkontrollsystems. 2004 stellte das Unternehmen 80 CSR-Supervisoren und -Inspektoren ein, die gewährleisten sollten, dass die Subunternehmer den Verhaltenskodex von Nike vor Ort einhalten. Trotz dieser Armee an Kontrolleuren wurde von 80% der externen Nike-Zulieferer der vom US-Management vorgeschriebene Verhaltenskodex weder umgesetzt noch eingehalten. Bisher hatten die Besuche der Kontrolleure vor Ort nur einen begrenzten Effekt.

Schlussbetrachtungen …

Um den Effekt der Globalisierung auf die Beschäftigung objektiv beurteilen zu können, müssen wir uns das Gesamtbild vor Augen führen. Dieses legt den Schluss nahe, dass die Globalisierung insgesamt mehr Arbeitsplätze schafft als zerstört. Das sollte aber kein Grund zum Feiern sein. Für die Tausende von Arbeitskräften, die infolge der Verlagerung von Unternehmen ins Ausland ihren Arbeitsplatz oder Kaufkraft verlieren, ist es keinesfalls ein Trost, zu wissen, dass es viele offene Stellen gibt und die Löhne und Gehälter in anderen Wirtschaftszweigen oder Ländern steigen.

Die Regierungen können die „Verlierer“ der Globalisierung nicht einfach ignorieren – hierbei handelt es sich um all jene, die in Sektoren arbeiten, die durch die internationale Konkurrenz geschwächt wurden. Infolge der Wirtschaftskrise von 2008 kam es im OECD-Raum zu einem drastischen Anstieg der Arbeitslosenquote. Bis zum ersten Quartal 2010 war die Beschäftigung innerhalb von zwei Jahren um 2,1% gesunken, und die Arbeitslosenquote war um knapp über 50% auf 8,7% gestiegen, d.h. es gab 17 Millionen Arbeitslose mehr.

Die Wirtschaftskrise hat eine beispiellose Mobilisierung zu Gunsten der Beschäftigung ausgelöst und die Regierungen veranlasst, mehr Maßnahmen zu ergreifen als in früheren Rezessionen, um den Arbeitskräften zu helfen, dem Sturm zu widerstehen. Im Wesentlichen wurden drei Kategorien von Maßnahmen umgesetzt. Obgleich sie nicht direkt darauf ausgerichtet waren, den durch den rückläufigen internationalen Handel bedingten Arbeitsplatzverlusten entgegenzuwirken, bezogen sie diese aber mit ein.

Erstens haben die Regierungen einiger Länder (darunter auch Deutschland und mehrere mitteleuropäische Länder wie Ungarn) versucht, Arbeitsplatzverluste durch die Einführung von Teilzeitbeschäftigungsprogrammen zu verhindern. Ziel war es, während der Dauer der wirtschaftlichen Schwierigkeiten die Arbeitszeit aller Arbeitskräfte zu reduzieren, um die Arbeitsplätze in den Unternehmen zu erhalten. Da das unweigerlich Lohnsenkungen zur Folge hatte, verpflichteten sich die Regierungen, einen Teil des Gehaltsausfalls auszugleichen. Ziel dieser öffentlichen Finanzierungsmechanismen ist der Erhalt der auf lange Sicht überlebensfähigen Arbeitsplätze, was bedeutet, dass die Maßnahmen zeitlich befristet sein müssen (z.B. auf ein Jahr), da die Regierungen anderenfalls Gefahr laufen, auf Dauer Arbeitsplätze zu finanzieren, die nicht mehr wettbewerbsfähig sind. Die Niederlande gingen einen Schritt weiter: Unternehmen, die innerhalb eines Zeitfensters von 6 Monaten nach Bezug der letzten Subventionen Mitarbeiter entließen, mussten den Behörden die Hälfte der erhaltenen Gelder zurückerstatten.

Zweitens zielten die Regierungen einiger Länder (darunter Japan) darauf ab, die Arbeitslosen proaktiv zu unterstützen, indem sie das Spektrum der Arbeitslosenunterstützungsleistungen erweiterten, um auch Zeitarbeitskräfte einbeziehen zu können, die ihren Arbeitsplatz verloren hatten. Diese Leistungen wurden zwar oft auf Ad-hoc-Basis bereitgestellt, waren für die wirtschaftlich am schlechtesten gestellten arbeitslosen Personen aber sehr hilfreich.

Schließlich verstärkten die Regierungen proaktiv ihre Unterstützung von Programmen zur Erleichterung der Rückkehr ins Erwerbsleben. Die öffentlichen Budgets wurden beachtlich ausgeweitet, um beispielsweise mehr Personal in der öffentlichen Arbeitsmarkt-

verwaltung einzustellen. In Zeiten des Wirtschaftswachstums sollte von staatlicher Seite schwerpunktmäßig dafür Sorge getragen werden, dass die Menschen in der Lage sind, sich unterschiedlichen Beschäftigungssituationen anzupassen. In Krisenzeiten reicht das indessen nicht aus. Dann müssen u.a. die Zahl der Schulungsprogramme und die finanzielle Unterstützung von Maßnahmen zur Sammlung von Berufserfahrung erhöht werden.

Die meisten dieser Maßnahmen hatten vorübergehenden Charakter, da sie als Reaktion auf eine ganz außergewöhnliche Situation ergriffen wurden. Zahlreiche Regierungen haben sie nach und nach angepasst oder eingestellt, um eine gewisse Flexibilität an den Arbeitsmärkten zu wahren und Wettbewerbsfähigkeit zu garantieren.

Bei den Langzeitmaßnahmen, mit deren Hilfe das Beschäftigungsniveau aufrechterhalten und die Ungleichheiten bei gleichzeitiger Wahrung der Wettbewerbsfähigkeit reduziert werden können, handelt es sich um Strategien, die fester Bestandteil der sozialen und fiskalischen Umverteilungspolitik und in entscheidendem Maße auch des Dialogs unter den Sozialpartnern sind (vgl. das Gespräch mit Paul Swaim). Um optimal auf die negativen Effekte der Globalisierung reagieren zu können, müssen die Regierungen vor allem den Schwerpunkt auf die lebenslangen Bildungs- und Ausbildungsmaßnahmen legen. Dies muss eine Priorität darstellen, damit die Globalisierung der Beschäftigung, d.h. sowohl den Unternehmen als auch den Arbeitskräften zugute kommt.

Im Gespräch mit …

Paul Swaim, OECD-Direktion Beschäftigung, Arbeitskräfte und Sozialfragen

„Um den negativen Beschäftigungseffekten der Globalisierung in einigen Sektoren zu begegnen, müssen wir den Arbeitskräften helfen, ihre Qualifikationen oder Erwartungen an den Bedarf der Sektoren mit den vielversprechendsten Beschäftigungsaussichten anzupassen."

Die Finanz- und dann Wirtschaftskrise, die in den Vereinigten Staaten begann, hatte beispiellos harte Auswirkungen auf die meisten Industriestaaten, wo die Arbeitslosigkeit Rekordhöhen erreichte. Beweist die Krise nicht, dass die Globalisierung Arbeitsplätze zerstört?

Der Zusammenhang zwischen Arbeitsplatzverlusten und Globalisierung ist nicht so offensichtlich wie es scheint. Natürlich hat die Krise in den meisten Volkswirtschaften zu einem massiven Verlust an Arbeitsplätzen geführt, insbesondere in einigen Sektoren, wie dem Baugewerbe und der Industrie. Allerdings waren die Arbeitsplatzverluste im Baugewerbe weniger durch den internationalen Handel bedingt als in der Industrie, wo die Beschäftigungslage über Erwarten stark beeinträchtigt wurde. Zurückzuführen ist dies wahrscheinlich auf den Rückgang des internationalen Handels, der ebenfalls stärker ausfiel als erwartet.

Dennoch war es in Deutschland beispielsweise so, dass der internationale Handel dramatische Einbußen erlitt, die Arbeitslosigkeit vergleichsweise aber nur recht moderat zunahm. Das ist z.T. darauf zurückzuführen, dass die Unternehmen in langfristigen Dimensionen dachten und es vorzogen, ihre Belegschaft zu behalten, um wettbewerbsfähiger zu sein, wenn die Konjunktur wieder anspringt.

Die Globalisierung hat die Ausbreitung der Krise zweifelsohne beschleunigt, die im Finanzsektor begann und dann auf Grund der starken Integration der Produktions- und Handelsnetze der verschiedenen Länder mit unerwarteter Geschwindigkeit und Intensität zunächst auf die Unternehmen und dann die Beschäftigung übersprang.

Wir haben jüngst gesehen, dass die Erholung in China und anderen Schwellenländern beim starken Aufschwung in Australien, Deutschland und Korea dank der dynamischen Exporte der letztgenannten Länder eine große Rolle gespielt hat. Die Globalisierung kann zwar dazu beitragen, dass Fehlentwicklungen weiter um sich greifen, sie kann zugleich aber auch die Verbreitung der positiven Effekte von Perioden des wirtschaftlichen Wohlstands beschleunigen. Was das Beschäftigungsvolumen betrifft, scheint die Globalisierung eher ein Katalysator als die eigentliche Ursache zu sein.

Aber hat nicht die Globalisierung selbst in gewissen Sektoren einen Einfluss auf die Beschäftigungsquote?

Die Globalisierung geht Hand in Hand mit einem Verlust an Wettbewerbsfähigkeit in einigen Industriesektoren, wie der Textilbranche oder Unterhaltungselektronik, und dadurch mit Arbeitsplatzverlusten in diesen Sektoren. Dennoch lässt sich der Gesamteffekt der Globalisierung auf das Beschäftigungsvolumen nur schwer evaluieren. Die globale Marktöffnung führt nicht automatisch zu Arbeitsplatzverlusten. In den Jahren vor dem Ausbruch der Krise erlebten die offeneren Länder – wie Skandinavien oder die Schweiz, wo die Löhne und Gehälter sehr hoch sind – keine Abschwächung des Arbeitsmarktes.

Wenn wir die OECD-Länder seit Beginn der 1990er Jahre betrachten, stellen wir fest, dass sich das Beschäftigungsniveau dort auch vor der Krise erhöht hatte, und dies selbst zu einem Zeitpunkt, an dem die Integration der Länder zunahm. Nach einem Höchststand Anfang der 2000er Jahre ging die Arbeitslosenquote zurück. Bis 2007, auf dem Höhepunkt des letzten Wirtschaftszyklus, war die durchschnittliche Arbeitslosenquote in den OECD-Ländern auf ihren niedrigsten Stand seit 1980 gesunken. Für einige Entwicklungs- und Schwellenländer war die Handelsliberalisierung auch ein Mittel zum Zweck, um Druck aufzubauen, damit sich die Lage am Arbeitsmarkt verbessert und sich die Beschäftigung erhöht. Aber auch dieser Effekt wurde nicht automatisch erzielt. Vielen Entwicklungsländern kam die Globalisierung nicht zugute, da sie die notwendigen Voraussetzungen nicht erfüllten, wie die Existenz eines effektiven und unparteiischen Rechtssystems.

Im Gespräch mit … *(Forts.)*

Selbst wenn kein automatischer Zusammenhang besteht, scheint der internationale Handel doch insgesamt für eine höhere Beschäftigung und besseren Lebensstandard zu sorgen. Er ermöglicht es den Ländern, sich auf die Bereiche zu spezialisieren und in ihnen Arbeitsplätze zu schaffen, in denen sie am wettbewerbsfähigsten sind. In den OECD-Ländern ist der Begriff der kreativen Zerstörung in diesem Kontext recht angemessen. Sicher ist, dass die Globalisierung das Fortbestehen eines hohen Beschäftigungsniveaus wohl kaum gefährden wird, wenn die Regierungen auf nationaler Ebene angemessene Maßnahmen zur Stützung von Wachstum und Beschäftigung ergreifen.

Wie steht es um die Beschäftigungsqualität? Fördert die Globalisierung nicht einen Wettlauf nach unten?

Gewisse Befürchtungen, die vor der Krise laut wurden, scheinen gerechtfertigt zu sein. Zwei Lohnindikatoren geben ziemlichen Anlass zur Sorge.

Zunächst einmal ist der globale BIP-Anteil der Löhne und Arbeitnehmerentgelte seit Ende der 1980er Jahre rückläufig. Die Globalisierung ist an dieser Entwicklung nicht ganz unbeteiligt. Experten stimmen darin überein, dass der wachsende Handel mit Niedriglohnländern, wie China oder mitteleuropäische Länder, zu einer Lohnkomprimierung in den Industriestaaten führt. Da die Arbeitskräfte in den Niedriglohnländern heute über dieselben Kompetenzen verfügen wie geringqualifizierte Arbeitskräfte in den OECD-Ländern gehen die Löhne der geringqualifizierten Kräfte in der Tendenz zurück.

Entsprechend schwächt die Globalisierung die Tarifverhandlungsmacht der Gewerkschaften – im Falle von Unstimmigkeiten können die Arbeitgeber immer mit Offshoring drohen. Zugleich erhöht die Globalisierung aber auch die Kaufkraft vieler Arbeitskräfte, indem sie die Preise für ein breites Spektrum an gängigen Konsumgütern senkt. Außerdem sind nicht alle Arbeitskräfte in den Industriestaaten lohnmäßig Verlierer. So haben hochqualifizierte Arbeitskräfte in Hightech-Sektoren Lohnerhöhungen erzielt.

Entwickelt sich die Beschäftigungsqualität also je nach Kompetenzniveau unterschiedlich?

Und da sind wir bei unserem zweiten Anliegen: Der Abstand zwischen dem oberen und unteren Ende der Lohnpyramide vergrößert sich. Dieses Phänomen kann in zwei Dritteln der OECD-Länder beobachtet werden. In den Vereinigten Staaten und im Vereinigten Königreich weitet sich diese Lücke bereits seit einiger Zeit aus. In Kontinentaleuropa waren die Ungleichheiten ursprünglich zwar weniger stark ausgeprägt, doch hat sich die Lohnlücke in den vergangenen zwanzig Jahren ausgeweitet. Mehrere Studien zeigen, dass die Fragmentierung der Gewerkschaftsmacht in dieser Hinsicht eine bedeutende Rolle spielt.

Die Tatsache, dass die Lohnungleichheiten in Europa weniger ausgeprägt waren als in den Vereinigten Staaten war insbesondere darauf zurückzuführen, dass die Gewerkschaften einen größeren Einfluss auf den Lohnfindungsprozess hatten, was auf den höheren Zentralisierungsgrad zurückzuführen ist. Die skandinavischen Länder hatten beispielsweise früher ein besonders fortgeschrittenes System der sozialen Konzertation. Heute entfernen sie sich eher von diesem Modell, indem sie stärker dezentralisieren und mehr Spielraum für sektorspezifische Diskussionen auf niedrigeren Ebenen schaffen. Es lässt sich heute schwer vorhersagen, wie weit dieser Prozess gehen wird. Vor dem Hintergrund des zunehmenden internationalen Wettbewerbs kann aber nicht davon ausgegangen werden, dass die Solidarität unter den verschiedenen sozialen Segmenten so stark sein wird wie in den 1960er Jahren.

Natürlich können wir nicht alle Löhne und Gehälter anpassen, da dies negative Auswirkungen auf die Produktivität und Wettbewerbsfähigkeit hätte. Um die Ungleichheit auf einem annehmbaren Niveau zu halten, gibt es indessen Mechanismen, die die Wettbewerbsfähigkeit weniger stark in Mitleidenschaft ziehen – wie beispielsweise Einkommenstransfers durch öffentliche Stellen, Umverteilung über die Steuersysteme, Unterstützungsleistungen für Bildungs- und Ausbildungsmaßnahmen …

Im Gespräch mit … *(Forts.)*

Es hat sich also herausgestellt, dass die Globalisierung die Lohnungleichheiten erhöht?

Die zunehmenden Ungleichheiten sind nicht einzig und allein auf die Globalisierung zurückzuführen. In den Vereinigten Staaten bestand der Konsens vor zehn Jahren darin, dass die wachsende Lohnungleichheit eine Folge des Machtverlusts der Gewerkschaften und der Globalisierung (zwei miteinander verbundene Faktoren) sowie des technischen Fortschritts darstellte. Es besteht kein Zweifel daran, dass der technologische Wandel zu einem Differenzierungsfaktor geworden ist. Vor zwanzig Jahren war es nicht entscheidend, zu wissen, wie man einen Computer effizient bedient, wohingegen dies heute definitiv von Bedeutung ist. Es lässt sich nur schwer bestimmen, welcher dieser beiden Faktoren – die Globalisierung oder die Technik – den größeren Einfluss auf die Beschäftigung hatte. Dennoch sind wir der Auffassung, dass die technologische Entwicklung nach wie vor einen stärkeren Einfluss auf die wachsenden Ungleichheiten hat als die globale wirtschaftliche Integration.

Warum ist die Beschäftigungsflexibilität so unerlässlich?

Im Zeitalter der Globalisierung ist eine gewisse Beschäftigungsflexibilität für die Wettbewerbsfähigkeit und mithin das Wachstum der Unternehmen von entscheidender Bedeutung, was wiederum der Beschäftigung zugute kommt. In Ländern, in denen Entlassungen komplizierten Bestimmungen unterliegen und die existierenden Arbeitsplätze sehr stark geschützt sind, wie beispielsweise Frankreich, ist es sehr viel schwieriger, am Arbeitsmarkt Fuß zu fassen. Das ist auch der Grund, warum junge Menschen immer häufiger in Zeitarbeitsfirmen, befristeten Arbeitsverträgen oder Praktika anzutreffen sind, bis interessante Stellen für sie frei werden.

Die jüngste Wirtschaftskrise hat klar vor Augen geführt, dass diese Situation jungen Menschen einen ungerechtfertigt hohen Anteil der Last aufbürdet, was das Aufbringen der notwendigen Flexibilität betrifft. Im ersten Jahr der Krise beispielsweise (zwischen dem 4. Quartal 2008 und dem 4. Quartal 2009) ging die Beschäftigungsquote der Arbeitskräfte unter 25 Jahren um 8,4% zurück, gegenüber 2,2% in der Altersgruppe der 25- bis 54-Jährigen und 1,7% unter den Arbeitskräften ab 55 Jahren. Hieraus ergibt sich in einigen Ländern wie Spanien, wo jeder zweite junge Mensch im erwerbsfähigen Alter ohne Beschäftigung ist, eine sehr hohe Jugendarbeitslosigkeit. Es gibt aber auch ein ermutigendes Zeichen: Einige der Länder, in denen diese Dualität sehr stark ausgeprägt ist, bemühen sich um die Umsetzung von Reformen, die den einigen Kategorien von Arbeitskräften gebotenen Beschäftigungsschutz ausgleichen sollen.

Sind Globalisierung und Beschäftigungssicherheit inkompatibel?

Eine derartige Behauptung scheint mir zu weit zu gehen. Ein gewisses Maß an Flexibilität ist unerlässlich, was aber nicht heißt, dass Unterstützungsmaßnahmen jeglicher Art untersagt sind – ganz im Gegenteil. In einigen Ländern erhielten Textilarbeiter Fortbildungen. Andere wiederum haben Schulungssysteme für ältere Arbeitskräfte eingerichtet. Ihr Erfolg liegt nicht immer auf der Hand, da es nicht einfach ist, wieder die Schulbank zu drücken und sich mit dem Computer vertraut zu machen, wenn die Schulzeit schon so lange zurückliegt und oft nicht unbedingt in sehr guter Erinnerung geblieben ist. Es ist insofern umso schwieriger, als es keine Garantie dafür gibt, dass ein Arbeitgeber nicht bei gleicher Qualifikation lieber einen 23-Jährigen einstellt. Unsere Forschungsarbeiten zeigen, dass die wirksamste Lösung häufig darin besteht, den entlassenen Arbeitskräften dabei zu helfen, wieder eine Stelle in ihrem ursprünglichen Kompetenzbereich zu finden. Aus einer makroökonomischen Perspektive betrachtet ist es sicherlich sinnvoller, Menschen zu helfen, von einem absteigenden in einen aufsteigenden Sektor überzuwechseln. Dies gilt aber nicht unbedingt auf mikroökonomischer Ebene.

Effektive Unterstützungsmaßnahmen können auch das Lohnniveau umfassen. Einige Länder testen Möglichkeiten wie Lohnsicherungssysteme, wohlwissend dass der Arbeitsplatz, den eine Person nach einer Umstrukturierung findet, häufig weniger gut bezahlt ist als der vorherige. Die Vereinigten Staaten, Frankreich und Deutschland testen derartige Systeme. In den Vereinigten Staaten

Im Gespräch mit … *(Forts.)*

muss das Unternehmen nachweisen, dass die Umstrukturierung durch den internationalen Wettbewerb bedingt ist. Aber auch hier verfügen wir nicht über hinreichend Abstand, um den Effekt dieser Maßnahmen evaluieren zu können. Zu den Maßnahmen, die mir am sinnvollsten erscheinen, um den negativen Beschäftigungseffekten der Globalisierung zu begegnen, zählt die Unterstützung der Arbeitskräfte bei der Anpassung ihrer Qualifikationen oder Erwartungen an die Erfordernisse der Sektoren mit den vielversprechendsten Beschäftigungsaussichten. Wie dem auch sei, die beste Lösung besteht sicherlich nicht darin, sich dem internationalen Handel zu verschließen, sondern vielmehr darin, den jungen Generationen die bestmögliche Bildung und Ausbildung an die Hand zu geben und Arbeitskräften Zugang zu lebenslangem Lernen zu bieten – kurz gesagt den Menschen zu ermöglichen, auf der sozialen Leiter aufzusteigen statt in niedrigere Gehaltsstufen abzugleiten.

Reicht ein gutes Bildungsniveau aus, um heutzutage einen Arbeitsplatz zu finden?

Hochschulabsolventen fühlen sich heute nicht mehr so privilegiert wie früher. Für sie hat die Unsicherheit zugenommen. Früher besuchten 10% der Bevölkerung die Hochschule. Heute sind es 50% und in manchen Ländern sogar 80%. Gleichzeitig gibt es Manager- und Führungsposten nicht in Hülle und Fülle, und in einigen Ländern hat sich zwischen dem Angebot an und der Nachfrage nach diesen Positionen eine große Kluft aufgetan. Die Überqualifizierung – bei der eine Person als zu qualifiziert für einen Posten gilt – ist ein weiterer Grund für die Arbeitslosigkeit. Der internationale Wettbewerb nimmt selbst in den Sektoren zu, die ein hohes Qualifikationsniveau voraussetzen. Ein Arzt in Indien kann mittlerweile Tomografiebilder analysieren, die in Österreich aufgenommen wurden. Vor zehn Jahren war das noch unvorstellbar, als westliche Spezialisten sich noch nicht einmal vorstellen konnten, eines Tages mit Radiologen aus Mumbai in Konkurrenz zu treten. Es wird für die Menschen immer wichtiger, sich ein Leben lang weiterzubilden, damit sie sich den großen technologischen, ökologischen und sozialen Entwicklungen anpassen können. Es ist ganz klar, dass die Regierungen in diesem Prozess eine Rolle zu spielen haben.

Dennoch gilt, selbst wenn der Wettlauf um Hochschulabschlüsse und der internationale Wettbewerb im OECD-Raum zugenommen haben, ist die Wahrscheinlichkeit, eine Arbeit zu finden, für Personen mit Hochschulabschluss immer noch größer als für geringqualifizierte Kräfte. Außerdem sind die Schwierigkeiten der Hochschulabsolventen rasch einen Arbeitsplatz zu finden, häufiger unangemessenen Beschäftigungspolitiken zuzuschreiben als der Globalisierung.

Weitere Informationen

OECD

Im Internet

Die Internetseite „Trade and Jobs" der OECD-Website enthält eine Zusammenfassung der Analysen der Organisation zu den Auswirkungen der Globalisierung auf die Beschäftigung und verweist auf unterschiedliche, klare und hilfreiche Quellen: *www.oecd.org/trade/tradeandjobs.htm.*

Die Arbeiten der OECD zu Beschäftigungsfragen sind verfügbar unter: *www.oecd.org/employment.*

International Collaborative Initiative on Trade and Employment (ICITE): Als gemeinsame Initiative von 10 Internationalen Organisationen, zu denen die OECD, die Weltbank und die Welthandelsorganisation (WTO) zählen, zielt die ICITE darauf ab, für ein besseres Verständnis der Interaktionen zwischen Handel und Beschäftigung zu sorgen, den Dialog zu diesen Fragen zu fördern und Schlussfolgerungen zu ziehen, die Politikverantwortlichen in ihren Entscheidungsprozessen helfen sollen: *www.oecd.org/trade/ICITE* (nur in englischer Sprache).

Veröffentlichungen

OECD Employment Outlook 2011: Ein Jahresbericht der OECD zur Lage der Beschäftigung in den OECD-Ländern und darüber hinaus. Die Ausgabe 2011 legt den Schwerpunkt auf den Effekt der globalen Wirtschaftskrise. Während die meisten Volkswirtschaften einen drastischen Anstieg der Produktion erleben, lässt die Zunahme der Beschäftigung länger auf sich warten. In Kapitel 1 wird insbesondere evaluiert, wie das soziale Sicherheitsnetz in den OECD-Ländern während der „Großen Rezession" funktioniert hat. Kapitel 2 enthält eine Analyse des Effekts des Systems der sozialen Sicherung auf den Arbeitsmarkt in den aufstrebenden Volkswirtschaften.

Divided We Stand: Why Inequality Keeps Rising (2011): Diese OECD-Veröffentlichung geht der Frage nach, inwieweit die wirtschaftliche Globalisierung, die auf Kompetenzen basierenden technologischen Fortschritte sowie institutionelle und Regulierungsreformen einen Einfluss auf die Lohnverteilung ausüben.

Globalisation, Employment and Wages (2007): Dieser OECD Policy Brief untersucht u.a. die Folgen des verstärkten internationalen Wettbewerbs auf das Beschäftigungsniveau und analysiert die Entwicklung der Reallöhne in den OECD-Ländern in den vergangenen Jahren.

Andere Quellen

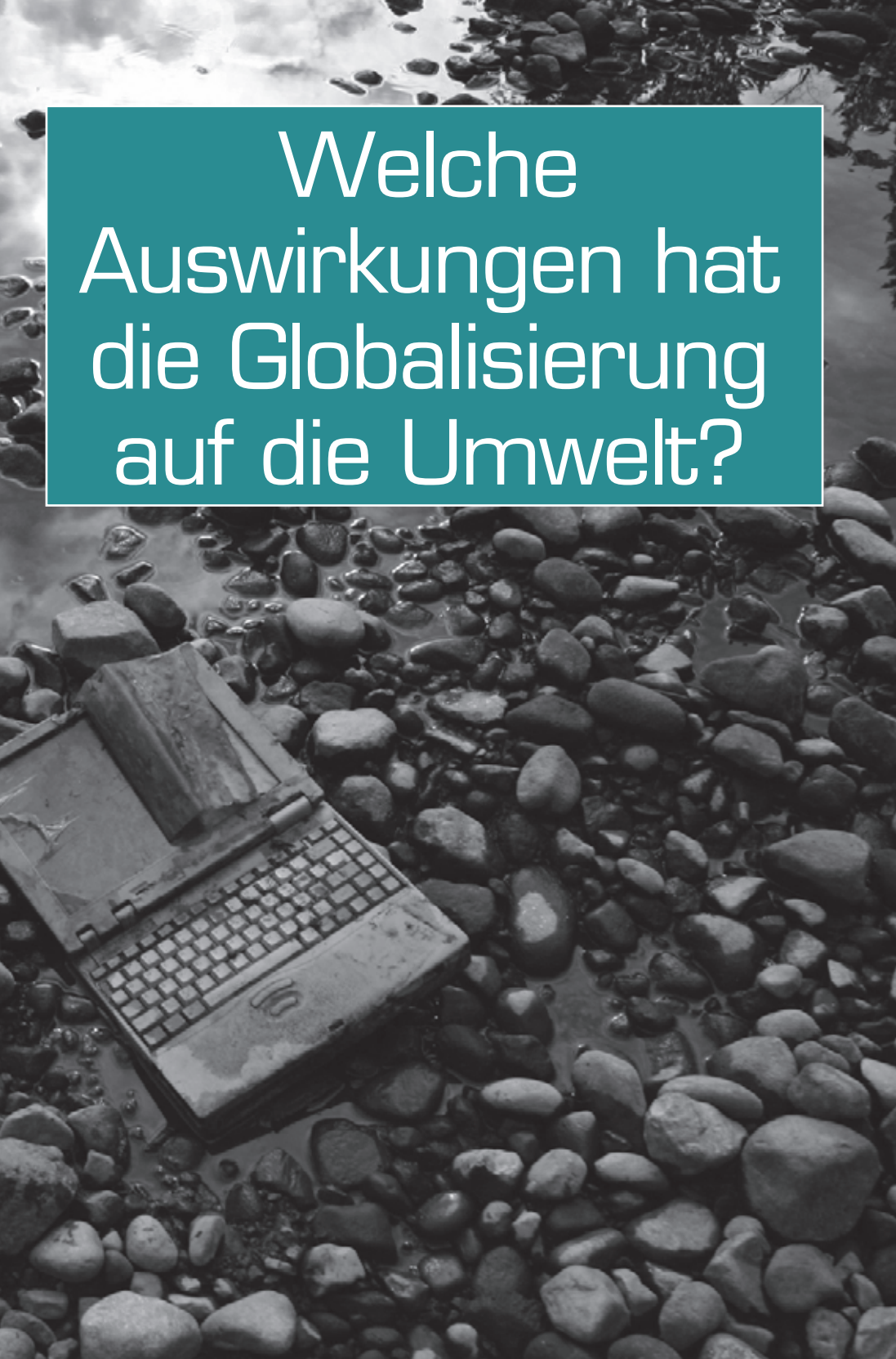
Prospects for Foreign Direct Investment and the Strategies of Transnational Corporations (2005-2008): Dieser Bericht der Handels- und Entwicklungskonferenz der Vereinten Nationen (UNCTAD) liefert Einblicke zum besseren Verständnis der Strategien der Unternehmen, die Auslagerungen vornehmen, mit ihren unweigerlichen Auswirkungen auf die Beschäftigungslage in dem Land, das sie verlassen.

7



Die Globalisierung hat dazu beigetragen, die großen Umweltschäden, mit denen wir heute konfrontiert sind, zu verschärfen, selbst wenn sie nur indirekt dafür verantwortlich ist. Manche nationalen, regionalen und internationalen Politikmaßnahmen haben die negativen Auswirkungen der Globalisierung auf die Umwelt abgeschwächt. Einige Lösungen sind auch in den Mechanismen der Globalisierung selbst zu finden. Politische Regulierungen und Anreize sind ebenfalls von entscheidender Bedeutung, entsprechen aber bisher noch nicht der Tragweite und Dringlichkeit der Herausforderungen.

Welche Auswirkungen hat die Globalisierung auf die Umwelt?



Zur Einleitung …

In dem Skiort Avoriaz an der Grenze zwischen Frankreich und der Schweiz, der zwischen einer Felswand und einer großen Bergspitze auf 1 800 Meter Höhe liegt, verlaufen die Winter jedes Jahr unterschiedlich. Die Geschäftsleute und das Tourismusbüro warten sehnsüchtig auf das immer seltener werdende weiße Gold. In den 1970er Jahren fielen pro Jahr bis zu 13 Meter Schnee. Heute werden 8 Meter nicht mehr überschritten. Avoriaz versucht deshalb, sein Angebot zu diversifizieren und investiert verstärkt in Sommertourismus und Ökologie. Zu dieser Strategie gehört auch ein hochmoderner Wasserpark.

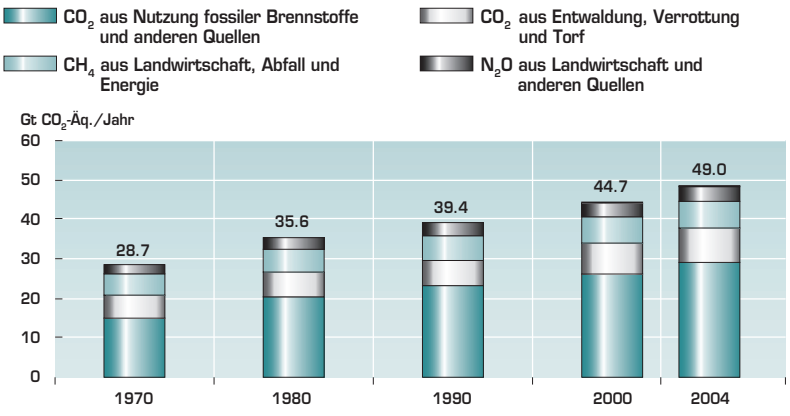
In den Jahren 1994, 2000, 2002 und 2003 wurden die heißesten Temperaturen seit 500 Jahren verzeichnet. Die Saison 2006 war noch schlimmer. In den französischen Wintersportorten gingen die Aufträge für Skilifte gegenüber dem Vorjahr um 22% zurück. Bisher ist jedoch noch niemand in Panik geraten. „Die plausibelste Hypothese ist, dass die Temperaturen in den kommenden Jahren um 2-3 °C steigen werden", sagt Guy Vaxelaire, Sekretär des nationalen Verbands der Bürgermeister von Skiorten. „Statistisch betrachtet würde dadurch das Verhältnis von schlechten zu guten Saisons von 1/10 auf 2/10 verschlechtert, das ist jedoch noch überschaubar." Das mag richtig sein, ein allgemeiner Temperaturanstieg um 1 °C würde in den Alpen jedoch zur Schließung von 160 der bestehenden 666 Skigebiete führen. Laut OECD sind die deutschen Skiorte noch stärker gefährdet.

Es gibt einen internationalen Konsens darüber, dass die Erde sich erwärmt und dass die globale Erwärmung seit den 1980er Jahren zugenommen hat. Die Durchschnittstemperatur der Atmosphäre steigt an, insbesondere in der nördlichen Halbkugel. In der wissenschaftlichen Fachwelt gibt es zwar unterschiedliche Meinungen über den genauen Beitrag der Menschheit zur Erderwärmung, die große Mehrheit ist sich jedoch einig, dass dieser Beitrag ganz real ist. Die meisten Naturwissenschaftler – insbesondere diejenigen, die im Zwischenstaatlichen Ausschuss für Klimaänderungen (IPCC) arbeiten – gehen davon aus, dass der Anstieg der anthropogenen Kohlendioxidemissionen (CO_2) die Hauptursache für die globale Erwärmung ist.

Die globale Erwärmung ist jedoch nicht das einzige Umweltproblem. Die Industrie, der Massenkonsum und der steigende Energiebedarf einer wachsenden Weltbevölkerung sind teilweise für Umweltverschmutzung, die Erschöpfung der Ressourcen und das Aussterben von Tier- und Pflanzenarten verantwortlich. Die Globalisierung hat parallel zu diesen Entwicklungen stattgefunden und sie manchmal auch gefördert.

In diesem Kapitel werden die wichtigsten Auswirkungen der Globalisierung auf die Umwelt zusammengefasst. Das Umweltbewusstsein ist in den letzten Jahren zwar gestiegen, es ist aber nach wie vor nicht ausreichend. Es sollte möglich sein, die Globalisierung nicht nur mit der Bewahrung der Umwelt in Einklang zu bringen, sondern auch sicherzustellen, dass die Globalisierung ein Vektor für umweltverträgliches Wachstum wird.

ANTHROPOGENE TREIBHAUSGASEMISSIONEN (THG)



Die Treibhausgasemissionen (THG) sind in 35 Jahren um 60% gestiegen. Entwaldung und die Verbrennung fossiler Brennstoffe sind die Hauptursache.

Quelle: IPCC, *Klimawandel 2007: Synthesebericht*, S. 41. Beitrag der Arbeitsgruppen I, II und III zum Vierten Sachstandsbericht des Zwischenstaatlichen Ausschusses für Klimaänderungen, Abb. SPM 3(a), IPCC, Genf, Schweiz.

Die Globalisierung ist teilweise für Umweltschäden verantwortlich

Die Globalisierung, die teilweise gleichbedeutend mit einer Zunahme des internationalen Handels ist, hat dazu geführt, dass Sachgüter in beispielloser Geschwindigkeit und Menge produziert, gehandelt und konsumiert werden. Dadurch wurde der ökologische Fußabdruck der menschlichen Aktivitäten weltweit vergrößert. Die Auswirkungen der Globalisierung auf die Umwelt sind zwar immer noch schwer zu beurteilen, in einigen Bereichen sind sie jedoch offensichtlich.

Erhöhung der Treibhausgasemissionen (THG)

Der Klimawandel gehört zu den größten Umweltproblemen, was umso besorgniserregender ist, als es unmöglich ist, genau vorherzusagen, wie er sich weiter entwickelt und welche Folgen er haben wird. Seine Ursachen sind jedoch bekannt. Der Klimawandel ist großenteils auf den Treibhauseffekt zurückzuführen – d.h. die übermäßige Absorption der Sonnenenergie in der Atmosphäre auf Grund der Akkumulation bestimmter Gase, insbesondere CO_2.

Die Hauptquellen für CO_2-Emissionen sind die Industrieproduktion, der Verkehr und, indirekter, die Entwaldung. Diese drei menschlichen Aktivitäten gibt es auch unabhängig von der Globalisierung, ihre erhebliche Ausweitung im Verlauf des 20. Jahrhunderts, und insbesondere in den letzten Jahrzehnten, hängt jedoch teilweise mit einer beschleunigten Globalisierung zusammen.

Die Globalisierung fördert verkehrsbedingte CO_2-Emissionen. Die Verkehrssysteme, die wichtige Antriebskräfte der Globalisierung sind, haben sich parallel zum internationalen Handel vervielfacht. Die straßenverkehrsbedingten Emissionen (hauptsächlich durch Pkw und Lkw) sind natürlich sehr hoch, entstehen aber überwiegend innerhalb der nationalen Grenzen. Die Öffnung einiger regionaler Räume (wie z.B. die Abschaffung der Grenzkontrollen zwischen den Ländern der Europäischen Union) hat dem Straßengüterverkehr jedoch enormen Auftrieb verliehen. Der grenzüberschreitende Straßenverkehr ist trotz einiger in letzter Zeit eingeführter ermutigender Alternativen, wie z.B. der Huckepackverkehr (der Transport von Lkw mit der Bahn), eine wichtige Quelle für CO_2-Emissionen.

Der wichtigste Verkehrsträger, der die Globalisierung in den letzten Jahrzehnten charakterisiert hat, ist jedoch das Flugzeug. Von 1990 bis 2004 sind die im Luftverkehr anfallenden THG-Emissionen um 86% gestiegen. Der Luftverkehr ist heute für 4-9% der insgesamt in der Atmosphäre freigesetzten THG-Emissionen verantwortlich. Auf den Seeverkehr entfallen dagegen jährlich 2-4% des weltweiten

Verbrauchs an fossilen Kraftstoffen. Rund 70% des internationalen Güterverkehrs in die EU und 95% der Handelsströme in die Vereinigten Staaten werden auf dem Seeweg durchgeführt. Eine Verbesserung der Energietechnologien reicht nicht aus, um die Umweltauswirkungen des jährlichen 3%igen Anstiegs des Seeverkehrs zu neutralisieren.

Ein großer Teil der verkehrsbedingten Umweltschäden ist jedoch auf einen Anstieg des Inlandsverkehrs zurückzuführen. Zum Luftverkehr ist zu sagen, dass indische Fluggesellschaften zwischen 2005 und 2007 insgesamt sage und schreibe 500 neue Flugzeuge bei den Flugzeugherstellern Airbus und Boeing bestellten, um den neu entstandenen inländischen Verkehrsbedarf zu decken. Das heißt mit anderen Worten, dass der durch die Globalisierungsdynamik angetriebene und auf den internationalen Handelswegen entstandene Verkehrszuwachs nicht der einzige Grund für den Anstieg der verkehrsbedingten CO_2-Emissionen ist.

Die Globalisierung fördert die mit der Industrietätigkeit und dem Konsum verbundenen CO_2-Emissionen indirekt. Während die Industrielle Revolution ein Vektor der Globalisierung war (vgl. Kapitel 2), förderte das Wachstum des grenzüberschreitenden Handels und der internationalen Investitionen die Industrieproduktion. Diese ist häufig eine wichtige Quelle von THG-Emissionen, z.B. bei der Stromerzeugung, die nach wie vor großenteils auf der Verbrennung von Kohle, Öl und Ölderivaten basiert. Der Treibhauseffekt und die Erderwärmung wurden folglich durch die Intensivierung der Globalisierung verstärkt.

Jahrzehntelang waren die entwickelten Länder – die Pioniere der globalen Industrialisierung – die weltweit größten Verursacher von Umweltschäden und für den Großteil der THG-Emissionen verantwortlich. Heute entfallen rd. 20% der globalen THG-Emissionen auf die Vereinigten Staaten.

In den letzten Jahren hat die sehr rasche Entwicklung der Schwellenländer jedoch dazu geführt, dass auch sie bedeutende Verursacher von THG-Emissionen wurden. Wie bereits angesprochen, basiert die Entwicklung dieser Länder zum großen Teil auf der Globalisierung, die die Industrialisierung der asiatischen Giganten förderte – oft auf Kosten der Umwelt. Um seinen Energiedurst zu stillen, nimmt China jede Woche ein neues Kohlekraftwerk in Betrieb. Kohle ist zwar der billigste und am häufigsten vorkommende fossile Brennstoff, sie verursacht jedoch auch die größten Umweltschäden ... Hinzu kommt die explosionsartige Zunahme der Verkehrsflotte und die rasante Urbanisierung des Landes. So überrascht es nicht, dass China 2007 der größte Verursacher von CO_2-Emissionen wurde und die Vereinigten Staaten überholte. Zugegeben, China hat in den letzten Jahren auch umfassende Maßnahmen zur Förderung erneuerbarer Energien eingeleitet. Die Schwellenländer

übernehmen die mit der Globalisierung zusammenhängende Logik des Massenkonsums jedoch jeden Tag etwas mehr. Das bedeutet, dass sie in den kommenden Jahren die Hauptverantwortlichen für steigende THG-Emissionen sein werden (vgl. das Gespräch mit Brendan Gillespie am Ende dieses Kapitels).

Die Globalisierung fördert die Entwaldung. Die Entwaldung ist eine indirekte, aber sehr bedeutende Ursache des Treibhauseffekts. Das CO_2-Volumen, das Pflanzen in Sauerstoff umwandeln können, wird durch Rodung und Holzeinschlag verringert. Dies führt zu einem entsprechenden Anstieg des CO_2-Volumens in der Atmosphäre und verstärkt somit den Treibhauseffekt. Und durch das Verbrennen von gerodetem Holz werden große Mengen CO_2 freigesetzt. Schätzungen zufolge ist der Anstieg der THG-Konzentration in der Atmosphäre zu ungefähr 20% auf Emissionen zurückzuführen, die durch Abholzung entstehen. Von 1990 bis 2005 wurden weltweit 3% der Wälder zerstört. Jeden Tag verschwinden etwa 200 km^2 Wald – eine Fläche, die doppelt so groß ist wie Paris.

Die Globalisierung ist oft ein Verbündeter der Kettensäge. Die Entwaldung ist vor allem auf die Umwandlung von Wäldern in landwirtschaftliche Nutzflächen zurückzuführen, insbesondere in Entwicklungsländern. Betrachten wir z.B. Brasilien: Die Landwirtschaft des Landes ist seit etwas mehr als zehn Jahren stark exportorientiert. Von 1996 bis 2003 stiegen die brasilianischen Sojaexporte nach China rasant von 15 000 Tonnen auf 6 Mio. Tonnen an. Diese Dynamik war verbunden mit Entwaldung und der Umwandlung eines Teils des Regenwalds in Agrarland.

Wie ein großer Teil der Umweltschäden allgemein, betreffen die Auswirkungen der Entwaldung nicht nur die Natur, sondern auch Menschen, insbesondere die Schwächsten. Die ärmsten Regionen sind am meisten von der globalen Erwärmung betroffen. Die VN schließen nicht aus, dass Wüstenbildung und zunehmende Wasserknappheit mittelfristig eine drastische Zunahme der Armut nach sich ziehen. In Subsahara-Afrika könnten bis 2060 90 Mio. Hektar durch Dürre unfruchtbar werden. In den nächsten siebzig Jahren könnten rd. 1,8 Milliarden Menschen von Wassermangel betroffen sein. Zentralasien, Nordchina und die Anden sind besonders gefährdet.

Die globale Erwärmung könnte andererseits auch eine der Ursachen für den in den letzten Jahren verzeichneten Anstieg der Anzahl von Naturkatastrophen wie Hurrikans, Stürme und Hochwasser sein. Von 2000 bis 2004 waren rd. 262 Millionen Menschen weltweit Opfer von Naturkatastrophen.

Wenn man sich dann noch vor Augen hält, dass 20-30% aller lebenden Arten verschwinden könnten, falls die durchschnittliche globale Temperatur um 3 °C ansteigt, wird das wahre Ausmaß der Um-

weltzerstörung klar: Auch ohne die Erderwärmung haben menschliche Aktivitäten im 20. Jahrhundert bereits bleibende Spuren in den Ökosystemen der Welt hinterlassen.

Zerstörung der biologischen Vielfalt

In den letzten Jahrzehnten sind viele Arten ausgestorben. Auch hier besteht ein indirekter Zusammenhang zwischen dem Aussterben einiger Arten und der Globalisierung. Menschliche Aktivitäten (insbesondere die Industrie wegen der Verschmutzung von Ökosystemen) sowie die Zersiedelung der Landschaft, die Landwirtschaft und der Bergbau – durch die bestimmte Arten verdrängt werden – sind nicht per se ein Ergebnis der Globalisierung. Die Globalisierung geht jedoch mit einer Vervielfachung der Vertriebskanäle einher, die wiederum weltweit neue Bedürfnisse und neue Nachfrage nach Produkten schaffen. Sie verstärkt die Industrialisierung und die Suche nach neuen Flächen, Bodenschätzen und Ressourcen sowie deren Ausbeutung, wodurch viele Ökosysteme geschwächt werden.

Das Beispiel der Fischereiwirtschaft ist besonders aufschlussreich. Die Bestände einiger Arten sind durch die Überfischung der Meere stark zurückgegangen. Die Bestände des Atlantischen Kabeljau – früher eine der in den kanadischen Gewässern am häufigsten vorkommenden Arten – brachen in den 1970er Jahren zusammen, nachdem sie durch Überfischung und eine steigende Weltnachfrage dezimiert worden waren. Dem Roten Thun im Mittelmeer erging es ebenso. Da er in Japan als Delikatesse betrachtet wird, ist er durch Überfischung vom Aussterben bedroht.

Der Weltnaturschutzunion (IUCN) zufolge sind heute weltweit 22% der Säugetiere vom Aussterben bedroht, ebenso wie 24% der Schlangenarten, 31% der Amphibien und 35% der Vögel.

Die Flora ist ebenfalls gefährdet. Offene internationale Märkte und sinkende Transportkosten haben einige exotische Rohstoffe und Agrarerzeugnisse für die Verbraucher in den entwickelten Ländern erschwinglich gemacht. Die steigende Nachfrage hat den Druck auf einige Pflanzen langsam erhöht. Nehmen wir als Beispiel die Insel Borneo. Die Vorliebe für Möbel und andere Gebrauchsartikel aus Tropenholz hat dazu geführt, dass einige Holzarten wie Teak heute zu den bedrohten Arten gehören. Der zunehmende Einsatz von Palmöl in der Ernährungswirtschaft und der Bedarf der Papierindustrie sind darüber hinaus die Ursache für eine gigantische Abholzung von Borneos Regenwald. Hinzu kommt die rasche Urbanisierung. Bei diesem Tempo wird in einigen Jahren ein Viertel von Borneos Flora und Fauna vom Erdboden verschwunden sein. Die Waldfläche ist in den letzten 15 Jahren im Südpazifik und in Südasien schneller zurückgegangen als in anderen

Regionen der Welt. In Lateinamerika und Subsahara-Afrika werden in den Wäldern ebenfalls verheerende Schäden angerichtet.

Wie die meisten großen Umweltprobleme hat diese vorhersehbare Zerstörung der biologischen Vielfalt auch ökonomische Kosten. Ein Rückgang der Bestäubung der Flora (einschließlich der Anbaukulturen) könnte zu sinkenden Erträgen führen. Die Länder müssen u.a. mehr in Wasserreinigung investieren. Der durch die Beschädigung des Ökosystems für die Weltwirtschaft entstehende jährliche Verlust wird auf insgesamt 68 Mrd. US-$ geschätzt.

Die positive Entwicklungsdynamik, die sich teilweise aus der Globalisierung ergibt, steht vor einer großen Herausforderung. Der Weltverband zum Schutz wildlebender Tiere (World Wildlife Fund for Nature – WWF) prognostiziert, dass die Menschheit – wenn sich nichts ändert – ab 2030 jedes Jahr doppelt so viele Ressourcen verbrauchen wird, wie der Planet in einem Jahr produzieren kann.

Ungleiche politische Anstrengungen

Seit mehreren Jahrzehnten ist bei den politischen Entscheidungsträgern eine gewisse Sensibilisierung für Umweltthemen zu beobachten. Die Umweltzerstörung wird zwar teilweise direkt oder indirekt durch die Globalisierung verursacht, durch eine verstärkte internationale politische Zusammenarbeit können jedoch auch Lösungen gefunden werden. Dazu müssen jedoch alle Ebenen der Entscheidungsfindung mobilisiert werden.

Ebenso wie in den Bereichen Entwicklung und Beschäftigung **sind die nationalen politischen Entscheidungsträger auch im Umweltbereich aufgerufen, Maßnahmen zu ergreifen, um Umweltschäden, die teilweise durch die Globalisierung verursacht werden, zu verhindern oder zu beheben.**

Die Sensibilisierung für die Notwendigkeit, die biologische Vielfalt zu bewahren, zeigt sich darin, dass die Zahl der Naturschutzgebiete seit dem letzten Jahrhundert weltweit zugenommen hat. Seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs ist die Zahl der Naturschutzgebiete und Naturdenkmäler fast um das Zwanzigfache gestiegen. 2006 waren rd. 20 Mio. km² Land und Gewässer geschützt – eine Fläche, die mehr als doppelt so groß ist wie China. Riesige Gebiete der Erde sind jedoch immer noch fragil und ungeschützt. Die Bewahrung der Regenwälder stellt im Amazonasgebiet nach wie vor eine Herausforderung dar (vgl. das Gespräch mit Brendan Gillespie am Ende dieses Kapitels). Die Regierung in Brasilia hat versprochen, die Rodung des Regenwaldes im Amazonasgebiet bis 2018 um 70% zu reduzieren.

Es gibt viele nationale Maßnahmen – insbesondere, aber nicht nur, in den entwickelten Ländern –, um die globale Erwärmung zu bekämpfen und die CO_2-Emissionen zu begrenzen. Dazu gehören u.a. gesetzlich vorgeschriebene Katalysatoren in Automobilen, Partikelfilter in der Industrie sowie Subventionen für die Wärmedämmung in Gebäuden und die Vermeidung von Energieverlusten. Es ist unmöglich, eine erschöpfende Liste aller Umweltverpflichtungen oder -anreize für Unternehmen und den einzelnen Bürger in den OECD-Ländern zu erstellen. Es steht jedoch außer Frage, dass inländische Maßnahmen und Kampagnen in den vergangenen dreißig Jahren Früchte getragen haben, zumindest im Hinblick auf die Sensibilisierung. Im OECD-Raum war der Durchschnittsbürger nie so besorgt über die Bewahrung des Lebensraums wie heute.

Eines der Merkmale von Umweltschäden besteht jedoch darin, dass sie an Grenzen nicht Halt machen. Deshalb ist es manchmal notwendig, auf *bilaterale* (zwischen zwei Ländern) oder *regionale* (zwischen Ländern der gleichen geografischen Region) Abkommen zurückzugreifen. Dies ist in der Vergangenheit mit einigem Erfolg geschehen. Die Industrieemissionen US-amerikanischer Fabriken lagerten sich jahrzehntelang als chemische Partikel in Wolken ab, die in den an die Vereinigten Staaten angrenzenden Regionen Kanadas zu saurem Regen führten. 1991 führte ein Luftqualitätsabkommen zwischen den beiden Ländern strenge Kontrollen für Industrieemissionen ein. Seitdem ist der saure Regen stark zurückgegangen. Darüber hinaus enthalten einige bilaterale Handelsabkommen heute Umweltklauseln, die z.B. den Abbau von Subventionen für Aktivitäten vorsehen, die schädliche Auswirkungen auf die Umwelt haben.

Einige auf *regionaler* Ebene verabschiedete Vorschriften sind konkreter Ausdruck des Bestrebens, die Umwelt zu schützen. Ein solches Beispiel ist das REACH-Programm der Europäischen Union, das darauf abzielt, die Verbreitung gefährlicher oder potenziell gefährlicher chemischer Stoffe zu begrenzen. Dieses Programm führte zu einer europäischen Richtlinie, deren Umsetzung streng kontrolliert wird – manchmal zum Bedauern der europäischen Industrie, die kritisiert, dass diese Bestimmungen die Wettbewerbsfähigkeit gegenüber Konkurrenten aus anderen Regionen, in denen diese Vorschriften nicht angewendet werden, beeinträchtigen. Dieses Argument stellt die Grundsatzfrage, wie nützlich Umweltschutzbestimmungen sind, wenn sie auf bestimmte Weltregionen begrenzt sind. Einige Umweltherausforderungen, wie z.B. die globale Erwärmung, sind grenzüberschreitend und können durch bilaterale oder regionale Abkommen allein nicht gelöst werden.

Einige *global* koordinierte Aktionen haben zu positiven Ergebnissen geführt. Mehrere Länder haben Abkommen unterzeichnet, die den Ausstoß von Stickstoffdioxid (NO_2), der Hauptursache für sauren

Regen, begrenzen, was weltweit zu einem erheblichen Rückgang der betreffenden Emissionen geführt hat. Das Gleiche gilt für von Kühlsystemen ausgestoßene Fluorchlorkohlenwasserstoffe (FCKW). Die FCKW-Emissionen, die für eine besorgniserregende Zerstörung der Ozonschicht verantwortlich sind (die die Erdoberfläche vor gefährlichen Sonnenstrahlen schützt) wurden durch das von vielen Regierungen 1987 unterzeichnete Montrealer Protokoll erheblich reduziert. 2006 stellte die Weltorganisation für Meteorologie (WMO) fest, dass sich die Ozonschicht an den Polen regeneriert. Wenn die internationale Gemeinschaft die Initiative ergreift, kann sie also ökologische Erfolge erzielen.

Die internationale Zusammenarbeit ist bei Umweltfragen aber nach wie vor unzureichend. Das gilt z.B. für die globale Erwärmung. Und das, obwohl die Regierungen Ende der 1980er Jahre in dieser wichtigen Frage eine beispiellose Zusammenarbeit einleiteten. Zuerst versetzte die Einrichtung des IPCC im Rahmen der Vereinten Nationen Naturwissenschaftler weltweit in die Lage, die Ursachen der Erwärmung zu analysieren, wie zu Beginn dieses Kapitels bereits dargelegt wurde. Dann ermöglichte die Rio-Konferenz von 1992 es über 150 Regierungen, einen Prozess einzuleiten, dessen erste konkrete Fortschritte im Kyoto-Protokoll von 1997 verankert wurden. In diesem Übereinkommen verpflichteten sich die entwickelten Länder, ihre jährlichen CO_2-Emissionen im Zeitraum 2008-2012 um durchschnittlich 5% gegenüber dem Niveau von 1990 zu senken.

Trotz dieser beispiellosen Mobilisierung der internationalen Gemeinschaft und der offenkundigen Wirksamkeit einiger Maßnahmen, wie z.B. des Handels mit Emissionsrechten, reicht das Kyoto-Protokoll nicht aus. So haben die Vereinigten Staaten beispielsweise das Protokoll nicht unterzeichnet. Außerdem wurden die Entwicklungsländer nicht in den Vertrag eingebunden, da er sich auf die wichtigsten Verursacher von CO_2-Emissionen konzentrierte. Wie wir bereits festgestellt haben, sind die Schwellenländer inzwischen jedoch auch wichtige CO_2-Emittenten.

Die Konferenz von Kopenhagen im Dezember 2009, die die Dynamik von Kyoto neu beleben sollte, wurde von vielen als Misserfolg betrachtet, hauptsächlich weil die 180 beteiligten Regierungen keine quantifizierte Einigung über THG-Reduzierungen erzielten. Die Konferenz von Cancún 2010 und die Konferenz von Durban 2011 konnten die Defizite der Konferenz von Kopenhagen teilweise beheben: Sie legten das Ziel fest, eine durchschnittliche globale Erwärmung um 2 °C gegenüber dem vorindustriellen Niveau nicht zu überschreiten und schufen mehrere Instrumente, um die diesbezüglichen Aktionen der einzelnen Länder je nach Entwicklungsstand zu steuern. Das im Juni 2012 unterzeichnete Rio+20-Abkommen erzielte keine wesentlichen Fortschritte.

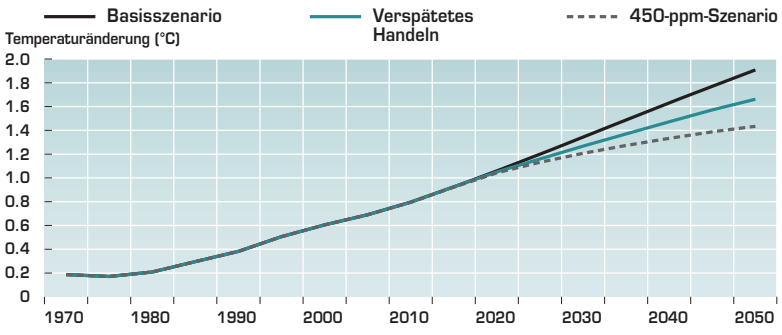
Die internationalen Vereinbarungen über den Klimawandel – von Kyoto bis Durban – waren zwar enttäuschend, hatten jedoch das Ver-

dienst, das Bewusstsein der Politiker für Umweltfragen zu schärfen. Die bloße Tatsache, dass sich die Regierungs- und Staatschefs der Länder, die am meisten zur Umweltverschmutzung beitragen, in einem Raum treffen, um Umweltfragen zu erörtern, ist ein deutlicher Fortschritt.

Das Ergebnis der in den letzten Jahrzehnten ergriffenen nationalen und internationalen Maßnahmen besteht darin, dass **die entwickelten Länder in den letzten dreißig Jahren die Umweltverschmutzung reduziert haben**. Seit 1980 findet eine Entkoppelung zwischen dem ökologischen Fußabdruck der entwickelten Länder und dem BIP-Wachstum statt (vgl. Abbildung). Die Reduzierung der THG-Emissionen ist teilweise auf den Übergang von einer Industrie- zu

KOSTEN BEI UNTÄTIGKEIT

Veränderung der globalen mittleren Temperatur (2050 gegenüber dem vorindustriellen Niveau)



Die auf der Erde herrschende Temperatur wird bis 2020 weiter ansteigen. Dann hängt alles von der Effektivität und Zielsetzung der Pläne zur Reduzierung der THG-Emissionen ab. Das Basisszenario spiegelt die mögliche Entwicklung wider, wenn sich nichts ändert. Das „450-ppm-Szenario" ist das ehrgeizigste der drei Szenarien und unterstellt die schrittweise Einführung einer Steuer zur Begrenzung der langlebigen atmosphärischen Konzentrationen auf 450 Partikel pro Millionen (ppm) CO_2-Äquivalente. Dies würde 2050 zu einer Emissionsreduzierung von rd. 40% gegenüber dem Niveau von 2000 führen.

Quelle: OECD (2008), *Umweltausblick bis 2030*, OECD Publishing, Paris.

StatLink http://dx.doi.org/10.1787/888932780228

einer Dienstleistungswirtschaft – die per definitionem weniger umweltbelastend ist – zurückzuführen.

Die Globalisierung ist ein Vektor für Umweltlösungen

Wie bereits angesprochen, ist die Globalisierung indirekt für Umweltschäden verantwortlich. So wie in anderen Bereichen wie beispielsweise Entwicklung, Beschäftigung und Finanzen verstärkt sie sowohl die Probleme als auch die Nutzeffekte. Die Globalisierung kann jedoch auch dazu beitragen, Umweltschäden zu mindern oder zu verhindern. So kann der internationale Handel helfen, die technisch ausgereiftesten Umweltlösungen zu verbreiten, insbesondere in Bezug auf die Erderwärmung.

Die Globalisierung von Handel und Forschung betrifft auch die Umwelttechnologien. Die Industrie, der globale Kapitalverkehr und die globalisierte Forschung und Innovation können helfen, Quellen für „grünes Wachstum" zu erschließen und sind überaus effektive Instrumente zur Bekämpfung von Umweltverschmutzung und Klimawandel auf globaler Ebene.

Die öffentlichen und privaten internationalen Investitionen in Umwelttechnologien nehmen ständig zu. Ende 2008 hatten US-amerikanische Risikokapitalfonds weltweit fast 2,8 Mrd. US-$ in Umwelttechnologien investiert – ein Rekordwert trotz der schwierigen Marktbedingungen. Biokraftstoffe, erneuerbare Energien, Windenergie und vor allem Sonnenenergie erleben einen Boom. Von Juli bis September 2008 wurden insgesamt 1,5 Mrd. US-$ an Wagniskapital in Sonnenenergie investiert. Gleichzeitig stiegen die öffentlichen Investitionen in Umwelttechnologieforschung. Die Dynamik der „grünen" Forschung und Industrie ist vielversprechend: Die Suche nach Umweltlösungen fördert neue Aktivitäten und neue Produkte, aber auch neue Produktionsverfahren, die dank der durch die Globalisierung entstehenden Handels- und Produktionsnetze schnell verbreitet werden können.

Die Globalisierung kann Umweltschutz und Entwicklung miteinander in Einklang bringen. Der internationale Wettbewerb kann ein Hindernis für die Lösung von Umweltproblemen sein. Die Unternehmen geben nur ungern Geld für Umweltanstrengungen aus, weil ihre Wettbewerbsfähigkeit dadurch beeinträchtigt wird. Die Entwicklungsländer halten die entwickelten Länder für die Hauptschuldigen und betrachten die von ihnen geforderten Umweltschutzbemühungen als Mittel, mit dem die fortgeschrittenen Länder

versuchen, ihren wirtschaftlichen Vorsprung zu sichern. Umweltlösungen müssen jedoch auch internationale Marktmechanismen einschließen.

Das im Rahmen des Kyoto-Protokolls eingeführte CO_2-Emissionshandelssystem passt sehr gut in die Globalisierungsdynamik. Das System kann von Unternehmen in verschiedenen Ländern umgesetzt werden. Es kann Unternehmen aus Entwicklungsländern erfassen und Anreize für umweltfreundliche Investitionen in Entwicklungsländern setzen. Neben dem Recht auf den Handel mit Emissionszertifikaten umfasst das Kyoto-Protokoll ein Anreizsystem, um den Beitrag der Entwicklungsländer zur Reduzierung der THG-Emissionen zu erhöhen und gleichzeitig ihre Wirtschaft anzukurbeln: Der Mechanismus für umweltverträgliche Entwicklung (Clean Development Mechanism – CDM) ermöglicht es Unternehmen in entwickelten Ländern, zusätzliche Emissionsrechte zu erwerben, wenn sie in weniger umweltschädliche Industrieprojekte in Entwicklungsländern investieren. Es gibt zwar einige positive Ergebnisse, insbesondere in China, der Prozess könnte jedoch noch verbessert werden, indem einige Verfahren vereinfacht und mehr Entwicklungsländer eingebunden werden.

Unabhängig von diesen Mechanismen (die einen institutionellen Rahmen voraussetzen) fördert die unternehmensgesteuerte Globalisierung den Transfer sauberer Technologien von den entwickelten in die Entwicklungsländer. Multinationale Unternehmen, die sich lange Zeit nicht viel um Umweltschutz gekümmert haben, können ebenfalls wertvolle Partner für die Bekämpfung der globalen Erwärmung sein. Da sie mit den Umweltstandards und -praktiken in den entwickelten Ländern vertraut sind, sind sie wichtige Vektoren für den Transfer grüner Technologie und guter Praxis. Heute beliefern große europäische Unternehmen unter Einsatz von Spitzentechnologie chinesische Megastädte mit Kläranlagen sowie Abfallsammlungs- und Recyclingsystemen.

Die Abkommen von Kopenhagen, Cancún und Rio haben zwar ihre Defizite, sie sehen jedoch eine stärkere Ausrichtung der internationalen Entwicklungszusammenarbeit, die einen Teilbereich der finanziellen Globalisierung darstellt, auf Wirtschaftsprogramme vor, die den Umweltschutz fördern. Darüber hinaus wird das Umweltbewusstsein durch Sensibilisierungskampagnen von NRO sowohl im Norden als auch im Süden allmählich geschärft.

Insgesamt ist festzustellen, dass diese Entwicklungen das Umweltbewusstsein in den aufstrebenden Ländern geschärft haben. Während der Olympischen Spiele in Peking haben die chinesischen Behörden in der Stadt ein partielles Fahrverbot eingeführt. Die Umwelt wird für die Entscheidungsträger ein immer wichtigeres Anliegen. Der erhebliche Anstieg von mit Umweltverschmutzung zusammen-

hängenden Krankheiten und der daraus resultierenden öffentlichen Gesundheitskosten sind ebenfalls Anreize für politische Maßnahmen.

Schlussbetrachtungen …

Die THG-Emissionen werden weiter steigen, die Durchschnittstemperatur der Erde wird sich erhöhen, und der Verlust an biologischer Vielfalt wird zunehmen. Das Ausmaß dieses Anstiegs wird von den Zielsetzungen und der Effektivität der Maßnahmen abhängen, die weltweit ergriffen werden. Entschlossenes politisches Handeln könnte das Phänomen verlangsamen. Regierungen, Unternehmen und Bürger müssen in vielen Bereichen mehr tun. Sie benötigen eine ganzheitliche Vision, um ihre Energie sinnvoll einsetzen und die kostengünstigsten Maßnahmen identifizieren zu können. Oder besser noch, sie sollten Maßnahmen konzipieren, umsetzen und fördern, die sowohl die Umwelt schützen, als auch Wohlstand und Beschäftigung schaffen. Das ist die Quintessenz des von der OECD und vielen internationalen Organisationen empfohlenen „grünen Wachstums".

Die globale Erwärmung stellt eine dringende Herausforderung dar, der die Entscheidungsträger weltweit nicht genügend Aufmerksamkeit schenken. Wenn die Globalisierung einen nachhaltigen Pfad verfolgt, ist sie mit einer gesunden und ressourcenreichen Umwelt, die die Bedürfnisse zukünftiger Generationen dauerhaft sichern kann, vereinbar.

Im Gespräch mit …

Brendan Gillespie, Leiter der Abteilung Umweltpolitische Leistungsbilanz und Umweltinformationen in der OECD-Direktion Umwelt

Welche Auswirkungen hat die Globalisierung auf die Umwelt?

Es gibt keine einfache Antwort auf diese Frage. Als wachstumsfördernder Faktor hat die Globalisierung Auswirkungen auf die Umwelt. Dank des globalisierten Informationsaustauschs und Wissens ist sich die Öffentlichkeit der Umweltfragen jedoch auch viel stärker bewusst, was zu einer größeren Mobilisierung geführt hat. Wegen der Zunahme des Handels und der Investitionen können die Ressourcen theoretisch rationeller eingesetzt werden. Vorerst hat es jedoch den Anschein, dass die negativen Umweltauswirkungen der Globalisierung in den Vordergrund rücken. Man denke etwa an die Zunahme der verkehrsbedingten Umweltbelastung.

Ist der wachsende Anteil des Verkehrs an den globalen CO_2-Emissionen insgesamt eine der Ursachen für die verstärkte globale Erwärmung?

Der Anteil des Verkehrs an den gesamten CO_2-Emissionen hat in den letzten Jahren zugenommen, ist absolut gesehen jedoch nach wie vor gering. Es wird viel von „CO_2 pro Kilometer" gesprochen, um den ökologischen Fußabdruck des internationalen Handels zu bewerten. Einige sind der Ansicht, dass die Europäer lokale Weine an Stelle von chilenischen Weinen trinken und keine kenianischen Blumen mehr kaufen sollten, um die CO_2-Emissionen zu begrenzen. Diese Lösungsansätze greifen jedoch häufig zu kurz, weil sie das Gesamtbild nicht berücksichtigen. So

Im Gespräch mit … *(Forts.)*

verbraucht die Blumenzucht in Kenia beispielsweise insgesamt weniger fossile Energie als der Anbau in Nordeuropa – einschließlich des Transports.

Einige glauben, dass die Technologie der Kohlenstoffsequestrierung bis 2020 perfektioniert werden kann. Gleichzeitig könnte sich der Kohleverbrauch in China vervierfachen. Viele setzen darauf, dass verbesserte Technologien Lösungen für die globale Erwärmung bieten werden, die wir uns heute noch gar nicht vorstellen können. Können wir es uns leisten, auf diese Technologien zu warten?

Es stimmt, technologische Innovationen können bei der Bekämpfung des Klimawandels eine wichtige Rolle spielen. Die Politikmaßnahmen zur Förderung umweltfreundlicher Technologien vervielfachen sich. Wenn die bestehenden sauberen Technologien in größerem Umfang verfügbar wären, würden die CO_2-Emissionen bereits jetzt drastisch sinken. Ein Paradebeispiel: Wenn alle Fernsehgeräte und Computer einen Schalter hätten, der das Gerät im Stand-by-Betrieb automatisch abschaltet, könnten enorme Energieeinsparungen erzielt werden.

Ein weiteres Beispiel: Glühbirnen, die mehr Energie verbrauchen und eine kürzere Lebensdauer haben als energiesparende Lampen, sind heute in Australien verboten.

Bei den Wasserressourcen ist in vielen Entwicklungsländern eine enorme Verschwendung festzustellen, da diese Länder 70% des verfügbaren Wassers – oft nicht sehr effizient – für die Landwirtschaft verwenden. Das Problem ist teilweise auf die für die Nutzer sehr niedrigen Wasserkosten zurückzuführen. Wenn diese Landwirte verstärkt erprobte Tropftechnologien einsetzen würden, wie dies in Australien und Israel der Fall ist, würden sie Millionen Liter Wasser einsparen. Dies erfordert natürlich Investitionen, aber in Anbetracht der langfristigen realen Kosten der jetzigen Verbrauchsmuster wäre die Kapitalrendite erheblich.

Wer sollte diese Investitionen bezahlen?

In der OECD legen wir seit langem den Schwerpunkt auf das „Verursacherprinzip" und das „Nutzerprinzip". Die Umweltpolitik sollte sicherstellen, dass die Produktkosten die Umweltkosten widerspiegeln. Die Verbraucher sollten aber auch für einige Umweltdienstleistungen, wie z.B. den Zugang zu Trinkwasser, bezahlen. Der Transport des Wassers von einem Speicher zu einer Küche kostet viel Geld.

Es stimmt, dass die erforderlichen Investitionen so hoch sein können, dass sie sich erst nach 30 oder 40 Jahren amortisieren. Deshalb empfiehlt es sich, die Wasserinfrastruktur als „öffentliches Gut" zu betrachten und öffentliche Mittel zu ihrer Finanzierung zu mobilisieren. Das Gleiche gilt für die Gesundheitsversorgung. In China werden viele Erkrankungen der Atemwege durch Umweltverschmutzung verursacht. Schätzungen der Weltbank zufolge könnte das Land durch Verbesserungen in diesem Bereich sein BIP dank Einsparungen im Gesundheitssystem um 3-5% steigern. Desgleichen werden wir sehr bald keine Waldreserven mehr haben, wenn wir die Wälder weiter abholzen und ihre Ressourcen zu niedrigen Kosten verkaufen. Wir verpfänden zukünftige Gewinne. Eine nachhaltige Bewirtschaftung wird dagegen langfristige Einnahmen sichern.

Die Schwierigkeit liegt darin, dass die kriminellen Organisationen, die die Naturschutzgebiete zerstören, nur unzureichend kontrolliert werden. In den internationalen Berichten wird wahrscheinlich nicht genug auf den illegalen Handel mit Pflanzen und Tieren hingewiesen. Der Markt ist riesig, und die Schäden sind enorm. Afrika, Indonesien und Russland gehören zu den Regionen, die erheblich von diesem kriminellen Handel betroffen sind, denen jedoch die Mittel fehlen, ihn zu kontrollieren und auszumerzen. Vor einigen Jahren waren manche Straßen von Abidjan in Côte d'Ivoire voller Giftmüll, der aus einem niederländischen Schiff stammte, das vorgab, Siedlungsabfälle zu transportieren. Die Verursacher von Umweltschäden gehen nur geringe Risiken ein. Ohne globale Politikmaßnahmen und eine mit angemessenen Vollstreckungsbefugnissen ausgestattete internationale Polizei werden sie immer gewinnen. Es sind zwar einige Fortschritte erzielt worden, beispielsweise die Zusammenarbeit zwischen den Zollbehörden und Interpol, es bleibt jedoch noch viel zu tun.

Auf internationaler Ebene ist die Finanzierung der Investitionen noch schwieriger. In der

Im Gespräch mit … *(Forts.)*

Vergangenheit waren die entwickelten Länder die Hauptverursacher von THG-Emissionen. In Zukunft müssen die Entwicklungsländer jedoch ihren THG-Ausstoß reduzieren, mit weitreichenden Folgen für ihre Entwicklung. Die Meinungsverschiedenheiten zwischen entwickelten und Entwicklungsländern über die Verantwortlichkeiten und die Kostenteilung gehören bei den Diskussionen über ein internationales Klimaabkommen zu den größten Hindernissen.

Wer hat die Macht, der heutigen weltweiten Umweltzerstörung Einhalt zu gebieten?

Erstens die Regierungen, die zweckdienliche Maßnahmen ergreifen müssen, die die Umweltkosten der Aktivitäten der öffentlichen Verwaltungen, der Unternehmen und der Bürger widerspiegeln. Alle beteiligten Akteure müssen jedoch einen Beitrag leisten: Die Hersteller müssen umweltverträglichere Produktionsmethoden einführen, und die Verbraucher müssen ihre Gewohnheiten ändern, beispielsweise indem sie „grünere" Produkte und Dienstleistungen kaufen. Der Sachverhalt ist komplizierter, als es scheint. So können Anreize für Unternehmen oder Behörden, Kaffee zu verkaufen, der mit dem „Fair-Trade"-Siegel gekennzeichnet ist, zwar gut für die Umwelt sein, sie können aber nicht alle mit der Kaffeeproduktion verbundenen Umweltprobleme lösen. Um wirklich positive Auswirkungen zu haben, muss ein breiter Fächer unterschiedlicher Maßnahmen gleichzeitig umgesetzt werden.

Wie schärfen die Entwicklungsländer das Bewusstsein für Umweltherausforderungen?

THG-Emissionen gibt es in allen Ländern. Bisher waren die OECD-Volkswirtschaften die wichtigsten – und auch die reichsten – Verursacher. In Zukunft werden die BRIC-Länder in erster Linie für den Anstieg der THG-Emissionen verantwortlich sein. Sie werden jedoch nicht so reich werden wie die entwickelten Länder. Wir haben eine gemeinsame – wenn auch zeitlich verschobene – Verantwortung. Die Umweltschutzbemühungen müssen diese Entwicklungen widerspiegeln.

Die chinesischen Behörden sind sich heute der Notwendigkeit des Handelns sehr bewusst. Die chinesische Industrie verbraucht große Mengen an Rohstoffen. Ihre extreme Abhängigkeit von ausländischen Lieferanten ist ein Nachteil – weshalb die Regierung in Peking entschieden hat, in ein effizienteres Produktionssystem zu investieren, insbesondere im Hinblick auf Energie. Desgleichen kann unbehandeltes Abwasser nicht in der Landwirtschaft genutzt werden. Und nicht zuletzt ist die Umwelt für die Öffentlichkeit ein zunehmend wichtiges Anliegen.

Viele chinesische Medien und Haushalte bekundeten ihren Unmut, als bekannt wurde, dass einige Beamte enge Verbindungen mit Unternehmen unterhielten, die enorme Umweltschäden verursacht hatten.

Trotz dieser Fortschritte behaupten einige, dass 80% des zukünftigen Anstiegs der THG-Emissionen auf Schwellenländer entfallen werden.

Es bedarf einer Abwägung zwischen wirtschaftlicher Entwicklung und Umweltherausforderungen. Die Dinge ändern sich, einige Länder sind jetzt wirklich besorgt. 2008 trat die brasilianische Umweltministerin zurück, weil sie die Verpflichtungen der Regierung in Brasilia nicht durchsetzen konnte. Sie war der Auffassung, dass das Wachstum zu sehr auf Kosten der Ökologie gefördert wurde. Diese Geste sendete zu diesem Zeitpunkt aber auch ein starkes Signal.

Ist dies nicht eigentlich ein pessimistisches Signal?

Der Umweltschutz bringt Kosten mit sich, zieht oft jedoch auch unerwartete Nutzeffekte nach sich. Wie aus dem Stern-Bericht eindeutig hervorgeht, verursacht länger andauernde Tatenlosigkeit in Umweltfragen höhere Kosten als entschlossenes Handeln. Wir müssen die effektivsten Instrumente identifizieren. Wir müssen außerdem die potenziellen Gewinner und Verlierer der Umweltmaßnahmen identifizieren und ihre negativen Auswirkungen auf die am stärksten betroffenen Gruppen abmildern. Die Regierungen und Unternehmen erkennen zunehmend, dass die Respektierung der Umwelt nicht nur mit Kosten verbunden ist, sondern dass Umweltinvestitionen auch einen Vorsprung auf Zukunftsmärkten nach sich ziehen können. Die OECD-Strategie für umweltverträgliches Wachstum hebt diesen Punkt besonders hervor.

Weitere Informationen

OECD

Im Internet

OECD-Arbeiten zu grünem Wachstum:
www. oecd.org/greengrowth.

OECD-Arbeiten zur Umwelt:
www. oecd.org/environment.

Veröffentlichungen

Towards Green Growth (2011): Dieser Bericht präsentiert die ersten Schlussfolgerungen der OECD-Strategie für umweltverträgliches Wachstum und befasst sich hauptsächlich mit den Synergien zwischen Wirtschafts- und Umweltpolitik. Er beschreibt, wie Handels- und Investitionshemmnisse die Entwicklung und Verbreitung grüner Technologien weltweit behindern können. Er befürwortet darüber hinaus die Rolle der internationalen Finanzierungsströme (insbesondere die öffentliche Entwicklungszusammenarbeit) als Antriebskraft für Wachstum und Entwicklung und als Mittel zur Verbesserung der öffentlichen Güter weltweit.

The Economics of Climate Change Mitigation: Policies and Options for Global Action Beyond 2012 (2010): Dieser Bericht untersucht die verfügbaren Lösungsansätze für eine möglichst kostengünstige Reduzierung der THG-Emissionen und unterbreitet Vorschläge für die Entwicklung eines weltweiten CO_2-Markts.

Invention and Transfer of Environmental Technologies (2011): Dieser Bericht analysiert die Rolle der multilateralen Abkommen, Umweltpolitiken und internationalen Märkte im Bereich der technologischen Innovation und des Technologietransfers. Er stellt fest, dass Technologietransfers zumeist durch Handel, ausländische Direktinvestitionen und Patente erfolgen.

Greening Household Behaviour: The Role of Public Policy (2011): Diese Publikation stellt die wichtigsten Ergebnisse und Politikimplikationen einer OECD-Umfrage bei mehr als 10 000 Haushalten in 10 Ländern vor. Sie bietet neue Erkenntnisse zu der Frage, welche Politikmaßnahmen wirklich funktionieren, indem sie untersucht, welche Faktoren das Verhalten der Menschen im Hinblick auf die Umwelt beeinflussen.

OECD-Umweltausblick bis 2030 (2008): Dieser OECD-Bericht analysiert eingehend die Umweltherausforderungen, mit denen die Regierungen bis 2030 konfrontiert sind. Er enthält viele Beispiele und Projektionstabellen.

„Innovation, globalisation and the environment", OECD Observer No. 261, Mai 2007: In diesem Artikel erläutern Brendan Gillespie und Xavier Leflaive, wie die Verbreitung neuer grüner Technologien durch Globalisierungsnetzwerke mittelfristig zur Reduzierung der THG-Emissionen beitragen könnte.

ANDERE QUELLEN

Klimaänderung 2007, Vierter Sachstandsbericht des IPCC: Dieser IPCC-Bericht ist das führende Referenzwerk zum Thema globale Erwärmung.

Exploring trade and the Environment: An Empirical Examination of Trade Openness and National Environmental Performance (2011): Diese Studie der Yale University bewertet die Umweltauswirkungen des internationalen Handels und der internationalen Investitionen. Sie kommt zu dem Schluss, dass die Auswirkungen im Hinblick auf die Gesundheit zwar positiv, in Bezug auf die Tragfähigkeit des Ökosystems jedoch eher negativ sind. Sie hebt außerdem hervor, dass gute Regierungsführung von entscheidender Bedeutung ist, um die Vorteile des internationalen Handels zu nutzen und gleichzeitig seine Umweltauswirkungen zu reduzieren.
Vgl. *http://envirocenter.yale.edu/programs/environmental-performance-management/exploring-trade-and-the-environment.*

8



Die Finanzkrise der Jahre 2007 und 2008 erfasste zeitgleich eine sehr große Zahl von Ländern und mündete in eine weltweite Wirtschaftskrise, wie wir sie seit der „Großen Depression“, der Weltwirtschaftskrise der 1930er Jahre, nicht mehr erlebt hatten. Auslöser waren an riskante Hypothekendarlehen geknüpfte Finanzprodukte, deren Verbreitung extrem stark zugenommen hatte. Die Krise ließ schwere Zweifel an der Globalisierung der Finanzwirtschaft aufkommen, die die Risiken im Bank- und Finanzmarktgeschäft in gewisser Weise verstärkt hatte und zudem mit der Entstehung erheblicher finanzieller Ungleichgewichte zwischen den großen Wirtschaftsmächten einhergegangen war. Die Frage der Regulierung der internationalen Finanztransaktionen ist von entscheidender Bedeutung, um die Risiken der Globalisierung in den Griff zu bekommen.



Die Finanzkrise von 2008 – eine Krise der Globalisierung?

Zur Einleitung …

„Momentan halten wir zusammen, aber ob das ausreicht?“ so beschreibt Arnaud Lemoine, 35 Jahre, Ingenieur bei Renault, im April 2009 die Stimmung zahlreicher Mitarbeiter von Renault, seien sie einfache Produktionsarbeiter oder leitende Angestellte. Bei einer Sitzung der Geschäftsleitung hat er erfahren, dass Mitarbeiter ab einer bestimmten Gehaltsklasse aufgefordert werden sollen, ihre Arbeitszeit zu reduzieren. So soll verhindert werden, dass in der wirtschaftlichen Krisensituation, in die das Unternehmen durch die Finanzkrise geraten ist, Arbeitsplätze abgebaut werden müssen. Für die betroffenen Mitarbeiter bedeutet dies eine Verdiensteinbuße. „Eine Katastrophe ist das nicht, schließlich habe ich ja noch meinen Job, aber ein komisches Gefühl ist es schon“.

Im April 2009, vor dem arabischen Frühling, herrscht auch andernorts Unmut. Ali El Awary, 43 Jahre, Inhaber eines Ladens für Wasserpfeifen und anderes orientalisches Kunsthandwerk in der El-Mouiz-Straße in der Kairoer Altstadt ist wütend über seine Bank: „Ich wollte mein Geschäft diversifizieren und ein kleines Restaurant in der Nähe von Zamalek aufmachen. Als ich vor sechs Monaten mit meinem Bankberater über dieses Projekt gesprochen habe, war er noch hellauf begeistert. Aber seit der Krise wollen die Banken keine Kredite mehr geben.“ Außerdem sei sein Umsatz wegen des rückläufigen Fremdenverkehrs während der Krise um 35% eingebrochen: „Damit habe ich bei den Banken natürlich schlechte Karten. Erst verspekulieren die sich und dann lassen sie uns die Kosten tragen.“

Für andere ist die Lage zur gleichen Zeit noch deutlich verzweifelter. Ratry Sovath, 37 Jahre, Facharbeiterin aus einem Vorort von Phnom Penh in Kambodscha, hat ebenso wie fünfzig ihrer Kollegen ihren Arbeitsplatz in der Textilfabrik verloren, in der sie über zehn Jahre gearbeitet hatte und die nun in finanzielle Schwierigkeiten geraten war. „Der Direktor hat uns gesagt, die Auftragseingänge seien in den letzten sechs Monaten um die Hälfe gesunken. Ich habe drei Kinder. Nur mit dem Lohn meines Mannes, der auf dem Bau arbeitet, werden wir nur schwer über die Runden kommen“.

Diese drei Einzelschicksale auf drei verschiedenen Kontinenten haben ein und dieselbe Ursache: die Finanzkrise. Diese Krise, die in den Vereinigten Staaten ihren Anfang genommen hatte, überraschte vor allem dadurch, dass sie fast alle Finanzplätze der Welt gleichzeitig erfasste und sich dann in vielen Ländern zu einer Wirtschaftskrise entwickelte. Auch jetzt steht die Erholung noch auf schwachen Füßen. In diesem Kontext wurde nicht nur Kritik an den Finanzmärkten und dem Verhalten der Banken laut, sondern auch an der Globalisierung an sich. Bis dahin konnte man noch

argumentieren, dass die Ungleichgewichte und die Instabilität, die mit der Globalisierung entstanden waren, nur die Kehrseite des Wohlstands waren, den die Öffnung der Grenzen für den freien Waren- und Kapitalverkehr mit sich gebracht hatte. Die Welt hatte bereits zuvor schwere Wirtschaftskrisen erlebt, die mit zunehmender Globalisierung in immer kürzeren Abständen aufeinandergefolgt waren: Mexikokrise 1994, Asienkrise 1997, Platzen der Internetblase im Jahr 2000, Argentinienkrise 2001. Diese Krisen waren jedoch immer auf ein Land, schlimmstenfalls einen Wirtschaftsraum begrenzt geblieben. Die letzte Krise scheint nun den schärfsten Kritikern der Globalisierung Recht gegeben zu haben, denn sie wurde zu einer Bedrohung für die Wirtschaft auf allen Kontinenten. In diesem Kapitel untersuchen wir, welche Rolle die Globalisierung und insbesondere die *Globalisierung der Finanzwirtschaft* für die Krise gespielt hat.

Von der Subprime-Krise bis zur weltweiten Bankenrettung oder wie „toxische" Finanzaktiva die Banken in aller Welt lähmten

Bevor wir erklären, wie es dazu kam, dass sich die Krise in kürzester Zeit auf sämtliche Länder der Erde ausweiten konnte, empfiehlt es sich, die Abfolge der Ereignisse in Erinnerung zu rufen. Die Ursachen der Krise sind komplex. Eine davon war jedoch ganz klar die überhöhte Verschuldung der privaten Haushalte in der westlichen Welt, insbesondere in den Vereinigten Staaten und vor allem während des letzten Jahrzehnts. Der eigentliche Auslöser der Krise war in diesem Kontext die starke Zunahme der Vergabe von Hypothekenkrediten an einkommensschwache Haushalte. Die besonderen Merkmale dieser sogenannten Subprime-Kredite waren lange Laufzeiten und hohe Zinssätze, da sie für Geringverdiener mit relativ hohem Zahlungsausfallrisiko bestimmt waren. Um neue Kunden zu gewinnen, wurden in den ersten Jahren der Laufzeit dieser Hypotheken zunächst nur geringe Zinsen in Rechnung gestellt. Nach ein paar Jahren stiegen die Zinsen jedoch beträchtlich. Zu Beginn des ersten Jahrzehnts des 21. Jahrhunderts, als die US-amerikanische Wirtschaft boomte und das Konsum- ebenso wie das Geschäftsklima selten gut waren, florierte das Geschäft mit den Subprime-Darlehen. 2006 hatten über sechs Millionen – vor allem einkommensschwache – US-amerikanische Haushalte solche Kredite abgeschlossen.

Diese Subprime-Darlehen wurden in Wertpapiere umgewandelt, die mit anderen – sichereren – Immobilienkrediten gebündelt und auf den Finanzmärkten gehandelt wurden. Diese als „Verbriefung"

bekannte Praxis hatte den dreifachen Vorteil, für die Banken sehr gewinnbringend zu sein, ihre Risiken aus der Vergabe von Immobilienkrediten zu verringern und eine breite Streuung dieser Risiken über das gesamte Finanzsystem zu ermöglichen. In den letzten zehn Jahren nahm diese Praxis erheblich zu, da sie vor allem ab 2004 auch durch eine Reihe politischer Maßnahmen begünstigt wurde (vgl. die am Ende dieses Kapitels sowie im Literaturverzeichnis erwähnte Publikation *From Crisis to Recovery*). Da die Banken zunehmend auf kurzfristige Gewinne aus waren, nahm das Volumen und der Handel mit diesen Wertpapieren immer größere Ausmaße an.

Wegen der starken Vernetzung der weltweiten Finanzmärkte, die bereits in den vorangegangenen Kapiteln angesprochen wurde, gelangten diese verbrieften Subprime-Kredite in großer Zahl in die Bestände sämtlicher Banken und an sämtliche Finanzplätze der Welt. Kritisch wurde diese Situation ein paar Jahre später, als zahlreiche Haushalte, die solche Kredite aufgenommen hatten, ihren abrupt steigenden Schuldendienstzahlungen nicht mehr nachkommen konnten und zahlungsunfähig wurden. Verstärkt wurde diese Entwicklung durch den Anstieg der Zinsen in den Vereinigten Staaten ab 2004 sowie den anschließenden – unerwarteten – Rückgang der Immobilienpreise ab 2006. Die Wertpapiere, die auf diesen Krediten basierten, verloren rasch an Wert. Ab diesem Moment wurde klar, wie „toxisch" die komplexen Finanzprodukte waren, zu denen die verbrieften Subprime-Kredite gebündelt worden waren. Die Banken verloren das Vertrauen in die am Markt angebotenen Finanzprodukte und stoppten ihre Transaktionen. Die gesamte Finanzwelt wurde von einer heftigen Lähmung erfasst, die mit der Krise der Interbankenmärkte im Juli 2007 begann. Große Banken befanden sich plötzlich in einer Situation der Zahlungsunfähigkeit bzw. Quasi-Zahlungsunfähigkeit.

Im September 2007 wurde die britische Bank Northern Rock Opfer einer Bankenpanik: In nur wenigen Tagen hoben ihre Kunden fast ihre gesamten Ersparnisse ab. Im Jahresverlauf 2008 gerieten weitere Banken in Schieflage. Sie wurden von Konkurrenten aufgekauft, wie Bear Stearns von JP Morgen Chase im März 2008 (mit Unterstützung der amerikanischen Notenbank), verstaatlicht, wie Freddie Mac und Fannie Mae, die der Kontrolle des US-Schatzamtes unterstellt wurden, oder gingen in Konkurs. Nach dem Konkursantrag der Investmentbank Lehmann Brothers am 15. September 2008 sahen sich die Regierungen zahlreicher Länder gezwungen, großangelegte Rettungsaktionen zu unternehmen, um anderen Finanzinstituten ein ähnliches Schicksal zu ersparen. Ein Konkurs dieser Banken hätte in der Tat katastrophale Folgen für die Gesamtwirtschaft gehabt. Das ist mit dem Begriff „too big to fail" gemeint, der für Finanzinstitute verwendet wird, die so stark mit der übrigen Wirtschaft verzahnt sind, dass die Regierungen ihren Konkurs nicht zulassen können.

Die staatlichen Eingriffe konnten jedoch nicht verhindern, dass sich die Finanzkrise auch auf die Realwirtschaft auswirkte. Dominoeffektartige Bankenkollapse führten zu einer Kreditverknappung, die die Investitionstätigkeit bremste und die Funktionsfähigkeit der Unternehmen beeinträchtigte. So stürzte die Welt in eine tiefe wirtschaftliche Rezession, die erste in der Geschichte, von der eine derart große Zahl von Ländern gleichzeitig betroffen war.

Die internationale Vernetzung der Banken und Finanzplätze erleichterte die Risikostreuung

Inwieweit hat die finanzielle Globalisierung – d.h. der internationale Kapitalverkehr – eine Rolle bei der Krise gespielt? Die Antwort lautet: vor allem indirekt. Um dies zu verstehen, gilt es drei Phänomene in Erinnerung zu rufen, die ab den 1970er Jahren in Erscheinung traten.

Das erste reicht in die 1970er Jahre zurück, als die Unternehmen begannen sich über Aktien, Obligationen usw. zunehmend an den Finanzmärkten zu finanzieren. Die Finanzmärkte, die so immer mehr an Bedeutung gewannen, gaben der Wirtschaft Auftrieb und ließen sie liquider werden. Angesichts dieser Entwicklung befürworteten die Regierungen von nun an eine Politik des wirtschaftlichen Laissez-faire mit nur einem Mindestmaß an Regulierung der Finanzmarktgeschäfte, um eine optimale Ressourcenallokation zu gewährleisten und die Effizienz und das Wirtschaftswachstum zu steigern. So konnten nach und nach sämtliche Wirtschaftsakteure auf verschiedenen Finanzmärkten mit Finanzprodukten aller Art handeln (vgl. Kapitel 4).

Parallel dazu wurde es möglich, Finanztransaktionen auf den Märkten fast *aller Länder* zu tätigen, da die Prinzipien der Liberalisierung auf die internationalen Finanztransaktionen ebenso angewandt wurden wie auf die nationalen. In der Welt der Finanzen fielen die Grenzen. Das Gesamtvolumen der von Gebietsausländern gehaltenen Vermögenswerte erhöhte sich zwischen 1990 und 2004 auf mehr als das Doppelte – von 58% auf 131% des weltweiten BIP. Jede vierte börsennotierte Unternehmensaktie befindet sich heute weltweit im Besitz von Gebietsausländern, dreimal mehr als 1990. Finanzprodukte sind international „mobiler" geworden, womit sich auch die an einige dieser Produkte geknüpften Risiken immer leichter exportieren lassen. Diese Mobilität wurde durch die intensive Entwicklung des Bankgeschäfts verstärkt, die während dieses Zeitraums zu verzeichnen war.

Zudem wurden die Banken immer „internationaler". In den Jahren vor der Krise war eine starke Tendenz zur Konzentration und Internationalisierung der Banken zu beobachten. In den 1990er Jahren wurde die Konzentration der inländischen Kreditinstitute

von staatlicher Seite bewusst gefördert, so dass in mehreren Ländern gewaltige Bankkonzerne entstanden. Diese Großbanken bauten ihr internationales Geschäft aus, teilweise durch Fusionen. Im Jahr 2000 kaufte der große britische Bankkonzern HSBC z.B. den Crédit Commercial de France auf und wurde so – gemessen an seiner Börsenkapitalisierung – zum zehntgrößten Bankkonzern weltweit.

Dank der allgemeinen Desegmentierung der Finanzmärkte konnten sich die Banken zu internationalen Akteuren entwickeln, die Unternehmenstätigkeiten und Anschaffungen von Privathaushalten in aller Welt finanzierten und auf allen großen Finanzmärkten weltweit tätig wurden. Damit stieg der wertmäßige Anteil der internationalen Banktransaktionen (Privatkundenkredite, Unternehmenskredite usw.) am weltweiten BIP von 6% im Jahr 1972 auf fast 40% Anfang der 2000er Jahre. 2005 machten die Auslandsengagements der großen Banken im Schnitt 40% ihrer Bilanzsumme aus.

Parallel zur Globalisierung der Finanzmärkte nahm auch die Verbreitung besonders riskanter Finanztransaktionen immer weiter zu. Während die Banken die Auslandsmärkte erschlossen, diversifizierten sie zugleich ihre Tätigkeit. Um sich im Wettbewerb zu behaupten und ihren Gewinn zu steigern, dehnten die Großbanken ihre Aktivitäten auf alle Arten von Finanzgeschäften aus, auch die spekulativsten und riskantesten. Sie entwickelten sich zu Konzernen mit verschiedenen Tätigkeitsbereichen, die im Privatkunden- und im traditionellen Bankgeschäft (Unternehmens- und Privatkundenkredite, Einlagengeschäft usw.) ebenso aktiv sind wie auf den Finanzmärkten (Vermögensverwaltung, Beratung von Unternehmen bei Aktienemissionen usw.).

Um die Risiken von Kursverlusten bei ihren volatilen Aktien-, Anleihen- und sonstigen Wertpapierbeständen zu reduzieren, entwickelten sie zudem immer komplexere Finanzprodukte, ursprünglich zur Absicherung der inhärenten Verlustrisiken ihrer spekulativen Geschäfte. So entstanden die sogenannten Derivate. Es waren u.a. diese Produkte, die es den Banken ermöglichten, einen Teil ihrer risikoträchtigen Subprime-Kredite weiterzuverkaufen. „Nach und nach entwickelten sich die Banken von Risikonehmern bzw. Risikoteilern zu Risikohändlern“, schreibt der französische Wirtschaftswissenschaftler Olivier Pastré. Der Derivatehandel erreichte so schwindelerregende Höhen. Damit gingen die Banken zugleich immer größere Risiken ein, die aber nicht mehr in ihren Bilanzen erschienen. Die Bilanzierungsregeln für das Bankgeschäft ließen dies zu. Daraus erklärt sich u.a., warum 2006 beispielsweise bei ungefähr der Hälfte der an US-Privathaushalte vergebenen Kredite keine Prüfung der Einkommensverhältnisse der Kreditnehmer mehr durchgeführt wurde.

Auf diese Weise trug die bis dahin beispiellose Vernetzung der Banken und der weltweiten Finanzmärkte zweifellos dazu bei, dass sich diese toxischen Aktiva nach und nach in den Beständen von Banken in aller Welt wiederfanden, wodurch sich die Krise geografisch stärker ausdehnen konnte. Die Globalisierung der Banken und der Finanzmärkte an sich war jedoch nicht die Ursache der Krise. Vielmehr hat sie über mehrere Jahrzehnte hinweg die Expansion der Weltwirtschaft gefördert, indem sie die Finanzierungsmöglichkeiten der Realwirtschaft deutlich vergrößerte. Die Globalisierung der Finanzwirtschaft hatte jedoch eine andere Begleiterscheinung, die die Blase an den Finanzmärkten wachsen ließ, deren Platzen die Krise letztlich auslöste: stark unausgewogene Finanzströme zwischen den aufstrebenden und den fortgeschrittenen Volkswirtschaften.

Die finanzielle Globalisierung hat über Jahrzehnte hinweg das Wachstum der Weltwirtschaft gefördert

Die Krise sollte nicht vergessen machen, dass die Öffnung der Grenzen für den internationalen Kapitalverkehr auch viele positive Effekte hatte. Ohne den freien Kapitalverkehr, der ab den 1970er Jahren nach und nach eingeführt wurde, hätten ausländische Investitionen, Unternehmenskredite und internationale Finanztransaktionen nicht dafür sorgen können, dass sich in einer wachsenden Zahl von Ländern neue Wirtschaftszweige entwickelten. Nie zuvor war die Liquidität weltweit so hoch (vgl. Abbildung, Teil A). Dadurch konnten selbst extrem ambitionierte Projekte in die Tat umgesetzt werden. Die zunehmenden grenzüberschreitenden Kapitalströme resultierten in einem Rückgang der Kapitalkosten – je höher die Liquidität, umso kostengünstiger können Projekte finanziert werden –, ließen die Investitionstätigkeit steigen und ermöglichten deutliche Produktivitätssteigerungen.

So konnte die Inflation in den fortgeschrittenen Volkswirtschaften dank der finanziellen Globalisierung mehr als zehn Jahre lang eingedämmt werden. Nicht wenige sehen darin einen der größten Erfolge der Globalisierung der Finanzwirtschaft. Die grenzüberschreitenden Kapitalströme sicherten eine relativ konstante und reichliche Liquiditätsversorgung, die es den Banken gestattete, die Zinsen auf niedrigem Niveau zu halten. Ab Ende der 1990er Jahre nutzten die Zentralbanken der Mehrzahl der Länder diese Chance. Seit 1989 sind die Zinsen kontinuierlich gesunken (vgl. Abbildung, Teil B).

Hinzu kamen die Vorteile der Handelsliberalisierung, die der Exportwirtschaft der Entwicklungsländer Auftrieb gab. Dank niedriger Arbeitskosten und vorteilhafter Skaleneffekte konnten diese Länder

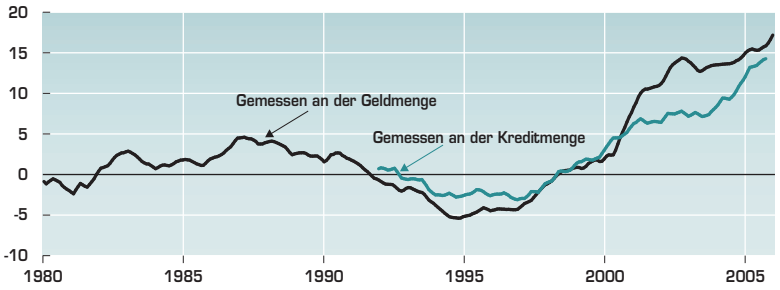
ihre Produkte günstig anbieten. Auch dies trug dazu bei, dass die Inflation eingedämmt wurde. Die Preise einer ganzen Reihe von Konsumgütern sanken. In fast allen europäischen Ländern kann



FINANZIELLE GLOBALISIERUNG ALS MITTEL ZUR INFLATIONSBEKÄMPFUNG?

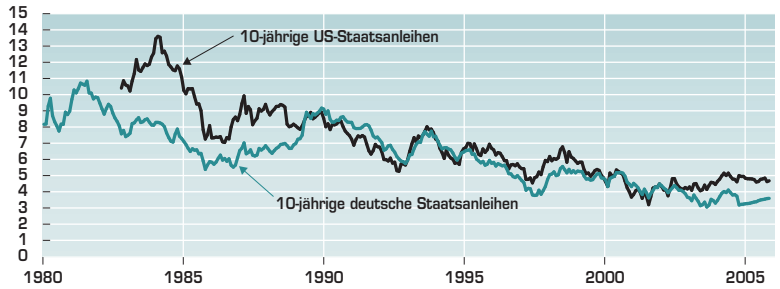
a. Weltweite Liquidität

Abweichung vom langfristigen Trend, in %



b. Langfristiger Zinssatz

In %



Ab Mitte der 1990er Jahre nahm die weltweite Liquiditätsversorgung beträchtlich zu, was großenteils der Globalisierung der Finanzwirtschaft zu verdanken war. Einige sind der Ansicht, dass dies die Zinsen sinken ließ und so die Kreditaufnahme und die Wirtschaftstätigkeit förderte. Die Finanzkrise der Jahre 2007/2008 stellte dieses Modell in Frage, indem sie die Ungleichgewichte offenkundig werden ließ, auf denen die reichliche Liquiditätsversorgung beruhte.

Quelle: Weltbank (2006), *Global Economic Prospects 2007: Managing the next Wave of Globalization*, Weltbank, Washington, DC, S. 15.

man sich heute wesentlich billiger einkleiden als früher. Dank des Rückgangs der Kommunikationskosten und der Preise für Elektronik, Haushaltsgeräte, Mobiltelefone und Computer erhielten auch sozial schwache Bevölkerungsschichten Zugang zu modernen Technologien. Neue Dienstleistungen und digitale Angebote bereicherten die Konsumlandschaft, wodurch auch neue Arbeitsplätze entstanden. Natürlich sind die Preise nicht für alles und nicht überall gesunken. Vor allem bei einigen Nahrungsmitteln waren z.T. besorgniserregende Preissteigerungen zu verzeichnen. Insgesamt ist das Preisniveau jedoch stabil geblieben oder sogar gesunken.

Insbesondere die Entwicklungsländer profitierten von der Liberalisierung des internationalen Kapitalverkehrs. Sie war es, die den Aufstieg der Schwellenländer möglich machte, auch wenn diese Länder den freien Kapitalverkehr selbst nur vorsichtig, je nach ihrem Bedarf bzw. ihrem Entwicklungsstand einführten. Die grenzüberschreitenden Kapitalströme sorgten dafür, dass umfangreiche ausländische Direktinvestitionen in diese Länder flossen und dass dort reichlich Mittel zur Finanzierung der Wirtschaftstätigkeit zur Verfügung standen. So war es diesen Ländern auch möglich, gewaltige Devisenreserven und Sparguthaben zu bilden, u.a. um sich gegen schwere Krisen zu wappnen, wie sie sie Ende der 1990er Jahre erlebt hatten.

Die Kehrseite der finanziellen Vorsorge der Entwicklungsländer war jedoch, dass sich dadurch Ungleichgewichte entwickelten, die ein günstiges Terrain für die weltweite Krise schufen. Neben der Verbreitung der Risiken auf sämtliche Banksysteme weltweit war es vor allem dieser Aspekt der finanziellen Globalisierung – die Unausgewogenheit der Finanzströme zwischen den großen Wirtschaftsmächten –, der tiefgreifende Folgen hatte und in dem eine der eigentlichen Ursachen der Finanzkrise zu sehen ist, für die die Subprime-Krise nur der Auslöser war.

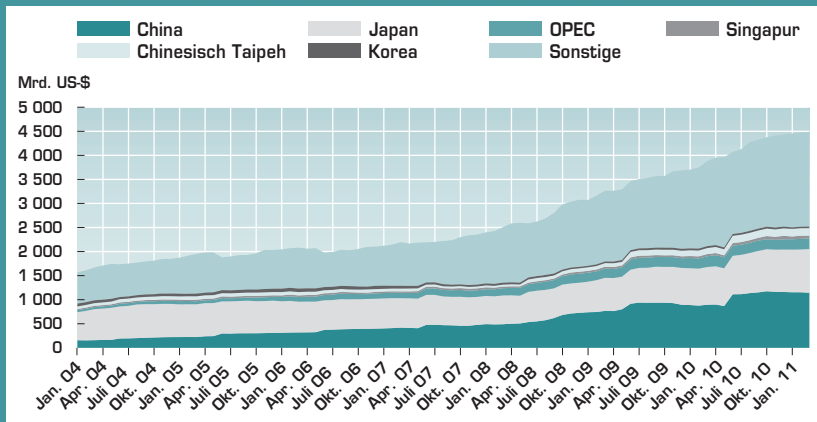
Unausgeglichene Finanzströme zwischen den aufstrebenden und den fortgeschrittenen Volkswirtschaften leisteten einer überhöhten Kreditaufnahme Vorschub

Wenn man die internationalen Kapitalbewegungen der letzten Jahrzehnte genauer betrachtet, zeigt sich, dass die reichliche Liquiditätsversorgung, die die Kreditvergabe ankurbelte und die Banken zu riskanten Geschäften animierte, die Folge erheblicher Ungleichgewichte bei den Finanzströmen zwischen den aufstrebenden Volkswirtschaften und den großen westlichen Wirtschaftsmächten war.

Wie wir gesehen haben, wurde die Finanzkrise dadurch ausgelöst, dass zahlreiche US-Haushalte ihre Hypothekenkredite nicht mehr bedienen konnten, womit die Wertpapiere, in denen diese Kredite verbrieft waren, wertlos wurden. Die schwere Lähmung der Finanzwirtschaft, die sich in fast allen Ländern nahezu zeitgleich einstellte, erklärte sich aus dem schwindelerregenden Volumen, das diese Kredite und die intransparenten Risikoabsicherungsinstrumente, die an sie geknüpft waren, erreicht hatten. Wie war es jedoch möglich, dass diese Kredite und intransparenten Finanzinstrumente überhaupt ein derartiges Volumen erreichen konnten?

Über Jahre hinweg hatten die privaten Haushalte in den Industrieländern und vor allem in den Vereinigten Staaten bei den Banken Kredite aufgenommen, um kostspielige Fernseher, Autos, Häuser usw. zu kaufen und sich so ihren Traum vom „American Way of Life" zu erfüllen. Dabei setzten sie darauf, dass der Wert ihrer Immobilien

HERKUNFT DER WICHTIGSTEN INHABER VON US-STAATSANLEIHEN



Seit den 2000er Jahren entfällt der größte Anteil der US-Staatsanleihen in ausländischem Besitz auf China und Japan.

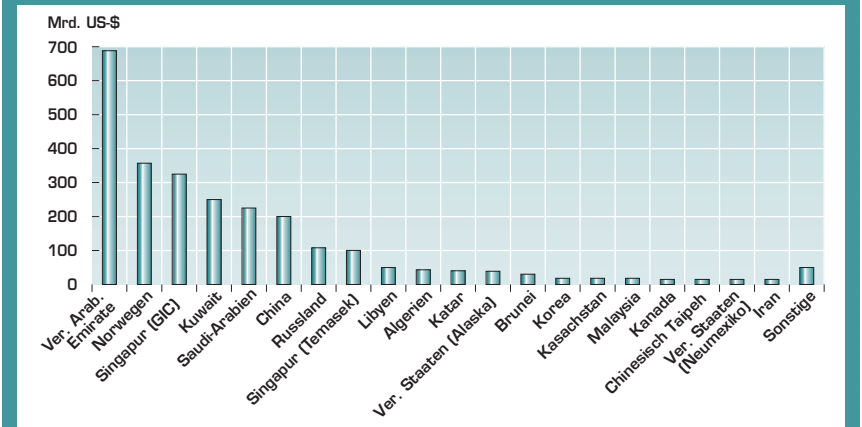
Quelle: „*Financial Market Trends*", OECD Journal, Vol. 2008, No. 94, S. 113, OECD, Paris.

StatLink http://dx.doi.org/10.1787/888932780247

immer weiter steigen würde. Diese Kreditwut wurde u.a. dadurch möglich gemacht, dass die Zinsen in den Vereinigten Staaten über mehrere Jahre hinweg auf sehr niedrigem Niveau verharrten. Diese Entwicklung wurde von der Federal Reserve, der US-amerikanischen Zentralbank, und der US-Regierung, die die Konjunktur nach dem Platzen der Internetblase im Jahr 2001 über den Konsum ankurbeln wollten, z.T. bewusst gefördert. Die niedrigen Zinsen in den Vereinigten Staaten waren aber auch eine „automatische" Folge der Kapitalzuflüsse aus den Schwellenländern.

Während ungefähr zwanzig Jahren gestattete es der freie Waren- und Kapitalverkehr diesen Ländern, erhebliche Devisenreserven (vor allem in US-Dollar) zu bilden, die sie mit ihren Einnahmen aus dem Exportgeschäft finanzierten, und gewaltige Summen aus ihrem Handelsüberschuss in den fortgeschrittenen Volkswirtschaften anzulegen. Bei einem Teil dieser Kapitalanlagen handelte es sich

STAATSFONDS, NACH VOLUMEN



Die größten Staatsfonds befinden sich heute im Besitz der erdölproduzierenden Länder sowie einiger asiatischer Länder, darunter China.

Quelle: „*Financial Market Trends*", OECD Journal, Vol. 2008, No. 94, S. 121, OECD, Paris.

StatLink http://dx.doi.org/10.1787/888932780266

um Anlagen in US-Staatsanleihen, die als besonders sicher galten. Die wichtigsten Akteure waren dabei Staatsfonds, von denen einige – so beispielsweise der Staatsfonds der Vereinigten Arabischen Emirate – größer sind als die gesamte Volkswirtschaft mancher Entwicklungsländer (vgl. Abbildung). Ein Teil der Handelsüberschüsse wurde auch in Beteiligungen am Kapital großer westlicher Konzerne angelegt. Die Liquidität, die damit in die US-amerikanischen Staatskassen und in die Kapitalmärkte gespült wurde, trug dazu bei, dass die Zinsen in den Vereinigten Staaten auf sehr niedrigem Niveau gehalten werden konnten, was die Haushalte dazu bewegte, sich immer weiter zu verschulden – und zwar in einem Maß, das für das Finanzsystem nicht mehr zu bewältigen war.

Zahlreiche Ökonomen vertreten daher die Ansicht, dass die Schwellenländer mehr als zwanzig Jahre lang die Verschuldung der US-amerikanischen Haushalte finanziert haben. Einige sehen darin eine der negativen Auswirkungen der finanziellen Globalisierung. Aber war es wirklich der freie Kapitalverkehr, der daran schuld war, oder nicht doch eher die Tatsache, dass der Kapitalverkehr nicht überall in gleichem Maße liberalisiert wurde? Diese Frage, von der u.a. auch abhängt, wie auf die Krise geantwortet werden sollte, ist Gegenstand lebhafter Debatten (vgl. Gespräch mit Adrian Blundell-Wignall am Ende dieses Kapitels).

Regeln ja, aber auf welcher Ebene?

> **„Die mit der Globalisierung einhergehenden Spannungen sind überall sichtbar. Wenn die Politik will, dass das System des freien Markts funktioniert, muss sie letztlich auch dafür sorgen, dass der Multilateralismus als solcher funktioniert."**
>
> Philip Stephens, *Financial Times*, 18. September 2008

Auch wenn die finanzielle Globalisierung in den vergangenen zwanzig Jahren viele positive Effekte hatte, ließ die Finanzkrise der Jahre 2007/2008 doch eine Reihe von Fehlfunktionen offenkundig werden, im Bereich der Bankgeschäfte und der Finanzmärkte ebenso wie bei den Kapitalströmen zwischen aufstrebenden und fortgeschrittenen Volkswirtschaften, wo tiefgreifende Ungleichgewichte bestehen. Freier grenzüberschreitender Kapitalverkehr bedeutet nicht zwangsläufig, dass es keine Regeln geben sollte.

Internationale Koordination zur Schaffung eines Rahmens für Banken und Finanzmärkte

Angesichts des Ernstes der durch die Finanzkrise geschaffenen Lage ließen es die Regierungen nicht dabei bewenden, in Schieflage geratene Finanzinstitute mit frischem Kapital zu versorgen oder ihnen Garantien zu geben. Sie unternahmen auch Anstrengungen, um eine Wiederholung solcher Krisen zu verhindern, indem sie die Schwachstellen des Finanzsystems zu beheben suchten. Dabei legten sie große politische Entschlossenheit an den Tag, insbesondere in Bezug auf die internationale Kooperation. Diese Entschlossenheit brachten sie u.a. im Rahmen der G20 zum Ausdruck, die als Erweiterung der G8 zum wichtigsten Instrument der internationalen Kooperation avancierte und der neuen wirtschaftlichen und politischen Bedeutung der Schwellenländer Rechnung trägt.

So wurden beispielsweise in der Folge der verschiedenen G20-Gipfel – angefangen mit denen in London und Pittsburgh 2009 sowie in Toronto im Juni 2010 und in Seoul im November 2010 – gleichzeitig mehrere Maßnahmen beschlossen. In den Vereinigten Staaten, in Japan und in der Europäischen Union wurden z.B. Reformen eingeführt, die eine bessere Kontrolle der Hedge-Fonds gestatten sollen, die zur Entstehung der Blase an den Finanzmärkten beigetragen hatten. Weitere Vorhaben wurden von der G20 auf den Weg gebracht: Begrenzung der Boni, neue Bilanzierungsregeln für Banken, bessere Kontrolle von Derivategeschäften usw. Die Umsetzung dieser Vorhaben in nationales Recht erfolgt jedoch immer noch mit unterschiedlicher Geschwindigkeit und mit erheblichen Abweichungen zwischen den Ländern. Die internationale Koordination ist nach wie vor fragmentiert und unzureichend.

Doch gerade auf diese Koordination kommt es an. Angesichts einer weitgehend internationalisierten Finanzwirtschaft können zu große Unterschiede zwischen der Gesetzgebung der verschiedenen Länder dazu führen, dass selbst die wirkungsvollsten nationalen Gesetze letztlich wirkungslos sind. Dies war der Grund dafür, dass die Rolle des Forums für Finanzstabilität gestärkt wurde, das 2009 vom Finanzstabilitätsrat (Financial Stability Board – FSB) abgelöst wurde. Der FSB, der Vertreter der Aufsichtsbehörden, Zentralbanken und Finanzministerien von 23 Ländern sowie verschiedene internationale Organisationen und Institutionen zusammenbringt, soll die internationale Koordination in den Bereichen Regulierung, Aufsicht und Kontrolle verbessern.

Dem Basler Ausschuss, der sich aus Vertretern der Zentralbanken und Aufsichtsbehörden einer Reihe von Ländern zusammensetzt, kommen ähnliche Aufgaben zu, allerdings begrenzt auf den Banken-

sektor. Die Krise hat indessen gezeigt, dass das seit 2004 bestehende Regelwerk „Basel II“ nicht nur unzureichend war, um die Risiken im Bankgeschäft zu kanalisieren, sondern die Entstehung solcher Risiken durch seine Bilanzierungsregeln sogar gefördert hat. Das inzwischen maßgebliche neue Rahmenwerk „Basel III“ enthält Regeln, die dies in Zukunft verhindern sollen. Zudem hat der Basler Ausschuss den Kreis seiner Mitglieder als Reaktion auf die Finanzkrise im März und im Juni 2009 erweitert, um eine breitere Harmonisierung der für das Bankgeschäft geltenden Regeln zu gewährleisten. Heute gehören ihm Vertreter von 27 Staaten an.

So bildet sich eine gewisse internationale Koordination im Bereich der Banken- und Finanzmarktregulierung heraus, auch wenn die Regeln selbst sowie ihre Anwendung zweifellos weiter verbessert werden müssen.

Reform des internationalen Währungs- und Finanzsystems zur Korrektur von Ungleichgewichten

Zur Behebung des Problems der finanziellen Ungleichgewichte zwischen den aufstrebenden und den fortgeschrittenen Volkswirtschaften, das der überhöhten Verschuldung der US-amerikanischen Haushalte Vorschub geleistet hatte, sind indessen Reformen nötig, die noch vor der Banken- und Finanzmarktregulierung ansetzen müssen. Über mögliche Lösungen wird derzeit noch debattiert. Besonders umstritten sind zwei Themen: die Reform des internationalen Währungssystems und die Kapitalverkehrsregeln.

Zahlreichen Beobachtern zufolge wird die Globalisierung dadurch verzerrt, dass China und andere aufstrebende Volkswirtschaften in Asien ihre Wechselkurse kontrollieren (und auf einem bestimmten Niveau ansetzen), anstatt sie wie die westlichen Länder – entsprechend Angebot und Nachfrage – frei schwanken zu lassen. Mit dieser Politik kurbeln sie ihre Exporte an und erhöhen so das Handelsdefizit anderer Länder sowie die Verschuldung der dortigen Privathaushalte. Dieses Problem ließe sich lösen, wenn die großen aufstrebenden Volkswirtschaften und insbesondere China eine flexiblere Währungspolitik betreiben und das System der frei schwankenden Wechselkurse übernehmen würden, das in den Industriestaaten seit der Auflösung des Bretton-Woods-Systems üblich ist. Zwar ist die Wirtschaft zweifelsohne großenteils globalisiert, dies ändert jedoch nichts daran, dass das Konjunkturtempo weiterhin sehr uneinheitlich ist (vgl. Gespräch mit Adrian Blundell-Wignall am Ende des Kapitels).

Die Frage der Kapitalverkehrskontrollen ist strittiger. Einige Beobachter sind der Ansicht, dass die Krise eine Rückkehr zu einer deutlich strengeren staatlichen Kontrolle des Kapitalverkehrs

rechtfertigt. Diese Auffassung vertreten z.B. die beiden französischen Ökonomen Hervé Lorenzi und Olivier Pastré in einem Ende 2008 in *Le Monde* veröffentlichten Artikel mit dem Titel „Un nouveau Bretton-Woods" („Ein neues Bretton-Woods"). Andere Beobachter sind wiederum der Ansicht, dass die Globalisierung gerade dadurch verzerrt wird, dass China nicht nur seinen Wechselkurs, sondern auch die grenzüberschreitenden Kapitalbewegungen kontrolliert. Diesen Autoren zufolge sollten sich alle Akteure voll an die Spielregeln des freien Kapitalverkehrs halten, dabei aber zugleich bestimmte Bankgeschäfte und Finanzmarkttransaktionen strenger kontrollieren (siehe unten).

Die Frage bleibt offen. Doch wie dem auch sei, kann es sich kein Land mehr leisten, am Status quo festzuhalten, wie OECD-Generalsekretär Angel Gurría seit der Krise immer wieder betont hat. Die fundamentalen Ungleichgewichte bleiben indessen bestehen, und nicht wenige sehen darin das Risiko einer erneuten weltweiten Krise.

Im Gespräch mit …

Adrian Blundell-Wignall, stellvertretender Leiter der Direktion Finanz- und Unternehmensfragen der OECD

„Das Problem der Globalisierung der Finanzwirtschaft besteht darin, dass sie aktuell sowohl rigide als auch flexible Elemente umfasst. Einige Länder kontrollieren die Wechselkurse und den Kapitalverkehr. Andere lassen den Markt gewähren. Durch diese Diskrepanzen entstehen strukturelle Schwachstellen."

Manche betrachten die Finanzkrise von 2008 als die erste wirklich globale Krise. Ist die Globalisierung für diese Krise verantwortlich?

Die Hauptursache der Krise sind die Verzerrungen auf Ebene der internationalen Regulierung, nicht die globalisierten Märkte. Der Prozess der Globalisierung war allerdings nicht hinreichend ausgewogen.

Was meinen Sie damit?

Stellen Sie sich einen Staudamm an einem Berghang über einem Dorf vor. Das Staubecken füllt sich nach und nach mit Wasser. Die Staumauer wurde jedoch schlecht gebaut. Sie hat Risse. Wenn der Druck des Wassers zu stark anwächst, bricht der Damm an seinen schwächsten Stellen. Das Dorf ertrinkt in den Fluten. Das steigende Wasser ist der Wohlstand, der dank der Globalisierung immer weiter wächst. Die Risse in der Staumauer sind die unterschiedlichen Regulierungsrahmen. Das Problem der Globalisierung der Finanzwirtschaft besteht darin, dass sie aktuell sowohl rigide als auch flexible Elemente umfasst. Einige Länder kontrollieren die Wechselkurse und den Kapitalverkehr. Andere lassen den Markt gewähren. Durch diese Diskrepanzen entstehen strukturelle Schwachstellen.

Woraus erklären sich diese Diskrepanzen?

Als die Industrieländer 1973 das System der frei schwankenden Wechselkurse einführten, hatten Länder wie China weniger wirtschaftliches Gewicht als z.B. Australien. Dass Peking den Wechselkurs seiner Währung auf einem festen Niveau hielt, hatte damals relativ wenig Auswirkungen auf die Weltwirtschaft. In der Zwischenzeit haben

Im Gespräch mit … *(Forts.)*

sich einige dieser Länder jedoch zu Industriemächten entwickelt. Sie haben heute mehr wirtschaftliches Gewicht als die Vereinigten Staaten. In diesem Kontext bringt Chinas starre Wechselkurspolitik die Weltwirtschaft vollkommen aus dem Gleichgewicht. In den letzten Jahren war der Yuan bedrohlich unterbewertet. Das Handelsdefizit der Vereinigten Staaten gegenüber China ist unverhältnismäßig angestiegen. Außerdem konnten einige Länder in Nahost und in Asien dank ihres festen Wechselkurses gewaltige Finanzreserven ansammeln. Dieses Kapital legten sie auf den sehr offenen US-amerikanischen Märkten an. Die damit verbundenen Liquiditätszuflüsse ließen das Zinsniveau in den Vereinigten Staaten sinken und führten zur Entstehung einer Blase an den Immobilienmärkten. Die Vereinigten Staaten hatten hier nur noch zwei Möglichkeiten: Entweder das Handelsdefizit weiter steigen zu lassen oder die Zinsen zu erhöhen. Letzteres hätte jedoch bedeutet, bewusst eine Rezession herbeizuführen. Keiner Regierung wäre daran gelegen, das zu tun. Das Defizit der Vereinigten Staaten im Handel mit den aufstrebenden Volkswirtschaften musste also weiter wachsen.

China ist nicht allein für diese Ungleichgewichte verantwortlich, oder?

Alan Greenspan, der ehemalige Vorsitzende der Federal Reserve, hat eine praktische Rechtfertigung für die laxe Geldpolitik der Vereinigten Staaten gefunden. Er sprach in diesem Zusammenhang von einer „Produktivitätsrevolution". Für ihn war mit der Globalisierung und der Industrialisierung Asiens ein neues Zeitalter angebrochen. Es wurden massiv Produkte aus Asien importiert. Das war der Walmart-Effekt (Anm. d. R.: nach der gleichnamigen marktführenden US-Einzelhandelskette, die für ihre wettbewerbsorientierte Preispolitik bekannt ist). Der US-amerikanische Markt war offen, die Inflation war eingedämmt. Dies musste jedoch mit einem gewaltigen Handelsdefizit und einem astronomischen Anstieg der Kurse von Finanzaktiva bezahlt werden. Da bot es sich an, an eine Produktivitätsrevolution zu glauben. Doch die Gesetze der Wirtschaft sind, was sie sind. Alan Greenspan hat sich ganz klar getäuscht.

Hätte man China zwingen müssen, sich bei der Öffnung seiner Kapitalmärkte an die gleichen Regeln zu halten wie die anderen Länder?

Die aufstrebenden Volkswirtschaften hätten stärker in die Entscheidungen der großen internationalen Wirtschaftsinstitutionen eingebunden werden sollen. Sie hätten im Internationalen Währungsfonds z.B. die gleichen Stimmrechte bekommen sollen. Vor allem aber hätten wir im Westen eine bessere Regulierung und Governance gebraucht, die keine Verzerrungen schafft. Zugleich mussten die aufstrebenden Volkswirtschaften in den Entscheidungsprozess des internationalen Finanzsystems einbezogen werden. Das bedeutete natürlich, dass etwas aufgegeben werden musste, aber meiner Ansicht nach war das der richtige Weg.

In der Asien- und der Russlandkrise der 1990er Jahre kam es zu abrupten Kapitalabflüssen. Viele werfen dem IWF vor, die Entwicklungsländer veranlasst zu haben, ihre Kapitalmärkte zu rasch zu öffnen. Haben China, Indien und andere Länder nicht richtig gehandelt, indem sie dem ein paar Riegel vorgeschoben haben?

Der Freihandel schafft Wohlstand, es muss jedoch eine Gegenleistung geben. Wenn den Handelsüberschüssen eines Landes große Handelsdefizite anderer Länder gegenüberstehen, müssen diese Defizite finanziert werden. Und dazu ist ein freier Kapitalverkehr nötig. Der Effekt der ausländischen Direktinvestitionen auf das Wachstum in China wird allmählich nachlassen. Das haben wir bereits in Japan und Westeuropa erlebt, nachdem die Wirtschaft dort in den 1950er und 1960er Jahren stark expandiert hatte. Wenn ein solcher Prozess zum Erlahmen kommt, herrscht zunächst einmal Ratlosigkeit. Die Phase der Industrialisierung endet und man muss neue Wege gehen. Ab diesem Moment braucht man offene Kapitalmärkte, damit die Wirtschaft wieder Antrieb erhält und damit innoviert werden kann. Auch China wird diesem Schicksal wohl nicht entrinnen können. China kontrolliert jedoch den Kapitalverkehr und den Wechselkurs seiner Währung. Ausländische Unternehmen können weder chinesische Betriebe kaufen noch frei an der Börse investieren. Wenn die Vereinigten Staaten

Im Gespräch mit … *(Forts.)*

chinesische Marktteilnehmer im gleichen Stil daran hindern würden, amerikanische Vermögenswerte zu kaufen und Yuan in Dollar umzutauschen, könnte China nirgends mehr etwas verkaufen. Auf Dauer ist das keine Lösung.

Sobald an einer Stelle des Systems ein Problem auftritt, verbreitet es sich in Sekundenschnelle auf das ganze System. Ist das nicht heute das Problem der finanziellen Globalisierung?

Dieser Ansicht bin ich nicht. Das wäre so, als würde man sagen, dass zur Bekämpfung der Vogelgrippe die Atemluft beseitigt werden müsse, weil der Virus durch sie übertragen wird. Wenn ein weltweit tätiges Finanzinstitut in eine schwere finanzielle Schieflage gerät, hat das Auswirkungen auf das übrige Finanzsystem? Natürlich! Die Globalisierung ist jedoch nicht die Ursache der Probleme. Die Ursache ist die allgemeine finanzielle Schieflage.

Sollte man nicht vielleicht Sicherheitssysteme schaffen, die verhindern, dass sich solche Probleme auf das gesamte Finanzsystem ausbreiten? So wie es in Schiffen wasserdichte Schottwände gibt …

Würde eine sinnvolle Haushalts- und Wirtschaftspolitik verfolgt, könnte durch die Öffnung der Finanzmärkte der Wohlstand weltweit gefördert werden. Um bei der Schiffsmetapher zu bleiben: Zunächst einmal ist es wichtig, ein gutes Radarsystem und einen seekundigen Steuermann zu haben.

Wenn die Globalisierung nicht das Problem ist, was waren dann Ihrer Ansicht nach die Ursachen der Systemkrise des Jahres 2008?

Da kamen mehrere Faktoren zusammen. Erstens hat sich das Geschäftsmodell der Banken gewandelt. Früher nahmen sie Einlagen entgegen, die sie in ihren Bilanzen verbuchten. Mit etwas Eigenkapital konnten sie damit dann Kredite vergeben. Wie Familienunternehmen waren sie nicht auf Expansion um jeden Preis aus.

Gegen Mitte der 1990er Jahre wurde der Aktienkurs jedoch wichtiger als alles andere. Die Geschäftsführung erhielt im Rahmen von Stock-Option-Programmen hohe Prämien, die sich nach dem Anstieg des Shareholder Value, des Ertragswerts des Eigenkapitals richteten. Die Rendite musste also steigen. Die Banken bauten daher ihr Investmentbanking-Geschäft aus. In den 1990er Jahren wurde durch intensive Lobby-Arbeit durchgesetzt, dass die großen Banken in diesem Bereich tätig werden konnten. Ein Vorteil dieser Aktivitäten ist, dass sie nicht den Eigenkapitalvorschriften unterliegen (Anm. d. R.: Vorschriften, die zur Minimierung der Gefahr einer Zahlungsunfähigkeit der Bank dienen). Die Befolgung dieser Vorschriften ist kostspielig. Für die Banken kommt sie einer Steuer gleich. Von diesen Zusatzkosten befreit, konnten die Banken immer gewinnbringendere Geschäfte durchführen, die aber auch immer riskanter wurden. Die Wurzel des Übels sind diese sehr riskanten und volatilen Investmentbanking-Aktivitäten.

Das zeigt sich deutlich an der Kettenreaktion zwischen den Banken, die 2009 als erste in den Strudel der Finanzkrise gerieten. Es begann mit der Investmentbank Bear Sterns, dann folgten Lehmann Brothers, Merril Lynch, Citigroup und UBS. Das Versicherungsunternehmen AIG wurde schließlich von seiner Londoner Investmenttochter in den Abgrund gerissen. In allen Fällen waren die Probleme eine Folge des geänderten Geschäftsmodells der Banken und der Intensivierung ihrer Investmentbanking-Aktivitäten.

Sie sagten, dass die Probleme aus einer unzureichenden Regulierung und Fehlern in der Wirtschaftspolitik herrührten. Warum hat man die übersteigerten Entwicklungen, die Banken in Schieflage gebracht haben, nicht kommen sehen?

Die großen US-Banken lebten davon, dass sie ihre Hypotheken an zwei staatsnahe Institute verkauften, Fannie Mae und Freddie Mac. Im Jahr 2004 reduzierte die US-Regulierungsbehörde jedoch ihren Handlungsspielraum. Investmentbanken spielten eine wichtige Rolle bei der Umwandlung von Hypothekenkrediten in Anlageprodukte, die sie dann an Dritte verkaufen konnten. All dies geschah vor dem Hintergrund der Politik des „amerikanischen Traums", die selbst den ärmsten US-Haushalten gestatten sollte, ein eigenes Heim zu erwerben. So viel zu einer fehlgeleiteten Wirtschaftspolitik.

Im Gespräch mit … *(Forts.)*

Ebenfalls im Jahr 2004 verabschiedete der Basler Ausschuss, der international geltende Richtlinien für die Bankenaufsicht aufstellt, eine neue Rahmenvereinbarung über Eigenkapitalvorschriften für Banken unter dem Titel „Basel II". Basel II war zweifelsohne das kurzlebigste Regelwerk in der Bankengeschichte. Es sollte die Solvabilität der Banken verbessern. In Wirklichkeit hatte es jedoch den gegenteiligen Effekt. Basel II veranlasste einige Banken dazu, ihr Eigenkapital zu verringern, um den Gewinn je Aktie zu steigern. Außerdem wurden die Banken durch die Regulierung dazu angespornt, höhere Risiken einzugehen. Irgendwann war der Crash dann unvermeidbar, und seine Auswirkungen breiteten sich auf die gesamte Weltwirtschaft aus. Aber auch hier war das Problem nicht die Luft, die wir einatmen, sondern der infizierte Hühnerstall.

Welche Korrekturen müssen am Prozess der Globalisierung der Finanzwirtschaft vorgenommen werden?

Wir brauchen ganz klar eine internationale Koordination. Zuschüsse und Kredite für Entwicklungsländer sind nötig und möglich. Die internationale Koordination muss sich auf breitere Themen erstrecken, und sie muss inklusiv sein, mit gleichen Stimmrechten für alle.

Der Prozess der Globalisierung verlief zu unausgewogen. Man kann nicht immer weiter exportieren und sich an den internationalen Kapitalmärkten bedienen, ohne zu akzeptieren, dass dieser Prozess in beide Richtungen gehen muss. Alle Wirtschaftsakteure müssen die gleichen Regeln befolgen. Ich finde allerdings auch, dass das heutige internationale Finanzsystem mehr Flexibilität braucht. Was wir auf jeden Fall nicht brauchen, ist eine Rückkehr zu marktprotektionistischen Maßnahmen.

Sie sind also nicht für eine strengere Kontrolle der internationalen Kapitalströme?

Nein, das Bretton-Woods-System war alles andere als ideal. In den 1970er Jahren verdreifachten sich die von der Organisation der erdölexportierenden Länder (OPEC) festgesetzten Preise. Das löste eine schwere Krise aus. Die Bundesbank ist 1973 nicht eines Morgens aufgewacht und hat sich gesagt, dass die Wechselkurse frei schwanken sollten. Deutschland verlor Gold an die Vereinigten Staaten. Der Vietnamkrieg musste finanziert werden und viele andere Ausgaben. Schocks hat die Welt schon immer erlebt. Sie sind nicht etwas, das erst mit der Globalisierung und dem freien grenzüberschreitenden Kapitalverkehr aufgekommen ist. Zur Zeit der OPEC-Krise hatten wir den strengen Rahmen, von dem einige noch heute träumen. Das Resultat waren zehn Jahre rückläufiger Aktienrenditen und eine massive Inflation. Menschen, die ihr Geld festverzinslich angelegt hatten, mussten miterleben, wie ihr Erspartes in drei oder vier Jahren dahinschwand, weil die Inflation auf 20% angestiegen war. Sie verloren einen Teil ihrer Rentenersparnisse. Die Bundesbank wirkte nicht auf die Abschaffung des Bretton-Woods-Systems hin, weil sie einem bestimmten Ideal nachhing. Sie tat es, weil sie keine andere Wahl hatte. Die fehlende Flexibilität ließ das Bretton-Woods-System unwirtschaftlich werden. Ohne ein gewisses Maß an Flexibilität kann ein System Schocks nicht standhalten.

Weitere Informationen

OECD

Im Internet

Die Arbeiten der OECD über die Finanzmärkte sind online verfügbar unter: *www.oecd.org/finance*.

Veröffentlichungen

Financial Markets Trends: Diese halbjährlich erscheinende Publikation informiert zeitnah über Trends und Perspektiven an den großen internationalen Finanzmärkten sowie den wichtigsten inländischen Finanzmärkten im OECD-Raum und darüber hinaus. Vgl. *www.oecd.org/daf/fmt*.

From Crisis to Recovery: Diese Publikation aus der OECD-Insights-Reihe befasst sich mit den Ursachen der Krise von 2007/2008 und beschreibt, wie sie sich auf die Realwirtschaft ausweitete und warum die Folgen dieser großen Rezession noch über Jahre hinweg zu spüren sein werden.

Andere Quellen

Des subprimes à la récession: Comprendre la crise (2009): Dieses von La Documentation Française und France Info veröffentlichte, klar und leicht verständlich geschriebene Werk erläutert die verschiedenen Phasen der Krise, ihre konkreten Auswirkungen auf Privathaushalte und Unternehmen sowie die von Zentralbanken und Regierungen ergriffenen Maßnahmen. Es befasst sich zudem mit den Folgen der Krise und den Reformen, die nötig sind, um zu verhindern, dass sich solche Krisen künftig wiederholen.

Malaise dans la mondialisation, *Questions internationales, No. 34,* November-Dezember 2008: Diese bei La Documentation Française erschienene Zeitschrift enthält klare und genau recherchierte Analysen zu Fragen im Zusammenhang mit der Krise und der finanziellen Globalisierung, z.B. zu den Veränderungen, die das internationale Währungssystem seit dem 19. Jahrhundert erfahren hat, zur Subprime-Krise und ihren Folgen, zur Integration der Aktienmärkte, zur wachsenden Rolle der Finanzmärkte in der Weltwirtschaft, zu Geldwäsche und zu grenzüberschreitender Finanzkriminalität sowie zur Internationalisierung der öffentlichen Verschuldung. Verfasst wurden die einzelnen Artikel von Ökonomen (wie Jean-Herve Lorenzi, Olivier Pastré und Dominique Plihon), von für Banken wie BNP-Paribas tätigen Analysten und Fachleuten sowie von Vertretern internationaler Organisationen (z.B. FATF – Financial Action Task Force der OECD).

Alternatives économiques: Spécial crise, No. 274, November 2008: In dieser Sonderausgabe der französischen Monatszeitschrift für Wirtschaft äußern sich die Ökonomen Michel Aglietta, Christian Chavagneux und Sandra Moatti zu den Auslösern der Krise, allen voran die „Schuldenmaschine", zu den staatlichen Rettungsaktionen für Großbanken, zu Projekten zur Regulierung der Finanzmärkte sowie zum Thema „Krise eines unausgewogenen Wachstumsmodells".

Im Internet

The USD 1.4 Trillion Question: In diesem im Januar 2008, in der Anfangsphase der Krise, in Atlantic Online erschienenen Artikel erläutert der ehemalige Wirtschaftsberater des Weißen Hauses James Fallows die von China genutzten Mechanismen, um die gewaltigen Einnahmen aus seinem Handelsüberschuss in den Vereinigten Staaten anzulegen, und wie China so dazu beitrug, dass die Verschuldung der US-Haushalte ein bedrohliches Niveau erreichte. *www.theatlantic.com/magazine/archive/2008/01/the-14-trillion-question/6582*.

Allgemeine Schlussbetrachtungen

Ist die Globalisierung der Wirtschaft eine Chance oder eine Gefahr? Seit Anfang der 1990er Jahre wird auf die Risiken der Globalisierung hingewiesen. Vor allem die Gefahr einer Zunahme der Ungleichheiten zwischen verschiedenen Ländern oder auch zwischen verschiedenen sozialen Gruppen ist es, auf die sich der Blick richtet, da – teilweise zurecht – der Eindruck entstanden ist, dass die Globalisierung den Mächtigen nützt, während die Armen immer ärmer werden; außerdem wird die Gefahr verstärkter Umweltschädigungen infolge des ungebremsten Konsumwachstums gesehen, mit dem die Globalisierung einhergeht. Die Finanzkrise der Jahre 2007/2008 und die durch sie ausgelöste wirtschaftliche und soziale Krise ließ zu diesen Gefahren das Risiko einer Fragilisierung der nationalen Volkswirtschaften durch die starke weltweite Vernetzung der Banken und Finanzmärkte hinzutreten. Mit dieser Krise sind die inhärenten Risiken der Globalisierung noch deutlicher geworden. Ist es daher an der Zeit, dass die Globalisierung ein Ende nimmt?

Im Zuge dieser weltweiten Krise, deren Auswirkungen wir immer noch spüren, kam der Begriff der „Entglobalisierung“ auf, der zunächst die tatsächliche Verlangsamung des Welthandels in der ersten Phase der Krise beschrieb und unter dem sich dann Forderungen nach einem verstärkten Protektionismus Gehör verschafften, mit dem den verheerenden Ansteckungseffekten von Finanz- und Wirtschaftskrisen entgegengewirkt werden sollte. Die „Entglobalisierung“ in der ursprünglichen Bedeutung blieb jedoch aus. Alle Zahlen deuten darauf hin, dass der Welthandel weiter expandiert. Und was die „Entglobalisierung“ im Sinne von Protektionismus betrifft, so sind die Volkswirtschaften heute derart miteinander verzahnt – über die Hälfte des Waren- und Dienstleistungshandels entfällt auf Vorleistungen –, dass es wenn auch nicht unmöglich, so doch äußerst riskant erscheint, diese Entwicklung rückgängig zu machen. Die Mehrzahl der Länder hat im Übrigen darauf verzichtet, auf die Krise mit protektionistischen Maßnahmen zu antworten, von denen sich bereits in den 1930er Jahren gezeigt hat, wie gefährlich sie sein können. Bis jetzt sind die Länder offenbar der Ansicht, dass eine „Entglobalisierung“ mehr Gefahren birgt als die Globalisierung selbst.

Dies gilt insbesondere für die Schwellenländer, von denen es einige eigentlich gar nicht mehr verdienen, so genannt zu werden. Für sie war die Globalisierung in den letzten zwei Jahrzehnten eine echte Chance. Nach einer kurzen Verlangsamung auf dem Höhepunkt der Krise hat die chinesische Wirtschaft rasch wieder mit nahe bei 10% liegenden Wachstumsraten angeknüpft. Die

dynamische Exportwirtschaft und die Präsenz der aufstrebenden Volkswirtschaften auf sämtlichen Weltmärkten spielten und spielen weiterhin eine entscheidende Rolle bei dieser Expansion.

Ist es somit im Verlauf der letzten Jahrzehnte zu einem Transfer der Risiken von den Entwicklungsländern, die zu „aufstrebenden" oder sogar „konvergierenden" Volkswirtschaften wurden, hin zu den fortgeschrittenen Volkswirtschaften gekommen? Ein großer Teil der Arbeitskräfte in den fortgeschrittenen Volkswirtschaften empfindet das niedrige Lohnniveau dieser Länder – das bislang deren entscheidender Trumpf war – als Bedrohung, und dies nicht ganz zu unrecht. Dennoch dürfte die Globalisierung auch für die Mehrzahl der Menschen in den fortgeschrittenen Volkswirtschaften eine Chance gewesen sein. Sie ließ neue Märkte und neue Bedürfnisse und damit auch neue Berufe und neue Arbeitsplätze entstehen. Außerdem sind durch die Integration der aufstrebenden Volkswirtschaften in die Weltmärkte zahlreiche Waren und Dienstleistungen für die Verbraucher in der westlichen Welt erschwinglicher geworden. Die große Herausforderung für die fortgeschrittenen Volkswirtschaften besteht darin, ihre Erwerbsbevölkerung für die Zukunft zu rüsten und Aus- und Weiterbildung stärker auf Wachstumsmärkte auszurichten.

Der Zusammenhang zwischen Umwelt und Globalisierung ist nur indirekter Art. Die durch menschliche Aktivitäten verursachten Umweltschädigungen sind die Folge von Produktions- und Verbrauchsmustern, die aktuell Gegenstand eines Umdenkens sind, vor allem in den fortgeschrittenen Volkswirtschaften, aber auch in China und Brasilien, um nur zwei Beispiele zu nennen. Dennoch wird Umweltschutz in vielen Entwicklungsländern immer noch als „Luxus" betrachtet. Vielleicht ist eines der Mittel, um den Risiken der Globalisierung vorzubeugen, auch hier die Sicherung einer gewissen Komplementarität zwischen den Ländern – im Sinne von öffentlichen Leistungen für die Entwicklung, wie sie auf den großen Klimakonferenzen von Kopenhagen 2009, Cancùn 2010 oder Rio+20 im Juni 2012 erörtert wurden.

Die Globalisierung an sich ist weder gefährlich noch vorteilhaft. Die Frage ist, mit welchen Maßnahmen sie begleitet werden muss, um Risiken entgegenzuwirken und Chancen optimal zu nutzen. Es muss wieder mehr Aufmerksamkeit auf die Rolle des Staats in der Wirtschaft zur Vermeidung und Bewältigung von wirtschaftlichen Krisen gerichtet werden, die sich immer rascher ausbreiten. Besonders dringend notwendig scheint dies in der Finanzwirtschaft, auch wenn weiterhin große Uneinigkeit darüber herrscht, welche Formen eine solche Regulierung annehmen sollte, und sich noch immer keine wirklich wirksamen Lösungen abzeichnen. So sehr die Regierungen auch bestrebt sind, ihre von der Krise gebeutelten

öffentlichen Finanzen zu sanieren und Wachstum sowie Beschäftigung wieder anzukurbeln, haben sie bislang doch noch nicht genügend Anstrengungen unternommen, um die Finanzwirtschaft in geregeltere Bahnen zu lenken, die Entstehung von Blasen an den Finanzmärkten zu verhindern und einer zu hohen Risikobereitschaft entgegenzuwirken.

Zahlreiche Kooperationsmechanismen wurden bereits eingerichtet, und dies nicht erst seit der Krise. Es ist eine der großen Aufgaben der OECD, die Regierungen bei solchen Initiativen zu unterstützen. Die OECD ist dieser Aufgabe mit großem Eifer nachgekommen und wird dies auch weiter tun. Wenn wir verhindern wollen, dass sich verheerende Krisen wie die der letzten Jahre wiederholen und die Umwelt immer größeren Schaden nimmt, muss die Globalisierung von morgen im Zeichen der Kooperation stehen.

Literaturverzeichnis

Kapitel 1

BBC (2008), "Global Poll Suggests Widespread Unease About Economy and Globalisation", BBC-Website, *www.bbc.co.uk/pressoffice/pressreleases/stories/2008/02_february/07/poll.shtml.*

Bhagwati, J. (2004), *In Defense of Globalization*, Oxford University Press, New York.

Brunel, S. (2007), "Qu'est-ce que la mondialisation?", *Revue Sciences Humaines*, No. 80, März 2007, Sonderausgabe.

Issenberg, S. (2007), *The Sushi Economy: Globalization and the Making of a Modern Delicacy*, Gotham Books, New York.

OECD (2007), "Die Globalisierung optimal nutzen", *OECD-Wirtschaftsausblick, Ausgabe 2007/1*, OECD Publishing, *http://dx.doi.org/10.1787/eco_outlook-v2007-1-de*.

Stiglitz, J.E. (2002), *Globalization and its Discontents*, W.W. Norton and Co., New York.

Stiglitz, J.E. (2006), *Making Globalisation Work*, W.W. Norton and Co., New York.

Wolf, M. (2005), *Why Globalization Works*, Yale Nota Bene, New Haven und London.

Kapitel 2 und 3

Bordo, M., M. Taylor und J. Williamson (2003), *Globalization in Historical Perspective*, University of Chicago Press, Chicago.

Braudel, F. (2000), *Civilisation matérielle, économie et capitalisme,* 1979, Neuauflage, LGF, 3 Bde.

Chanda, N. (2007), *Bound Together: How Traders, Preachers, Adventurers and Warriors Shaped Globalization*, Yale University Press, Michigan.

Maddison, A. (2001), *Die Weltwirtschaft: Eine Millenniumsperspektive*, OECD Publishing, *http://dx.doi.org/10.1787/9789264065000-de.*

Maddison, A. (2003), *The World Economy: Historical Statistics*, OECD Development Centre Studies, OECD, Paris, *http://dx.doi.org/10.1787/9789264104150-fr*.

Toussaint, E. (2008), "La mondialisation de Christophe Colomb et Vasco de Gama à aujourd'hui", 6. Februar 2008, *www.cadtm.org/Laglobalisation-de-Christophe.*

Turner, P. und J.P. Tuveri (1984), "Effet des restrictions à l'exportation sur le comportement des entreprises japonaises", *OECD Economic Review*, No. 2, 2. Quartal, OECD, *www.oecd.org/dataoecd/62/5/2501796.pdf.*

Kapitel 4

Benhamou, L. (2005), *Le grand bazar mondial*, Bourin Éditeur, Paris.

Bensidoun, I. und D. Ünal-Kesenci (2007), "La mondialisation des services: De la mesure à l'analyse", CEPII, *www.cepii.fr/francgraph/doctravail/resumes/2007/dt07-14.htm*.

Berger, S. (2005), *How We Compete: What Companies Around the World Are Doing to Make it in Today's Global Economy*, Currency/Doubleday, New York.

Cheung, C. und S. Guichard (2009), "Understanding the World Trade Collapse", *OECD Economics Department Working Papers*, No. 729, OECD Publishing, Paris, *http://dx.doi.org/10.1787/220821574732*.

Friedman, T.L. (2005), *The World Is Flat: A Brief History of the Twenty-First Century*, Farrar, Straus and Giroux, New York.

Ghemawat, P. (2007), *Redefining Global Strategy: Crossing Borders in a World Where Differences Still Matter*, Harvard Business School Press, Boston.

Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft und Internationale Handelskammer (ICC) Deutschland (2007), *Globalisierung verstehen: Unsere Welt in Zahlen, Fakten, Analysen*, Hamburg, 2007.

IWF (Internationaler Währungsfonds) (2007), *Reaping the Benefits of Financial Globalization*, Research Department, IWF.

Kose, A. et al. (2006), "Financial Globalization: A Reappraisal", *Working Paper*, WP/06/189, 2006, IWF, Washington, DC.

Kose, A. et al. (2007), "Financial Globalization: Beyond the Blame Game", *Finance and Development*, März 2007, Vol. 44, No. 1, IWF, Washington, DC.

Love, P. und R. Lattimore (2009), "Internationaler Handel: Frei, fair und offen?", *OECD Insights*, OECD Publishing, *http://dx.doi.org/10.1787/9789264060531-de*.

OECD (2006), *Internationaler Migrationsausblick 2006*, OECD Publishing, *http://dx.doi.org/10.1787/9789264025363-de*.

OECD (2008), *The Internationalisation of Business R&D: Evidence, Impacts and Implications*, OECD, Paris, *http://dx.doi.org/10.1787/9789264044050-en*.

OECD (2010), *Trade and Economic Effects of Responses to the Economic Crisis*, OECD, Paris, *http://dx.doi.org/10.1787/9789264088436-en*.

OECD (2010), *Measuring Globalisation: OECD Economic Globalisation Indicators 2010*, OECD, Paris, *http://dx.doi.org/10.1787/9789264084360-en*.

Rivoli, P. (2005), *The Travels of a T-Shirt in the Globalised Economy*, Wiley & Sons, Hoboken.

UNCTAD (Handels- und Entwicklungskonferenz der Vereinten Nationen) und L. Berger (2004), "Services Offshoring Takes Off in Europe: In Search of Improved Competitiveness", UNCTAD, Genf.

UNCTAD (2005-2008), *Prospects for Foreign Direct Investment and the Strategies of Transnational Corporations*, UNCTAD, New York.

UNCTAD (2007), "Globalization of Port Logistics: Opportunities and Challenges for the Developing Countries", UNCTAD, *Executive Summary*, 10. Dezember 2007.

UNCTAD (2007), *World Investment Report*, UNCTAD, New York.

UNCTAD (2008), *World Investment Report*, UNCTAD, New York.

Weltbank (2007), *Global Economic Prospects 2007: Managing the Next Wave of Globalization*, Weltbank, Washington, DC.

Kapitel 5

Aykut, D. und A. Goldstein (2006), "Developing Countries MNEs: South-South Investments Come of Age", *OECD Development Centre Working Papers*, No. 257, OECD, Paris, *http://dx.doi.org/10.1787/245230176440*.

Dedieu, F. (2010), "Idée reçue: La mondialisation aide à sortir de la pauvreté", *http://lexpansion.lexpress.fr*.

Gibbon, P. und S. Ponte (2005), *Trading Down: Africa, Value Chains, And The Global Economy*, Temple University Press, Philadelphia.

OECD (2009), *Mehr Ungleichheit trotz Wachstum? Einkommensverteilung und Armut in OECD-Ländern*, OECD Publishing, *http://dx.doi.org/10.1787/9789264049147-de*.

OECD (2010), *Perspectives on Global Development 2010: Shifting Wealth*, OECD Development Centre, OECD, Paris, *http://dx.doi.org/10.1787/9789264084742-fr*.

OECD (2010), *Latin American Economic Outlook 2011: How Middle Class is Latin America?*, OECD, Paris, *http://dx.doi.org/10.1787/leo-2011-en*.

Prahalad, C.K. (2004), *The Fortune at the Bottom of the Pyramid: Eradicating Poverty Through Profits*, Wharton School Publishing, USA.

Rajan, R.G. und L. Zingales (2000), "The Great Reversals: The Politics of Financial Development in the 20th Century", *OECD Economics Department Working Papers*, No. 265, OECD, Paris, *http://dx.doi.org/10.1787/371486741616*.

Rodríguez, J. und J. Santiso (2007), "Banking on Development: Private Banks and Aid Donors in Developing Countries", *OECD Development Centre Working Papers*, No. 263, OECD, Paris, *http://dx.doi.org/10.1787/044646710662*.

VN (Vereinte Nationen) (2008), *Development-Oriented Policies for Socio-Economic Inclusive Information Society, Including Access, Infrastructure and an Enabling Environment*, Bericht des Generalsekretärs, VN, Genf, 25. März 2008.

VN (2010), *Millenniums-Entwicklungsziele*, Bericht 2010, VN, New York.

Zeng, M. und P.J. Williamson (2007), *Dragons at Your Door: How Chinese Cost Innovation is Disrupting Global Competition*, Harvard Business School Press, Boston.

Kapitel 6

Jules, R. (2010), "La nouvelle carte salariale émergente", *La Tribune*, 14. Juni.

Keeley, B. (2008), "Humankapital: Wie Wissen unser Leben bestimmt", *OECD Insights*, OECD Publishing, *http://dx.doi.org/10.1787/9789264047952-de*.

Koulopoulos, T.M. (2006), *Smartsourcing: Driving Innovation and Growth Through Outsourcing*, Platinum Press, Avon, Mass.

Molnár, M., N. Pain und D. Taglioni (2007), "The Internationalisation of Production, International Outsourcing and Employment in the OECD", *OECD Economics Department Working Papers*, No. 561, OECD, Paris, *http://dx.doi.org/10.1787/167350640103*.

OECD (2007), "Globalisation, Jobs and Wages", *OECD Policy Brief*, Juli, OECD, Paris, *www.oecd.org/employment/employmentpoliciesanddata/38796126.pdf*.

OECD (2007), *Staying Competitive in the Global Economy: Moving Up the Value Chain*, OECD, Paris, *http://dx.doi.org/10.1787/9789264034259-en*.

OECD (2008), "The Social Impact of Foreign Direct Investment", *OECD Policy Brief*, Juli, OECD, Paris, *www.oecd.org/els/40940418.pdf*.

OECD (2008), *OECD Employment Outlook 2008*, OECD, Paris, *http://dx.doi.org/10.1787/empl_outlook-2008-en*.

OECD (2010), *OECD Employment Outlook 2010: Moving Beyond the Jobs Crisis*, OECD, *http://dx.doi.org/10.1787/empl_outlook-2010-en*.

OECD (2011), *Divided We Stand: Why Inequality Keeps Rising*, OECD, Paris, *http://dx.doi.org/10.1787/9789264119536-en*.

Kapitel 7

Gillespie, B. und X. Leflaive, (2007), "Innovation, Globalisation and Environment", *OECD Observer*, No. 261, OECD, Paris, *www.oecdobserver.org/news/fullstory.php/aid/2240/Innovation,_globalisation_and_the_environment.html.*

IPCC (2008), *Climate Change 2007: Synthesis Report*, IPCC, Genf.

OECD (2007), *Klimawandel in den Alpen: Anpassung des Wintertourismus und des Naturgefahrenmanagements*, OECD Publishing, *http://dx.doi.org/10.1787/9789264016071-de*.

OECD (2008), "Environment and Globalisation: Background Report for Ministers", Hintergrunddokumentation der "Tagung des OECD-Ausschusses für Umweltpolitik (EPOC) auf Ministerebene", 26.-29. April 2008, *www.oecd.org/dataoecd/3/59/40511624.pdf.*

OECD (2008), *OECD-Umweltausblick bis 2*030, OECD Publishing, *http://dx.doi.org/10.1787/9789264043329-de*.

Kapitel 8

Blundell-Wignall, A. (2009), "The Financial Crisis and the Requirements of Reform", Vortrag bei der Sitzung "Restoring Confidence in Financial Systems" auf dem OECD Forum 2009, 23.-24. Juni, *www.oecd.org/document/54/0,3746,in_21571361_41723666_42942201_1_1_1_1,00.html.*

Blundell-Wignall, A. und P. Atkinson (2010), "Thinking Beyond Basel III: Necessary Solutions for Capital and Liquidity", *OECD Journal: Financial Market Trends*, Vol. 2010/1, OECD, *http://dx.doi.org/10.1787/fmt-2010-5km7k9tpcjmn*.

Blundell-Wignall, A., P. Atkinson und S.H. Lee (2009), "The Current Financial Crisis: Causes and Policy Issues", *OECD Journal: Financial Market Trends*, Vol. 2008/2, OECD.

Cohen, D. (2009), "Sortir de la crise", *Le Nouvel Observateur*, 3.-9. September 2009.

Couderc, N. und O. Montel-Dumont (2009), "Des subprimes à la récession : Comprendre la crise", *La Documentation française*/ FranceInfo, Paris.

The Economist, (2010), "Not All on the Same Page", *The Economist*, 1. Juli 2010, London, *www.economist.com/node/16485376?story_id=16485376.*

Fallows, J. (2008), "The $1.4 Trillion Question", *The Atlantic*, Boston, *www.theatlantic.com/magazine/archive/2008/01/the-14-trillionquestion/6582.*

International Centre for Financial Regulation (2011), "China, the G20 and Global Financial Governance After the Crisis", ICFR Breakfast Briefing, *www.icffr.org/assets/pdfs/March-2011/China,-the-G20-and-Global-Financial-Governance-aft.aspx*.

Jones, H. (2010), "G20 Progress on Financial Regulation", Reuters, 23. Juni 2010, *www.reuters.com/article/idUSLDE65M0YN20100623*.

Keeley, B. und P. Love (2011), "From Crisis to Recovery: The Causes, Course and Consequences of the Great Recession", *OECD Insights*, OECD, Paris, *http://dx.doi.org/10.1787/9789264077072-en*.

MacGuire, P. und N. Tarashev (2008), "Global Monitoring with the BIS International Banking Statistics", Bank für Internationalen Zahlungsausgleich, *Working Documents*, No. 244, Januar 2008.

OECD (2009), "OECD Strategic Response to the Financial and Economic Crisis: Contributions to Global Effort", Dokument für die Tagung des Rats der OECD auf Ministerebene, Juni, OECD, Paris, *www.oecd.org/economy/42528786.pdf*.

OECD (2010), *The Financial Crisis: Reform and Exit Strategies*, OECD, Paris, *http://dx.doi.org/10.1787/9789264073036-en*.

Questions internationales (2008), "Malaise dans la mondialisation", *Questions internationales*, No. 34, November-Dezember, Sonderausgabe, Paris.

ORGANISATION FÜR WIRTSCHAFTLICHE ZUSAMMENARBEIT UND ENTWICKLUNG

Die OECD ist ein in seiner Art einzigartiges Forum, in dem die Regierungen gemeinsam an der Bewältigung von Herausforderungen der Globalisierung im Wirtschafts-, Sozial- und Umweltbereich arbeiten. Die OECD steht auch in vorderster Linie bei den Bemühungen um ein besseres Verständnis der neuen Entwicklungen und durch sie ausgelöster Befürchtungen, indem sie Untersuchungen zu Themen wie Corporate Governance, Informationswirtschaft oder Bevölkerungsalterung durchführt. Die Organisation bietet den Regierungen einen Rahmen, der es ihnen ermöglicht, ihre Politikerfahrungen auszutauschen, nach Lösungsansätzen für gemeinsame Probleme zu suchen, empfehlenswerte Praktiken aufzuzeigen und auf eine Koordinierung nationaler und internationaler Politiken hinzuarbeiten.

Die OECD-Mitgliedstaaten sind: Australien, Belgien, Chile, Dänemark, Deutschland, Estland, Finnland, Frankreich, Griechenland, Irland, Island, Israel, Italien, Japan, Kanada, Korea, Luxemburg, Mexiko, Neuseeland, die Niederlande, Norwegen, Österreich, Polen, Portugal, Schweden, Schweiz, die Slowakische Republik, Slowenien, Spanien, die Tschechische Republik, Türkei, Ungarn, das Vereinigte Königreich und die Vereinigten Staaten. Die Europäische Union nimmt an den Arbeiten der OECD teil.

OECD Publishing sorgt dafür, dass die Ergebnisse der statistischen Analysen und der Untersuchungen der Organisation zu wirtschaftlichen, sozialen und umweltpolitischen Themen sowie die von den Mitgliedstaaten vereinbarten Übereinkommen, Leitlinien und Standards weite Verbreitung finden.

OECD PUBLISHING, 2, rue André-Pascal, 75775 PARIS CEDEX 16
(01 2011 11 5 P) ISBN 978-92-64-221758 – 2014-01

OECD INSIGHTS

Die Globalisierung der Wirtschaft

Ursprünge und Auswirkungen

Obwohl die Globalisierung auf eine ebenso lange Geschichte zurückblicken kann wie der Handel selbst, ist sie nach wie vor ein kontroverses Thema. Fördert Globalisierung die Entwicklung oder verstärkt sie die Ungleichheit? Werden durch Globalisierung Arbeitsplätze geschaffen oder vernichtet? Schädigt Globalisierung die Umwelt oder trägt sie zu ihrem Erhalt bei? Bedroht sie die Finanzstabilität oder ermöglicht sie effizientere Kapitalanlagen?

Die Globalisierung der Wirtschaft: Ursprünge und Auswirkungen aus der Reihe OECD Insights betrachtet diese Fragen sowohl vor dem Hintergrund der jüngsten Wirtschafts- und Finanzkrise als auch mit Blick auf die Geschichte der globalen wirtschaftlichen Integration. Dabei wird der Frage nachgegangen, wie sich die zunehmende Vernetzung der Märkte und der nationalen Volkswirtschaften auf unser aller Leben auswirkt und wie sich die Globalisierung angesichts der Ereignisse der letzten Jahre weiterentwickeln wird.

Weitere Titel aus dieser Reihe:

Humankapital
Nachhaltige Entwicklung
Internationaler Handel
Internationale Migration
Fisheries (nicht auf Deutsch erhältlich)
From Crisis to Recovery (nicht auf Deutsch erhältlich)
From Aid to Development (nicht auf Deutsch erhältlich)

Im Internet: www.oecd.org/insights
Insights-Blog unter www.oecdinsights.org

OECD publishing
www.oecd.org/publishing

ISBN 978-92-64-22175-8
01 2011 11 5 P